SE Vermischtes

HD "Schicksalsgemeinschaft" mit China-Rückkehrern - DRK-Freiwillige betreuen die rund 120 Menschen in einer pfälzischen Kaserne - Quarantäne wegen Coronavirus - (epd-Gespräch) epd-Gespräch: Karsten Packeiser

WC 489 字

PD 2020年2月7日

SN epd Basisdienst

SC EPDBS

LA 德文

CY Copyright 2020. Evangelischer Pressedienst (epd)

LΡ

Germersheim/Mainz (epd). Knapp eine Woche nach der Evakuierung von rund 120 Menschen aus dem chinesischen Wuhan nach Deutschland ist die Stimmung in der Quarantäne-Station im pfälzischen Germersheim den Umständen entsprechend gut. Für die ebenfalls dort von der Öffentlichkeit isolierten Helfer habe ein Regelbetrieb begonnen, sagte Oliver Talke, Landesbeauftragter für Betreuungsdienst des Deutschen Roten Kreuzes (DRK), dem Evangelischen Pressedienst (epd). Alle seien weiter hoch motiviert. Der Rheinland-Pfälzer ist einer von 20 Freiwilligen, die zur Unterstützung der ausgeflogenen Deutschen in die Bundeswehrkaserne gezogen sind.

TD

"Ich bin sicher, jeder der hier ist, würde es wieder machen", berichtete Talke über die Stimmung unter den DRK-Helfern, von denen einige aus Hessen oder Brandenburg stammen. Einer der Freiwilligen habe in der Quarantäne sogar seinen Geburtstag gefeiert. In den ersten Tagen sei die Arbeitsbelastung mit bis zu 14 Stunden Dienst sehr hoch gewesen. Aufgaben der DRK-Helfer sind unter anderem die Essensausgabe und ein tägliches Gesundheits-Screening bei den Bewohnern des Quarantäne-Bereichs.

Das DRK sei auch zuständig für die Beschaffung von Medikamenten oder anderer Dinge bis hin zu Feuerzeugen oder einer Kinderjacke. Alle Lieferungen in die Quarantäne müssten offiziell über die Bundeswehr angemeldet werden. "Wir müssen verhindern, dass Probleme von außen hier hereinkommen", sagte der DRK-Helfer. Strenge Regeln seien unvermeidbar, um die Gefahr auszuschließen, dass von außen etwa über verunreinigte Lebensmittel Rotaviren auf das Gelände gelangten. Auch für die Reinigung der Räume seien die Helfer zuständig: "Wir sind im Prinzip auch das Putzkommando."

Viel Zeit sei für die tägliche Wäsche nötig. Um das Risiko einer Infektion mit dem neuartigen Coronavirus zu verringern, wechseln die Helfer täglich ihre Dienstkleidung, die sie anschließend selbst desinfizieren müssen. Im Quarantäne-Bereich gebe es durchaus Kontakte zwischen den Bewohnern. Alle seien aufgefordert, "mindestens eine Armlänge Abstand zueinander zu halten". Für Raucher, die den Mundschutz zum Rauchen abnehmen, gelte ein größeres Abstandsgebot. Einen "Lagerkoller" habe trotz der beengten Verhältnisse bislang noch niemand bekommen. "Es müssen sich halt alle ein bisschen zusammenreißen", sagte Talke über die beengten Verhältnisse.

Der DRK-Mitarbeiter sagte, die Arbeit in der Quarantäne-Station ähnele einem Einsatz in der Flüchtlingshilfe, als er vorübergehend eine Notunterkunft leitete. Um Krankentransporte zu verhindern, hat das DRK auf dem Kasernengelände eine mobile Arztpraxis aufgebaut. Für die Bewohner wurde ein "Sorgentelefon" eingerichtet. DRK-Sprecher Kai Kranich sagte dem epd, Helfer und Ausgeflogene seien mittlerweile zu einer Art Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen. Seinen Angaben zufolge gab es in Deutschland bislang keinen vergleichbaren Einsatz, bei dem eine so große Gruppe längere Zeit isoliert werden musste.

Wegen der im Dezember 2019 erstmals aufgetauchten neuen Lungenkrankheit hatte die Bundeswehr Deutsche und ihre Angehörigen am vergangenen Samstag aus Wuhan ausgeflogen. Anschließend wurden alle Passagiere in die Südpfalz-Kaserne nach Germersheim gebracht. Zwei China-Rückkehrer kamen in eine Klinik, nachdem sie positiv auf das Virus getestet worden waren.

epd Imw ug

CO dtrtkz: Deutsches Rotes Kreuz

RE gfr : Germany | china : China | rhinep : Rhineland-Palatinate | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Gesundheit

PUB Gemeinschaftswerk der evangelischen Publizistik GmbH

AN 文件 EPDBS00020200207eg270000a

HD Steinmeier mahnt die Deutschen, sich nicht von der Welt abzuwenden; Münchner Sicherheitskonferenz

WC 863 字

PD 2020年2月14日05:16下午

SN Leipziger Volkszeitung Online

SC LEIPZO

LA 德文

CY Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG

LΡ

Der Bundespräsident appelliert zu Beginn der Münchner Sicherheitskonferenz an die Bundesbürger, keine Angst vor der internationalen Politik zu haben. Ihr Selbstbild sollten die Deutschen allerdings kritisch prüfen. Russland, China und den USA wirft Frank-Walter Steinmeier vor, "eine destruktive Dynamik der Weltpolitik" zu betreiben.

Vor ihm sitzen Präsidenten, Regierungschefs und Minister aus aller Welt. Doch Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier wendet sich in seiner Eröffnungsrede zur Münchner Sicherheitskonferenz vor allem an seine Landsleute.

TD

"Viele Deutsche blicken heute irritiert, beunruhigt und besorgt auf die internationale Politik", sagt der Bundespräsident. Doch es sei an der Zeit, die Verzagtheit gegen Tatkraft, Mut und Zuversicht einzutauschen, um Deutschlands Verantwortung in Europa und der Welt gerecht zu werden. "Ist es uns wirklich ernst mit Europa? Dann darf in der Mitte Europas kein ängstliches Herz schlagen", mahnt er. Es ist eine Ruckrede, die der Bundespräsident vor den Augen der Weltöffentlichkeit an die Deutschen richtet.

Rund 35 Staats- und Regierungschefs sowie fast 100 Außen- und Verteidigungsminister haben sich zur bis Sonntag dauernden Münchner Sicherheitskonferenz angekündigt. Die einstige "Wehrkundetagung" ist inzwischen ein Großevent. Die 56. Ausgabe der Konferenz hat der Exbotschafter und Organisator Wolfgang Ischinger unter dasgrüblerische Motto "Westlessness" gestellt – ein Fantasiewort, das sich mit "Ent-Westlichung" übersetzen lässt. Das Ausmaß der Gefahren sei inakzeptabel, sagt Ischinger; das dürften die Mächtigsten nicht achselzuckend hinnehmen.

Auch Steinmeier beklagt den Verlust sicher geglaubter Errungenschaften – im Innern westlicher Gesellschaften, aber auch in ihrem Verhältnis zueinander. Der Umgang der Deutschen mit ihren europäischen Nachbarn besorgt ihn. "Deutschland ist zum ersten Mal in seiner Geschichte nur noch von Freunden umgeben. Das stimmt. Und es ist unser Glück. Aber Glück kann auch blind machen", mahnt er.

Steinmeier nimmt den Deutschen ihre Treueschwüre zu Europa nicht mehr ab. "Handeln wir wirklich immer so, wie es unser Reden von der "Schicksalsgemeinschaft Europa" erfordern würde?", fragt er. Die Deutschen hielten sich "für die besten Europäer". Steinmeier setzt diesem Selbstbild sein Bild eines selbstbezogenen, auch selbstgerechten Deutschland gegenüber, das zur Spaltung des Kontinents beitrage. "Europa ist nicht enger zusammengerückt. Und vermutlich tragen die Verantwortung dafür nicht nur alle anderen", sagt er.

Was heißt "Verantwortung"?

Sechs Jahre sind vergangen, seit Steinmeier zuletzt auf der Münchner Sicherheitskonferenz sprach – damals noch als Außenminister. Bundespräsident Joachim Gauck hatte 2014 die Konferenz eröffnet. Gauck rief Deutschland dazu auf, mehr internationale Verantwortung zu übernehmen – ebenso wie die damalige Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen und Steinmeier. Ein ganz neuer Ton war das, der als "Münchner Konsens" in die Geschichte einging. Was allerdings konkret unter Verantwortung zu verstehen ist, blieb umstritten.

Jetzt stellt Steinmeier klar, wie sein Aufruf nicht gemeint war. "Ich weiß, dass viele Menschen in Deutschland Sorge haben, dass sich hinter dem Begriff der Verantwortung vor allem militärische Auslandseinsätze verbergen. Aber eine solche Gleichsetzung führt in die Irre", sagt er. Die Verantwortung Deutschlands sei es, Europa zu Stärke zu verhelfen.

Doch der Bundespräsident will seine Rede nicht als Fortsetzung oder Erläuterung jener Rede von 2014 verstanden wissen. "Die Welt ist heute eine andere als 2014", stellt er fest. Tatsächlich nimmt sich der Beginn jenes Jahres im Rückblick einigermaßen harmonisch aus verglichen mit dem, was bald folgen

sollte: Russlands Annexion der Krim und sein Krieg in der Ostukraine, die Flüchtlingskrise von 2015/2016, die Wahl Donald Trumps, der Brexit.

"Destruktive Dynamik der Weltpolitik"

Steinmeier bündelt die Wucht dieser Ereignisse in dem Satz: "Wir werden heute Zeugen einer zunehmend destruktiven Dynamik der Weltpolitik". Die "Konkurrenz der großen Mächte" präge die Welt. Steinmeier erwähnt Russland, das "die gewaltsame Verschiebung von Grenzen auf dem europäischen Kontinent wieder zum Mittel der Politik gemacht" habe. Er erwähnt China, das Völkerrecht und Menschenrechte missachte. Und die USA – "unser engster Verbündeter" - erwähnt Steinmeier auch.

Zwar fällt der Name Donald Trump nicht. Und doch weiß jeder im Saal, dass Steinmeier den US-Präsidenten und seine "America First"-Devise meint, wenn er beklagt: "Ein jedes Land solle selbst sehen, wo es bleibt, und seine eigenen Interessen über die aller anderen stellen. Als ob an alle gedacht sei, wenn ein jeder an sich denkt." "Great again" – das gehe auf Kosten der Nachbarn und Partner.

Steinmeier mahnt zur Bewahrung von Institutionen und Regeln des internationalen Miteinanders, wie sie nach dem Zweiten Weltkrieg mühsam errichtet wurden. Die Schwächung der Vereinten Nationen und der Welthandelsorganisation stelle einen "Rückfall in das Denken von vorgestern" dar. "Brandgefährlich" sei diese Politik, sagt er, und einmal mehr dürfen sich die Amerikaner im Saal angesprochen fühlen.

Panzer ersetzen keine Abkommen und Verträge

Höhere Verteidigungsausgaben, wie Washington sie einfordert, seien zwar angebracht. Aber: "Den Verlust von Diplomatie, von tragenden Säulen unserer Sicherheitsarchitektur, von Rüstungskontrollverträgen und internationalen Abkommen können wir nicht durch Panzer, Kampfjets und Mittelstreckenraketen kompensieren."

Als Außenminister musste sich Steinmeier Zurückhaltung in der Wortwahl auferlegen. Sein jetziges Amt verleiht ihm die Freiheit, auch mal undiplomatisch zu sein.

Eine "sehr offene Rede" habe Steinmeier gehalten, sagt später Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble. Die Vorsitzende des Repräsentantenhauses, die <u>Demokratin Nancy Pelosi</u>, fand Steinmeiers Analyse "schaurig". "Aber sie ruft uns zum Handeln auf", sagt Pelosi.

Von Marina Kormbaki/RND

Lesen Sie hier mehr...

Klicken Sie, um das Bild zu sehen.

"Viele Deutsche blicken heute irritiert, beunruhigt und besorgt auf die internationale Politik": Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier eröffnet die Münchner Sicherheitskonferenz.

- NS gpol : Domestic Politics | gvexe : Executive Branch | gpir : Politics/International Relations | gdip : International Relations | gcat : Political/General News | gvbod : Government Bodies
- RE gfr: Germany | russ: Russia | bavar: Free State of Bavaria | china: China | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eeurz: Central/Eastern Europe | eurz: Europe | ussrz: CIS Countries | weurz: Western Europe
- IPD Politik
- PUB Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG
- AN 文件 LEIPZO0020200214eg2e00iwm



HD Das Corona-Virus und seine Parallelen zu Hollywood

WC 1,487 字

PD 2020年3月6日02:07下午

SN Deutsche Welle

SC DEUDE

LA 德文

CY (c) 2020. Deutsche Welle.

LΡ

Quarantäne, strenge Hygieneregeln und Hamsterkäufe sind Folgen des sich ausbreitenden Corona-Virus. Ein Blick in die Drehbücher berühmter Filmstoffe kann uns vielleicht helfen, unbeschadet durch die Pandemie zu kommen.

Die meisten kennen sie, die Zutaten eines hollywoodreifen Schreckensszenarios: eine Bedrohung, erst schwelend, dann grassierend. Alarmierte Wissenschaftler, bequeme Entscheidungsträger. Einen Helden oder eine Heldin, manchmal beide zusammen, die sich der Rettung ihrer selbst, ihrer nächsten, einer zusammengewürfelten Schicksalsgemeinschaft und letztlich gar der gesamten Menschheit annehmen. Im Kinosessel oder auf der Couch können wir uns mit einer Tüte Popcorn entspannt zurücklehnen, wohl wissend: Ist ja nur ein Film!

TD

Im Umgang mit dem Corona-Virus begegnen uns nun allerdings Handlungsmuster aus manchen fiktiven Stoffen in der Realität. Liefern uns die Drehbücher sinnvolle Empfehlungen für einen geordneten Umgang mit dem Virus?

Der (verrückte) Wissenschaftler

Das Thema spielt eine wichtige Rolle, egal ob es sich um einen Virus, Aliens, Klimakatastrophen oder reproduzierte Urzeittiere, die die Menschheit bedrohen, handelt. Die Warnungen von Jeff Goldblum als David Levinson in "Independence Day" und Chaostheoretiker Ian Malcolm in "Jurassic Park" oder von Dennis Quaid als Klimatologe Jack Hall in "The Day After Tomorrow" - sie werden überhört, als Panikmache beiseite gewischt.

Die Zuschauer ahnen natürlich früh, dass sie richtig liegen und die Militärs und Politiker ihnen besser vertrauen sollten - nur wären die Katastrophen dann schnell abgewendet und die Filme nach 20 Minuten zu Ende.

Parallelen zur aktuellen Corona-Realität zeigen sich am Beispiel des Virologen Alexander Kekulé, der die Situation in Gastbeiträgen und Talkshows rational und unaufgeregt erklärt. Der Direktor des Instituts für Medizinische Mikrobiologie an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg empfiehlt, alle Kranken mit Grippe und schweren Erkältungen flächendeckend auf Corona zu testen. Wie sinnvoll das einerseits wohl wäre und wie weit es tatsächlich von der Realität entfernt ist, zeigt der erste Corona-Fall in Berlin, den die Mediziner selbst als "Zufallsfund" bezeichneten.

Kekulé rät zudem zu "Corona-Ferien": Schulen und Kindergärten sollten für zwei Wochen geschlossen, Großveranstaltungen abgesagt werden. So ließen sich Infektionsherde identifizieren und anschließend gezielt durch Quarantäne bekämpfen: "Wenn wir es machen wollen, müssen wir es jetzt machen", sagte er in einer TV-Talkrunde im deutschen Fernsehen.

In Italien (deutlich mehr Fälle als in Deutschland) und Japan (etwas weniger Fälle als in Deutschland) bleiben die Schulen vorerst geschlossen. Kekulé meint, es sei "erklärungsbedürftig", warum die Maßnahmen andernorts restriktiv seien, während man in Deutschland "die Sache auf sich zukommen lässt".

Parallele zum Film: Empfehlungen eines Wissenschaftlers werden als unverhältnismäßig abgeschrieben. Die Filmhandlung bestätigt den Wissenschaftler bald. Ob das auch in der Realität einmal rückblickend gedacht werden wird, ist im aktuellen Fall offen.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 60 Prozent

### Die Bewertung

In Wolfgang Petersens Thriller "Outbreak" (Titelbild: Rene Russo) von 1995 überträgt ein aus Afrika importierter Affe als Wirtstier ein neuartiges Virus auf die Menschen. Dass es sich dabei um eine vom Militär entwickelte biologische Waffe handelt, spielt für unsere Betrachtung keine Rolle. Der Virologe Sam Daniels, verkörpert von Dustin Hoffman, richtet mit seinem Team ein Labor in der Kleinstadt ein, in der die Epidemie ausgebrochen ist. Das Militär riegelt die Stadt derweil ab. Sam Daniels sagt seinem Vorgesetzten: "Wir können es nicht aufhalten."

Das haben manche Politiker bis vor kurzem beim Corona-Virus anders gesehen. Die Lage sei unter Kontrolle, das Virus im Griff, hieß es. Aber: Ende Dezember 2019 wurde das Virus in China erstmals nachgewiesen, nur einen Monat später rief die Weltgesundheitsorganisation WHO die internationale Gesundheitsnotlage aus, einen weiteren Monat später sind weltweit mehr als 90.000 Corona-Erkrankungen nachgewiesen.

Angesichts der rasanten Verbreitung ist die Einschätzung, ein Virus im Griff zu haben, mindestens gewagt. Inzwischen hat Bundesgesundheitsminister Jens Spahn in einer Regierungserklärung vom Beginn einer Epidemie in Deutschland gesprochen, der Höhepunkt der Ausbreitung sei noch nicht erreicht.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 50 Prozent.

### Quarantäne

Egal, ob New York City in "I Am Legend" als Ursprungsort einer Virusmutation evakuiert wird und Will Smith als einziger Bewohner zurückbleibt oder Oscar-Preisträger Danny Boyle in "28 Days Later" ganz Großbritannien abriegelt - in den filmischen Vorlagen sind diese Maßnahmen nicht gerade von Erfolg gekrönt.

Ähnlich sieht es in der gegenwärtigen Situation aus. Rund die Hälfte der elf Millionen Einwohner flüchteten aus Wuhan, dem chinesischen Ursprungsort von Corona, bevor die Provinz abgeriegelt wurde. Darüber hinaus ist die Wirksamkeit einer Quarantäne dort fraglich, wo die betroffenen Menschen räumlich unzureichend voneinander getrennt werden können, etwa in Hotels oder auf Kreuzfahrtschiffen.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 75 Prozent.

### Hygiene

"Der Mensch berührt sein Gesicht pro Minute drei bis fünf Mal. In der Zwischenzeit fassen wir Türklinken an, Wasserhähne und andere Menschen", sagt Kate Winslet als Epidemiologin Erin Mears in Steven Soderberghs prominent besetztem Thriller "Contagion" (Ansteckung). Darin breitet sich ein aus China importierter Virus aus, übertragen von einem Küchenchef, der ein infiziertes Schwein mit bloßen Händen zubereitet und später anderer Leute Hände schüttelt, ohne sich die eigenen ausreichend gewaschen zu haben.

Im Film wie in der Realität gilt gebetsmühlenartig: Kinder, wascht Euch die Hände! Und zwar, wie vom Robert-Koch-Institut empfohlen, 30 Sekunden lang mit Seife. Ausführliches Händewaschen dämmt die Verbreitung von Corona ein.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 100 Prozent

## Geschäftemacher

Ebenfalls in "Contagion" profitiert Jude Law als Verschwörungstheoretiker Alan Krumwiede vom Ausbruch der Epidemie, indem er ein homöopathisches Präparat als Heilmittel anpreist und damit die Besucherzahlen seines Blogs in die Höhe schießen lässt.

So niederträchtig wird doch in der Realität niemand sein, oder? Nun, ein Blick ins Internet zeigt, wie bereitwillig Menschen aus den Ängsten und Nöten anderer Profit schlagen wollen: Atemschutzmasken und Desinfektionsmittel werden zu Wucherpreisen angeboten, letztere sogar aus Krankenhäusern und Unternehmen gestohlen, um damit den Gewinn beim Weiterverkauf an Bedürftige einzustreichen. Und auch Verschwörungstheorien über Corona machen längst die Runde.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 100 Prozent

# Medien

Droht im Film eine Epidemie oder der Einschlag eines Meteoriten, sind immer noch die TV-Stationen die erste Informationsquelle der Bevölkerung. Blöd nur, dass dort trotz Rund-um-die-Uhr-Berichterstattung

niemand voraussagen kann, was passieren wird. Berichtet wird aber trotzdem, was Fehlinformationen, Widersprüche und Unübersichtlichkeit zur Folge hat.

Information ist wichtig und kann Panik vorbeugen. Sie kann aber ebenso zum Gegenteil beitragen. Corona-Berichte, die detailliert aufzählen, welche Vorräte für Notfälle oder eine zweiwöchige Quarantäne anzulegen sind, nähren den Eindruck, sich dringend vorbereiten zu müssen. Hier sprechen wir ausnahmsweise mal nicht nur von der German Angst, denn selbst in kaum betroffenen Ländern wie Tschechien (Stand 5. März laut Robert Koch-Institut: acht Fälle) kam es zu sogenannten Hamsterkäufen.

Auch sich widersprechende Berichte (Rückgang vs. Anstieg der Zahlen, übliche Risikogruppen vs. alle betroffen, Sterblichkeitsrate höher als bei der Grippe vs. identisch) schüren Unsicherheit.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 90 Prozent.

### Hamsterkäufe

Wenn es hart auf hart kommt, ist sich jeder selbst der nächste - das von Darwin entliehene Recht des Stärkeren ist ein häufig bemühtes Motiv in Katastrophenszenarien. Formate wie die apokalyptische Serie "The Walking Dead" legen jedoch den Schluss nahe, dass große Vorräte (oft durch Plünderung) zwar die Verpflegung sicherstellen, aber natürlich keinen Schutz vor der eigentlichen Bedrohung bieten. So stapeln sich Lebensmittel in den Schränken auch jener, die sie gar nicht mehr brauchen.

In der Realität gibt es die sogenannten Prepper, die stets auf apokalyptische Szenarien vorbereitet sein wollen und entsprechend permanent mit Vorräten eingedeckt sind. Das Corona-Virus lässt nun aber auch normale Menschen zu Preppern mutieren, wie leere Wasser-, Pasta- und Konservenregale in deutschen Supermärkten und das Horten von Toilettenpapier und Seife belegen.

Die Angelsachsen sagen "Better safe than sorry", die Deutschen "Vorsicht ist besser als Nachsicht". Da spielt es keine Rolle, dass wegen einer ausgebliebenen Quarantäne oder Epidemie letztlich wohl viele gehortete Lebensmittel im Müll landen werden.

Der "Ratgeber für Notfallvorsorge und richtiges Handeln in Notsituationen" vom Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe ist in seiner gedruckten Version übrigens vergriffen. Fiktion-Realität-Kongruenz: 100 Prozent.

# Menschenaufläufe

Ruhe bewahren, zuhause bleiben, Fenster und Türen geschlossen halten und auf weitere Instruktionen warten - diese Ratschläge erhält die Bevölkerung über Radio und Fernsehen (solange beide noch senden) in ausnahmslos jedem Virus-Film. Tenor: Je mehr Kontakt, desto größer das Ansteckungsrisiko.

Auch das reale Pandemie-Protokoll der WHO bezeichnet "social distancing", also das Abstandhalten, als einen Schlüssel zur Prävention. Viele Großveranstaltungen wurden wegen des Corona-Virus folgerichtig abgesagt. Bei der Genehmigung, im Home Office zu arbeiten, sind deutsche Unternehmen dagegen noch zurückhaltend. Das schützt natürlich nicht vor potenziellen Ansteckungsherden wie der S-Bahn.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 90 Prozent.

## Globalisierung

In modernen Filmstoffen wie "World War Z" und "Contagion" breiten sich Viren global in einer Geschwindigkeit aus, die noch vor Jahren undenkbar gewesen wäre - der Globalisierung sei Dank. Brad Pitt reist in "World War Z" auf der Suche nach einem Gegenmittel übrigens nach Israel, das sich vor den Infizierten mit einer hohen Mauer schützt. Aktuell hat Israel wegen der Corona-Ausbreitung Einreisesperren gegenüber Passagieren aus Deutschland, Frankreich, Spanien, Österreich und der Schweiz verhängt.

Fiktion-Realität-Kongruenz: 100 Prozent.

# Fazit

In manchen Reaktionen auf das Corona-Virus verschwimmen die Grenzen zu Filmstoffen. Vielleicht empfiehlt es sich, einen Filmabend einzulegen - denn in Hollywood geht es am Ende meistens gut aus.

RF 52641327

NS gout : Outbreaks/Epidemics | gsars : SARS/MERS Viruses | gmovie : Movies | ntra : Transcripts | gcat : Political/General News | gcold : Respiratory Tract Diseases | gent : Arts/Entertainment | ghea : Health |

gmed : Medical Conditions | gspox : Infectious Diseases | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfce : C&E Exclusion Filter | nfcpex : C&E Executive News Filter | niwe : IWE Filter

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPD Kultur

PUB Deutsche Welle

AN 文件 DEUDE00020200306eg36000gv



Andere Länder, gleiche Aufarbeitung / Erste globale psychologische Studie zu emotionalen Corona-Folgen: Weltweit folgt Umgang den Phasen Inkubation-Panik-Depression-Neubesinnung-Normalisierung

WC 327 字

PD 2020年3月16日

SN news aktuell OTS - Originaltextservice

SC OTS

LA 德文

CY © 2020 news aktuell

LP

Köln/Berlin (ots) - Rückkehr zur Normalität in **China**, weitgehende Quarantäne in Italien, erste Anzeichen von panischen Reaktionen in Deutschland: Die Corona-Krise äußert sich derzeit weltweit in unterschiedlichsten Formen. Allerdings zeigt die erste globalen psychologischen Studie zur Pandemie, vom psychologischen Forschungs- und Beratungsunternehmen concept m in den Ländern **China**, Italien, Deutschland und USA durchgeführt, das die Aufarbeitung weitgehend den gleichen Mustern folgt.

TD

Demnach haben die USA die Phase 1 der Inkubation, in der die Menschen zwischen Erregung und Bagatellisierung schwanken, hinter sich gelassen. Deutschland ist schon am Anfang der nächsten Stufe der Verarbeitung, die von Angst bis hin zu Panik bestimmt wird - Hamsterkäufe sind ein Anzeichen dafür. Italien durchlebt gerade die schwierigste Phase, in der die Zahl der Sterbefälle dramatisch steigt und durch rigide Quarantäne-Maßnahmen das gesellschaftliche Leben lahmgelegt wird. Doch nach Isolation und Depression kommt die Zeit der Reflexion und Neubesinnung, in der neue Chancen gesehen werden, und schließlich als fünfte Phase die Erholung und Normalisierung, die aktuell in China eintritt.

"Der globale Blick kann eine Entlastung für Deutschland sein", so Dirk Ziems, Managing Partner von concept m und Autor der Studie, für die ein Forscherteam Konsumenten in Peking, Rom, Berlin, Köln und New York befragte. Ziems: "Der Vergleich kann verstehen helfen, welche Werte in den Phasen von Panik und Isolation in China und Italien erfolgreich waren und sind: schonungslose Transparenz, Entscheidungskonsequenz, diszipliniertes Durchhaltevermögen, die Wiederentdeckung solidarischer Werte und das Bewusstsein, in einer globalen Schicksalsgemeinschaft zusammengeschweißt zu sein und gemeinsam bestehen zu können."

# Pressekontakt:

Dirk Ziems, Managing Partner von concept m

Morphologischer Marktforscher und Lehrbeauftragter an der Hochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin und der Berlin School of Law und Economics <a href="https://conceptm.eu/company/#contact">https://conceptm.eu/company/#contact</a> dirk.ziems@conceptm.eu phone +49 177 8885411

Weiteres Material: <a href="https://www.presseportal.de/pm/76059/4548228">https://www.presseportal.de/pm/76059/4548228</a> OTS: concept m research + consulting GmbH

RF 4548228

NS npress : Press Releases | ncat : Content Types

RE gfr: Germany | italy: Italy | usa: United States | berlin: Berlin | china: China | nrhine: North Rhine-Westphalia | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | medz: Mediterranean | namz: North America | weurz: Western Europe

PUB news aktuell GmbH

AN 文件 OTS0000020200316eg3g001xi



HD

WC

PD

SN

SC

LA

CY

LΡ

China hilft Italien in der Corona-Krise

931 字

2020年3月20日02:21下午

Deutsche Welle

DEUDE

德文

© 2020. Deutsche Welle.

Italien sah sich bis vor Kurzem in der Corona-Katastrophe allein gelassen. Um so dankbarer ist es für Hilfe aus China. Experten sehen daran nichts zu kritisieren, wohl aber an mangelnder Solidarität der FU

Ein Expertenteam mit Medizinern aus China und Italien hält sich derzeit im besonders schwer von der Virus-Epidemie betroffenen Norditalien auf. Sie machen sich vor Ort ein Bild von der Lage und geben konkrete Ratschläge. Marcello de Angelis, Pressesprecher des Croce Rossa Italiana (Italienisches Rotes Kreuz), sagte gegenüber der DW: "Die chinesische Experten haben sehr viel Erfahrungen gesammelt, die Italien nun dringend braucht. In der Epidemiebekämpfung hat China bislang beträchtliche Erfolge erzielt. Daher möchten wir mit den chinesischen Experten auf internationaler Ebene zusammenarbeiten."

Zwischen den Rote-Kreuz-Gesellschaften Italiens und Chinas bestehe seit Langem enge Zusammenarbeit, so Angelis weiter. Es sei selbstverständlich, dass bei einer solch großen Krise der Partner um Rat und Hilfe gebeten werde.

Hilfe aus China auch für andere EU-Länder

Das erste neuköpfige Team aus China war vergangene Woche Donnerstag in Rom gelandet. Mit an Bord: 31 Tonnen an dringend benötigter Ausrüstung, darunter Beatmungsgeräte, Schutzbekleidung und -masken und Medikamente. Die Güter wurden zum Teil von der chinesischen Regierung, zum Teil von Firmen gespendet. Eine zweite Maschine mit Personal und Ausrüstung landete am Mittwoch (18.03.2020) in Mailand. Italien sei nicht einsam, "es gibt noch Leute, die Italien gerne helfen", lobte Außenminister Luigi Di Maio.

Weitere Hilfelieferungen aus China mit medizinischer Ausrüstung sind bereits in Spanien gelandet. Andere werden auch in Frankreich erwartet. Auf dem Höhepunkt der Epidemie in China hatten mehrere EU-Länder 56 Tonnen dringend benötigter Ausrüstung an China geliefert.

Dass China Italien in der Notlage humanitäre Hilfe leiste, sei sehr gut, betont Thorsten Benner, Direktor der

TD

Berliner Denkfabrik "Global Public Policy Institute" (GPPi). "China hat das Schlimmste überwunden. Es sind dort nun viele freie Kapazitäten verfügbar für den Rest der Welt." Gleichzeitig stehe China auch in der Verantwortung. "Denn es ist zum großen Teil die Schuld der chinesischen Regierung, dass sich die Epidemie überhaupt so stark ausbreiten konnte", stellt Brenner fest. Die Behörden in China haben erst Wochen später die Öffentlichkeit über das seinerzeit noch unbekannte Coronavirus informiert.

"Neue Seidenstraße der Gesundheit"?

Manche Beobachter befürchten, dass Peking jetzt die Chance nutzen könnte, um einen Keil in die EU zu treiben. Schließlich ist Italien das erste westeuropäische Land, das sich offiziell an Pekings "Neue Seidenstraße"-Initiative angeschlossen hat. Staats- und Parteichef Xi Jinping hat laut Frankfurter Allgemeiner Zeitung in einem Telefongespräch mit Ministerpräsident Giuseppe Conte gesagt, beide Länder seien die "Grundpfeiler für eine neue Seidenstraße der Gesundheit."

Benner vom GPPi hält es für normal, dass China bei der Hilfeleistung auch seine geopolitischen Ziele verfolgt: "Andere Länder würden das Gleiche tun." Er sei vielmehr darüber besorgt, dass die Europäer in der aktuellen Krise Solidarität vermissen lassen.

Darüber hatte sich auch Italiens Außenminister Di Maio in der vergangenen Woche beklagt. Die europäischen Nachbarländer hätten keine vergleichbare Hilfe wie China angeboten. Rom habe "um Hilfe geschrien, was Beatmungsgeräte und Masken betrifft", aber vergeblich.

Italien erbost über blockierte Lieferungen

Es gibt sogar Berichte in italienischen Zeitungen, dass die Lieferung von Medizingütern aus Deutschland verhindert wurde. So soll eine Lieferung von 830.000 OP-Masken, die eine italienische Firma aus China bestellt hatte, vergangene Woche in Deutschland blockiert worden sei, obwohl das am 4. März von Berlin verhängte Exportverbot von Medizingütern zur Bekämpfung der Epidemie nicht für Transitgüter gilt.

Nach Verhandlungen auf diplomatischer Ebene sei die Lieferung zwar freigegeben worden, habe aber nach Angabe der italienischen Firma nicht mehr gefunden werden können - in Deutschland. So berichtete die Regional-Zeitung "II Giorno". Und laut dem überregionalen "Corriere della Sera" sind in den vergangenen Wochen mehr als 190 Millionen Schutzmasken von Italiens Nachbarländern blockiert worden.

https://www.ilgiorno.it/sondrio/cronaca/coronavirus-mascherine-1.5066299

https://www.corriere.it/cronache/20\_marzo\_15/coronavir\_us-altri-paesi-bloccano-mascherine-destinate-all-italia-sequestrati-19-milioni-pezzi-2c78097a-66c1-11ea-a26c-9a66211caeee.shtml

Der Berliner Politikwissenschaftler Thorsten Benner sieht Glaubwürdigkeit und Ansehen der EU und

Deutschlands beschädigt: "Die EU hat es nicht geschafft, Italien, das derzeit am schwersten betroffen ist, effektiv zu helfen. Teilweise, weil wir selbst auch schlecht vorbereitet sind, aber der Eindruck, der bei den Italienern entstand, ist fatal. Viele in Deutschland reden von europäischer Schicksalsgemeinschaft. Aber wenn das Schicksal zuschlägt, scheint es so, dass wir unseren EU-Partnern nicht helfen."

Mittlerweile wurde das deutsche Exportverbot für EU-Nachbarn wie Italien zwar gelockert, und auch Hilfsgüter sind unterwegs von Berlin nach Rom, aber "diese Entscheidung kam zu spät, der Eindruck in Italien ist nun extrem negativ", mein Benner.

"Europäer müssen aus der Krise lernen"

Benner erwähnt im Gespräch mit DW auch den Wutanfall des serbischen Präsidenten Aleksandar Vučić, der diese Woche die europäische Solidarität als "Märchen auf dem Papier" verurteilt hat. Sein Land bekommt keine Medizingüter für die Epidemiebekämpfung von der EU und hat deswegen um chinesische Hilfe gebeten. China liefert und macht auch Propaganda. So schrieb die staatliche Nachrichtenagentur Xinhua: "Wenn Handschläge in Europa nicht mehr gelten, kann Chinas helfende Hand einen Unterschied machen."

Benner erinnert an die Aufforderung des früheren Bundesaußenministers Sigmar Gabriel von 2017, dass China die "Ein-Europa-Politik" respektieren sollte. Gabriel warnte Peking damals davor, die europäische Solidarität zu untergraben. Benner ist der Meinung, das Problem sei nicht Spaltungsversuche durch China: "Länder wie Deutschland müssen endlich mehr für 'Ein Europa' investieren." Dennoch blickt er auch optimistisch in die Zukunft: "Noch haben wir die Chance, insbesondere beim wirtschaftlichen Wiederaufbau, Solidarität zu zeigen. Wir haben es in der Hand, dass wir aus dieser Krise lernen."

52858981

RF

RF

IPD

CO ccrsia : Croce Rossa Italiana

NS gvexe : Executive Branch | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International

Relations | gvbod : Government Bodies

italy: Italy | china: China | gfr: Germany | rome: Rome | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | lazio: Lazio | medz: Mediterranean | weurz: Western Europe

Welt

PUB Deutsche Welle

AN 文件 DEUDE00020200320eg3k000gp



SE Schwerpunkt

HD Heinsberg geht viral

BY Bernd Müllender

WC 2,048 字

PD 2020年3月30日

SN taz - die tageszeitung

SC TAZ

ED taz

PG 4-5

LA 德文

CY (c) 2020 taz, die tageszeitung

LP

Diskriminierung, Angst und Hilflosigkeit weichen allmählich einem Hoffnungsschimmer: Im rheinischen Kreis Heinsberg startete das Virus seinen Weg durch Deutschland. Hier zeichnet sich der Weg für uns alle ab

Aus Aachen Bernd Müllender

TD

Lange kannte man vom Kreis Heinsberg höchstens die Awacs-Airbase der Nato in Geilenkirchen-Teveren oder Orte wie Holzweiler und Kuckum, wo die Menschen dem Braunkohletagebau Garzweiler II zu trotzen versuchen. Vielleicht wussten manche noch vom Selfkant, Deutschlands westlichstem Zipfel an der niederländischen Grenze.

Doch dann, am 25. Februar, schaffte es der Weiler Gangelt-Langbroich-Harzelt, gleich bei dem 600 Einwohner zählenden Schierwaldenrath gelegen, zu maximaler Prominenz. Von hier stammte der erste Infizierte. In Gangelt steht, neben der Freiwilligen Feuerwehr, ein unscheinbarer Flachbau, rotbraun geklinkert: die Bürgerhalle. Sie bietet gut 300 Leuten Platz, jedenfalls dann, wenn man die Menschen eng zusammensetzt. So war es auch bei der karnevalistischen Kappensitzung am Abend des 15. Februar. Begeistert schrieb die Lokalzeitung von "unglaublichen Szenen" der bierseligen Feier: "... die Quetschbüllsänger aus Hastenrath legten stimmungsmäßig weiter drauf, die Bürgerhalle tobte regelrecht, Langbroich war nicht mehr zu bremsen." Leider galt das auch für die vielen ungeladenen Gäste namens Covid-19.

Auf der Bühne hatte auch Immobilienmakler Bernd B. (47) aus Gangelt-Birgden mit seinem Männerballett getanzt. Er war ahnungslos Corona-infiziert. Ungezählte steckten sich an und gaben das Virus flugs weiter: Da nahm die Epidemie mit den Menschheitsfeinden von 0,000001 Millimetern Durchmesser in Deutschland ihren Anfang, tagelang unbemerkt. Auch bei Irene Nobis, 57, systemische Therapeutin aus dem 3.000-Seelen-Dorf Birgden, war das Virus ganz schnell ganz nah, bevor sie oder sonst wer auch immer nur etwas davon ahnen konnte. Eine Woche nach der Kappensitzung waren drei Dutzend Leute bei ihr zu Gast: Geburtstagsfeier der Tochter, die über die tollen Tage aus Norddeutschland zu Besuch gekommen war. Dann kamen die ersten Coronameldungen über Bernd B., der, vorbelastet nach einem Krebsleiden, mit schweren Symptomen auf die Intensivstation gekommen war und sofort ins künstliche Koma versetzt werden musste.

Irene Nobis erinnert sich an ihren "großen Schreck": "Den kenne ich, sein Büro ist hundert Meter weiter." Ihr Schwiegersohn war auch auf der Kappensitzung, danach beim Karnevalsumzug, dann bei ihr. "Ich bin sofort in freiwillige Isolation gegangen."

Größte Sorge: Ihre Mutter nebenan war an Bronchitis erkrankt. Lange Ungewissheit. Dann endlich die Tests. Die Ergebnisse: Mutter negativ, sie auch, anders die Tochter. "Die war sogar quasi berühmt, kam als erst dritter Fall in Schleswig-Holstein ins Fernsehen." Aha, Heinsberg, hieß es. Insgesamt wurden sechs Personen von Nobis' Feier positiv getestet.

Die Heinsberger Gegend – halb Mittelrhein, halb Niederrhein – ist nicht gerade menschenleer, es gibt ein paar Städte wie Heinsberg selbst, Erkelenz, Geilenkirchen, Wegberg, ansonsten aber viel Platz zwischen den Dörfchen, besonders im Selfkant. Hier franst Deutschland aus. Die Flüsslein heißen Rur und Wurm.

Man wundert sich, dass der Kreis dennoch auf 250.000 EinwohnerInnen kommt. Als vor ein paar Jahren tatsächlich ein Fremdenverkehrsbüro aufmachte, fragten sich die arroganten Nachbarn in Aachen, Mönchengladbach oder Köln naserümpfend: Wozu? Fährt da wer freiwillig hin? Doch, zum Beispiel zu Radtouren in den lauschigen Naturpark Schwalm-Nette. Oder zu Wanderungen in die zauberhaften Heidelandschaften.

Ackerbau dominiert, Getreide, Spargel, im Norden vor allem der Zuckerrübenanbau. Dessen Ernte 2019 ist besser gewesen als 2018. Das ist wichtig hier. Es ist so flach, dass man, um mit dem großen Niederrheiner Hanns-Dieter Hüsch zu sprechen, morgens schon sehen kann, wer nachmittags zu Besuch kommt. Wahrscheinlich gibt es auch eine höchste Erhebung, man weiß nur nicht, welcher der Kirchtürme im Kreis das wohl ist. Die katholische Konfession dominiert. Weniger als 50 Prozent bei Wahlen wären für die CDU ein Debakel.

Vielleicht sind aber auch die Abraumhalden bei Hückelhoven die mächtigsten Erhebungen. Hier wurde bis 1997 nach Steinkohle gegraben. Heute schrumpft der Kreis Heinsberg: die Braunkohlebagger von RWE graben bei Immerath Dorf um Dorf weg. Immerhin hat man durch das Braunkohleloch den tiefsten Punkt Deutschlands aufzuweisen: etwa minus 300 Meter.

Kurz: Das vermeintlich rückständige Heinsberg war immer schon, besonders im Karneval, Objekt des Spotts. Seit Ende Februar aber müssen sich HeinsbergerInnen wie Kriminelle fühlen. Nebenan in Holland, jenseits der letzten offenen Grenze Deutschlands, werden Halter mit dem Autokennzeichen "HS" als "Coronaschleudern" beschimpft oder die Autotüren werden zugehalten, damit die Insassen nicht aussteigen können. Andere erzählen, man habe sie in den Cafés, solange diese noch geöffnet waren, nicht bedient.

Ansässige Firmen, etwa im Industriebau, verlieren Aufträge: bloß kein Produkt aus Heinsberg, igitt. Die Leiterin der JVA Heinsberg berichtet, andere Anstalten weigerten sich, Gefangene zu übernehmen: "Wir sind verpönt, weil wir angeblich die Wurzel allen Übels sind." Sternekoch Alexander Wulf aus Randerath schimpft sarkastisch: "Man muss sich ja schon schämen, wenn man sagt, man sei aus Heinsberg."

Beim Missionskreis Osteuropa in Süsterseel warteten neulich 2.500 Bananenkisten voll mit Hilfsgütern auf den Lastwagenfahrer aus Rumänien. Der sonst so zuverlässige Mann kam einfach nicht. Heinsberg?, nein, sagte er am Telefon, da müsse er sonst daheim zwei Wochen in Quarantäne, direkt an der Grenze. Auf Facebook erschien derweil eine Ortsschild-Fotomontage "Heinsberg – Partnerstadt von Wuhan". Angstprojektion, hilflose Abgrenzungsversuche.

Auch Irene Nobis kennt solche Geschichten: In Mönchengladbach wurden Autos von zwei Freundinnen attackiert: bei dem einen die Reifen zerstochen, bei dem anderen der Lack zerkratzt. Während wir darüber reden, ploppt auf ihrem Tablet via Facebook eine Warnung auf: "Achtung. Ab 23 Uhr in ganz Gangelt alle Fenster schließen, die Orte werden aus der Luft desinfiziert …" Auch lustig.

Distanzierung geht auch umgekehrt. Der Versicherungskonzern Generali im benachbarten Aachen lässt vorsichtshalber keine Heinsberger MitarbeitInnen mehr in seine Büros, immerhin 80 von 1.600. Auch an der Technischen Hochschule der Kaiserstadt gilt: Angestellte aus dem Kreis Heinsberg haben zwar "kein ausdrückliches Betretungsverbot", so die Pressestelle der Universität "in Absprache mit dem Krisenstab". Aber wenn "Homeoffice mit Blick auf das Aufgabenprofil nicht sinnvoll" ist (zum Beispiel bei einem Hausmeister), sei es bislang "zu keinem Nachteil für die Beschäftigten gewesen, wenn sie vorübergehend ihrer Arbeit nicht nachgekommen sind". Heißt großzügigerweise: nicht arbeiten, trotzdem voller Lohn. Noch ist niemand auf die Idee gekommen, flugs nach Heinsberg umzuziehen und sich lächelnd in den bezahlten Urlaub zu verabschieden. Das wäre positive Selbstdiskriminierung.

Jörg V. hat all diese Berührungsängste nicht. Der 56-Jährige fährt täglich von Aachen in die Gangelter Klinik "Maria Hilf", wo er als Oberarzt in der Psychiatrischen Institutsambulanz arbeitet. Das erlebe er als völlig normal, auch andere Kollegen pendelten von auswärts Tag für Tag ein. Andere im Team hatten das Virus längst gehabt, "milder Verlauf, ausgeheilt".

Nach einer Lungenerkrankung vor Jahren sei er selbst Risikoperson, berichtet V. Schon mehrfach habe er bei Klientengesprächen auch flüchtigen Kontakt zu Infizierten gehabt, und neulich auch selbst plötzlich Erkältungssymptome verspürt. Ein Schreck? "Na ja, tiefenentspannt bin ich nicht. Aber nein, kein Test, keine Panik", sagt er. "Ich erlebe Gangelt wirklich ganz normal. Es bleibt immer die Frage, wie gehen wir mit Angst um. Mich beunruhigt das belgische Atomkraftwerk Tihange nebenan viel mehr als das Virus. Vor dem kann ich mich zu schützen versuchen."

Seine Frau Sabina ist unschlüssig: Eigentlich ist sie die reflektierte Gelassenheit in Person. Aber wenn Jörg nachts, bei ausgesetzter Kontrolle, "neben mir unbemerkt hustet und die Viren durchs Schlafzimmer fliegen …?" Sie schläft jetzt separat.

Unter den Infizierten bei der Kappensitzung, stellte sich irgendwann heraus, war auch ein Besucher aus Köln. Viruswinzige Genugtuung in den Netzwerken: Sogar aus dem Epizentrum des Frohsinns kommen welche zu uns feiern.

In Heinsberg schlossen die Schulen sofort nach dem ersten Fall, Kitas machten zu, Geschäfte. Gab es nicht Reflexe, zumindest Gangelt und seine umliegenden Gemeindeteile komplett abzuriegeln? "Haben wir nie vorgehabt", sagt CDU-Landrat Stephan Pusch, 51, "das ist auch nicht meine Auffassung von einem demokratischen Staat." Wegen des Zeitverlustes wäre es ohnehin zu spät gewesen. Das Virus war ja längst auf seiner Reise.

Der umtriebige Pusch (Kindheitstraum Westernheld) hat am vorvergangenen Wochenende, weil er an der langsamen Bürokratie verzweifelte, einen Brief "an die Regierung von China" geschrieben mit der flehentlichen Bitte um Schutzkleidung und Masken. Viele haben darüber gelächelt. Am Freitag ist die erste Vorablieferung tatsächlich angekommen. Und es folge noch deutlich mehr, hätten ihm die Chinesen versichert.

Apropos China: In Birgden, mit Blick auf das improvisierte Ärztezelt auf dem weitläufigen Ortsplatz Großer Pley, leben die Eheleute Marie-Luise, 70, ehemalige Bürokauffrau, und Seung Yu Fung, 73, gebürtiger Hongkong-Chinese, früher Informatiker im Versicherungsbusiness. Ihr Sohn Christian, Hirnchirurg in Freiburg, mahnte seine Mutter vom ersten Tag: "Mama, geht gar nicht mehr raus. Bleib zu Hause. Mach am besten gar nichts."

Jeder kenne hier wen, der positiv ist, sagt Marie-Luise. "Und manche wirklich Alte haben sich wie eingebunkert; da ist man froh, wenn man jemanden von denen zufällig wiedersieht." Natürlich gehen die beiden Fungs raus, kontaktarm: Spazieren gehen sie immer, mindestens eine Stunde am Tag.

Auch sie kennt die Stigmatisierung, jedenfalls die indirekte: "Die Holländer meiden uns wie Aussätzige. Die kommen nicht mal mehr zum Aldi." Prima, dürften Einheimische denken, bleibt für uns mehr zu hamstern. "Auch nach Wochen passiert das noch. Ich verstehe das nicht", sagt Marie-Luise Fung. Der wortgewandte Landrat Pusch, der sich "nicht als Popstar sieht, sondern als Spielführer, Speerspitze und Sprachrohr eines starken Teams", hat zu den Panikkäufen den schönen Satz geprägt: "Die Angst ist da am größten, wo die echte Betroffenheit am geringsten ist."

Seung Yu Fung, Mitte der 1960er Jahre mit seinem Vater nach Deutschland gekommen, ist der einzige Chinese am Ort. Nein, sagt er, rassistische Reaktionen habe er zum Glück nie erlebt: "Aber man kennt mich ja hier auch seit mehr als 50 Jahren." Allerdings – er und seine Frau wollten in diesen Tagen eigentlich nach Südtirol fahren: Chinese, Autokennzeichen "HS", heimkehrend aus dem Corona-Hotspot der Alpen. "Im besten Fall", scherzt er, "hätten mich die Leute wahrscheinlich in eine Tonne voll mit Desinfektionsmitteln tauchen wollen."

Nein, sagt Fung, "lasst uns mal schön gelassen bleiben. Was auch sonst." Und er mag die Ruhe. Nur schade, dass er derzeit nicht joggen kann, "der Rücken …" Stattdessen: Rommé spielen jeden Tag, obwohl er das gar nicht besonders mag. Und Marie-Luise auch nicht, jedenfalls nicht mit ihm, "viel lieber mit der Freundin". Aber die ist in Coronazeiten nebenan ganz weit weg.

Irene Nobis berichtet nach jetzt bald sechs Wochen in Eigenquarantäne, sie kenne mittlerweile sechs Leute, die derzeit ins Koma gefallen seien, "und alle zwischen 50 und 60. Das ist …" Sie sucht nach Worten. "Es ist so: All die Zahlen haben Gesichter bekommen." Auch ihr früherer Ehemann habe stationär gerade eine schwere Lungenentzündung glücklich überstanden.

Nein, auch sechs Wochen Isolation seien okay, nur arbeiten gehe halt nicht, Einkommen derzeit null. Geduld sei gefragt, sagt sie. Und kein Gerede von Exitstrategien bei den Ausgangsbeschränkungen, die alle anderen jenseits von Heinsberg erst seit einer lächerlichen Woche kennen. Gartenarbeit helfe, sagt sie, "mich richtig auspowern". Und direkte Sozialkontakte gebe es immerhin zu den Nachbarn über den Zaun. Längst nennen sie sich im Großraum Heinsberg "Schicksalsgemeinschaft".

Bernd B., der als Erster den Virus in sich trug, kämpfte über drei Wochen künstlich beatmet um sein Leben. Jetzt scheint er das Schlimmste überstanden zu haben. Er wird von den ekelhaften Beschimpfungen und Schuldzuweisungen hören, die ihn in den Netzwerken verfolgten. Woher der arme Mann als Gangelts "Patient 0" das Virus hatte, wird man wohl nie erfahren.

Heinsberg hat nach wie vor prozentual die mit Abstand meisten nachgewiesenen Infizierten in Deutschland. 1.246 waren es am Sonntag, das sind knapp 0,5 Prozent der Bevölkerung. Der Bundesdurchschnitt liegt bei 0,007. Auch die meisten Coronaopfer – aktuell 31 – gibt es in Heinsberg.

Aber: Die Differenz zwischen Neuinfektionen und Gesundeten ist seit einer Woche ausgeglichen, sogar mit leichter Tendenz nach unten.

Atmen die Menschen allmählich auf? "Ein ganz kleines bisschen", glaubt Landrat Pusch. Und dann muss er sich schon wieder ärgern, über "Pappnasen wie diesen Christian Lindner, der schon nach vier Tagen davon redet, die Kontaktbeschränkungen wieder zu lockern. In Heinsberg fangen wir nach über einem Monat mit ganz kleinen Dingen wieder an." Seit Mitte März gehen die ersten infizierten Teilnehmer der Kappensitzung wieder zur Arbeit.

Der Autor, wohnhaft in Aachen, kennt viele Orte im benachbarten Kreis Heinsberg von diversen beruflichen und privaten Terminen, seit Langem auch die meisten der Interviewten. Hingefahren ist er dennoch nicht.

"Die Quetschbüllsänger aus Hastenrath legten stimmungsmäßig weiter drauf, die Bürgerhalle tobte regelrecht"

Heinsberger Zeitung über die Karnevalssitzung vom 15. Februar, bei der das Virus sich ausbreiten konnte

"Es ist so: All die Zahlen haben Gesichter bekommen."

Irene Nobis aus Birgden über die Ausbreitung der Infektion

RE gfr : Germany | nrhine : North Rhine-Westphalia | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

IPC TAZ-Bericht

PUB Contrapress Media GmbH

AN 文件 TAZ0000020200329eg3u00017



SE Kultur

HD "Die Frage ist: Was kommt danach?"

BY Peter Unfried

WC 2,681 字

PD 2020年4月4日

SN taz - die tageszeitung

SC TAZ

ED taz

PG 26,27

LA 德文

CY (c) 2020 taz, die tageszeitung

LP

Der frühere Außenminister Joschka Fischer über die Konsequenzen – und Chancen –, die aus der "Menschheitskrise" Corona erwachsen, über Deutschlands Verpflichtung gegenüber Europa und über Geopolitik nach dem Ende der US-amerikanischen Führungsrolle

Gespräch Peter Unfried

TD

Es ist 12 Uhr mittags, und Joschka Fischer sitzt in seinem Berliner Haus im mittlerweile zur Gewohnheit gewordenen Videokonferenz-Setting, also am Schreibtisch vor einem Bücherregal. Er trägt Weste, in der Ecke sieht man ein paar Umzugskisten. Der Außenminister der rot-grünen Jahre hat mit "Willkommen im 21. Jahrhundert" gerade ein geopolitisches Opus magnum veröffentlicht – und muss nun intellektuell und persönlich mit der veränderten Coronawelt klarkommen.

taz am wochenende: Herr Fischer, wir leben in einer Phase, in der in vielen Bereichen politische Versäumnisse sichtbar werden, die wir viele Jahre ignoriert haben. Was sticht da im Kontext der Coronapandemie besonders heraus?

Joschka Fischer: Na ja, ich denke, die größte Ignoranz war: Wir wussten, dass so etwas möglich ist. Es gab zwar noch nie eine solche Pandemie zu unseren Lebzeiten – Ebola war furchtbar, blieb aber auf Afrika beschränkt, Sars war milde, verglichen mit dem, was wir jetzt erleben –, aber es gab immer wieder Ausbrüche neuer Viren. Und ich denke, dass wir schlicht und einfach alle miteinander dramatisch unterschätzt haben, was das für uns heißt für den Menschen, die Gesellschaft, die Wirtschaft, die Weltwirtschaft. Und was es für die Demokratie heißt.

Wir haben immer anderes zu tun, als die großen Zukunftsprobleme zu lösen, die wir angehen müssten, bevor sie eskalieren.

Wir haben es jetzt bei der Coronakrise aus meiner Sicht mit einer Menschheitskrise zu tun.

Die Menschheit kann aber nicht als Ganzes handeln.

Richtig. Wir sind nicht dazu in der Lage. Es wäre ja schön, wenn wir daraus lernen würden, aber in der Krise greift zuerst jeder auf das zurück, was er kennt: den eigenen Staat. Das ist eine verständliche menschliche Reaktion. Aber wir brauchen mehr Zusammenarbeit, nicht weniger, wenn wir dieser Gefahren Herr werden wollen.

Wie schlimm wird's denn aus Ihrer Sicht? Auch eine Weltwirtschaftskrise hat ja Auswirkungen auf Leben und Tod.

Ich glaube, es wird schlimm. Diese Krise beinhaltet mehrere Krisen in einem. Es ist eine Krise der Realwirtschaft, eine Vollbremsung innerhalb von Tagen. Sie ist global, sie ist nicht begrenzt auf eine große Volkswirtschaft, eine Region oder auf einen Kontinent. Die globale Ökonomie wurde schockgefroren, und das wird zu erheblichen Vermögensverlusten führen. Trotz der nie gekannten Größe der Staatsinterventionen, wie wir sie dieser Tage erleben.

Nicht vergleichbar mit anderen Weltwirtschaftskrisen?

So etwas haben wir beide noch nicht erlebt. Das wird zu einer sehr heftigen globalen Rezession führen. Wir werden eine Notstandsökonomie bekommen. Die Frage ist: Was kommt danach? Wollen wir wieder die alten Strukturen aufbauen? Oder nutzen wir diese Großkatastrophe, um daraus zu lernen und zugleich neue Strukturen zu schaffen, etwa in Bezug auf Klimaschutz, virologische Bedrohungen und Ähnliches. Nachhaltigkeit muss umfassender definiert werden, das zeigt uns das Virus.

Im Grunde sagen die verschiedenen Ideologen, was sie immer sagen: Wirtschaft darf nicht leiden. Kapitalismus muss weg. Gott ist angepisst vom Menschen. Und die bürgerlichen Romantiker beschwören Solidarität und Menschlichkeit und sehen uns als höhere Wesen aus dieser Krise hervorgehen. Was halten Sie von Letzterem?

Grundsätzlich finde ich die Idee gut und richtig, dass Solidarität ein wichtiger Gesichtspunkt ist zur Überwindung dieser Krise: Solidarität zwischen den Generationen, zwischen Arm und Reich ... denn alle sitzen im selben Boot. Ob wir dadurch zur höheren Wesen werden? Da bin ich überfragt.

Ich finde das illusionistisch. Es ist eine Denkschlampigkeit unserer positiv von 1968 beeinflussten Milieus, dass sie darauf insistieren, große Fragen des Allgemeinen seien durch Charakter des Einzelnen und eine tolle "Zivilgesellschaft" zu regeln.

Wir brauchen funktionierende Institutionen, dazu sehe ich keine Alternative. Was wir jetzt im Zeitraffer erleben, gibt uns eine Vorahnung auf das, was kommen wird, wenn etwa das globale Klima kollabiert. Insofern werden wir andere Prioritäten setzen müssen. Das bietet vielleicht gerade in der internationalen Politik eine Chance, dass aktuelle Konflikte und Krisen überwunden werden können.

### Konkret?

Schauen Sie, ich habe es persönlich erlebt, noch als Außenminister, als Weihnachten 2004 das große Erdbeben mit dem zerstörenden Tsunami in Südostasien, im Indischen Ozean, stattgefunden hat und zu einer fast völligen Zerstörung von Banda Aceh geführt hat, der regionalen Hauptstadt im Norden Sumatras. Das war die Grundlage dafür, dass dann ein langer Bürgerkrieg zu Ende gebracht werden konnte – angesichts dieser von der Natur verursachten, fast biblischen Zerstörung. Ich könnte mir denken, dass es nach Corona auch Chancen gibt, dass Konflikte beendet werden. Aber das setzt den Geist und den Willen zur Zusammenarbeit voraus und zur Kooperation.

Was wird aus der Entwicklung der EU, wenn der menschliche Reflex der Schutzsuche der Nationalstaat ist, der keine Zukunft hat?

Die Vorstellung, man könne sich von der engen Zusammenarbeit in Europa verabschieden oder eine Billigvariante ermöglichen: Damit würden sich die Europäer endgültig in den Abgrund stürzen. Das darf doch nicht wahr sein! Wir sind in einer **Schicksalsgemeinschaft**. Wir werden den gemeinsamen Markt in Zukunft mehr denn je brauchen. Und wir werden auch den Euro mehr denn je brauchen. Das heißt: Wir sind zur Solidarität verpflichtet.

Politik nach vorn mehrheitsfähig zu machen wird schwierig, wenn die Gesellschaft Sicherheit im Hinten sucht. Die behutsame Vorwärtsbereitschaft in den Bereichen EU und Klima, die sich im Umfragehoch der Grünen ausdrückte, ist gestoppt. Die CDU ist wieder weit über 30 Prozent.

Das würde ich jetzt nicht überschätzen. Im Moment ist es innerhalb der Regierung die Union, die in den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger eindeutig handelt, vorneweg Angela Merkel, und von der die Menschen das auch erwarten. Daher kommt die Unterstützung. Die politische Debatte ist eingefroren, und auch dafür gibt es gute Gründe. Aber das ist kein Dauerzustand, und man wird dann die Debatte haben: Was wird? Ausschließlich Investitionen in die alten Strukturen hielte ich für eine gewaltige vertane Chance.

Ja. Aber jetzt sind wir an einem Punkt, wo die Rettung auch wieder im Nationalstaat gesucht wird, oder vielleicht sogar nur in Bayern.

Glauben Sie im Ernst, dass ein Zurück zum Nationalstaat die Sache wirklich besser macht, geschweige denn uns näher an eine künftige Vorsorge gegen solche Krisen heranführt?

Selbstverständlich nicht. Aber die EU hat auch keine resilienten Strukturen. Die zu schaffen muss doch jetzt die Aufgabe sein.

Dass die EU keine resilienten Strukturen habe, da widerspreche ich. Der Euro und die Europäische Zentralbank spielen in der Resilienz des Finanzsystems eine entscheidende Rolle. Sie sind noch nicht so weit, wie sie eigentlich sein müssten, das stimmt. Aber dass jetzt wieder diese ideologisch getriebene

Debatte über die Frage gemeinsamer Bonds aufkommt, also gemeinsamer Schuldscheine, und die Debatte, dass man um Gottes willen kein Geld für Italien auszugeben habe: Ja, was denn sonst? Zu meinen, wir seien nicht zur Solidarität mit Italien verpflichtet, würde bedeuten, dass wir die ganze Konstruktion drangäben und zurückfielen auf einen deutschen Nationalstaat.

Die Sehnsucht gibt es.

Ja. aber es ist eine Todessehnsucht.

Die These Ihres Buchs "Willkommen im 21. Jahrhundert" lautet: Deutschland kann nicht ohne Europa, Europa kann nicht ohne Deutschland. Deshalb muss jetzt endlich mehr Europa von Deutschland kommen. Das scheint mir mentalitätspsychologisch noch längst nicht angekommen.

Da fragen Sie jetzt den Falschen. Ich habe keine psychologische Kompetenz.

Dann frage ich anders. Das große Problem für die Zukunft Europas ist Deutschland, so lautet Ihre Kernthese. Warum?

Na ja, das ist das Land in Europa mit der größten Bevölkerung, mit der größten Volkswirtschaft, mit einer sehr – diplomatisch formuliert – merkwürdigen Geschichte. Vor zwei Generationen war das noch das gefürchtete Land der fast nicht besiegbaren Soldaten, des fast nicht besiegbaren Militarismus. Ein Land mit damals ungefähr 60 Millionen hatte allen Ernstes die Vorstellung, die Welt beherrschen zu können. Das war bitterernst. Als 1945 alles zu Ende und kaputt war, haben die Deutschen daraus die Konsequenz gezogen. Sie lautete: Nie wieder! Sie haben sich dann vom Denken in Macht- oder gar Weltmachtkategorien völlig zurückgezogen, sind militärisch Pazifisten geworden. Und blieben auch mit ihrer wirtschaftlichen Macht immer im Windschatten der USA. Ich denke, das ist eine Erfahrung, die sehr tief sitzt und die alles andere als nur negativ ist. Ich kritisiere das nicht.

Sie sagen aber, dass die Bundesrepublik jetzt den dritten Schritt gehen muss nach Westbindung Adenauers und der Ostentspannungspolitik Willy Brandts. Das ist eine macht- und finanzpolitische Antwort auf die transatlantische Entkopplung der USA.

Europa als eigenständige Macht wird es ohne Deutschland nicht geben können angesichts der wirtschaftlichen Bedeutung und der Bevölkerungsgröße und unserer geopolitischen Lage. Es geht nur mit Deutschland. Aber was geht mit Deutschland? Das ist jetzt eine große Probe. Wenn wir im wirtschaftlichen Bereich dieselbe Ignoranz wiederbekommen wie 2008 und meinen, wir könnten auch ohne die anderen, dann werden wir mit uns und mit Europa gegen die Wand fahren. Das ist meine Meinung.

Aber bevor die Bedeutung des Coronavirus evident wurde, schien das größte Problem, das wir hier in Deutschland haben, weder die EU noch die Klimakrise zu sein, sondern die Wahl eines FDP-Politikers zum Ministerpräsidenten von Thüringen durch AfD-Stimmen.

Da müssen wir uns selbst fragen und auch die Medien, ob das eine richtige Bewertung gewesen war. Ich war sehr dafür, dass diese Wahl keinen Bestand hatte, damit Sie mich nicht missverstehen. Aber sosehr ich finde, dass die AfD ein Unglück und – lassen Sie mich das auch sagen – in einem gewissen Sinne eine Schande für die deutsche Demokratie ist: Sie ist nicht das größte Problem, das wir haben. In den dreißiger Jahren hatten die Nazis oder hatten die Deutschnationalen eine strategische Perspektive. Aber heute haben sie keine strategische, nur noch eine destruktive Perspektive. Sie können Europa schwer schädigen, aber sie werden nicht mehr hegemonial werden.

Die deutsche Verantwortung, sagen Sie, ist vorn, ist eine in verschiedener Hinsicht robuste EU. Bisher ist die deutsche Verantwortung nur rückwärts gerichtet und die Außenpolitik dezent. Die Frage ist, wie man gerade in den linksliberalen Milieus Leute für realistische Machtpolitik gewinnen kann, ohne dass man sofort als Revanchist missverstanden wird.

Na, das wird man eh, wenn man darüber was sagt. Aber da würde ich nicht allzu viel drauf geben. Die erste große Herausforderung für unsere Grundsätze, von denen ich zutiefst überzeugt bin, waren ja die Erbfolgekriege in Jugoslawien. Da wurde einfach klar, dass eine neue Welt entsteht, in der auch die alten Gespenster wiederauftauchen können wie blutiger, aggressiver Ethno-Nationalismus, wie Rassismus, wie Antisemitismus. So was hätte ich alles nicht für möglich gehalten, aber es ist wieder Teil der Realität, nicht nur in Deutschland, auch in anderen europäischen Ländern. Aber nun endet auch noch die Zeit, in der wir im Windschatten der USA bleiben und sagen konnten: Wenn es ernst wird oder auch schmutzig, der große Bruder ist da, die USA werden das lösen oder auch nicht. Diese Zeit ging mit Trump zu Ende, und sie geht definitiv jetzt mit der Coronakrise zu Ende.

In einer der erhellendsten Passagen in Ihrem Buch weisen Sie darauf hin, dass wir früher immer lustig "Ami go home" geschrien haben und jetzt denken: Scheiße, was machen wir nun, da der Ami wirklich home geht? Da stehen wir aber ziemlich blöd da.

Vor allen Dingen wird es sehr viel teurer, als sich das viele vorstellen, wenn die USA ihren Schutz für Europa, sprich: Nato, zurückziehen. Da wird man mit großem Bedauern und wehmütiger Erinnerung von den zwei Prozent Militärausgaben vom Bruttoinlandsprodukt sprechen. Der Eigenschutz wird sehr viel komplizierter und sehr viel teurer.

Geopolitik gehört einfach nicht zum Kulturkanon der Bundesdeutschen.

Ja. Aber sie sind überzeugbar. Das habe ich ja selbst erlebt in der Balkankrise. Nur das setzt eine Regierung voraus, die weiß, was sie tut, und auch entsprechend dafür wirbt. Insofern setze ich auf die junge Generation.

# Warum auf die?

Weil sie nicht von den Traumata der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts geprägt ist. Ich habe diese Traumata ja geteilt und teile sie. Ich sage auch nicht, die Abkehr von der Kriegernation hin zum Handelsstaat und einer pazifistischen Grundhaltung in der Mehrheit unserer Bevölkerung ist schlecht. Im Gegenteil! Das war eine richtige und wichtige Reaktion. Doch jetzt steht eine neue Generation, die eben von diesen Traumata weiter weg ist, vor einer neuen Herausforderung, was ich in meinem Buch zu begründen versuche: Wenn Europa nicht nur im militärischen Bereich, sondern auch bei der digitalen Souveränität nicht völlig unter die Räder geraten will, müssen wir unsere Souveränität stärken. Das heißt: mehr Zusammenarbeit, mehr Gemeinschaft und auch mehr Engagement. Und das geht ohne Deutschland und Frankreich nicht, den beiden Großen, nachdem die Briten sich verabschiedet haben.

Die bundesrepublikanische Kultur muss sowohl für einen robusten als auch einen regulierenden Liberalismus in einem Ausmaß entwickelt werden, wie das vor Corona schon schwierig war. Wie soll das jetzt gehen?

Besser. Die Staaten schaufeln gewaltige Summen in die Wirtschaft, wie ich finde, mit zwingenden guten Gründen. Das wird Konsequenzen haben. Selbst die Bundesregierung hat erklärt, notfalls bei systemrelevanten großen Unternehmen zur Staatsbeteiligung zu greifen. Ich fände es gut, wenn man versteht, dass das ein anderes Verhältnis zwischen Wirtschaft und Staat mit sich bringt. Das sehe ich als weitreichende Konsequenz der Coronakrise: Der Staat wird zum Vorsorgestaat. Er wird sehr viel mehr als in der Vergangenheit und grundsätzlich Vorsorgestaat sein müssen.

### Wir rücken nach links?

Mir geht es erst mal um einen Begriff, der versucht, die realen Verschiebungen zu begreifen. Wie weit das ein linkes Konzept ist? Ich möchte jetzt diese ideologische Debatte nicht führen. Die strategische Frage lautet: Können wir es uns erlauben, aus privatwirtschaftlichen Gründen wesentliche Teile unserer pharmazeutischen Versorgung in den Weltmarkt outzusourcen? In solchen Fällen wird die Politik künftig sagen: Das kann nicht nur über den Markt gelöst werden. Das ist eine Frage der Daseinsvorsorge. Das wird in Zukunft eine sehr viel größere Rolle spielen. Das gilt auch für Sicherheits- und Datenfragen, dass es hier eine gesicherte Versorgung und Vorratshaltung gibt. Das alles kann nur im gemeinsamen europäischen Markt stattfinden.

Die fehlende digitale Souveränität der EU, von der Sie sprechen, würde uns gegenüber USA und China zu machtlosen Knechten machen?

Richtig. Eine andere Konsequenz der Coronakrise, die heute schon sichtbarer und auch beschreibbar ist, etwa dadurch, dass wir dieses Gespräch über Skype führen. Das wird normal. Unser virtuelles Leben wird eine sehr starke Dominanz bekommen. Die Frage ist: Wer beherrscht uns, wer verfügt über unsere Daten? China oder die USA oder wir selbst, Europa? Das ist keine Technikfrage, sondern die zentrale Frage der Freiheit im 21. Jahrhundert.

# Was ist notwendig?

Ich möchte, dass die europäischen Daten auch physisch in Europa bleiben, unter europäischer Kontrolle. Denn wer die Daten hat, hat die Macht. Sie dürfen in China keine personenbezogenen Daten außer Landes bringen. Eine solche Regelung haben wir hier nicht.

Als nächstes Thema der Coronakrise wird erst mal sein: Dürfen Junge und Mittelalte wieder raus, arbeiten und Party machen, während Alte strikt zu Hause bleiben, oder ist das unsolidarisch – wie sehen Sie das?

Sie sprechen mit jemandem, der 72 Jahre alt ist.

Deshalb frage ich ja.

Das ist jetzt nicht der richtige Moment dafür, aber dass die Jugend dauerhaft aufs Partymachen verzichtet oder verzichten muss, das wünsche ich mir nicht. Und ja, wenn wir Alte uns mehr selbst schützen müssen, und sei es nur durch einen längeren, temporären Rückzug aus der Öffentlichkeit, dann ist es so. Ich denke, Solidarität besteht im gegenseitigen Rücksichtnehmen und im Festhalten an den Grundwerten unserer Zivilgesellschaft. Es geht hier um die Konsequenzen einer elementaren, globalen Krise, wie wir sie noch nicht erlebt haben. Wie weit das die Demokratie betreffen wird, das weiß ich nicht. Aber was ich weiß: dass in der Geschichte solche schweren Erschütterungen nie ohne Konsequenzen auch für das politische System geblieben sind.

Was heißt das?

Ich weiß es nicht. Wir werden es sehen.

Peter Unfried ist seit vielen Jahren Chefreporter der taz. Dies ist erst sein drittes Joschka-Fischer-Interview überhaupt.

"Wer beherrscht uns, wer verfügt über unsere Daten? China, die USA oder wir selbst, Europa? Das ist die zentrale Frage der Freiheit"

Der Mann

Jahrgang 1948, aufgewachsen in Stuttgart, Metzgersohn. Wollte in den 70ern Berufsrevolutionär werden, brach dies ab und ging zu den Grünen. Erster Grüner Landesminister (1985), bisher einziger Grüner Vizekanzler (1998–2005). Leitet heute die Beratungsfirma Joschka Fischer & Company.

Das Buch

Soeben erschienen: "Willkommen im 21. Jahrhundert. Europas Aufbruch und die deutsche Verantwortung" (Kiwi). Fischers These: Die EU muss zu Machtpolitik fähig werden und damit auch Deutschland.

- NS gpir : Politics/International Relations | nitv : Interviews | gcat : Political/General News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter
- RE gfr : Germany | usa : United States | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
- IPC Interview
- PUB Contrapress Media GmbH
- AN 文件 TAZ0000020200403eg440000r



HD Diskussion über "nukleare Teilhabe"; Erschütterung an der Ostflanke

WC 1,124 字

PD 2020年5月6日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2020 Axel Springer SE

LP

In Deutschland lagern US-Atombomben - die im Ernstfall von deutschen Flugzeugen abgeworfen werden. Aus der SPD kamen zuletzt Rufe nach dem Ausstieg aus dieser sogenannten nuklearen Teilhabe. Eine idealistisch-pazifistische Idee, die in Frankreich und Polen für sehr naiv gehalten wird.

Die SPD-Fraktionsvorsitzende Rolf Mützenich und die SPD-Vorsitzende Saskia Esken haben eine heftige Debatte ausgelöst mit ihrer Forderung, die nukleare Teilhabe Deutschlands in der Nato zu beenden und die US-Atomwaffen aus Deutschland abzuziehen. Solch ein Schritt hätte laut internationalen Sicherheitsexperten einschneidende Folgen.

TD

"Es würde bedeuten, dass die erweiterte Abschreckung innerhalb der Nato, die auf der Teilhabe europäischer Partner beruht, ernsthaft geschwächt würde", sagt etwa François Heisbourg von der Stiftung für strategische Studien in Paris gegenüber WELT. Deutschland sei der "Dreh- und Angelpunkt" des Konzepts der nuklearen Teilhabe in Europa. Stiege Berlin aus, hätte das erhebliche Konsequenzen auch für andere europäische Staaten.

Jan Techau vom German Marshall Fund in Berlin fürchtet vor allem den politischen Schaden, den Deutschland damit anrichten würde. "Der militärische Sinn nuklearer Teilhabe ist durchaus begrenzt. Ihr politischer Wert, die Bindung an Amerika und die Nato-Partner in einer existenziellen Frage, ist aber sehr groß", so Techau zu WELT. "Deshalb wäre auch der politische Schaden gegenüber der Allianz und den Verbündeten so groß. Hier geht es nicht so sehr um eine einzelne militärische Fähigkeit, die Deutschland vorhält. Hier geht es um die Frage, ob man sich in der Schicksalsgemeinschaft der Verbündeten sieht, bis in die letzte, ultimative Ausbaustufe."

Wenn Deutschland ohne Not ausschere, dann verspiele das Land Vertrauen und damit Einfluss. Die Debatte wurde ausgelöst von der Entscheidung des Bundesverteidigungsministeriums, die alternden Tornado-Kampfjets mit amerikanischen F-18-Flugzeugen als Zwischenlösung zu ersetzen. Mit diesen könnte Deutschland Atomwaffen transportieren.

Die USA hatten das Konzept der militärischen Teilhabe ihren europäischen Verbündeten Ende der 50er-Jahre angeboten. Damit sollte verhindert werden, dass Deutschland und Italien mit französischer Hilfe ein eigenes Atomwaffenpotenzial entwickeln. Es war ein Kompromiss, um etwa die deutsche Unterschrift unter den Atomwaffensperrvertrag zu bekommen. Im Gegenzug boten die Amerikaner den Europäern Mitsprache an bei einem möglichen Einsatz von Atomwaffen.

Im "Tagesspiegel" bestritt Mützenich, dass ein Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe die deutsche Mitsprache beschneiden würde. Er verwies dabei unter anderem auf die Alleingänge von US-Präsident Donald Trump. Für Heisbourg ist das ein Irrtum. Schließlich beruhe die Teilhabe auf dem Prinzip der "zwei Schlüssel". Die USA stellen die Atombomben und ein europäischer Partner die Trägersysteme, etwa deutsche Kampfflugzeuge, die atomwaffenfähig sind.

"Man benötigt die Zustimmung beider involvierter Länder, das gibt europäischen Staaten die Möglichkeit, im Ernstfall die nukleare Eskalation mit zu kontrollieren", sagt Heisbourg. Der SPD-Vorschlag wäre in einer Krise deshalb sogar kontraproduktiv, wenn es darum ginge, einen übereilten Nuklearschlag von westlicher Seite zu verhindern.

Mützenich untermauerte seinen Vorstoß mit intensiver Kritik an der Trump-Regierung. Über die von Russland ausgehende Gefahr und die neue Bedrohungslage in Europa, besonders für die osteuropäischen Partner, schwieg er jedoch. Das sorgt auf polnischer Seite für Unverständnis.

"Die derzeitige Debatte in der SPD über die Beschaffung eines Nachfolgers für das Tornado-Kampfflugzeug und darüber, die nukleare Teilhabe zu verlassen, sind ein Beleg für einen sehr beunruhigenden Trend in der deutschen Sicherheits- und Verteidigungspolitik", meint Justyna Gotkowska vom Warschauer Thinktank OSW gegenüber WELT.

"Diesen Trend gab es schon vorher, aber er ist heute beunruhigender angesichts der veränderten Sicherheitslandschaft in Europa und der Welt." Teile der SPD wünschten sich ein neutrales Deutschland, das als Makler auftritt zwischen den USA, Russland und China und gleichmäßige Nähe zu den Hauptakteuren in der Welt wahre, ohne jedoch wirklich Teil des Westens zu sein, so Gotkowska. "Damit einher geht ein Unwille, in eigene und europäische militärische Fähigkeiten zu investieren, beruhend auf der idealistischen Vision, dass Abrüstung, Friedensgespräche und Verhandlungen Europa mehr Frieden verschaffen würden."

Gotkowska hält diese Vorstellung für falsch und kontraproduktiv. "Das ermuntert Russland und China nur umso mehr, ein schwaches Deutschland und Europa auszunutzen, welches abgekoppelt ist von den USA, und es ermutigt Moskau und Peking, eigene Interessen durchzudrücken, indem sie militärischen und möglicherweise auch nuklearen Druck und Erpressung einsetzen."

Mützenich hatte gesagt, er brauche nicht die Unterstützung der Nato, er möchte die Unterstützung der Bevölkerung. Laut Gotkowska macht sich Deutschland mit dieser Debatte jedoch zum Außenseiter im Bündnis, weil die Partner nukleare Abschreckung weiter für unverzichtbar halten, auch wenn es unterschiedliche Ideen darüber gebe, wie diese am besten zu gewährleisten sei.

Mützenich hatte auch argumentiert, Deutschland müsse wegen der Verschärfung der amerikanischen Nukleardoktrin aus der Teilhabe aussteigen. Techau hält das für nicht stichhaltig. "Die Argumentation mit der neuen Nukleardoktrin der USA ist wichtig, nur ganz anders, als Mützenich das meint", so Techau. "Die Amerikaner haben die Lücken in der Abschreckung gegenüber China und Russland erkannt, die durch deren einseitiges Aufrüsten entstanden sind, und wollen sie beheben. Das ist zentral auch für unsere Sicherheit. Deswegen sollten wir jetzt auch keine Lücken in diese Abschreckung reißen, so klein sie auch sein mögen."

Die Experten sind vor allem beunruhigt über die Auswirkungen auf Osteuropa. "Ein deutscher Ausstieg aus der nuklearen Teilhabe ist eine ziemlich schlechte Idee, weil Berlin damit einen Raum der Instabilität schaffen würde zwischen Deutschland und Russland", sagt Heisbourg. Solche Diskussionen seien "sehr erschütternd für die Ostflanke, Polen eingeschlossen", bestätigt Gotkowska.

Die Polen müssten sich dann nach anderen Mitteln umschauen, um die eigene nukleare Absicherung gegenüber Russland sicherzustellen. Warschau könnte sich etwa genötigt sehen, die USA um die Stationierung von Nuklearwaffen in Polen zu bitten. Mützenich sagt, davor habe er "keine Angst". Tatsächlich würde das Polen sicherheitspolitisch noch stärker an die USA anbinden und die gesamteuropäische Verteidigungskomponente schwächen.

Die Franzosen treibt aber noch eine weitere Sorge um: die um eine zunehmende Infantilisierung des strategischen Diskurses in Deutschland. Das lässt sich ablesen an der französischen Reaktion auf die anvisierte Beschaffung der amerikanischen F-18-Bomber. Früher hätten sich die Franzosen immer beschwert, wenn die Deutschen amerikanische statt europäische Militärjets gekauft haben, berichtet Heisbourg. Diesmal sei Paris jedoch auffallend still geblieben - weil die Alternativen schlechter gewesen wären.

Hätte Berlin die neue Generation von F-35-Jets gekauft statt die veralteten F-18, hätte das das Aus für ein gemeinsames europäisches Kampfflugzeug der neuen Generation bedeutet. Die zweite Alternative sei der Eurofighter gewesen. Doch da sei absehbar gewesen, dass die Amerikaner dafür die Spezifikationen zum Tragen ihrer Atomwaffen nicht freigegeben hätten - was das Ende der Teilhabe bedeutet hätte. Und das habe Paris nicht gewollt.

"Für Frankreich war es wichtiger, dass Deutschland eine Nuklearmission beibehält", sagt Heisbourg. Denn nur wenn Deutschland vertraut bleibe mit den Gepflogenheiten und Regeln im Umgang mit Atomwaffen und involviert bleibe in einer Kultur der nuklearen Abschreckung, kann die Option erhalten bleiben, in Zukunft vielleicht einmal eine eigene europäische nukleare Abschreckung aufzubauen. "Wenn Deutschland aus der Teilhabe aussteigt", so Heisbourg, "würde die Entwicklung eines europäischen Nuklearpotenzials deutlich schwieriger."

CO nato: North Atlantic Treaty Organization

NS gnuclw: Nuclear Weapons Programs | gpol: Domestic Politics | gdip: International Relations | gpir: Politics/International Relations | gvio: Military Action | gcat: Political/General News | gcns: National/Public Security | gdef: Armed Forces | grisk: Risk News | gweap: Weapons Programs

gfr: Germany | usa: United States | pol: Poland | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | eecz: European Union Countries | eeurz: Central/Eastern Europe | eurz: Europe | namz:

North America | weurz : Western Europe

IPD Diskussion über "nukleare Teilhabe"

PUB Axel Springer Syndication GmbH

AN 文件 WELTON0020200506eg560008e

HD Dr. Mareike Ohlberg | Video | ARD Mediathek

WC 320 字

PD 2020年5月20日01:15上午

SN RBB Transkripte

SC RBBTRK

LA 德文

CY Copyright (2020) Spaactor GmbH

LP

halten sich sind charismatisch sie für sprechen sich Idee kommen nur nicht wegen seiner Kinder 10 bis sich habe Umland er zu er aber zum Begriff Vogel gefundene dem können sogar wir gezielt in Pandemie Corona versammelt er sieht öden Menschheit als und Schicksalsgemeinschaft ist auch viel für stärker als nur immer sachte Westen Freiheit und im Westen überwältigendes und Beschützer Gemeinschaft genau mich richtige Wort wie einfallsreich bin ich wenn Recht er uns Menschheit als so beschreibt mir seinen paar Schnecken als oder von nur Kiefern etwa chinesische Regierung Version eingeleitete Welt aussehen etwas dann aus Wars Schöneres denn als unabhängig jenes und Wort und seiner an Arbeit ist ganz nicht schön an gibt es enormen innovativen Armenien Kraft auch um mit Demokratie chinesischen waghalsiger King MS war Demokratie Uhr erstmals Dienstag Usern Handel auch Menschenrechte und rustikal des zur chinesischen kam Grenze es dann nach weiter Bayreuth in in sich China beschäftigt schon

TD

haben fast kindlicher aber aufgenommen erst mal aber schön sinnlich einem Welt Übersteiger manche Stücke Kollegen öden von IT ungesühnt Rat deutsche Zeitung Unterlagen am und warum Million etwa urkomische Menschen so in Umerziehungslager eingesperrt müssten sind also bei hatte man einfach langen sah Bart World de für wie den aus Kirche Sicht wie sie Regierung schwimmen gerechtfertigt und weil einzusperren sie gefährlich um sind diese richtig einem erinnern Sommerabend was was ist man an als intim gefährlich bezeichnen erst kann kommen wir auf zurück den Punkt geht worum es Papa ist was ihr Grundwassers dann erst als ums dass Kind es nach dauerhafter Sicherung macht Sicherung auch war

Dr. Mareike Ohlberg | Video | Im "Talk aus Berlin" berichtet Mareike Ohlberg von den Erfahrungen im täglichen Umgang mit dem kommunistischen System. Und sie erklärt Jörg Thadeusz, wie Deutschland und Europa mit der neuen Weltmacht China umgehen sollten.

spaactor-5474c3ef-f926-488a-a319-a3c88fd1f8f0

Klicken Sie, um das Video zu sehen

NS ntra: Transcripts | ncat: Content Types | nfact: Factiva Filters | nfce: C&E Exclusion Filter | nfcpex: C&E Executive News Filter | niwe: IWE Filter

RE gfr : Germany | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

PUB Spaactor GmbH

AN 文件 RBBTRK0020200520eg5j0000e

# Handelsblatt

SE Gastbeiträge

HD Gastkommentar; Deutsche und Chinesen sollten das Virus gemeinsam bekämpfen

BY Wu Ken,

WC 1,249 字

PD 2020年5月25日

SN Handelsblatt Online

SC HNDONL

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LΡ

Die Coronakrise lässt sich nur gemeinsam bewältigen. Mit ihrem multilateralen Politikansatz sind Deutschland und China ideale Partner, um diesen Kampf zu gewinnen.

Erstveröffentlichung 2020-05-25T18:25:00Z

TD

Ich stamme aus Hunan, einer südchinesischen Provinz mit 70 Millionen Einwohnern. Nie werde ich vergessen, wie der Jangtse, Chinas längster Fluss, im Sommer 1998 über die Ufer trat, die Dämme zum Einsturz brachte und unfassbares Leid über die chinesische Bevölkerung brachte. In der Stunde nationaler Not erfuhr meine Heimat Hilfe aus der Ferne - aus Krefeld. Die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft Krefeld schickte damals 51 Kisten mit Medikamenten nach Hunan.

Wir Chinesen vergessen so etwas nicht. Ein chinesisches Sprichwort besagt: 'Die Güte eines Tropfens sollte durch eine sprudelnde Quelle erwidert werden.' Und so schrieb Herr Xu Dazhe, der Gouverneur der Provinz Hunan, vor Kurzem an Herrn Frank Meyer, den Oberbürgermeister von Krefeld, einen Brief und kündigte die Sendung medizinischer Hilfsgüter an, die in Krefeld gerade dringend gebraucht werden.

Diese kleine Geschichte gegenseitiger Hilfe ist nur eine von vielen. Sie findet gerade in der chinesisch-deutschen Zusammenarbeit in der aktuellen Coronakrise diverse Fortsetzungen. Die Bundesregierung hat zweimal Hilfsgüter an China gespendet, als die Corona-Epidemie Anfang des Jahres China erschütterte. Die chinesische Regierung hat im Gegenzug auch medizinische Schutzausrüstung an Deutschland gespendet.

Zahlreiche chinesische Unternehmen und NGOs haben ebenfalls Millionen an Masken und Handschuhen an ihre deutschen Partner geschickt. Über die etablierte 'Luftbrücke' werden täglich medizinische Güter tonnenweise aus China nach Deutschland eingeflogen. Medizinische Experten beider Länder tauschten sich mehrfach per Videoschalte aus und ein RKI-Experte nahm im Februar an einem Besuch der WHO-Mission in China teil.

Ich freue mich zu sehen, dass die hierzulande ergriffenen Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 bereits positive Ergebnisse gebracht haben. Ich bewundere in diesem Zusammenhang die Disziplin und die Solidarität der Deutschen. Der Erfolg bei der Bewältigung dieser besonderen Herausforderung gibt ihnen recht - und lässt sie näher zusammenrücken.

Ganz klar ist es auch, dass kein Land der Erde dieses Problem allein lösen kann. Denn das Coronavirus ist nicht der Feind eines einzelnen Volks. Es ist ein Menschenfeind. Und diesem Feind begegnen die Menschen am besten, wenn sie zusammenhalten und sich gegenseitig helfen. Mit Solidarität und Mitgefühl lassen sich im Kampf gegen Corona außergewöhnliche Synergien erschaffen.

Ressentiments gegenüber China

Deshalb sind wir Chinesen besonders entsetzt darüber, dass das Virus von manchen gezielt genutzt wird, China zu stigmatisieren und mit faktenfreien Vorwürfen an den Pranger zu stellen, entweder um Ressentiment gegen China zu schüren oder um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Was solch ein Verhalten befördern kann, spielt sich unlängst in vielen Ländern ab.

Unsere im Ausland lebenden Landsleute werden zunehmend ausgegrenzt und diskriminiert. Gegen Chinesen häufen sich rassistische Äußerungen oder sogar tätliche Angriffe. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, die die Völker auseinandertreibt in einer Zeit, in der sie angesichts einer globalen Herausforderung besser beisammenstehen sollten. Dem müssen wir alle entschieden entgegentreten.

Corona hat die Welt in seinen Bann gezogen und wird sie nachhaltig verändern. Wir müssen nur gemeinsam darauf achten, dass dies zum Besseren geschieht. Erleichtert und gespannt zugleich stelle ich fest, dass **China** und Deutschland auf gutem Weg zurück zur Normalität sind. Die Bundesliga nimmt als erste Profiliga wieder den Spielbetrieb auf, und die Menschen gehen wieder in Restaurants. Sie genießen ihre neue Freiheit, die vor der Coronakrise eine Selbstverständlichkeit gewesen ist.

Das chinesische Wort für Krise ist 'Weiji' und birgt sowohl die Bedeutung 'Gefahr' wie auch 'Chance'. Einer jeden Krise wohnt eine Chance inne, die ergriffen werden will. Wir wollen gemeinsam mit Deutschland auf die Chancen der Zukunft schauen, und ich habe mir dazu ein paar Gedanken gemacht, die ich mit Ihnen teilen möchte.

### Rückkehr der Normalität

Dank der effektiven Präventions- und Kontrollmaßnahmen und hoher Opferbereitschaft der Chinesen kehrt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Normalität in China wieder ein. Dadurch bieten sich deutschen Unternehmen enorme Chancen, den wieder erwachenden chinesischen Produktions- und Absatzmarkt als Motor für die eigene Erholung zu nutzen.

Wie so oft ist hier der Automarkt ein erster Indikator: Er erholt sich rasant. Absatz und Produktion in **China** beliefen sich im April auf mehr als zwei Millionen Autos und stiegen damit über das Vorjahresniveau. Davon profitierten insbesondere die deutschen Autobauer und konnten eine glänzende April-Bilanz präsentieren. Hier können beide Länder sich gegenseitig stützen und auch in den Bereichen Chemie, Maschinenbau, Pharma etc. auf ein großes Wachstumspotenzial bauen.

Um gegenseitige Wachstumspotenziale logistisch zu flankieren, hat sich der **China**-Europa-Güterzug als eine wichtige Lebensader etabliert. Seine wichtigsten Umschlagplätze in Europa sind Duisburg und Hamburg. Allein im April fuhren 979 Züge mit 88.000 Containern zwischen **China** und Europa hin und her, was einem Zuwachs von 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat entsprach.

Angesichts des Corona-bedingten wirtschaftlichen Einbruchs und der Störung globaler Lieferketten ist das keine Selbstverständlichkeit. Dies bestärkt mich in der Ansicht, dass der Güterverkehr zwischen China und Europa zur Schiene eine zuverlässige und zudem umweltfreundliche Alternative zu Schiff und Flugzeug darstellt.

Die sehr gute Bahnverbindung trägt während der Coronakrise übrigens auch ganz wesentlich dazu bei, dass Schutzausrüstung und wichtige Ersatzteile nach Deutschland gelangen können. Der Güterzugverkehr zwischen China und Deutschland wird an Bedeutung in der Zukunft eher noch gewinnen, weil er krisensicher, leistungsstark und pünktlich ist.

Nicht nur im Güter-, auch im Personenverkehr gibt es gute Nachrichten: Wir haben mit Deutschland als erstem europäischem Land über ein sogenanntes 'Fast-Track-Verfahren' für die Einreise nach China verhandelt und ganz schnell Einigung erzielt. Deutsche Geschäftsleute, die in China arbeiten, sowie deren Familienangehörige dürfen bald wieder unter vereinfachten Bedingungen nach China reisen.

Erste Flüge sollen Ende Mai nach **China** starten. Damit setzen wir gemeinsam Maßstäbe für sicheres Reisen in Zeiten der Pandemie und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erholung der Weltwirtschaft. Dazu gehören Mut und natürlich gegenseitiges Vertrauen.

# Verfechter des Multilateralismus

Als strategische Partner und Verfechter des Multilateralismus können China und Deutschland noch mehr auf internationaler Ebene tun. Beide Länder haben zugesagt, die Weltgesundheitsorganisation WHO weiter zu unterstützen, um sie als Kompetenz- und Koordinierungszentrum im globalen Kampf gegen Covid-19 zu stärken.

Präsident Xi Jinping verspricht zudem, in zwei Jahren zwei Milliarden US-Dollar bereitzustellen, um bei der weltweiten Reaktion auf Covid-19 zu helfen. Unsere beiden Länder arbeiten außerdem an der Forschung und Entwicklung von Impfstoffen zusammen und können ihre Erkenntnisse in den Dienst der WHO und damit als globales öffentliches Gut der gesamten Menschheit stellen.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört im Übrigen auch der Blick auf Afrika, wo Hilfe zur Selbsthilfe der Ansatz ist, die afrikanischen Staaten in ihren Gesundheitswesen zu stärken. China wird zum Beispiel

demnächst mit 30 afrikanischen Krankenhäusern konkret zusammenarbeiten. Wir begrüßen hier jede Mitwirkung unserer deutschen Partner.

Unser Ziel ist sehr einfach: das Virus so schnell wie möglich einzudämmen und Leben zu retten. Es geht über alle ideologischen und politischen Überlegungen hinaus. Die Pandemie macht uns noch einmal sehr deutlich: Wenn die Menschen weiter auf dieser Erde, unserem gemeinsamen Zuhause, leben wollen, dann müssen sie es im Einklang mit der Natur tun.

Insofern ist die Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen und zu Konsens und Friedfertigkeit verpflichtet. Wir brauchen dazu aber mehr Güte und weniger Hass, mehr Inklusivität und weniger Ausgrenzung, mehr Wissenschaft und weniger Lüge, mehr Kooperation und weniger Konfrontation.

Ich möchte schließen mit einem Zitat des großen deutschen Dichters Johann Wolfgang von Goethe, das zu unserem gemeinsamen Motto werden könnte: 'Es ist nicht genug, zu wissen, man muß auch anwenden; es ist nicht genug, zu wollen, man muß auch tun.'

## Mehr:

China verzichtet erstmals seit 1990 auf ein Wachstumsziel - Hohe Milliardenhilfe für Wirtschaft

- NS gout : Outbreaks/Epidemics | gsars : Novel Coronaviruses | nedc : Commentaries/Opinions | gcat : Political/General News | gcold : Respiratory Tract Diseases | ghea : Health | gmed : Medical Conditions | gspox : Infectious Diseases | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter
- RE gfr : Germany | china : China | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
- IPD Meinung
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 HNDONL0020200525eg5p000mc

# Handelsblatt

SE Gastkommentar

HD Hand in Hand aus der Coronakrise

BY Ken, Wu

WC 1,254 字

PD 2020年5月26日

SN Handelsblatt

SC HNDBLT

PG 048

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LΡ

Deutschland und China haben viele gemeinsame Interessen und stehen für den multilateralen Politikansatz, meint Wu Ken.

Ich stamme aus Hunan, einer südchinesischen Provinz mit 70 Millionen Einwohnern. Nie werde ich vergessen, wie der Jangtse, Chinas längster Fluss, im Sommer 1998 über die Ufer trat, die Dämme zum Einsturz brachte und unfassbares Leid über die chinesische Bevölkerung brachte. In der Stunde nationaler Not erfuhr meine Heimat Hilfe aus der Ferne - aus Krefeld. Die Gesellschaft für Deutsch-Chinesische Freundschaft Krefeld schickte damals 51 Kisten mit Medikamenten nach Hunan.

TD

Wir Chinesen vergessen so etwas nicht. Ein chinesisches Sprichwort besagt: "Die Güte eines Tropfens sollte durch eine sprudelnde Quelle erwidert werden." Und so schrieb Herr Xu Dazhe, der Gouverneur der Provinz Hunan, vor Kurzem an Herrn Frank Meyer, den Oberbürgermeister von Krefeld, einen Brief und kündigte die Sendung medizinischer Hilfsgüter an, die in Krefeld gerade dringend gebraucht werden.

Diese kleine Geschichte gegenseitiger Hilfe ist nur eine von vielen. Sie findet gerade in der chinesisch-deutschen Zusammenarbeit in der aktuellen Coronakrise diverse Fortsetzungen. Die Bundesregierung hat zweimal Hilfsgüter an China gespendet, als die Corona-Epidemie Anfang des Jahres China erschütterte. Die chinesische Regierung hat im Gegenzug auch medizinische Schutzausrüstung an Deutschland gespendet. Zahlreiche chinesische Unternehmen und NGOs haben ebenfalls Millionen an Masken und Handschuhen an ihre deutschen Partner geschickt. Über die etablierte "Luftbrücke" werden täglich medizinische Güter tonnenweise aus China nach Deutschland eingeflogen. Medizinische Experten beider Länder tauschten sich mehrfach per Videoschalte aus und ein RKI-Experte nahm im Februar an einem Besuch der WHO-Mission in China teil.

Ich freue mich zu sehen, dass die hierzulande ergriffenen Maßnahmen im Kampf gegen Covid-19 bereits positive Ergebnisse gebracht haben. Ich bewundere in diesem Zusammenhang die Disziplin und die Solidarität der Deutschen. Der Erfolg bei der Bewältigung dieser besonderen Herausforderung gibt ihnen recht - und lässt sie näher zusammenrücken. Ganz klar ist es auch, dass kein Land der Erde dieses Problem allein lösen kann. Denn das Coronavirus ist nicht der Feind eines einzelnen Volks. Es ist ein Menschenfeind. Und diesem Feind begegnen die Menschen am besten, wenn sie zusammenhalten und sich gegenseitig helfen. Mit Solidarität und Mitgefühl lassen sich im Kampf gegen Corona außergewöhnliche Synergien erschaffen.

# Ressentiments gegenüber China

Deshalb sind wir Chinesen besonders entsetzt darüber, dass das Virus von manchen gezielt genutzt wird, **China** zu stigmatisieren und mit faktenfreien Vorwürfen an den Pranger zu stellen, entweder um Ressentiment gegen **China** zu schüren oder um von eigenen Versäumnissen abzulenken. Was solch ein Verhalten befördern kann, spielt sich unlängst in vielen Ländern ab. Unsere im Ausland lebenden Landsleute werden zunehmend ausgegrenzt und diskriminiert. Gegen Chinesen häufen sich rassistische Äußerungen oder sogar tätliche Angriffe. Das ist eine sehr gefährliche Entwicklung, die die Völker auseinandertreibt in einer Zeit, in der sie angesichts einer globalen Herausforderung besser beisammenstehen sollten. Dem müssen wir alle entschieden entgegentreten.

Corona hat die Welt in seinen Bann gezogen und wird sie nachhaltig verändern. Wir müssen nur gemeinsam darauf achten, dass dies zum Besseren geschieht. Erleichtert und gespannt zugleich stelle ich fest, dass **China** und Deutschland auf gutem Weg zurück zur Normalität sind. Die Bundesliga nimmt als erste Profiliga wieder den Spielbetrieb auf, und die Menschen gehen wieder in Restaurants. Sie genießen ihre neue Freiheit, die vor der Coronakrise eine Selbstverständlichkeit gewesen ist. Das chinesische Wort für Krise ist "Weiji" und birgt sowohl die Bedeutung "Gefahr" wie auch "Chance". Einer jeden Krise wohnt eine Chance inne, die ergriffen werden will. Wir wollen gemeinsam mit Deutschland auf die Chancen der Zukunft schauen, und ich habe mir dazu ein paar Gedanken gemacht, die ich mit Ihnen teilen möchte.

### Rückkehr der Normalität

Dank der effektiven Präventions- und Kontrollmaßnahmen und hoher Opferbereitschaft der Chinesen kehrt die wirtschaftliche und gesellschaftliche Normalität in China wieder ein. Dadurch bieten sich deutschen Unternehmen enorme Chancen, den wieder erwachenden chinesischen Produktions- und Absatzmarkt als Motor für die eigene Erholung zu nutzen. Wie so oft ist hier der Automarkt ein erster Indikator: Er erholt sich rasant. Absatz und Produktion in China beliefen sich im April auf mehr als zwei Millionen Autos und stiegen damit über das Vorjahresniveau. Davon profitierten insbesondere die deutschen Autobauer und konnten eine glänzende April-Bilanz präsentieren. Hier können beide Länder sich gegenseitig stützen und auch in den Bereichen Chemie, Maschinenbau, Pharma etc. auf ein großes Wachstumspotenzial bauen.

Um gegenseitige Wachstumspotenziale logistisch zu flankieren, hat sich der **China**-Europa-Güterzug als eine wichtige Lebensader etabliert. Seine wichtigsten Umschlagplätze in Europa sind Duisburg und Hamburg. Allein im April fuhren 979 Züge mit 88 000 Containern zwischen **China** und Europa hin und her, was einem Zuwachs von 46 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat entsprach.

Angesichts des Corona-bedingten wirtschaftlichen Einbruchs und der Störung globaler Lieferketten ist das keine Selbstverständlichkeit. Dies bestärkt mich in der Ansicht, dass der Güterverkehr zwischen China und Europa zur Schiene eine zuverlässige und zudem umweltfreundliche Alternative zu Schiff und Flugzeug darstellt. Die sehr gute Bahnverbindung trägt während der Coronakrise übrigens auch ganz wesentlich dazu bei, dass Schutzausrüstung und wichtige Ersatzteile nach Deutschland gelangen können. Der Güterzugverkehr zwischen China und Deutschland wird an Bedeutung in der Zukunft eher noch gewinnen, weil er krisensicher, leistungsstark und pünktlich ist.

Nicht nur im Güter-, auch im Personenverkehr gibt es gute Nachrichten: Wir haben mit Deutschland als erstem europäischem Land über ein sogenanntes "Fast-Track-Verfahren" für die Einreise nach China verhandelt und ganz schnell Einigung erzielt. Deutsche Geschäftsleute, die in China arbeiten, sowie deren Familienangehörige dürfen bald wieder unter vereinfachten Bedingungen nach China reisen. Erste Flüge sollen Ende Mai nach China starten. Damit setzen wir gemeinsam Maßstäbe für sicheres Reisen in Zeiten der Pandemie und leisten einen wichtigen Beitrag zur Erholung der Weltwirtschaft. Dazu gehören Mut und natürlich gegenseitiges Vertrauen.

# Verfechter des Multilateralismus

Als strategische Partner und Verfechter des Multilateralismus können China und Deutschland noch mehr auf internationaler Ebene tun. Beide Länder haben zugesagt, die Weltgesundheitsorganisation WHO weiter zu unterstützen, um sie als Kompetenz- und Koordinierungszentrum im globalen Kampf gegen Covid-19 zu stärken. Präsident Xi Jinping verspricht zudem, in zwei Jahren zwei Milliarden US-Dollar bereitzustellen, um bei der weltweiten Reaktion auf Covid-19 zu helfen. Unsere beiden Länder arbeiten außerdem an der Forschung und Entwicklung von Impfstoffen zusammen und können ihre Erkenntnisse in den Dienst der WHO und damit als globales öffentliches Gut der gesamten Menschheit stellen.

Zu den Gemeinsamkeiten gehört im Übrigen auch der Blick auf Afrika, wo Hilfe zur Selbsthilfe der Ansatz ist, die afrikanischen Staaten in ihren Gesundheitswesen zu stärken. China wird zum Beispiel demnächst mit 30 afrikanischen Krankenhäusern konkret zusammenarbeiten. Wir begrüßen hier jede Mitwirkung unserer deutschen Partner.

Unser Ziel ist sehr einfach: das Virus so schnell wie möglich einzudämmen und Leben zu retten. Es geht über alle ideologischen und politischen Überlegungen hinaus. Die Pandemie macht uns noch einmal sehr deutlich: Wenn die Menschen weiter auf dieser Erde, unserem gemeinsamen Zuhause, leben wollen, dann müssen sie es im Einklang mit der Natur tun. Insofern ist die Menschheit zu einer Schicksalsgemeinschaft zusammengewachsen und zu Konsens und Friedfertigkeit verpflichtet. Wir brauchen dazu aber mehr Güte und weniger Hass, mehr Inklusivität und weniger Ausgrenzung, mehr Wissenschaft und weniger Lüge, mehr Kooperation und weniger Konfrontation.

Ich möchte schließen mit einem Zitat des großen deutschen Dichters Johann Wolfgang von Goethe, das zu unserem gemeinsamen Motto werden könnte: "Es ist nicht genug, zu wissen, man muß auch anwenden; es ist nicht genug, zu wollen, man muß auch tun."

Der Autor ist Botschafter der Volksrepublik China in Deutschland.

### ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Wir Chinesen sind besonders entsetzt darüber, dass das Virus von manchen gezielt genutzt wird, um China zu stigmatisieren.

- ART Matthias Luedecke [M]
- CO whoz: World Health Organization
- NS gsars: Novel Coronaviruses | gout: Outbreaks/Epidemics | nedc: Commentaries/Opinions | gcat: Political/General News | gcold: Respiratory Tract Diseases | ghea: Health | gmed: Medical Conditions | gspox: Infectious Diseases | ncat: Content Types | nfact: Factiva Filters | nfcpex: C&E Executive News Filter
- RE china : China | gfr : Germany | hunan : Hunan | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
- IPD Gastkommentar
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 HNDBLT0020200525eg5q0003i



HD BGA: Deutsche EU-Ratspräsidentschaft als Stresstest

wc. 242 字

PD 2020年6月18日

SN news aktuell OTS - Originaltextservice

SC OTS

LA 德文

CY © 2020 news aktuell

LP

Berlin (ots) - "Deutschland übernimmt die EU-Ratspräsidentschaft in einer entscheidenden Zeit. Die Fliehkräfte von innen und außen zerren an der europäischen Einheit. Mit Rekordtempo steuern wir auf einen harten Brexit zu, gleichzeitig stellen die globalen Kräfteverschiebungen, insbesondere mit Blick auf China und die USA, die EU vor enorme Herausforderungen. Nicht zuletzt hat die Corona-Krise die europäische Wirtschaft massiv getroffen. Nur mit handlungsfähigen europäischen Institutionen und einer wettbewerbsfähigen Wirtschaft können wir diese Aufgaben meistern. Durch die tiefe Verflechtung mit unseren europäischen Partnern befinden wir uns in einer Schicksalsgemeinschaft." Dies erklärt Ines Kitzing, 1. Vizepräsidentin des Bundesverbandes Großhandel, Außenhandel, Dienstleistungen (BGA), heute in Berlin zur Regierungserklärung zur EU-Ratspräsidentschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel.

TD

"Ausdrücklich begrüßen wir auch den Fokus der Bundesregierung auf die Herausforderungen durch unseren strategischen Partner **China**, mit dem wir uns offen und konstruktiv auseinandersetzen müssen. Es bleibt hier zu hoffen, dass der EU-**China**-Gipfel schnellst möglichst nachgeholt werden kann. Ebenso ist zu begrüßen, dass Afrika nicht aus den Augen verloren wird. Denn Risiken in den Lieferketten werden wir nicht dadurch reduzieren, dass wir Produktionen nach Deutschland oder in die EU zurückverlagern, sondern nur dadurch, dass wir uns noch breiter aufstellen," so Kitzing abschließend.

23 Berlin, 18. Juni 2020

Pressekontakt:

Ansprechpartner: André Schwarz Pressesprecher Telefon: 030/59 00 99 520 Telefax: 030/59 00 99 529

Weiteres Material:  $\frac{https://www.presseportal.de/pm/6564/4627630}{https://www.presseportal.de/pm/6564/4627630} \ OTS: BGA \ Bundesverb. \ Großhandel, \ Außenhandel, \ Dienstleistungen \ e.V \ .$ 

RF 4627630

NS gsars: Novel Coronaviruses | gout: Outbreaks/Epidemics | gpol: Domestic Politics | npress: Press Releases | gcat: Political/General News | gcold: Respiratory Tract Diseases | ghea: Health | gmed: Medical Conditions | gpir: Politics/International Relations | gspox: Infectious Diseases | ncat: Content Types

RE gfr : Germany | berlin : Berlin | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe

PUB news aktuell GmbH

AN 文件 OTS0000020200618eg6i003bk

# Handelsblatt

SE Meinung

HD TELEKOM - HUAWEI; Verhängnisvolle Partnerschaft

BY Koch, Moritz

WC 739 字

PD 2020年6月18日

SN Handelsblatt

SC HNDBLT

PG 026

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Die Deutsche Telekom hat sich in Abhängigkeit von **China** begeben. Sie muss diesen Fehler dringend korrigieren, findet Moritz Koch.

Am Freitag hat die Deutsche Telekom zur Hauptversammlung geladen, der neuen Normalität entsprechend wird sie als Videokonferenz stattfinden. Für das Management hat die Verlagerung ins Virtuelle den angenehmen Nebeneffekt, dass die Fragen der Aktionäre vorher eingereicht werden müssen. Spontane Konfrontationen mit aufgebrachten Anteilseignern können so vermieden werden. Frust gibt es durchaus, das weiß das Management natürlich. Als gewinnbringende Anlage hat sich die Telekom seit dem Bersten der Dotcom-Blase nicht mehr erwiesen. 20 Jahre ist das inzwischen her.

TD

Ungefähr zur gleichen Zeit begann ein damals kaum bekanntes Unternehmen aus der südchinesischen Stadt Shenzhen, in eine Partnerschaft mit der Telekom zu investieren. Nicht, indem es Aktien kaufte, sondern, indem es sich als günstiger und zuverlässiger Lieferant andiente. Die Rede ist vom Tech-Konzern Huawei, der seine bescheidenen Anfänge längst hinter sich gelassen hat und zum Hauptausstatter der Telekom-Netze aufgestiegen ist. Anders als die meisten Aktionäre haben die Chinesen eine satte Rendite eingestrichen. Sie ist vor allem politischer Natur: Telekom-Chef Tim Höttges agiert in Berlin als wichtigster Fürsprecher von Huawei. Erst am Montag berichtete Innenminister Horst Seehofer SPD-Abgeordneten von einem Treffen mit Höttges, in dem dieser dargelegt habe, welche gravierenden Folgen ein Huawei-Ausschluss für die deutschen Digitalisierungspläne hätte. Ausgerechnet ein Unternehmen, das sich noch immer zu 32 Prozent im Bundesbesitz befindet, betreibt Lobbyarbeit für Chinas Industrie-Champion Nummer eins. So weit ist es gekommen.

Inzwischen dürfte klar sein: Huawei ist nicht irgendein Konzern und die Volksrepublik **China** kein gewöhnlicher Handelspartner. **China** strebt danach, eine Hegemonialstellung in Asien zurückzugewinnen und ein autoritäres Gesellschaftsmodell zu exportieren. Dafür setzt es unter anderem auf die Förderung von Schlüsseltechnologien und vielversprechenden, eng mit dem Regime verflochtenen Firmen.

Huawei stellt die Krone dieses industriepolitischen Schöpfungsakts dar, weshalb die chinesische Führung gereizt bis aggressiv reagiert, wenn Huawei von anderen Staaten zum Sicherheitsrisiko erklärt wird. Das Telekom-Management um Höttges muss sich den Vorwurf gefallen lassen, die Telekom in eine prekäre Abhängigkeit von einem Systemrivalen der Bundesrepublik manövriert zu haben. Etwa 70 Prozent des Mobilnetzes des Bonner Konzerns ist made in China, auch beim Aufbau des 5G-Netzes will die Telekom ihre Kooperation mit Huawei fortsetzen.

Die Möglichkeit, dass die Politik dieser Partnerschaft ein Ende setzt, scheint bei der Telekom Angst und Schrecken auszulösen. Der Huawei-Ausschluss wird in einem internen Dokument als "Armageddon"-Szenario durchgespielt. Die Wortwahl lässt tief blicken. Das Spitzenmanagement scheint die Risikobeziehung zu Huawei als Schicksalsgemeinschaft zu betrachten. Dabei wäre ein Ausschluss von Huawei keine Katastrophe, im Gegenteil. Für die Bundesrepublik wäre er eine Chance, hat die Regierung doch "digitale Souveränität" als Ziel vorgegeben. Und für die Telekom könnte er ein Befreiungsschlag sein. Der Konzern sieht sich seit Monaten scharfer Kritik von Abgeordneten ausgesetzt, weil er in Sachen Huawei jede Distanz vermissen lässt.

Allerdings: Auch die Politik trägt Verantwortung für die Verflechtung zwischen der Telekom und Huawei. Die Bundesregierung hat Mobilfunkanbieter lange vor allem als Einnahmequelle betrachtet - und die Telekom besonders geschröpft. Es beginnt damit, dass die Konzerne sich freies Funkspektrum teuer ersteigern müssen und Bieterschlachten wie zuletzt vor einem Jahr bei der Vergabe der 5G-Frequenzen dem Staat nur recht sind. Im Falle der Telekom kommt hinzu, dass der Bund als Miteigentümer satte Dividendenzahlungen einstreicht. Dieses Jahr, inmitten der Coronakrise, will die Telekom 2,8 Milliarden Euro an ihre Anteilseigner ausschütten - in etwa die Summe, die internen Kalkulationen zufolge nötig wäre, um Huawei aus dem deutschen Mobilnetz zu entfernen. Es gibt keine Anzeichen dafür, dass sich der Bund gegen diese kurzsichtige Dividendenpolitik wehren würde. Cash ist King, digitale Souveränität offenkundig nur Gerede.

Das Resultat ist die Misere, in der Deutschland und die Telekom heute stecken. Die finanziell ausgequetschten Provider begaben sich in die Arme der billig produzierenden Chinesen, Europas technologisches Know-how verkümmerte. Die gute Nachricht ist, dass der Trend noch gedreht werden kann. Die Telekom will Huawei aus dem besonders sensiblen Kernnetz entfernen. Ein erster Schritt. Mit Ericsson und Nokia stehen vertrauenswürdige europäische Alternativanbieter bereit. Zugleich erarbeitet die EU-Kommission ein handelspolitisches Instrumentarium, um faire Wettbewerbsbedingungen für heimische Firmen zu schaffen, die es mit hochgezüchteten Konzernen aus gelenkten Volkswirtschaften aufnehmen müssen. Die Naivität im Umgang mit China könnte langsam ein Ende finden.

Der Autor ist Senior Correspondent. Sie erreichen ihn unter: koch@handelsblatt.com

### ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Ein Ausschluss von Huawei wird intern als Armageddon-Szenario durchgespielt. Diese Wortwahl lässt tief blicken.

- CO dbptel : Deutsche Telekom AG | huawt : Huawei Technologies Co Ltd | shhiah : Huawei Investment Holding Co. Ltd.
- IN i7902 : Telecommunication Services | i3302 : Computers/Consumer Electronics | i3303 : Networking | i79022 : Wireless Telecommunications Services | i7902202 : Mobile Telecommunications | itech : Technology | iwrlssl : Wireless Area Network Technology
- NS c41 : Management | cpartn : Partnerships/Collaborations | nedc : Commentaries/Opinions | nedi : Editorials | reqrte : Suggested Reading Telecommunications | ccat : Corporate/Industrial News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter | nfcpin : C&E Industry News Filter | redit : Selection of Top Stories/Trends/Analysis | regr : Suggested Reading Industry News
- RE china : China | gfr : Germany | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
- IPD Leitartikel
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 HNDBLT0020200618eg6i0001a

# Handelsblatt

SE Gastbeiträge

HD Wendepunkt der Weltwirtschaft; Die deutsche Wirtschaft braucht nach Corona ein geschlossenes Furopa

By Rürup, Bert Professor Dr.; Schrinner, Axel

WC 2,518 字

PD 2020年7月9日

SN Handelsblatt Online

SC HNDONL

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Die Folgen der Coronakrise sowie der Wirtschaftskrieg zwischen China und den USA stellen die deutsche Wirtschaft vor Probleme. Der Ausweg: mehr Europa wagen.

Erstveröffentlichung 2020-07-09T18:55:30Z

TD

Corona wirbelt die Welt durcheinander. Von einem Tag auf den anderen kam die Weltwirtschaft zum Stillstand. Jetzt versuchen die Volkswirtschaften wieder zur Normalität zurückzukehren, doch so einfach ist das nicht. Es gibt noch keinen Impfstoff, das Virus breitet sich in manchen Ländern wie den USA wieder aus.

Unabhängig von den medizinischen Details bedarf es einer ökonomischen Analyse: Was richtete das Virus mit der Weltwirtschaft an? Um der Sache genauer auf den Grund zu gehen, sind verschiedene Perspektiven notwendig. Sechs bekannte Ökonominnen und Ökonomen aus allen Regionen der Welt haben sich dieser Frage angenommen und erklären mit ihrem Sachverstand die Situation.

Unter den Autoren finden sich Persönlichkeiten wie der amerikanische Nobelpreisträger Josef E. Stiglitz, Wirtschaftsweise Veronica Grimm oder Asien Starökonom Richard Koo.

Lesen Sie hier den Gastbeitrag von Bert Rürup und Axel Schrinner:

Kann der Flügelschlag eines Schmetterlings in Brasilien einen Tornado in Texas auslösen? Diese Frage stellte 1972 der renommierte US-Meteorologe Edward N. Lorenz in einem Vortrag vor der 'American Association for the Advancement of Science' - und bejahte sie zugleich. Der von ihm skizzierte 'Schmetterlingseffekt' tritt in nichtlinearen dynamischen, deterministischen Systemen auf.

Demnach ist es nicht vorhersehbar, wie selbst kleine Änderungen in einem System langfristig gravierende Folgen für dessen Entwicklung haben kann. Lorenz baute seine Erkenntnis auf der Chaostheorie auf, erhielt dafür 1991 den Kyoto-Preis in der Sparte Grundwissenschaften. Seine Idee wurde 'als eine der dramatischsten Veränderungen in der Sicht der Menschheit auf die Natur seit Sir Isaac Newton' gewürdigt.

Und tatsächlich, die Vergangenheit kennt viele, gemeinhin als Zufall bezeichnete Ereignisse, die den Verlauf der Weltgeschichte veränderten. Auch im vergangenen Dezember, als auf einem Markt im chinesischen Wuhan ein neuartiges Virus von einem Tier auf den Menschen übersprang und wenig später erste Patienten mit einer mysteriösen neuen Lungenerkrankung behandelt wurden.

Damals ahnte wohl niemand, dass daraus eine Pandemie werden würde, die binnen weniger Wochen die gesamte Weltwirtschaft aus der Bahn warf. Jetzt stellen sich die Menschen überall die entscheidende Frage: Wie geht es weiter?

Wie im Detail sich das Virus weiter ausbreitet, ob eine zweite oder dritte Welle droht und wann ein Impfstoff gefunden wird - all diese Dinge bleiben bis auf Weiteres ungeklärt. Aber eines wird immer klarer: Corona ist ein Wendepunkt für die Weltwirtschaft.

Die bislang erfolgsverwöhnte deutsche Wirtschaft wird leiden, der bislang verschlafene Strukturwandel wie zur Elektromobilität oder die wachsende Konkurrenz aus China im Maschinenbau setzten dem Land verschärft zu. Eine Rückkehr zur alten wirtschaftlichen Kraft ist vor 2022 nicht zu erwarten.

Wie schätzen die anderen Top-Ökonomen die Zukunft ein?

Bert Rürup

und

**Axel Schrinner** 

: Corona verschärft die Strukturkrise in Schlüsselbranchen wie Auto oder Maschinenbau

Veronika Grimm

: Reformen für die Europäische Union sind dringend notwendig

Lorenzo Codogno

: Mit Hilfen und Reformen muss sich Italien bald erholen - nicht wie nach der Finanzkrise

Joseph E. Stiglitz

: Mehr Arbeitsplatzabbau, Ungleichheit und Wachstumsverlust durch Corona - der Staat muss gegensteuern

Dan Wang

: Chinas Wirtschaft wird 2020 als eine der wenigen aller G20-Staaten ein positives Wachstum aufweisen

Richard Koo

: Es droht eine gefährliche Deflationsspirale wie in Japan Womöglich werden künftige Wirtschaftshistoriker die Coronakrise als entscheidende Ursache für das Ende der beschleunigten Globalisierung, die vor vier Jahrzehnten einsetzte, bezeichnen. Deutschland steht mitten im amerikanisch-chinesischen Wirtschaftskrieg. Die beiden Länder sind wichtige Absatzmärkte, die weltweit beneidete deutsche Exportmaschine gerät ins Stottern.

Aber die große Chance für Deutschland liegt in Europa. Corona könnte so eine stärkere Integration der Euro-Zone bewirkt haben, was eine historische Leistung wäre.

Große Zeiten, wichtige Themen. Um die Situation besser einzuschätzen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, lohnt sich der Blick zurück die Geschichte.

Gewinner der Globalisierung

Die Achtzigerjahre waren in der westlichen Sphäre vom Glauben an freie Märkte geprägt. US-Präsident Ronald Reagan versprach seinem von Watergate, Vietnam und iranischer Revolution erschütterten Land den Weg zurück zur alten Größe und weltwirtschaftlichen Dominanz.

Seine 'Reaganomics', das angebotstheoretische Credo, bescherten den Amerikanern und mit zeitlicher Verzögerung vielen anderen Ländern der westlichen Welt die Verschlankung des Staates, nicht zuletzt durch Senkung der Sozialausgaben und niedrigere Steuern sowie eine Deregulierung der Märkte und des globalen Handels - um den Preis einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, wurde der bis dato ökonomisch weitgehend isolierte Ostblock Teil dieses Welthandels - und die Globalisierung gewann an Fahrt. Der US-amerikanische Politikwissenschaftlicher Francis Fukuyama rief - vorschnell - das Ende der Geschichte aus, Demokratie, Kapitalismus und freier Welthandel hätten gesiegt. Sinkende Transportkosten und das immer leistungsfähigere Internet bescherten der Globalisierung zusätzlichen Schub, von dem nicht zuletzt auch viele Schwellenländer profitierten.

Zwischen 1980 und 2000 verdreifachten sich die globalen Exporte von etwa zwei auf gut sechs Billionen US-Dollar und von 2000 bis 2019 von gut sechs auf 19 Billionen US-Dollar. Trotz wachsender Bevölkerung wurde der Hunger in vielen Teilen der Welt besiegt.

Die deutsche Wirtschaft machte in den zurückliegenden Dekaden erstaunlich wenig falsch - und wurde so zu einem der größten Profiteure der Globalisierung. Angetrieben von der Produktivitätspeitsche

nahezu regelmäßiger D-Mark-Aufwertungen wurden von den auf Effizienz getrimmten Industrieunternehmen nahezu alle Fertigungen in Niedriglohnländer ausgelagert - und qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Bei der Suche nach geeigneten Zulieferern profierte Deutschlands Industrie zunächst vom Fall des Eisernen Vorhangs und später von der Industrialisierung Asiens. Doch beide Regionen dienten nicht nur als Niedriglohngebiet für ausgelagerte Produktionsteile, sie wurden auch zu wichtigen Absatzmärkten für Produkte 'made in Germany'.

Autos mit leistungsstarken Verbrennungsmotoren sowie hochwertige Investitionsgüter wurden zum Inbegriff deutscher Ingenieurskunst. Noch heute sind nicht wenige Politiker und Bürger stolz, wenn Deutschland den welthöchsten Außenhandelsüberschuss einfährt.

So gelang es Deutschland im Vergleich zu allen anderen früh entwickelten Industrieländern, einen außerordentlich großen Industriesektor zu erhalten. Ohne das sehr leistungsstarke verarbeitende Gewerbe hätte es in der vergangenen Dekade den langen und sehr beschäftigungsintensiven Aufschwung nicht gegeben. Kein anderes großes Industrieland ist heute so intensiv in die internationale Arbeitsteilung integriert wie Deutschland - zumindest bis Corona kam.

#### Schwaches Wirtschaftswachstum

Die Pandemie ließ auf einen Schlag die Risiken der auf Effizienz getrimmten internationalen Wertschöpfungsketten zutage treten. Zum einen mangelte es Deutschland plötzlich an überlebenswichtigen Cent-Artikeln wie einfachen Atemschutzmasken, Schutzkleidung, Fiebermedikamenten oder Desinfektionsmitteln. Zum anderen fehlten der deutschen Industrie wichtige Vorprodukte aus China, weil dort wegen des Corona-Ausbruchs Produktionsstätten und Häfen geschlossen wurden.

Selbst wenn die deutsche Politik auf einen Lockdown verzichtet hätte, viele Unternehmen hätten ihre Produktion früher oder später herunterfahren oder gar einstellen müssen. Die Konsequenz: Laut einer aktuellen EY-Umfrage wollen mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen aufgrund der jüngsten Erfahrungen ihre Lieferketten umstrukturieren und die Liefersicherheit erhöhen, selbst um den Preis steigender Kosten.

Zu Beginn der Coronakrise im März dieses Jahres hofften viele Ökonomen und noch mehr verantwortliche Politiker, dass dieser Globalisierungsboom nur von einer kurzen heftigen Rezession unterbrochen werde, so, wie dies auch im Winter 2008/09 nach der Finanzkrise der Fall gewesen war.

Mittlerweile rechnet niemand mehr mit solch einem V-förmigen Konjunkturverlauf. Das Vorkrisenniveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung wird keineswegs vor 2022 wieder erreicht werden. Und weil für die Jahre danach eher mit einem schwächeren als mit einem stärkeren Trendwachstum zu rechnen ist, werden sich Deutschlands Bevölkerung und Politik mit einem nachhaltig flacheren Wachstumspfad arrangieren müssen.

Das bedeutet geringere Einkommenszuwächse, weniger Steuereinnahmen, weniger Geld für Investitionen und Verteilungspolitik und eine geringere Resilienz der Volkswirtschaft gegen künftige Schocks. Die während des Shutdowns gemachten Erfahrungen mit Homeoffice, Onlinediensten, Videokonferenzen und Internethandel werden überdies in einigen Branchen den Strukturwandel massiv beschleunigen.

Zudem spricht einiges dafür, dass sich das in der Vergangenheit erfolgreiche 'Geschäftsmodell' des exportorientierten Wachstums ein Stück weit überlebt hat und die Corona-Pandemie dabei wie ein Turbo wirkt. Denn wichtige Teile der deutschen Industrie befinden sich in einer Strukturkrise. Vor allem die Autoindustrie hat mit einem beachtlichen Maß an Arroganz den Trend zu neuen Antriebsformen und Mobilitätskonzepten verdrängt.

Darüber hinaus leidet der Maschinenbau, die zweite Vorzeigebranche des Landes, unter Konkurrenz vor allem aus **China**, die stark aufgeholt hat. Mittlerweile bietet das Land technisch weniger perfekte, den Ansprüchen vieler Unternehmen in **China** und in den Schwellenländern aber genügende Anlagen zu deutlich geringeren Preisen an.

Eine dynamische Erholung der deutschen Konjunktur durch Wachstumsimpulse aus dem Ausland ist daher nicht zu erwarten, zumal auch die wichtigsten Zielländer der deutschen Industrie - die USA, Frankreich, China, die Niederlande und Großbritannien - in nicht weniger großen Schwierigkeiten stecken als die deutsche Volkswirtschaft. Zudem bemüht sich China, das als erstes Land aus der Coronakrise herausgekommen ist, zunächst seine eigenen Industrien auszulasten, anstatt Investitionsgüter aus Deutschland zu importieren.

#### Joe Biden ändert nicht viel

Das perspektivisch größte Problem Deutschlands erwächst aus dem Kampf der beiden Supermächte USA und China um die geopolitische Vorherrschaft. Der nicht erst seit dem Amtsantritt von Donald Trump ausgetragene Konflikt wird die Spielregeln der internationalen Arbeitsteilung nachhaltig verändern.

Die USA sind die größte und wirtschaftlich dominierende Volkswirtschaft. Sie sind das wichtigste Zielland nicht nur für deutsche Exporte und verfügen mit dem US-Dollar über die einzige wirkliche Weltwährung. Das Land kann somit faktisch selbst bedrucktes Papier gegen Waren aller Art tauschen.

Zudem hat die Regierung mit dem Dollar eine Waffe in der Hand, mit der sie jedem entwickelten Land seinen politischen Willen aufzwingen kann. Schließlich werden nahezu alle Rohölkontrakte und die Mehrzahl der Rohstoff- und Devisengeschäfte in Dollar abwickelt.

Ein Beispiel für diese Macht des US-Dollars ist das zügige Einschwenken der deutschen Industrie und Politik auf den Sanktionskurs der USA gegen den Iran, nachdem die US-Administration Deutschland mit Einfuhrbeschränkungen gedroht hat.

Und dass die USA dabei nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden, zeigen die Sanktionen, mit denen die USA die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und der EU verhindern wollen - und damit Europa das Recht auf Energieunabhängigkeit absprechen.

Im Kampf um die ökonomische Vormachtstellung in der Welt dürften die USA den US-Dollar im Zusammenspiel mit selektiven Einfuhrverboten verstärkt einsetzen, um ausländische Unternehmen, die Produkte in diesem Land absetzen wollen, zu Investitionen in den USA zu zwingen. Damit wird sowohl die Realkapitalausstattung des Landes modernisiert als auch dessen Importabhängigkeit verringert.

Der Fall Huawei belegt zudem, dass die US-Regierung die Möglichkeiten hat, den Aufstieg eines chinesischen Tech-Konzerns zum Weltmarktführer systematisch zu torpedieren. Angesichts der verheerenden Schäden, die Corona gerade in den USA anrichtet, ist zu erwarten, dass Frequenz und Aggressivität solch industriepolitischer und protektionistischer Maßnahmen noch zunehmen dürften.

Womöglich werden die vielen Corona-Opfer zu nachhaltigen Veränderungen in der US-Gesellschaft, im Sozialsystem und in der Wirtschaft führen - und das Ende der Ära Trump besiegeln. Doch auch unter einem demokratischen US-Präsidenten Joe Biden dürfte sich inhaltlich wenig an der egoistischen America-first-Politik ändern - allenfalls der Umgangston dürfte wieder etwas freundlicher werden.

# China versucht, Europa zu spalten

Auf der anderen Seite des Pazifiks investiert das diktatorisch regierte China kräftig in die Rüstung, um 'die Volksarmee zu einer Weltklassearmee zu machen', wie es Staats- und Parteichef Xi Jinping ausdrückte. Zudem versucht das Land, den Yuan als Weltwährung zu etablieren, und lockt mit reformierten Investorenregeln Milliarden US-Dollar in die eigene Währung.

Aus den geopolitischen Ansprüchen macht Xi mittlerweile keinen Hehl mehr. Er will das Land zur führenden Technologiemacht und zur Hegemonialmacht zumindest der östlichen Hemisphäre entwickeln - um fast jeden Preis. Zweifel am Kurs der Partei stehen unter Strafe.

Die Zentralregierung baut eine digitale Überwachungsdiktatur auf, um abweichendes Verhalten mit dem Verlust von Sozialpunkten zu bestrafen. Selbst offen bekundete Zweifel an der angeblich so perfekten Bekämpfung des Coronavirus werden hart bestraft. Die Bevölkerung Hongkongs muss gerade miterleben, wie Peking dort Fakten schafft - und der Rest der Welt schulterzuckend zuschaut.

Mit dem neomerkantilistischen Projekt 'Neue Seidenstraße' knüpft Peking überdies ein kontrolliertes Netz von Produktionsstandorten und Absatzmärkten, das in erster Linie der Entwicklung der chinesischen Ökonomie dienen und zudem über die Gewährung von hohen Kreditlinien neue Abhängigkeiten und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme schaffen soll.

Darüber hinaus lässt Peking - wie auch die USA und Russland - keine Gelegenheit für Versuche aus, um Europa zu spalten. So schickte China öffentlichkeitswirksam Hilfsgüter und Expertenteams in die Corona-Hotspots Italien und Spanien und erntete dafür viel Sympathie in diesen Ländern, auch weil die anderen EU-Staaten Solidarität vermissen ließen.

'Die EU hat es nicht geschafft, Italien, das derzeit am schwersten betroffen ist, effektiv zu helfen', sagte der Berliner Politikwissenschaftler Thorsten Benner Ende März. 'Viele in Deutschland reden von europäischer Schicksalsgemeinschaft. Aber wenn das Schicksal zuschlägt, scheint es so, dass wir unseren EU-Partnern nicht helfen.'

## Projekt Europa

So stellte die Pandemie binnen weniger Wochen so ziemlich alles infrage, was in Europa in sieben Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte mühsam aufgebaut worden war. Fast überall wurden eigentlich als selbstverständlich erachtete Grundrechte und -freiheiten massiv eingeschränkt.

Der für die EU so wichtige freie Verkehr von Menschen, Gütern und Dienstleistungen wurde über Nacht suspendiert, die Schlagbäume an den Grenzen wurden wieder hochgezogen. Wer keinen triftigen Grund angeben konnte, durfte sein Land nicht verlassen. Die von manchen mehr oder weniger heimlich zurückgesehnte alte Nationalstaatlichkeit wurde schlagartig Realität.

Und so blieb Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl gar nichts anderes übrig, als die eingerostete deutsch-französische Achse wiederzubeleben und gemeinsam mit Präsident Emmanuel Macron einen Wiederaufbauplan für Europa zu skizzieren.

Nur weil die Bundeskanzlerin dabei zuvor gezogene rote Linien übersprang und selbst nicht zurückzahlbare Finanzhilfen für strukturschwache Mitgliedstaaten ins Spiel brachte, konnte dem europäischen Gedanken neues Leben eingehaucht werden.

Offenbar hat Merkel in der letzten Phase ihres politischen Lebens erkannt, dass die deutsche Volkswirtschaft wohl der größte Gewinner wäre, wenn die Staaten Europas die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie möglichst bald überwinden könnten. Schließlich ist Europa das bei Weitem wichtigste Zielgebiet deutscher Exporte.

Nur wenn sich die EU-Länder in der aktuellen Krise nachhaltig als Solidargemeinschaft erweisen, könnte diese Staatengemeinschaft künftig auch außenpolitisch wieder überzeugender auftreten - selbst wenn diese Solidarität nicht aus Überzeugung resultiert, sondern durch zwischenstaatliche Transfers erkauft wurde.

Sicher: Vieles, was wir derzeit als akute Krisenbekämpfung erleben, wird nach der Krise wieder verschwinden. Wenn aber eine Stärkung der EU-Kommission zulasten der gegenwärtig 27 nationalen Regierungen die Coronakrise überdauert und nachhaltig implementiert werden würde, wäre eine vielleicht einmalige Chance genutzt worden, den Zusammenhalt in Europa zu stärken. Den beiden Supermächten bliebe dann nichts anderes übrig, als Europa als einen dritten Spieler am Verhandlungstisch als neue Normalität zu akzeptieren.

Oder Europa zerfällt in Klein- und Kleinststaaten, die im Vergleich zu den USA und **China** Zwerge sind. 'Und mit Zwergen geht man nicht immer freundlich um', sagt Altkanzler Gerhard Schröder. 'Bestenfalls stellt man sie in den Garten.' Auch das könnte zur neuen Normalität werden.

In der amerikanischen Literatur wird die Chaostheorie oft als dritte wissenschaftliche Revolution des 20. Jahrhunderts bezeichnet und in einem Atemzug mit der Relativitätstheorie und der Quantenmechanik genannt.

Der russisch-belgische Physikochemiker, Philosoph und Nobelpreisträger Ilya Prigogine betonte einmal, der Schmetterlingseffekt sei keineswegs nur eine unangenehme Begleiterscheinung der Nichtlinearität. Das Chaos sei vielmehr eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Neues eintreten könne. 'Die Evolution muss instabil sein, sie muss Mechanismen aufweisen, die imstande sind, bestimmte Ereignisse zum Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung, einer neuen globalen Kohärenz zu machen.'

Womöglich ist die gegenwärtige Pandemie ein solches Ereignis - zumindest bezogen auf die Entwicklung der globalen Wirtschaft.

#### Mehr:

Schlechte Aussichten für Deutschland: 'Die goldenen Exportzeiten werden wir nicht wieder erleben'

- NS gout : Outbreaks/Epidemics | gsars : Novel Coronaviruses | ecat : Economic News | nedc : Commentaries/Opinions | gcat : Political/General News | gcold : Respiratory Tract Diseases | ghea : Health | gmed : Medical Conditions | gspox : Infectious Diseases | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter
- usa: United States | china: China | eecz: European Union Countries | gfr: Germany | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe
- IPD Meinung

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDONL0020200709eg79000p3

# Handelsblatt

SE Wochenende

HD Wendepunkt der Weltwirtschaft

BY Rürup, Bert; Schrinner, Axel

WC 2,506 字

PD 2020年7月10日

SN Handelsblatt

SC HNDBLT

PG 044

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LΡ

Die deutsche Wirtschaft steht vor gewaltigen Problemen: Corona verschärft die Strukturkrise in Schlüsselbranchen wie Auto oder Maschinenbau, das Land wird im Wirtschaftskrieg zwischen den USA und China aufgerieben. Der Ausweg: mehr Europa wagen. Von Bert Rürup und Axel Schrinner

Kann der Flügelschlag eines Schmetterlings in Brasilien einen Tornado in Texas auslösen? Diese Frage stellte 1972 der renommierte US-Meteorologe Edward M. Lorenz in einem Vortrag vor der "American Association for the Advancement of Science" - und bejahte sie zugleich. Der von ihm skizzierte "Schmetterlingseffekt" tritt in nicht linearen dynamischen, deterministischen Systemen auf. Demnach ist es nicht vorhersehbar, wie selbst kleine Änderungen in einem System langfristig gravierende Folgen für dessen Entwicklung haben kann.

TD

Lorenz baute seine Erkenntnis auf der Chaostheorie auf, erhielt dafür 1991 den Kyoto-Preis in der Sparte Grundwissenschaften. Seine Idee wurde "als eine der dramatischsten Veränderungen in der Sicht der Menschheit auf die Natur seit Sir Isaac Newton" gewürdigt.

Und tatsächlich, die Vergangenheit kennt viele, gemeinhin als Zufall bezeichnete Ereignisse, die den Verlauf der Weltgeschichte veränderten. Auch im vergangenen Dezember, als auf einem Markt im chinesischen Wuhan ein neuartiges Virus von einem Tier auf den Menschen übersprang und wenig später erste Patienten mit einer mysteriösen neuen Lungenerkrankung behandelt wurden. Damals ahnte wohl niemand, dass daraus eine Pandemie werden würde, die binnen weniger Wochen die gesamte Weltwirtschaft aus der Bahn werfen sollte.

Jetzt stellen sich die Menschen überall die entscheidende Frage: Wie geht es weiter? Wie im Detail sich das Virus weiter ausbreitet, ob eine zweite oder dritte Welle droht und wann ein Impfstoff gefunden wird - all diese Dinge bleiben bis auf Weiteres ungeklärt. Aber eines wird immer klarer: Corona ist ein Wendepunkt für die Weltwirtschaft. Die bislang erfolgsverwöhnte deutsche Wirtschaft wird leiden, der bislang verschlafene Strukturwandel zur Elektromobilität oder die wachsende Konkurrenz aus China im Maschinenbau setzten dem Land verschärft zu. Eine Rückkehr zur alten wirtschaftlichen Kraft ist vor 2022 nicht zu erwarten.

Womöglich werden künftige Wirtschaftshistoriker die Coronakrise als entscheidende Ursache für das Ende der beschleunigten Globalisierung, die vor vier Jahrzehnten einsetzte, bezeichnen. Deutschland steht mitten im amerikanisch-chinesischen Wirtschaftskrieg. Die beiden Länder sind wichtige Absatzmärkte, die weltweit beneidete deutsche Exportmaschine gerät ins Stottern. Aber die große Chance für Deutschland liegt in Europa. Corona könnte so eine stärkere Integration der Euro-Zone bewirkt haben, was eine historische Leistung wäre.

Große Zeiten, wichtige Themen. Um die Situation besser einzuschätzen und die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen, lohnt sich der Blick auf die Geschichte.

Gewinner der Globalisierung

Die Achtzigerjahre waren in der westlichen Sphäre vom Glauben an freie Märkte geprägt. US-Präsident Ronald Reagan versprach seinem von Watergate, Vietnam und iranischer Revolution erschütterten Land den Weg zurück zur alten Größe und weltwirtschaftlichen Dominanz. Seine "Reaganomics", das angebotstheoretische Credo, bescherten den Amerikanern und mit zeitlicher Verzögerung vielen anderen Ländern der westlichen Welt die Verschlankung des Staates, nicht zuletzt durch Senkung der Sozialausgaben und niedrigere Steuern sowie eine Deregulierung der Märkte und des globalen Handels - um den Preis einer Vertiefung der gesellschaftlichen Spaltung.

Als 1989 der Eiserne Vorhang fiel, wurde der bis dato ökonomisch weitgehend isolierte Ostblock Teil dieses Welthandels - und die Globalisierung gewann an Fahrt. Der US-amerikanische Politikwissenschaftlicher Francis Fukuyama rief - vorschnell - das Ende der Geschichte aus, Demokratie, Kapitalismus und freier Welthandel hätten gesiegt. Sinkende Transportkosten und das immer leistungsfähigere Internet bescherten der Globalisierung zusätzlichen Schub, von dem nicht zuletzt auch viele Schwellenländer profitierten. Zwischen 1980 und 2000 verdreifachten sich die globalen Exporte von etwa zwei auf gut sechs Billionen US-Dollar und von 2000 bis 2019 von gut sechs auf 19 Billionen US-Dollar. Trotz wachsender Bevölkerung wurde der Hunger in vielen Teilen der Welt besiegt.

Die deutsche Wirtschaft machte in den zurückliegenden Dekaden erstaunlich wenig falsch - und wurde so zu einem der größten Profiteure der Globalisierung. Angetrieben von der Produktivitätspeitsche nahezu regelmäßiger D-Mark-Aufwertungen wurden von den auf Effizienz getrimmten Industrieunternehmen nahezu alle Fertigungen in Niedriglohnländer ausgelagert - und qualitativ hochwertige und gut bezahlte Arbeitsplätze in Deutschland gesichert.

Bei der Suche nach geeigneten Zulieferern profierte Deutschlands Industrie zunächst vom Fall des Eisernen Vorhangs und später von der Industrialisierung Asiens. Doch beide Regionen dienten nicht nur als Niedriglohngebiet für ausgelagerte Produktionsteile, sie wurden auch zu wichtigen Absatzmärkten für Produkte made in Germany. Autos mit leistungsstarken Verbrennungsmotoren sowie hochwertige Investitionsgüter wurden zum Inbegriff deutscher Ingenieurskunst. Noch heute sind nicht wenige Politiker und Bürger stolz, wenn Deutschland den welthöchsten Außenhandelsüberschuss einfährt.

So gelang es Deutschland im Vergleich zu allen anderen früh entwickelten Industrieländern, einen außerordentlich großen Industriesektor zu erhalten. Ohne das sehr leistungsstarke verarbeitende Gewerbe hätte es in der vergangenen Dekade den langen und sehr beschäftigungsintensiven Aufschwung nicht gegeben. Kein anderes großes Industrieland ist heute so intensiv in die internationale Arbeitsteilung integriert wie Deutschland - zumindest bis Corona kam.

#### Schwaches Wirtschaftswachstum

Die Pandemie ließ auf einen Schlag die Risiken der auf Effizienz getrimmten internationalen Wertschöpfungsketten zutage treten. Zum einen mangelte es Deutschland plötzlich an überlebenswichtigen Cent-Artikeln wie einfachen Atemschutzmasken, Schutzkleidung, Fiebermedikamenten oder Desinfektionsmitteln. Zum anderen fehlten der deutschen Industrie wichtige Vorprodukte aus China, weil dort wegen des Corona-Ausbruchs Produktionsstätten und Häfen geschlossen wurden. Selbst wenn die deutsche Politik auf einen Lockdown verzichtet hätte, viele Unternehmen hätten ihre Produktion früher oder später herunterfahren oder gar einstellen müssen. Die Konsequenz: Laut einer aktuellen EY-Umfrage wollen mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen aufgrund der jüngsten Erfahrungen ihre Lieferketten umstrukturieren und die Liefersicherheit erhöhen, selbst um den Preis steigender Kosten.

Zu Beginn der Coronakrise im März dieses Jahres hofften viele Ökonomen und noch mehr verantwortliche Politiker, dass dieser Globalisierungsboom nur von einer kurzen heftigen Rezession unterbrochen werde, so, wie dies auch im Winter 2008 09 nach der Finanzkrise der Fall gewesen war. Mittlerweile rechnet niemand mehr mit solch einem V-förmigen Konjunkturverlauf. Das Vorkrisenniveau der gesamtwirtschaftlichen Leistung wird keineswegs vor 2022 wieder erreicht werden. Und weil für die Jahre danach eher mit einem schwächeren als mit einem stärkeren Trendwachstum zu rechnen ist, werden sich Deutschlands Bevölkerung und Politik mit einem nachhaltig flacheren Wachstumspfad arrangieren müssen.

Das bedeutet geringere Einkommenszuwächse, weniger Steuereinnahmen, weniger Geld für Investitionen und Verteilungspolitik und eine geringere Resilienz der Volkswirtschaft gegen künftige Schocks. Die während des Shutdown gemachten Erfahrungen mit Homeoffice, Onlinediensten, Videokonferenzen und Internethandel werden überdies in einigen Branchen den Strukturwandel massiv beschleunigen.

Zudem spricht einiges dafür, dass sich das in der Vergangenheit erfolgreiche "Geschäftsmodell" des exportorientierten Wachstums ein Stück weit überlebt hat und die Corona-Pandemie dabei wie ein Turbo wirkt. Denn wichtige Teile der deutschen Industrie befinden sich in einer Strukturkrise. Vor allem die

Autoindustrie hat mit einem beachtlichen Maß an Arroganz den Trend zu neuen Antriebsformen und Mobilitätskonzepten lange verdrängt.

Darüber hinaus leidet der Maschinenbau, die zweite Vorzeigebranche des Landes, unter Konkurrenz vor allem aus **China**, die stark aufgeholt hat. Mittlerweile bietet das Land technisch weniger perfekte, den Ansprüchen vieler Unternehmen in **China** und in den Schwellenländern aber genügende Anlagen zu deutlich geringeren Preisen an. Eine dynamische Erholung der deutschen Konjunktur durch Wachstumsimpulse aus dem Ausland ist daher nicht zu erwarten, zumal auch die wichtigsten Zielländer der deutschen Industrie - die USA, Frankreich, **China**, die Niederlande und Großbritannien - in nicht weniger großen Schwierigkeiten stecken als die deutsche Volkswirtschaft. Zudem bemüht sich **China**, das als erstes Land aus der Coronakrise herausgekommen ist, zunächst seine eigenen Industrien auszulasten, anstatt Investitionsgüter aus Deutschland zu importieren.

#### Joe Biden ändert nicht viel

Das perspektivisch größte Problem Deutschlands erwächst aus dem Kampf der beiden Supermächte USA und China um die geopolitische Vorherrschaft. Der nicht erst seit dem Amtsantritt von Donald Trump ausgetragene Konflikt wird die Spielregeln der internationalen Arbeitsteilung nachhaltig verändern. Die USA sind die größte und wirtschaftlich dominierende Volkswirtschaft. Sie sind das wichtigste Zielland nicht nur für deutsche Exporte und verfügen mit dem US-Dollar über die einzige wirkliche Weltwährung. Das Land kann somit faktisch selbst bedrucktes Papier gegen Waren aller Art tauschen.

Zudem hat die Regierung mit dem Dollar eine Waffe in der Hand, mit der sie jedem entwickelten Land seinen politischen Willen aufzwingen kann. Schließlich werden nahezu alle Rohölkontrakte und die Mehrzahl der Rohstoff- und Devisengeschäfte in Dollar abwickelt.

Ein Beispiel für diese Macht des US-Dollars ist das zügige Einschwenken der deutschen Industrie und Politik auf den Sanktionskurs der USA gegen den Iran, nachdem die US-Administration Deutschland mit Einfuhrbeschränkungen gedroht hat. Und dass die USA dabei nicht mehr zwischen Freund und Feind unterscheiden, zeigen die Sanktionen, mit denen die USA die Fertigstellung der Gaspipeline Nord Stream 2 zwischen Russland und der EU verhindern wollen - und damit Europa das Recht auf Energieunabhängigkeit absprechen.

Im Kampf um die ökonomische Vormachtstellung in der Welt dürften die USA den US-Dollar im Zusammenspiel mit selektiven Einfuhrverboten verstärkt einsetzen, um ausländische Unternehmen, die Produkte in diesem Land absetzen wollen, zu Investitionen in den USA zu zwingen. Damit wird sowohl die Realkapitalausstattung des Landes modernisiert als auch dessen Importabhängigkeit verringert.

Der Fall Huawei belegt zudem, dass die US-Regierung die Möglichkeiten hat, den Aufstieg eines chinesischen Tech-Konzerns zum Weltmarktführer systematisch zu torpedieren. Angesichts der verheerenden Schäden, die Corona gerade in den USA anrichtet, ist zu erwarten, dass Frequenz und Aggressivität solch industriepolitischer und protektionistischer Maßnahmen noch zunehmen dürften.

Womöglich werden die vielen Corona-Opfer zu nachhaltigen Veränderungen in der US-Gesellschaft, im Sozialsystem und in der Wirtschaft führen - und das Ende der Ära Trump besiegeln. Doch auch unter einem demokratischen US-Präsidenten Joe Biden dürfte sich inhaltlich wenig an der egoistischen "America First"-Politik ändern - allenfalls der Umgangston dürfte wieder etwas freundlicher werden.

# China versucht, Europa zu spalten

Auf der anderen Seite des Pazifiks investiert das diktatorisch regierte China kräftig in die Rüstung, um "die Volksarmee zu einer Weltklassearmee zu machen", wie es Staats- und Parteichef Xi Jinping ausdrückte. Zudem versucht das Land, den Yuan als Weltwährung zu etablieren, und lockt mit reformierten Investorenregeln Milliarden US-Dollar in die eigene Währung.

Aus den geopolitischen Ansprüchen macht Xi mittlerweile keinen Hehl mehr. Er will das Land zur führenden Technologiemacht und zur Hegemonialmacht zumindest der östlichen Hemisphäre entwickeln - um fast jeden Preis. Zweifel am Kurs der Partei stehen unter Strafe. Die Zentralregierung baut eine digitale Überwachungsdiktatur auf, um abweichendes Verhalten mit dem Verlust von Sozialpunkten zu bestrafen. Selbst offen bekundete Zweifel an der angeblich so perfekten Bekämpfung des Coronavirus werden hart bestraft. Die Bevölkerung Hongkongs muss gerade miterleben, wie Peking dort Fakten schafft - und der Rest der Welt schulterzuckend zuschaut.

Mit dem neomerkantilistischen Projekt "Neue Seidenstraße" knüpft Peking überdies ein kontrolliertes Netz von Produktionsstandorten und Absatzmärkten, das in erster Linie der Entwicklung der chinesischen Ökonomie dienen und zudem über die Gewährung von hohen Kreditlinien neue Abhängigkeiten und Möglichkeiten der politischen Einflussnahme schaffen soll.

Darüber hinaus lässt Peking - wie auch die USA und Russland - keine Gelegenheit für Versuche aus, um Europa zu spalten. So schickte **China** öffentlichkeitswirksam Hilfsgüter und Expertenteams in die Corona-Hotspots Italien und Spanien und erntete dafür viel Sympathie in diesen Ländern, auch weil die anderen EU-Staaten Solidarität vermissen ließen. "Die EU hat es nicht geschafft, Italien, das derzeit am schwersten betroffen ist, effektiv zu helfen", sagte der Berliner Politikwissenschaftler Thorsten Benner Ende März. "Viele in Deutschland reden von europäischer **Schicksalsgemeinschaft**. Aber wenn das Schicksal zuschlägt, scheint es so, dass wir unseren EU-Partnern nicht helfen."

#### Projekt Europa

So stellte die Pandemie binnen weniger Wochen so ziemlich alles infrage, was in Europa in sieben Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte mühsam aufgebaut worden war. Fast überall wurden eigentlich als selbstverständlich erachtete Grundrechte und - freiheiten massiv eingeschränkt. Der für die EU so wichtige freie Verkehr von Menschen, Gütern und Dienstleistungen wurde über Nacht suspendiert, die Schlagbäume an den Grenzen wurden wieder hochgezogen. Wer keinen triftigen Grund angeben konnte, durfte sein Land nicht verlassen. Die von manchen mehr oder weniger heimlich zurückgesehnte alte Nationalstaatlichkeit wurde schlagartig Realität.

Und so blieb Bundeskanzlerin Angela Merkel wohl gar nichts anderes übrig, als die eingerostete deutsch-französische Achse wiederzubeleben und gemeinsam mit Präsident Emmanuel Macron einen Wiederaufbauplan für Europa zu skizzieren. Nur weil die Bundeskanzlerin dabei zuvor gezogene rote Linien übersprang und selbst nicht zurückzahlbare Finanzhilfen für strukturschwache Mitgliedstaaten ins Spiel brachte, konnte dem europäischen Gedanken neues Leben eingehaucht werden. Offenbar hat Merkel in der letzten Phase ihres politischen Lebens erkannt, dass die deutsche Volkswirtschaft wohl der größte Gewinner wäre, wenn die Staaten Europas die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie möglichst bald überwinden könnten. Schließlich ist Europa das bei Weitem wichtigste Zielgebiet deutscher Exporte.

Nur wenn sich die EU-Länder in der aktuellen Krise nachhaltig als Solidargemeinschaft erweisen, könnte diese Staatengemeinschaft künftig auch außenpolitisch wieder überzeugender auftreten - selbst wenn diese Solidarität nicht aus Überzeugung resultiert, sondern durch zwischenstaatliche Transfers erkauft wurde.

Sicher: Vieles, was wir derzeit als akute Krisenbekämpfung erleben, wird nach der Krise wieder verschwinden. Wenn aber eine Stärkung der EU-Kommission zulasten der gegenwärtig 27 nationalen Regierungen die Coronakrise überdauert und nachhaltig implementiert werden würde, wäre eine vielleicht einmalige Chance genutzt worden, den Zusammenhalt in Europa zu stärken. Den beiden Supermächten bliebe dann nichts anderes übrig, als Europa als einen dritten Spieler am Verhandlungstisch als neue Normalität zu akzeptieren.

Oder Europa zerfällt in Klein- und Kleinststaaten, die im Vergleich zu den USA und zu China Zwerge sind. "Und mit Zwergen geht man nicht immer freundlich um", warnt Altkanzler Gerhard Schröder. "Bestenfalls stellt man sie in den Garten." Auch das könnte zur neuen Normalität werden.

In der amerikanischen Literatur wird die Chaostheorie oft als dritte wissenschaftliche Revolution des 20. Jahrhunderts bezeichnet und in einem Atemzug mit der Relativitätstheorie und der Quantenmechanik genannt. Der russisch-belgische Physikochemiker, Philosoph und Nobelpreisträger Ilya Prigogine betonte einmal, der Schmetterlingseffekt sei keineswegs nur eine unangenehme Begleiterscheinung der Nichtlinearität. Das Chaos sei vielmehr eine wesentliche Voraussetzung dafür, dass Neues eintreten könne. "Die Evolution muss instabil sein, sie muss Mechanismen aufweisen, die imstande sind, bestimmte Ereignisse zum Ausgangspunkt einer neuen Entwicklung, einer neuen globalen Kohärenz zu machen."

Womöglich ist die gegenwärtige Pandemie ein solches Ereignis - zumindest bezogen auf die Entwicklung der globalen Wirtschaft.

# ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

5 Topökonomen über die Zukunft Veronika Grimm - 47 . Reformen für die Europäische Union sind dringend notwendig .

Lorenzo Codogno - 48 . Mit Hilfen und Reformen muss sich Italien bald erholen - nicht wie nach der Finanzkrise .

Joseph E. Stiglitz - 49 . Mehr Arbeitsplatzabbau und Wachstumsverlust durch Corona - der Staat muss gegensteuern .

Dan Wang - 50 . Chinas Wirtschaft wird 2020 als eine der wenigen der G20-Staaten ein positives Wachstum aufweisen .

Richard Koo - 51 . Es droht eine gefährliche Deflationsspirale wie in Japan .

Die Pandemie stellte binnen weniger Wochen so ziemlich alles infrage, was in Europa in sieben Jahrzehnten Nachkriegsgeschichte mühsam aufgebaut worden war.

Das perspektivisch größte Problem Deutschlands erwächst aus dem Kampf der beiden Supermächte USA und China um die geopolitische Vorherrschaft.

Bert Rürup Der Professor Bert Rürup ist Präsident des Handelsblatt Research Institute (HRI) und Chefökonom des Handelsblatts. Er war viele Jahre Mitglied und Vorsitzender des Sachverständigenrats und Berater von Regierungen in Deutschland und im Ausland. Letztes Jahr wurde er in die Geschäftsführung des Thinktanks "Global Challenges" von DvH-Medien berufen.

Axel Schrinner Der Wirtschaftsjournalist ist Textchef beim Handelsblatt Research Institute (HRI). Der Volkswirt gilt als ausgewiesener Experte für Staatsfinanzen sowie nationale und internationale Konjunkturfragen und ist zudem Autor zahlreicher Analysen und Kommentare zu diesen Themen.

- ART Containerhafen in Asien: Die Spielregeln in der Weltwirtschaft ändern sich. Moment Getty Images [M] David Maupile Pablo Castagnola,
- CO aascie: American Association for the Advancement of Science
- NS gglobe : Global/World Issues | gglblz : Globalization | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gcom : Society/Community
- RE usa: United States | china: China | braz: Brazil | gfr: Germany | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | lamz: Latin America | namz: North America | samz: South America | weurz: Western Europe
- IPD Wochenende
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 HNDBLT0020200710eg7a0001q



SE Interviews

HD Michael Müller: Wissenschaftsstandort Berlin setzt auf Kooperation mit China

WC 1,211 字

PD 2020年7月16日

SN People's Daily Online

SC PEODDE

LA 德文

CY Copyright 2020. People's Daily & People's Daily Online

LΡ

von Jeffrey Möller und Zhang Liou, Beijing

Im Interview mit People's Daily Online betont Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller die Relevanz des internationalen Dialogs und der Zusammenarbeit angesichts der Corona-Pandemie und verrät, in welchen Kooperationsbereichen mit **China** er eindeutiges Zukunftspotential sieht.

TD

Hauptstädte haben einen ganz besonderen Charakter. Sie sind die Spielfelder des nationalen politischen Betriebs, stehen jederzeit repräsentativ im Rampenlicht. Das verbindet sie weltweit in einer großen Schicksalsgemeinschaft. Die Verbindung der Bundeshauptstadt Berlin mit ihrem chinesischen Pendant Beijing geht jedoch noch darüber hinaus. Bereits seit 26 Jahren pflegen beide Städte eine intensive Partnerschaft mit zahlreichen Kooperationsprojekten.

Gerade im Bereich der Forschung und Entwicklung wollen beide Seiten ihre Zusammenarbeit in Zukunft noch verstärken, macht Berlins Regierender Bürgermeister Müller im Gespräch mit People's Daily Online deutlich. "Es gibt viele gemeinsame Anknüpfungspunkte, etwa in der Gesundheitsforschung, bei Themen wie Künstliche Intelligenz, Klimaforschung und neue Mobilitätsformen, aber auch im Bereich der Geistesund Sozialwissenschaften."

Müller erklärt zudem, was Chinesen so am Wirtschaftsstandort Berlin schätzen und skizziert, wie die Stadt eine zweite COVID-19-Welle verhindern will.

Berlins Regierender Bürgermeister Michael Müller (Bild: Susie Knoll)

Berlin und Beijing verbindet eine langjährige Städtepartnerschaft, anlässlich deren 25-jährigen Jubiläums Sie im vergangenen Jahr persönlich Chinas Hauptstadt besucht haben. Können Sie uns die Partnerschaft kurz vorstellen? Was hat Sie bei Ihrem Besuch am meisten beeindruckt und welche Erwartungen haben Sie an die zukünftige Zusammenarbeit zwischen den beiden Städten?

Beide Städte verbindet eine sehr vielfältige und intensive Partnerschaft – bei Wissenschaft, Forschung und in den Bereichen der Stadtentwicklung, Umwelt, Mobilität, öffentlicher Sicherheit und Wirtschaft, bei Bildung und Schüler- und Jugendaustausch sowie in Kultur und Sport. Die Städtepartnerschaft sorgt für spannende Begegnungen, für gegenseitiges Lernen und für internationale Verständigung. Sie wird getragen von dem großen Engagement einer Vielzahl an Akteurinnen und Akteuren aus den unterschiedlichsten Bereichen der Stadtgesellschaften.

Die Wirtschaftsvertretung von Berlin, die 2018 in Beijingeröffnet wurde, leistet einen wichtigen Beitrag, die wirtschaftlichen Potenziale der Zusammenarbeit bestmöglich zu nutzen. Darüber hinaus arbeiten nahezu alle Berliner Wissenschaftseinrichtungen mit Beijinger Partnerinnen und Partnern zusammen. ALBA Basketball Berlin engagiert sich seit vielen Jahren im Jugend- und Trainerinnen- und Traineraustausch und hat 2014 mit dem Beijinger Basketballverband eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Vor allem die Gegenwartskultur spielt in beiden Städten eine wichtige Rolle und das spiegelt sich auch in der Städtepartnerschaft wider. Anlässlich ihres 25-jährigen Jubiläums wurden in Berlin beispielsweise die Videoausstellung "Micro Era: Medienkunst aus China" gezeigt und Wagners "Ring des Nibelungen" in einer deutsch-chinesischen Koproduktion mit der Peking-Oper aufgeführt.

Bei meinem Besuch im vergangenen Jahr haben mich die große Dynamik der Wissenschafts- und Forschungslandschaft, die hohe Innovationskraft und Experimentierfreude der Start-up-Szene und die

hohe Verbreitung von E-Mobility-Fahrzeugen, sowohl bei PKW als auch im öffentlichen Nahverkehr, sehr beeindruckt. Aber auch die enorme Kunstfertigkeit der Peking-Oper oder das quirlige Leben in den Hutongs sind mir sehr eindrücklich in Erinnerung geblieben. Ein ganz besonderes und unvergessliches Erlebnis waren natürlich nicht zuletzt die Besuche der Verbotenen Stadt und der Großen Mauer.

Sie bekleiden auch das Amt des Senators für Wissenschaft und Forschung. Berlin ist einer der lebendigsten Wissenschaftsstandorte Europas mit zahlreichen Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Gleiches gilt in **China** für Beijing. Welche Möglichkeiten gibt es, die wissenschaftliche Zusammenarbeit und den Austausch zwischen den beiden Städten noch zu verbessern?

Berlin setzt stark auf Forschung und Innovation, das sind die Schlüsselressourcen für die Zukunftsentwicklung unserer Metropole. Dafür sind Weltoffenheit und Kooperation mit internationalen Partnern unverzichtbar. Viele Berliner Hochschulen und Institute arbeiten schon lange und eng mit chinesischen Wissenschaftseinrichtungen zusammen, das ist mir auch sehr wichtig für unsere Städtepartnerschaft mit Beijing. Der akademische Austausch hat in den vergangenen Jahren in beide Richtungen zugenommen, Berlin gehört inzwischen zu den beliebtesten Zielen für junge Chinesen, die hier gerne studieren oder promovieren. Im freien Austausch zwischen unseren Wissenschaftsstandorten steckt ein großes Zukunftspotenzial. Es gibt viele gemeinsame Anknüpfungspunkte, etwa in der Gesundheitsforschung, bei Themen wie Künstliche Intelligenz, Klimaforschung und neue Mobilitätsformen, aber auch im Bereich der Geistes- und Sozialwissenschaften. Die zunehmende Digitalisierung der Lehre eröffnet uns auch neue Möglichkeiten für Kooperationen. Gerade jetzt in der Corona-Pandemie sehen wir, wie wichtig internationaler Dialog und die Zusammenarbeit über Grenzen hinweg sind.

Sie beschreiben Berlin als eine solidarische und tolerante Stadt, die offen für alle ist. Welche Vorteile bietet der Standort Berlin chinesischen Unternehmen?

Chinesische Unternehmen schätzen am Wirtschaftsstandort Berlin insbesondere die herausragende Forschungs- und Wissenschaftslandschaft und die vielen gut qualifizierten internationalen Fachkräfte mit Chinesisch-Kenntnissen, etwa im IT-Bereich. Besonders attraktiv ist außerdem Berlins Start-up-Landschaft und die hohe Dichte an Inkubatoren und Acceleratoren. Ein großes Plus unserer Stadt ist natürlich auch die hohe Lebensqualität, und die Weltoffenheit, die jedes Jahr viele Menschen aus aller Welt zum Arbeiten und Leben zu uns führt. Die erfolgreiche wirtschaftliche Zusammenarbeit äußert sich auch einem Handelsvolumen von gut 2,5 Milliarden Euro, was China zum wichtigsten Handelspartner von Berlin gemacht hat.

Auch Berlin ist von den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen der COVID-19-Krise nicht verschont geblieben. Welche Maßnahmen hat die Stadt ergriffen, um die Auswirkungen der Pandemie abzumildern? Wie wird es Berlin gelingen, Lockerungen voranzutreiben und gleichzeitig eine zweite Infektionswelle zu verhindern?

Wir haben in Berlin sehr frühzeitig und konsequent reagiert. Durch Kontaktverbote, Abstandsgebote und Hygienerichtlinien, durch das Verbot von Großveranstaltungen, das Schließen gastronomischer Einrichtungen und von Geschäften und auch mit Einschränkungen bei Demonstrationen und Gottesdiensten. All das geschah stets mit Augenmaß und mit der Priorität, die Gesundheit unserer Bevölkerung zu schützen und den Anstieg der Infektionen zu verlangsamen. Gleichzeitig haben wir ein Corona-Notfall-Krankenhaus eingerichtet, um zusätzliche Kapazitäten für den Ernstfall zu schaffen, der glücklicherweise bislang nicht eingetreten ist.

Dank dieser Maßnahmen ist es gelungen, den Anstieg der Neuinfektionen stark abzubremsen und somit eine Überlastung unseres Gesundheitssystems zu verhindern. Dies erlaubt es uns inzwischen zunehmende Lockerungen vorzunehmen. Diese geschehen stets mit Vorsicht und unter dem Vorbehalt der weiteren Entwicklung. Hierfür haben wir ein eigenes Frühwarnsystem entwickelt, das uns hilft, potentielle Fehlentwicklungen rechtzeitig zu erkennen. Mit einem Ampelsystem beobachten wir die Entwicklung der Reproduktionszahl, die Zahl der Neuinfektionen und die Auslastung der Intensivstationen, und können so adäquat reagieren.

Diese Reaktion kann etwa darin bestehen, eine geplante Lockerung doch nicht vorzunehmen, oder auch Lockerungen wieder zurückzunehmen. Ein wichtiger Baustein zur Eindämmung der Pandemie ist außerdem die Teststrategie der Charité mit der wir etwa durch das Screening von Beschäftigten in Kitas oder Krankenhäusern sowie Patientinnen und Patienten mögliche Infektionen frühzeitig identifizieren und neuen Infektionsherden entgegenwirken können.

Die aktuelle Pandemiesituation hat auch das Scheinwerferlicht auf die Möglichkeiten der Digitalisierung gerichtet. Zahlreiche Kulturakteure, darunter die Berlinale und die Berliner Festspiele, haben

Online-Veranstaltungen angeboten. Dadurch wurde auch die Relevanz des 5G-Ausbaus noch einmal verdeutlicht. Wie könnte Berlin in diesem Bereich mit **China** kooperieren?

Die Pandemie wirft aktuell ein besonderes Schlaglicht auf die Möglichkeiten der Digitalisierung, die längst alle Lebensbereiche umfasst hat. Künstlerinnen und Künstler konnten über Streamingangebote ihr Publikum auch im Zeichen des Abstandsgebotes erreichen und das mobile Arbeiten im Homeoffice hat einen enormen Zuwachs erfahren. Auch in meinem Arbeitsalltag haben die Videokonferenzen einen sehr großen Raum eingenommen und viele Abstimmungen vereinfacht. Aber auch unabhängig von den aktuellen Entwicklungen ist die Digitalisierung für Berlin ein enormer Faktor, mit seinen vielfältigen Start-ups und der großen Zahl von Unternehmensgründungen im Digitalbereich. Vor dem Hintergrund hat auch 5G-Mobilfunkausbau für Berlin eine hohe Bedeutung.

- NS gout: Outbreaks/Epidemics | gsars: Novel Coronaviruses | cpartn: Partnerships/Collaborations | nitv: Interviews | ccat: Corporate/Industrial News | gcat: Political/General News | gcold: Respiratory Tract Diseases | ghea: Health | gmed: Medical Conditions | gspox: Infectious Diseases | ncat: Content Types | nfact: Factiva Filters | nfcpex: C&E Executive News Filter
- gfr: Germany | berlin: Berlin | china: China | beijin: Beijing | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | weurz: Western Europe
- PUB People's Daily Online Co., Ltd. Japan Branch
- AN 文件 PEODDE0020200716eg7g00004

# **dpa** • weblines

HD Chinas Versuch zur Neuordnung der Welt

WC 693 字

PD 2020 年 8 月 11 日 02:29 下午

SN dpa-StarLine SC DPASTAR

LA 德文

CY Copyright 2020. dpa Deutsche Presse-Agentur

LP

Berlin (dpa) - **China** steht am Pranger. Die Ausbreitung des Corona-Virus soll es wochenlang vertuscht, die WHO in ihrem Sinne beeinflusst, eine weltweite Warnung verzögert haben. Andererseits geriert es sich in Ländern wie Italien mit Hilfsaktionen als Retter in der Not.

Mit seinem Image scheint das kommunistische Regime trotzdem unzufrieden zu sein. So kam auch heraus, dass die chinesische Botschaft in Berlin Beamten der Regierung kontaktierte, damit diese sich positiv über Chinas Krisenmanagement äußerten. Keine Frage, der Blick auf China ist in letzter Zeit kritischer geworden. Das zeigt auch die Diskussion über das Neue Seidenstraßen-Projekt oder die Beteiligung von Huawei beim Ausbau des 5G-Netzes. Ein Buch wird nun China-Kritiker in ihrem Misstrauen bestätigen.

TD

«Die lautlose Eroberung» von Clive Hamilton und Mareike Ohlberg ist eine systematische Analyse der Politik Chinas, die Welt in seinem autoritären Sinne neu zu ordnen. Und zwar mit allen Mitteln: Desinformation, Einschüchterung, wirtschaftliche Erpressung, Unterwanderung und Spaltungsversuche. Die Autoren werfen dem Westen vor, China gegenüber lange Zeit viel zu naiv gewesen zu sein und die «zutiefst ideologische Natur des Xi-Regimes» immer noch zu ignorieren.

Schon die Vorgeschichte des Buches scheint den Vorwurf der Unterwerfung zu bestätigen. Clive Hamiltons erstes Buch zum Thema China «Silent Invasion. China's Influence in Australia» wollten drei australische Verlage aus Angst vor Repressionen nicht veröffentlichen. Beim vierten Verlag wurde das Buch dann zu einem Bestseller und beeinflusste nicht unerheblich die neue Sicht Australiens auf China.

In dem aktuellen Werk weitet sich der Blick auf die gesamte westliche Welt aus. Die Co-Autorin Mareike Ohlberg arbeitete bis vor kurzem am Berliner Mercator Institute for Chinese Studies und promovierte über Chinas Außenpropaganda. Beeindruckend ist die enorme Fülle an Fakten, die die Autoren über Chinas wachsenden Einfluss in westlichen Ländern zusammengetragen haben. Dieser Einfluss erstreckt sich von der Politik bis zur Kultur.

Die zentrale Rolle spielt dabei immer die Kommunistische Partei Chinas mit ihren 90 Millionen Mitgliedern. Diese Rolle wird nach Ansicht der Autoren im Westen nicht richtig verstanden. Es gibt so gut wie keine chinesische Organisation, die mit westlichen Instituten oder Vereinen zusammenarbeitet, hinter der nicht am Ende die Partei steht. Das zeigt schon eindrucksvoll ein Organigramm im Buch: Alle Fäden laufen im Politbüro zusammen. Selbst Auslandschinesen entgehen dieser Vereinnahmung nicht.

Eines der wichtigsten Ziele Chinas ist seit jeher die Mobilisierung der westlichen Eliten. Das ist auf beängstigende Weise gelungen. Ob aus wirtschaftlichen Gründen oder weil man glaubte, China entwickele sich irgendwann doch noch zu einer Demokratie, viele Politiker im Westen sahen jahrelang über den zutiefst autoritären Charakter Chinas hinweg. Kanzler Gerhard Schröder setzte sich für die Aufhebung des Waffenembargos gegen China ein. Helmut Schmidt fand sogar Entschuldigungen für die blutige Niederschlagung des Tiananmen-Aufstandes. Und das sind nur zwei Beispiele.

Hinter allem aber steht Xi Jinpings «Traum von der nationalen Wiederauferstehung» Chinas. Diesem Traum dient auch die milliardenschwere Neue Seidenstraßen-Initiative. Propagandistisch wird sie als «Schicksalsgemeinschaft der Menschheit» beworben, vor allem aber ist sie gut für China. Die Uneinigkeit Europas bietet hier beste Ansatzpunkte. Wirtschaftlich schwache und von

der EU enttäuschte Länder werden zuerst ins Visier genommen: «Italiens Beitritt zur Seidenstraßen-Initiative war ein Coup für China.»

«China setzt seine wirtschaftliche Macht wie eine überwältigende Waffe ein», schreiben die Autoren. Das spüren Autobauer, Internetgiganten, aber auch Filmemacher, die etwa gegen die drei Tabus verstoßen: Tibet, Taiwan, Tiananmen. Oft genügt schon Chinas Drohung, um klein beizugeben. Am Ende aber ist Kuschen der falsche Weg: «Der Westen muss sich gegen diesen Druck abschirmen, wo immer das möglich ist. Wo es nicht möglich ist, muss er sich zu schwierigen Entscheidungen durchringen und Verbindungen kappen.»

Mit seinen wertvollen detaillierten Informationen füllt das Buch eine wichtige Lücke. Denn unser Wissen über das aktuelle China und sein weltpolitisches Agieren ist trotz der überragenden Bedeutung des Themas immer noch relativ unterentwickelt.

- Clive Hamilton/Mareike Ohlberg: Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet, DVA, München, 496 Seiten, 26,00 Euro, ISBN 978-3-421-04863-9.

© dpa-infocom, dpa:200811-99-124013/2

Die lautlose Eroberung



«Die lautlose Eroberung. Wie China westliche Demokratien unterwandert und die Welt neu ordnet» von Clive Hamilton und Mareike Ohlberg. Foto: DVA/dpa

NS gbook : Books | gpol : Domestic Politics | nimage : Images | gcat : Political/General News | gent :

Arts/Entertainment | gpir : Politics/International Relations | ncat : Content Types

RE china : China | gfr : Germany | italy : Italy | berlin : Berlin | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric :

BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union

Countries | eurz : Europe | medz : Mediterranean | weurz : Western Europe

IPD Literatur

IPC ku

PUB dpa Deutsche Presse-Agentur GmbH

AN 文件 DPASTAR020200811eg8b000ul



"Europa wird vor Ort gemacht": Der langjährige Europapolitiker Elmar Brok spricht im Interview über HD

Wahlen in den USA, in der Region und über die AfD. Er sagt, was jeder Bürger für Europa tun kann.

662 字 WC

2020年8月27日 PD Neue Westfälische SN

**NWESTF** SC

13 PG 德文 LA

Copyright: Neue Westfälische CY

LP

Stemwede. Elmar Brok ist in Europa zu Hause. Der Bielefelder Christdemokrat gehörte über Jahrzehnte dem Europäischen Parlament an. Während eines Besuchs in Stemwede sprach er gegenüber unserer Zeitung über Corona, die Kommunalwahlen und die AfD. Brok sagte auch, warum das umstrittene Erdgas-Projekt "North Stream 2" aufgekündigt werden soll.

Haben Sie seit Ihrem Abschied aus dem Europäischen Parlament eigentlich Langeweile?

TD

Elmar Brok: Nein. Ich mache einiges andere mehr. Ich bin immer noch im Bundesvorstand der CDU, Vorstandsmitglied der EVP und stellvertretender Vorsitzender des Weltverbandes der Christdemokraten. Dann mache ich noch einige Institutionen, etwa Senior Fellow beim Aspen Institute.

Seit dem 1. August bin ich Senior Advisor bei der Münchner Sicherheitskonferenz. Da bin ich nun Angestellter und habe einen Arbeitsvertrag – aber ohne Gehalt. Darauf freue ich mich besonders, weil es um internationale Politik geht. Ich bin voriges Jahr viel gereist, aber Anfang März war die letzte USA-Reise. Wegen Corona ist das weg. Seitdem sitze ich in Bielefeld-Oldentrup. Uns allen geht es so, dass sich Dinge durch Corona änderten.

Sie waren im März zuletzt in den USA - was erwarten Sie am 3. November, dem Wahltag?

Brok: Ich weiß es nicht. Ich habe damals im Gegensatz zu den meisten Beobachtern einen Wahlsieg Trumps vorausgesagt. Ich kenne seinen Gegenkandidaten Joe Biden ganz gut und würde mich freuen, wenn er gewinnt. Aber man weiß das nicht in Zeiten von angeblichen Fake News.

Ein Sieg Bidens wäre wichtig, damit es wieder ein westliche Strategie gibt. Wenn man China oder Putin in die Schranken weisen will, muss der Westen eine Strategie haben. Trump bekämpft uns ja ebenso wie China. Ein Bündnispartner, der macht was er gerade will, ist kein Bündnispartner. Er spricht mit uns keine Strategie ab. Er verlangt, dass wir machen, was er gerade will, ohne darüber zu diskutieren. Wenn nicht, dann straft er uns ab. Das ist Vasallentum. Gemeinsam haben die USA und Europa die Kraft, China entgegen zu stehen. Getrennt nicht.

Bei den Kommunalwahlen tritt in sehr vielen Kommunen die europakritische AfD an. Wie beurteilen Sie das?

Brok: Sie machen Propaganda. Sie wollen aus Europa raus. Aber wir alle können gar nicht allein. das hat Corona gezeigt. Die deutsche Wirtschaft, die Wirtschaft auch in Minden-Lübbecke kommt da gar nicht allein wieder aus der Krise heraus. Das geht nur im europäischen Binnenmarkt. Wir wollen doch ins Ausland verkaufen. Wenn wir aus der Krise kommen wollen, dann geht das nur, wenn die anderen auch aus der Krise kommen. Wenn wir anderen Ländern helfen, dann ist das auch in unserem eigenen Interesse. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft. Die Stemweder Firma Rila etwa hat unglaublich was auf die Beine gestellt. Und wenn dann die Grenzen dichtgemacht würden zu den Export- und Importländern – dieses Unternehmen würde in der Luft hängen, auch bei den Jobs. Den Menschen muss klar sein, dass Europa auch für Jobs vor Ort sorgt.

Tief beeindruckt

Wir müssen in den Städten und Gemeinden den Weg des friedlichen Zusammenlebens dem Fremdenhass der AfD entgegensetzen. Gegenseitiger Hass nutzt niemand. Deshalb muss man in unserem eigenen nationalen Sinn den Nationalisten entgegentreten. Deutschland ging es immer schlecht, wenn es von Nationalisten regiert wurde. Die beiden Kriege sind der beste Beweis dafür.

Was kann jeder einzelne tun für Europa als bestes Friedensprojekt?

Brok: Sich dazu positiv äußern. Eltern sollten das auch ihren Kindern weitergeben. Die Jüngeren haben es nicht mehr kennengelernt, was die Alternative sein könnte, die katastrophale. Wichtig für Europa sind Begegnungen zwischen Vereinen, Partnerschaften zwischen Städten. Wenn Menschen sich kennen, dann können sie nicht mehr von irgendwelchen Ideologen aufeinander gejagt werden. Über Europa wird vor Ort entschieden. Eine Familie vor Ort kann den Unterschied machen wie etwa die Familie Niemeyer in Stockhausen. Es hat mich tief beeindruckt, was die auf die Beine stellten für Europa.

Das Gespräch führte

Joern Spreen-Ledebur



CO waspen : The Aspen Institute | eparlm : European Parliament

NS gpol: Domestic Politics | gvote: Elections | gsars: Novel Coronaviruses | gout:

Outbreaks/Epidemics | nimage : Images | nitv : Interviews | gcat : Political/General News | gcold : Respiratory Tract Diseases | ghea : Health | gmed : Medical Conditions | gpir : Politics/International Relations | gspox : Infectious Diseases | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter

RE usa: United States | gfr: Germany | eurz: Europe | dach: DACH Countries | eecz: European Union Countries | namz: North America | weurz: Western Europe

IPC 138-LK

PUB Zeitungsverlag Neue Westfälische GmbH & Co. KG

AN 文件 NWESTF0020200827eg8r000xk

HD Transatlantische Beziehungen ausbauen

WC 368 字

PD 2020年9月3日

SN ForeignAffairs.co.nz

SC FRAFDE

LA 德文

CY Copyright 2020. Multimedia Investments Ltd. All rights reserved.

LP

Source: CDU CSU

02.09.2020

TD

Fraktionsvorstand verabschiedet Positionspapier

Die transatlantischen Beziehungen durchlaufen einen Stresstest. Zunehmend ziehen sich die USA aus ihrer Rolle als Verteidiger der regelbasierten internationalen Ordnung zurück. Gleichwohl hält die CDU/CSU-Bundestagsfraktion die transatlantische Partnerschaft für unverzichtbar.

In einem Positionspapier ruft sie dafür auf, sich mit aller Kraft für diese Partnerschaft zu engagieren.

Die transatlantische Partnerschaft sei eine "Schicksalsgemeinschaft zu beiderseitigem Nutzen und elementar für den Frieden in Europa", heißt es in dem Papier, das der Fraktionsvorstand auf seiner Klausur im Berliner Westhafen verabschiedete. Die Bundesrepublik Deutschland habe ihr Frieden, Freiheit und Wohlstand zu verdanken. In der Sicherheits- und Verteidigungspolitik gebe es kein engeres und erfolgreicheres Bündnis als die NATO. "Die transatlantische Partnerschaft als Garant unserer Sicherheit und Freiheit bewahren und ausbauen" lautet daher der Titel des Dokuments, der als Forderung zu verstehen ist.

Transatlantisch bleiben - europäischer werden

Gleichzeitig tritt die Unionsfraktion für "eine stärkere Rolle Europas in der Außen- und Sicherheitspolitik" ein. "Wir müssen transatlantisch bleiben und dafür europäischer werden", heißt es in dem Papier. Nur wenn die NATO auf zwei vergleichbar starken Pfeilern stehe, sei sie fit für die Zukunft. Die Europäer müssten "mehr in Verteidigung investieren, mehr eigene militärische Fähigkeiten aufbauen und die Kooperation der Streitkräfte energisch und kreativ vorantreiben". Die Unionsfraktion bekenne sich deshalb klar zum Ziel der NATO, zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts für Verteidigung auszugeben. Man wolle die Bundeswehr bedarfsgerecht ausstatten und die Zusage erfüllen, auch künftig zehn Prozent der Fähigkeiten des Bündnisses zu stellen.

"Wir wollen Europa weltpolitikfähig machen", heißt es in dem Papier. Dennoch müsse jedem klar sein, dass Europa auch weiterhin des Schutzes der USA bedürfe. "Deswegen bleibt es für uns von höchstem Interesse, dass weiterhin US-Truppen in Europa und Deutschland in strategisch relevanter Fähigkeit und Umfang stationiert sind." Nicht zuletzt halte man aus Gründen der Sicherheit auch an der nuklearen Teilhabe Deutschlands fest.

"Äquidistanz darf es nicht geben"

Gemeinsam mit den USA müsse man aber auch neuen Schwung in die Abrüstungspolitik bringen und das Regime zur Nichtweiterverbreitung von Atomwaffen stärken. Eine transatlantische Strategie brauche es unter anderem auch im Umgang mit China. "Eine Äquidistanz Deutschlands zu China bzw. Russland und den USA darf es nicht geben."

Dokumente:

MIL OSI

MIL OSI

NS gdef : Armed Forces | gpol : Domestic Politics | grelad : Relationships | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | glife : Living/Lifestyle | gpir : Politics/International Relations

- RE gfr : Germany | usa : United States | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
- IPD AM-NC,Deutschland,German Language,MIL OSI,MIL OSI Germany,NewsKitchen MIL OSI in German,Politics
- PUB Multimedia Investments Ltd
- AN 文件 FRAFDE0020200902eg93000mb

# Handelsblatt

SE Kommentare

HD Kommentar; China first wird zur politischen Falle für deutsche Autobauer

BY Riecke, Torsten

WC 419 字

PD 2020年11月27日 SN Handelsblatt Online

SC HNDONL

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LΡ

Die große wirtschaftliche Abhängigkeit der deutschen Autobauer vom chinesischen Markt wird zum politischen Problem. Das Beispiel Australien ist eine Warnung.

Erstveröffentlichung 2020-11-27T16:39:00Z

TD

Australien steht nicht unbedingt im Fokus der deutschen Autobauer. Und doch bilden Mercedes, BMW und Volkswagen eine Schicksalsgemeinschaft mit Down Under. Die Abhängigkeit vom Absatzmarkt China ist bei ihnen durch die Pandemie noch größer geworden: Fast 40 Prozent ihres Absatzes liefern die deutschen Autoikonen ins Reich der Mitte. Genauso viel seiner Ausfuhren exportiert Australien in den riesigen chinesischen Markt.

Welche politischen und wirtschaftlichen Folgen diese Abhängigkeit haben kann, erfahren die Australier gerade auf die harte Tour. Peking macht die Abhängigkeit zur Waffe, um Australien politisch gefügig und die dortigen Kritiker mundtot zu machen.

Ob es um die Verantwortung Pekings für den Ausbruch der Corona-Pandemie, den Bann chinesischer 5G-Technologie oder die Missbilligung der Gebietsansprüche Chinas im Südchinesischen Meer geht - so viel Unabhängigkeit von einem wirtschaftlich abhängigen Australien kann die autoritäre Führung in Peking nicht ertragen.

Postwendend errichtete China Handelsbarrieren gegen die Einfuhr von Rindfleisch, Gerste und Wein aus dem Land. Seine undiplomatischen 'Wolfskrieger' schickten zudem eine Liste mit 14 Beschwerden nach Canberra, mit der sich Peking über das Verhalten der australischen Regierung, die dortigen Medien und Denkfabriken beklagt.

Auch gegenüber Deutschland hat **China** seine wirtschaftliche Macht immer wieder mal aufblitzen lassen. Etwa als Peking den Daimler-Konzern wegen der Verwendung eines Dalai-Lama-Zitats zu einem Kotau zwang oder als der chinesische Botschafter deutschen Autoherstellern unverhohlen mit Vergeltung drohte, sollte der Telekomausrüster Huawei beim Aufbau des deutschen 5G-Mobilfunknetzes nicht zum Zuge kommen.

USA bauen an einer Anti-China-Allianz

China, das sich sonst gern die Einmischung in seine inneren Angelegenheiten verbittet, ignoriert diese Grenzen, wenn es darum geht, seine eigenen Interessen durchzusetzen. Bislang hat man das in Berlin eher mit Kopfschütteln als mit Sorge zur Kenntnis genommen. Das Beispiel Australien zeigt jedoch, dass die wirtschaftliche Abhängigkeit von China auch eine dunkle Seite der Macht Pekings hat.

Die USA haben das längst bemerkt. So versucht die Trump-Administration, auf ihren letzten Metern noch eine informelle internationale Verteidigungsallianz gegen die chinesischen Wirtschaftskrieger auf die Beine zu stellen. Die teilnehmenden Länder sollen sich bei Wirtschaftssanktionen gegenseitig unterstützen, indem sie Exportausfälle ausgleichen oder gemeinsam Gegensanktionen verhängen.

Das wäre ein gutes Sprungbrett für eine transatlantische **China**-Strategie, über die Europäer und Amerikaner spätestens mit dem Start der neuen Biden-Administration sprechen müssen.

#### Mehr

: 'China first': Deutsche Autobauer befinden sich in einer tückischen Abhängigkeit

IN i35101 : Passenger Cars | i351 : Motor Vehicles | iaut : Automotive

NS nedc : Commentaries/Opinions | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter

china: China | beijin: Beijing | austr: Australia | gfr: Germany | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | ausnz: Australia/Oceania | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | weurz: Western Europe

IPD Meinung

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 HNDONL0020201127egbr000e7



SE Interviews

HD Botschafter a.D Shi Mingde: Rückwärtsentwicklung der Beziehungen zwischen China und Europa ist keine Lösung

WC 1,079 字

PD 2020年12月17日

SN People's Daily Online

SC PEODDE

LA 德文

CY Copyright 2020. People's Daily & People's Daily Online

LP

Von Zhang Liou und Zhang Yue, Beijing

Der 66-jährige Shi Mingde war 47 Jahre Diplomat - 28 Jahre davon in Deutschland. Von 2012 bis 2019 war er Botschafter der VR China in der Bundesrepublik Deutschland und konnte die rasante Entwicklung der bilateralen Beziehungen miterleben und mitgestalten.

TD

Als Präsident der Gesellschaft für die Chinesisch-Deutsche Freundschaft sprach der Diplomat kürzlich mit People's Daily Online in Beijing über die chinesisch-deutschen, die chinesisch-europäischen sowie die transatlantischen Beziehungen in der Post-Pandemie-Ära.

Botschafter a.D Shi Mingde beim Interview mit People's Daily Online. (Foto: Zhang Yue, People's Daily Online)

Über die chinesisch-europäischen Beziehungen

Die COVID-19-Pandemie hat einen erheblichen Einfluss auf die gesamte internationale Situation, einschließlich auf die chinesisch-deutschen Beziehungen. Sie hat auch unser Verständnis gegenüber der Welt stark verändert.

Wir brauchen keinen Kalten Krieg. Der Kalte Krieg bedeutet ein Nullsummenspiel, bei dem es keine Gewinner, nur Verlierer geben kann. Wir brauchen keine geteilte Welt. Die Globalisierung hat uns zu einer Interessegemeinschaft und einer Schicksalsgemeinschaft der Menschheit gemacht. Nur durch Kooperation können wir eine Win-Win-Situation erreichen. Nur durch Kooperation können wir Herausforderungen begegnen und Schwierigkeiten überwinden. Rückwärtsentwicklung ist keine Lösung.

Die Pandemie hat Chinas und Europas Ideen in Bezug auf die Globale Governance verstärkt. Dazu zählt das Festhalten am Multilateralismus, insbesondere die gemeinsame Bekämpfung der Pandemie, die Wiederherstellung der Weltwirtschaft, die Aufrechterhaltung globaler Industrie- und Lieferketten und die Förderung der Zusammenarbeit im Bereich des Klimawandels. Der Wunsch und die Nachfrage nach Zusammenarbeit und die gemeinsamen Interessen haben zugenommen.

Über die Kooperation zwischen China und Deutschland

Die Pandemie hat die jeweiligen Volkswirtschaften und die gegenseitigen Beziehungen Chinas und Deutschlands stark betroffen. China und Deutschland sind auch die beiden ersten Länder, die Arbeit und Produktion sowie Handel und Personalaustausch wieder aufgenommen haben. Vor dem Hintergrund eines stark schrumpfenden Weltautomarktes hat Chinas Autobesitz im Jahr 2020 den der Vereinigten Staaten übertroffen und das Land hat sich bereits zum größten Automarkt der Welt entwickelt. Seit dem zweiten Quartal dieses Jahres haben deutsche Autohersteller in China jeden Monat ein zweistelliges Umsatzwachstum erzielt.

China und Deutschland haben sich gegenseitig geholfen, sich gemeinsam für die internationale Zusammenarbeit ausgesprochen und die Arbeit der WHO nachdrücklich unterstützt, was der antiepidemischen Zusammenarbeit der internationalen Gemeinschaft Stabilität verliehen hat.

In jüngster Zeit hat der bilaterale Handel deutlich einen Trend zur Stabilisierung und Verbesserung gezeigt. Deutschen Statistiken zufolge sind die deutschen Importe und Exporte nach und aus **China** im

Juni gegenüber dem Vorjahr um 20,2 bzw. 15,4 Prozent angestiegen. China ist seit vier Jahren Deutschlands größter Handelspartner weltweit, noch vor den USA. Im zweiten Quartal dieses Jahres übertraf China zudem erstmals die USA und wurde Deutschlands größter Exportmarkt.

Nach der Pandemie werden die Beziehungen zwischen China und der EU sowie Deutschland voraussichtlich einen Schritt nach vorne machen.

Im Dezember 2018 begrüßte Botschafter Shi Mingde (zweiter von links) den deutschen Präsidenten Frank-Walter Steinmeier bei dessen Staatsbesuch in China am Flughafen von Beijing. (Foto vom Interviewpartner zur Verfügung gestellt)

## China als systematischer Rivale?

Obwohl die Beziehungen zwischen China und der EU weiter voranschreiten, müssen wir auch feststellen, dass die Reibung und der Wettbewerb zwischen China und Europa ebenfalls zunehmen. Hier geht es um eine grundlegende Frage: Wie soll man Chinas Entwicklung und Aufstieg verstehen und damit umgehen? Bringt Chinas Aufstieg Europa mehr Herausforderungen oder mehr Chancen?

**China** unterstützt stets die Integration Europas und hofft, dass Europa zu einem politischen und wirtschaftlichen Pol in der Welt wird. Eine pluralistische und multipolare Welt kommt der Stabilität zugute, weshalb wir den Unilateralismus ablehnen. **China** und Europa teilen viele Gemeinsamkeiten in einigen wichtigen globalen Fragen.

In den 42 Jahren seit Chinas Reform und Öffnung war Europa auch der wichtigste Nutznießer. Zum Beispiel ist China der wichtigste Markt für deutsche Autos und Siemens hat fast 100 Joint Ventures in der Volksrepublik. Chinas Entwicklung hat Europa mehr Möglichkeiten gebracht. Bezüglich der Herausforderungen sollte es einen fairen Wettbewerb geben. Wettbewerb ist nicht schrecklich und ein gesunder Wettbewerb auf der Grundlage gemeinsamer Regeln fördert die gegenseitige Entwicklung.

Im Februar 2019 verabschiedete sich Botschafter Shi Mingde vor seiner Rückkehr nach China von Bundeskanzlerin Angela Merkel. (Foto vom Interviewpartner zur Verfügung gestellt)

Über Deutschlands Rolle in der EU

Deutschland ist bereit, eine führende Rolle in der EU zu spielen, macht sich jedoch Sorgen, isoliert zu werden. Deutschland zögert daher, wie es seine Rolle wahrnehmen soll und befindet sich in einem Dilemma. Andere europäische Länder wünschen, dass Deutschland immer mehr Geld beisteuert, aber sind aus historischen Gründen auch über eine mögliche monopolistische Führungsrolle Deutschlands besorgt.

Das innere Problem ist das größte Problem Deutschlands: Erstens muss die wirtschaftliche und soziale Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland beseitigt werden. Obwohl Deutschland seit mehr als 30 Jahren wiedervereinigt ist, die wirtschaftliche Kluft zwischen Ost- und Westdeutschland sich verringert hat, sind die Unterschiede doch sehr bemerkbar. Die psychologische Barriere ist auf beiden Seiten immer noch riesig. Zweitens muss das Migrationsproblem gelöst werden. Die daraus resultierenden sozialen, religiösen und anderen Probleme sowie terroristischen Angriffe plagen die Menschen weiterhin und schüren Populismus und rechtsgerichtete Kräfte. Drittens sind politische Parteien immer mehr fragmentiert worden. Traditionelle Parteien sind stark geschrumpft, während aufstrebende Parteien stärker geworden sind. Die Regierfähigkeit der Regierung ist zurückgegangen. Viertens ist die Pandemie schlimmer geworden und die wirtschaftliche Erholung Deutschlands ist langsam. Es ist schwierig für die Bundesregierung und die Landesregierungen, eine Einigung über Maßnahmen zur Pandemiebekämpfung zu erzielen.

Im Februar 2019 verabschiedete sich Botschafter Shi Mingde vor seiner Rückkehr nach China von Bundeskanzlerin Angela Merkel. (Foto vom Interviewpartner zur Verfügung gestellt)

Über die transatlantischen Beziehungen

Die Vereinigten Staaten legen großen Wert auf Europa und Deutschland und wollen sie in ihre globale Strategie miteinbeziehen, um sich selbst zu dienen. Dies ist der Ausgangspunkt der US-Außenpolitik gegenüber Europa und Deutschland. Dies hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg nicht geändert und wird in Zukunft auch so bleiben.

Mit der zunehmenden Stärke und dem größer werdenden Einfluss Deutschlands und dem Fortschritt der europäischen Integration wurden auch das souveräne und selbstständige Bewusstsein Europas und Deutschlands kontinuierlich gestärkt. Trumps Druck und Sanktionen ließen Deutschland glauben, die USA seien unzuverlässig, was ebenfalls die Entschlossenheit Deutschlands inspirierte, sich auf ihr eigenes Schicksal verlassen zu wollen.

Deutsche Politiker freuen sich über Bidens Wahlsieg. Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland sowie Europa werden sich verbessern, aber die Reibungen zwischen den beiden Seiten im Wirtschafts- und Handelswettbewerb sowie bezüglich der Verteidigungsausgaben und des Energieprojekts "Nord Stream 2" können nicht überbrückt werden.

- NS gdip: International Relations | grelad: Relationships | gpir: Politics/International Relations | gcat: Political/General News | glife: Living/Lifestyle
- china: China | gfr: Germany | beijin: Beijing | usa: United States | eecz: European Union Countries | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe
- PUB People's Daily Online Co., Ltd. Japan Branch
- AN 文件 PEODDE0020201217egch00001



SE Titel

HD Völker, seht die Signale!

BY Schnaas, Dieter

WC 2,795 字

PD 2020年12月18日

SN Wirtschaftswoche

SC WIRWOC

PG 010

LA 德文

CY Copyright 2020 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de.

LP

Milliarden Asiaten genießen ihren rasch wachsenden Wohlstand. Die Wirtschaftswunderkinder des 21. Jahrhunderts wollen vor allem gut regiert werden. Sie sind überzeugt: China kann es besser. Was, wenn sie recht haben?

Gottfried Wilhelm Leibniz reichte das alles noch nicht. Er war bereits als Philosoph, Theologe, Jurist, Mathematiker, Techniker, Bibliothekar, Historiker und Hofrat gefragt, aber im Jahr 1697 musste er in Hannover auch noch ein "bureau d'adresse pour la Chine "eröffnen, ein Informationsbüro für China. Jedenfalls werde er demnächst wohl ein Schild mit dieser Aufschrift an seine Tür hängen, schrieb Leibniz heiter der Kurfürstin Sophie Charlotte nach Berlin. Fast täglich trafen jetzt Briefe aus aller Welt bei ihm ein, in denen er um Auskünfte über das ferne Land gebeten wurde.

TD

Leibniz tauschte sich damals mit 1100 Korrespondenzpartnern aus, auch mit Jesuitenmissionaren in China. Vor einem halben Jahr war sein Buch "Novissima Sinica" erschienen, in dem er ein "ebenbürtiges" China als "Europa des Ostens" pries. Es war die Zeit, in der das Reich der Mitte die Fantasie der europäischen Fürsten, Frühaufklärer und Fortschrittsfreunde beflügelte. Man importierte Seide, Tapisserien und Lackmöbel, schmückte Gärten und Parks mit Teehäusern und Pagoden - und man war mit Leibniz überzeugt: Die "höchste Kultur und die höchste technische Zivilisation der Menschheit" sei "gleichsam gesammelt" an den "zwei äußersten Enden unseres Kontinents, in Europa und China".

# FIN DE SIÈCLE 2.0

Heute ist man sich da nicht mehr so sicher. Nicht im Westen. Und schon gar nicht im Osten. Die Regierenden in Deutschland und Europa kreisen seit anderthalb Jahrzehnten um sich selbst, amtieren Krisen hinterher, die die Legitimität der liberalen Demokratien untergraben, die Substanz des europäischen Sozial- und Wirtschaftsmodells aufzehren: Bankenkrise, Eurokrise, Migrationskrise, Brexitkrise, Coronakrise. Der Westen fremdelt mit seiner Identität und seinen Werten, hadert mit seiner Geschichte, seinem Lebensstil, dem ganzen System - und stottert mit immer neuen Rettungsmilliarden eine Gegenwart ab, die ihre künftigen Potenziale verbraucht zu haben scheint. Es ist, als lebten wir inmitten der digitalen Revolution in einer "Welt von gestern" (Stefan Zweig), in einem Fin de siècle 2.0 - abzüglich der Tröstungen, die die Aufschwünge von Kunst, Wissenschaft und Technik an der Wende zum 20. Jahrhundert für die Zeitgenossen bereithielten.

Die Politik verwendet viel Energie auf Partizipation und Teilhabe, auf Umverteilung und Gerechtigkeitsdebatten, auf Diskussionen über große Menschheitsziele und identitätspolitische Fragen - aufs Bewirtschaften von Empfindsamkeiten, die das Ergebnis unseres Wohlstands sind, nicht aufs Erwirtschaften von Perspektiven, die ihn sichern. Und sie verliert viel Zeit mit demokratischen Prozeduren, die uns um ihrer selbst willen heilig sind, obwohl sie nurmehr Konsens und Kompromisse zur Stabilisierung des Status quo produzieren, nicht mehr Ergebnisse und Lösungen, Versprechen und Verheißungen.

Wenn überhaupt. In Deutschland sehen sich die Gewählten während der Coronakrise nicht mal mehr in der Lage, Schutzmaßnahmen gegen die Nichtorganisierbarkeit ihrer Wähler durchzusetzen und die Freiheit aller im Wege ihrer temporären Einschränkung zu sichern. "Abstimmungsprozesse" zwischen Kanzlerin und Ministerpräsidenten weisen den Föderalismus als Instrument der politischen Selbstblockade

aus. Und "mündige Bürger" machen sich in der "offenen Gesellschaft" zunehmend einen Sport daraus, Verschwörungsunsinn zu verbreiten, Politiker zu verhetzen, die Expertise von Wissenschaftlern anzuzweifeln.

Aufklärung? Fortschritt? Zivilisation? In den USA ist man mit der Regression der Demokratie und der Kompromittierung liberaler Ideale schon einen Schritt weiter. Präsident Donald Trump und weite Teile der republikanischen Partei testen seit Wochen die Grenzen der Verfassung aus und stellen mit der "freien Wahl" zugleich die emanzipatorische Grundidee der Demokratie - one (wo)man, one vote - zur Disposition. Man darf nicht vergessen, dass Trumps Popularität genau daher rührt: Nicht obwohl, sondern indem er die Demokratie delegitimiert und sich über ihre Fairnessgebote und Verfahren hinwegsetzt, erscheint er in den Augen seiner Wähler als Mann der Tat.

# DIE BIPOLARE STÖRUNG DER USA

Trump hat die Krise und Spaltung der USA aber nicht verursacht, sondern bloß kenntlich gemacht. Die bipolare Störung des Landes reicht tiefer. Sie gründet auf einem dysfunktionalen Wahlsystem, in dem Sammlungsbewegungen alle vier Jahre zwei geldreiche Amerikaner in ein ruinöses Spektakelwettrennen schicken, um einen von ihnen in ein paar wenigen "Swing States" von Bot-bearbeiteten Wechselwählern zum Sieger zu küren, der dann das halbe Land gegen sich weiß. Präsident Joe Biden wird daher ab Januar vor allem damit beschäftigt sein, Entscheidungen seines Vorgängers zu revidieren, der Entscheidungen seines Vorgängers revidierte, um Entscheidungen seines Vorgängers zu revidieren - sofern die Mehrheitsverhältnisse im Kongress es erlauben.

Biden wird, anders als Trump, wieder "politisch" agieren, die demokratischen Institutionen respektieren, um Mehrheiten werben und um Vertrauen buhlen - aber wird er das Land deshalb auch gut regieren, belastbare Verträge schließen, lange politische Linien ziehen können? Wahrscheinlich ist es nicht. Biden regiert, wie seine Vorgänger, unter Vorbehalt, bis auf Widerruf. "We are getting nothing done ", so fasste Senator John McCain, der ehemalige republikanische Präsidentschaftskandidat im Jahr 2017, den systemischen Lockdown der Demokratie in den USA zusammen: "Wir bekommen nichts mehr gebacken."

Die Weltöffentlichkeit kann sich davon inzwischen täglich überzeugen - auch davon, dass andere Länder sehr wohl noch etwas gebacken bekommen. Singapur, Taiwan, Südkorea und China unterstreichen in der Coronakrise ihre Fähigkeit zur Eindämmung des Virus, zum Schutz ihrer Volkswirtschaften - und ihre Humanität.

Während die USA und Europa inzwischen täglich 7000 Todesopfer tolerieren, rettet China konsequent Menschenleben, auch das der Ärmsten, Ältesten und Schwächsten. Hätten wir "nicht eigentlich das Gegenteil erwartet", fragt der US-Ökonom Branko Milanovi C: Hätte man nicht glauben sollen, ein demokratisches System würde "der Regierung größere Anreize geben, das Leben ihrer Bürger zu schützen"?

Milanovi C ist überzeugt davon, dass wir "nach der Pandemie in einer anderen Welt leben" werden, dass sich die Systemkonkurrenz zwischen "liberalem Kapitalismus" (USA, Europa) und "politischem Kapitalismus" (China, Vietnam, Singapur, Malaysia) zuspitzen wird - und dass der Mangel an demokratischer Legitimation womöglich "die auf den ersten Blick paradoxe Folge" hat, dass sich Regierungen in Ländern wie China und Singapur "nicht weniger, sondern mehr um die Entwicklung der Wirtschaft und das Wohlergehen der Bürger sorgen".

Der Grund dafür ist einfach: Wenn die Verfasstheit autokratisch geführter Länder auf einem stillen Vertrag zwischen Staat und Bürgern basiert, in dem die Regierten erklären, auf politische Freiheiten zu verzichten, so lange die Regierenden Wohlstand generieren, hat das Regime jeden Anreiz, für das Gedeihen der Wirtschaft und die Gesundheit ihrer Bevölkerungen zu sorgen, um nicht seine Legitimation einzubüßen.

Entsprechend stehen die Kaderkapitalisten in China und Autokraten in Singapur permanent unter Erfolgsdruck. Ihr politisches Überleben hängt jeden Tag vom mehrheitlichen Zuspruch ihrer Bevölkerungen und von der technokratischen Exzellenz ihrer Regierungsapparate ab. Politiker in demokratischen Systemen können es sich dagegen auch mal vier Jahre leisten, "nicht zu regieren", um sich "schlecht regieren" zu lassen, so FDP-Chef Christian Lindner.

# DISZIPLIN UND NATIONALSTOLZ

Natürlich, China muss nicht mal bürgerliche Grundrechte suspendieren, um sie ignorieren zu können. Dennoch genießen asiatische Regierungen das Vertrauen ihrer Bevölkerungen, während es in Europa erodiert: Laut Edelman Trust Barometer ist es in China (90 Prozent) und Singapur (70 Prozent) inzwischen doppelt so hoch wie in Deutschland (45) und Frankreich (35).

Milliarden Asiaten haben in den vergangenen zwei, drei Jahrzehnten eben nicht Verunsicherung und Abstieg, Krise und Lohnzurückhaltung erlebt, sondern politische Stabilität und einen steigenden Wohlstand

genossen. Sie sind die großen Gewinner der Globalisierung und Computer- und Internet-Revolution, die Wirtschaftswunderkinder des 21. Jahrhunderts: aufstiegsorientiert, voller Zuversicht, Konsumlust, Nationalstolz.

Hinzu kommt, dass Ostasien immer noch geprägt ist von einer Pflichtmentalität, die übergeordnete Kollektivziele mindestens so hoch schätzt wie Zugewinne individueller Bewegungsspielräume. Für viele Chinesen ist der Umgang mit der Coronakrise nur ein weiterer Beweis dafür, dass gutes Regieren im Sinne einer Mehrheit den deliberativen Demokratieverfahren des Westens, seiner Permissivität und seinen Selbstverwirklichungsidealen überlegen ist.

Zumal sich die Kombination von Disziplinierungsgewalt und - wille auszahlt. Während in den USA und Europa die Zahlen der Arbeitslosen und Privatinsolvenzen steigen, die Sozial- und Gesundheitskosten explodieren, glänzt China wieder mit ausgelasteten Fabriken und neuen Exportrekorden. China erwirtschaftete allein im November 2020 einen Handelsüberschuss von mehr als 75 Milliarden Dollar, vor allem mit elektronischen Produkten und Medizingeräten.

Für Peking ist es ein Triumph - für Washington eine Demütigung. Das US-Defizit mit China ist im Vergleich zu Trumps Amtsübernahme im Januar 2017 um drei Viertel auf 37,6 Milliarden Dollar gestiegen; kälter lässt sich kein Handelskrieg gewinnen.

Und so kurbeln die USA und Europa mit ihren billionenschweren Konjunkturprogrammen eine Nachfrage an, von der vor allem **China** profitiert: Es ist, als ließe sich Peking die Hilfsmilliarden aus Washington, Brüssel und Frankfurt direkt überweisen. Kein Wunder, dass Chinas Außenminister Wang Yi vor Großmut platzt und den USA einen Neuanfang, einen "sanften Übergang" zurück zu friedlicher Koexistenz und beiderseitigem Vorteil anbietet.

Schlimmer noch: In den nächsten Wochen droht den westlichen Industrienationen eine weitere Blamage, eine Eskalation ihres Reputationsverlustes. Nach Angaben von Airfinity, einer Londoner Softwarefirma, die die Verteilung vielversprechender Coronaimpfstoffe analysiert, haben reiche Nationen, die für 14 Prozent der globalen Bevölkerung stehen, sich mehr als 50 Prozent der Kapazitäten gesichert.

Es ist leicht abzusehen, dass die USA und Europa angesichts der hohen Infiziertenzahlen und wirtschaftlicher Schäden "ihre" Impfstoffe bevorzugt an "ihre" Bevölkerungen verteilen werden - und dass die übrige Welt daraus ihre Schlüsse ziehen wird. Und es ist auch leicht abzusehen, dass ein coronafreies China sich mit der Produktion und Verteilung eines preiswerten Impfstoffes als Distributeur von Selbstlosigkeit, Mitmenschlichkeit und symmetrischen Außenbeziehungen in Szene setzen wird.

Chinas Präsident Xi **Jinping** hat in den vergangenen Monaten keine Gelegenheit ausgelassen, um Indonesien und den Philippinen, aber auch Ländern im Mittleren Osten und in Afrika zu versichern, sie gehörten "zu den Ersten, die von einem chinesischen Covid-19-Impfstoff" profitieren würden. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben vergangene Woche bereits das Vakzin von Sinopharm zugelassen, das zu 86 Prozent wirksam sein soll.

China verhehlt nicht seine Ambitionen. Im Gegenteil. Xi spricht längst von "Großmachtdiplomatie". Er adressiert die "Schicksalsgemeinschaft der Menschheit" und verspricht den Völkern der Erde, ganz im Sinne von Leibniz, die beste aller Welten: eine Welt des Respekts, der Partnerschaft und Harmonie, der Fairness und Inklusivität - eine Welt der kulturellen Vielfalt, "die wirklich von allen geteilt" wird, weil "Länder einander als Gleiche behandeln" und sich ihrer territorialen Integrität sicher sein können, um "wechselseitige Vorteile" zu identifizieren und das Leben der Menschen im Wege der Kooperation und Koexistenz zu verbessern.

Das ist viel rhetorisches Gewölk. Aber das ist eben auch: eine Grabrede auf den politischen und ökonomischen Kolonialismus des Westens im 19. und 20. Jahrhundert, eine Spitze gegen den situativen Interventionismus der USA - und der Entwurf einer multipolaren Weltordnung, die dem Völkerrecht Vorrang vor international verbindlichen Menschenrechtsnormen einräumt.

China sei derzeit "das einzige Land der Welt" mit einer "geostrategischen Idee", sagte der damalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel auf der Münchner Sicherheitskonferenz im Jahr 2018. Es sei "das gute Recht" des Landes, "eine Idee zu entwickeln, die auf Ausgleich und einen gemeinsamen Mehrwert" setzt - und das Problem des Westens, "über keine eigene Strategie zu verfügen".

# NETZWERKE STATT ALLIANZEN

Tatsächlich hat China die weltpolizeiliche Sanktionspolitik der USA und ihren Rückzug aus Vorderasien genutzt, um seine hegemoniale Stellung in Eurasien zu konsolidieren. Es schmiedet keine wertbasierten Allianzen, sondern knüpft lose Netzwerke unterhalb der Freundschaftsschwelle, Abkommen des Machbaren mit Russland, Iran, Pakistan, der Türkei, sogar Indien - und es schließt, auf dem Höhepunkt

eines erbitterten diplomatischen Konflikts mit Australien, sogar ein Freihandelsabkommen für den Asien-Pazifik-Raum ab, das den fünften Kontinent, aber auch Japan und Südkorea einschließt.

Das Reich der Mitte steht auch im Zentrum neuer multilateraler Institutionen (Asian Development Bank, Asian Infrastructure Investment Bank, Shanghai Cooperation Organisation). Sie bilden ein Gegengewicht zum "Washington Consensus" (IWF, Weltbank) - und entlarven ihn als Herrschaftsinstrument eines "Clubs westlicher Nationen", der nur ausgesuchten Schwellenländern mehr "durch Zwang als durch Zustimmung" Marktzugang, Kredite und Investitionen gewährt, so Amitav Acharya, Professor für Internationale Beziehungen an der American University in Washington. Das von China orchestrierte "Seidenstraßen"-Projekt, halb diplomatische Großoffensive, halb infrastrukturgetriebene Megalomanie, schweißt dagegen mehr als 100 Staaten in Ost-, Süd- und Zentralasien, Afrika und Europa zusammen: mit neuen Schienen, Straßen, Brücken, Flughäfen. China hat nicht nur gute Ideen, sondern bringt "auch das Geld dafür mit" sagt der kambodschanische Premierminister Hun Sen. China avanciert zum "obersten Ratgeber der ganzen Menschheit", sagt der amerikanische Außenpolitiker Henry Kissinger. China entwickelt seine Außenpolitik auf der Basis einer "emotionsfreien Analyse internationaler Phänomene" sagt Xi.

## CHINESISCHE GEHORSAMSZWERGE?

Und Europa? Ist nur noch ein Zaungast der neuen Weltordnung. Wir blicken voller Unverständnis nach Osten, fasziniert von Zerrbildern, mal wieder. Nach dem Massaker auf dem Platz des Himmlischen Friedens im Jahr 1989 stellten wir uns **China** als totalitären Staat vor, der Dissidenten verfolgt und Regimegegner ausschaltet, die Kultur der Tibeter zerstört und religiöse Gemeinschaften ausschaltet. Dann folgte eine Phase der ökonomisch grundierten Chinoiserie und geschäftsmäßigen Schönmalerei, übrigens auch im Wirtschaftsjournalismus. **China** erschien politisch gebauchpinselten Delegations-CEOs und Testosteronmanagern an der Front als herrlich durchregiertes Land der unbegrenzten Möglichkeiten: Billigstandort, Riesenmarkt, Joint-Venture-Paradies. Man flüsterte und floskelte damals fröhlich alle moralischen Bedenken und politischen Einsprüche weg mit der naiven Formel vom demokratischen Wandel, der dem Handel schon auf dem Fuß folgen werde.

Und heute? Gewinnt das Bild einer imperialen Weltmacht Kontur, die sich Hongkong völkerrechtswidrig einverleibt und rücksichtslos auf Ressourcen zugreift, die ihre Einflusssphäre im Südchinesischen Meer militärisch sichert und mit kreditkolonialen Mitteln nach Afrika und Europa expandiert, die gewohnheitsmäßig Technologie, Daten und Know-how stiehlt und sich kultureller Genozide schuldig macht, die die Menschenrechte routiniert mit Füßen tritt - und seine lückenlos überwachten Bürger zu algorithmisch bewirtschafteten Gehorsamszwergen degradiert.

Dieses Bild ist nicht falsch. Wohl aber unvollständig, moralisch bequem und historisch selbstgerecht. Mag sein, dass China der Welt nur deshalb eine alternative Ordnung anbietet, weil die Kader sonst Gefahr liefen, im eigenen Land der Anziehungskraft der Demokratie zum Opfer zu fallen. Aber zentrale Planung und Steuerung haben das Land fraglos bereichert. Und die Kommunistische Partei hält Kurs, hat die Zügel der Politik noch einmal angezogen: In dem Maße, in dem der Anteil der Staatsbetriebe an der Industrieproduktion gesunken ist, hat sich die Kontrolle der KP in den Privatbetrieben verschärft. Es ist in China "grotesk zu glauben, man könne ohne die Zustimmung des Staates Kapitalist werden", sagt der Politikwissenschaftler Wang Hui. Tatsächlich ist die Bourgeoisie als politische Klasse im Sinne von Karl Marx nirgends auf der Welt so irrelevant wie in China. Als hätte es dazu noch eines Beweises bedurft, blies Präsident Xi vor wenigen Wochen kurzerhand den Weltrekord-Börsengang seines Vorzeigetechunternehmers Jack Ma ab.

Man muss diese Widersprüche schon aushalten lernen: Die Unklarheit der Eigentumsverhältnisse, die willkürliche Anwendung von Regeln und die politische Steuerung der Wirtschaft produzieren in **China** nicht nur Korruption, sondern auch stabile Dynamik - schaffen "genau die Bedingungen, unter denen der politische Kapitalismus entstehen und gedeihen kann", so Milanovi C . Und haben nicht umgekehrt viele Instabilitäten, Unruhen und Währungszusammenbrüche in den vergangenen 150 Jahren, viele Krisen und Populismen in den westlichen Industrienationen ihre Quelle ausgerechnet in der Unabhängigkeit von Kapitalisten, die ihre politischen Interessen in der Demokratie im Zweifel auch gegen den Staat und das Allgemeininteresse durchsetzen können?

## VOLKSREPUBLIKEN IN ECHTZEIT

Die "Herausforderung China" ist komplexer als "Huawei" und "Hongkong". Sie beginnt mit der politischen Selbstachtung und konsequenten Nichtpreisgabe liberaler Kernüberzeugungen zugunsten "wirtschaftlicher Abhängigkeiten". Aber sie verlangt darüber hinaus auch eine globalpolitische Strategie - und eine kritische Überprüfung der Leistungsfähigkeit unserer Demokratien.

Der Soziologe Max Weber, nie verlegen um eine tragische Pointe, hat den Kapitalimus als "stahlhartes Gehäuse" beschrieben, als "Triebwerk", in dem "Fachmenschen ohne Geist" sich einbilden, "eine nie vorher erreichte Stufe des Menschtums erstiegen zu haben". Das ist natürlich übertrieben.

Aber wenn es stimmt, dass die meisten Menschen in einer stark arbeitsteiligen Welt "weder die Zeit noch das Wissen oder das Bedürfnis" haben, "sich in politischen Fragen zu engagieren", die sie nicht unmittelbar betreffen, so Milanovi C , muss der Westen eine Antwort finden auf das Geschäftsmodell des "politischen Kapitalismus", der in Asien und Afrika erklärungsunbedürftige Zivilisationsfortschritte auf der Basis von Strenge, Disziplin und (Unter-)Ordnung erzielt, auf empirisch gestützte Nutzenoptimierung und ein szientistisch unterlegtes Sozialingenieurswesen.

Zumal Big Data Regimen in die Hände zu spielen scheint, die nicht nur ihre Bürger überwachen und Wirtschaft steuern, sondern die "demokratischen Konsens" auch über Mechanismen der Rückkopplung und die Optimierung von Feedbackschleifen herstellen wollen, über sorgsam ausgelesene Konsummuster und Verhaltensprofile und die algorithmische Auswertung der Social-Media-Aktivitäten ihrer Bürger.

Diese Regime benötigen keine demokratischen Verfahren, keine Repräsentation des Wählerwillens. Sie werten ihre Bürger aus, simulieren eine dauernde Wahl - und sind so lange stabil, wie die Menschen das wollen, was sie sollen: Volksrepubliken in Echtzeit. Sie entsprechen nicht Leibniz' Ideal der "prästabilierten Harmonie", wohl aber Chinas Vorstellung von "der höchsten technischen Zivilisation der Menschheit".

Und welche Antwort geben Deutschland und Europa, am anderen "äußersten Ende des Kontinents"? Tja. Das ist die Frage.

# ZITATE FAKTEN MEINUNGEN

Nirgends auf der Welt ist Marx' Bourgeoisie so wenig relevant wie in China.

China ist stabil, solange die Menschen genau das wollen, was sie sollen.

- ART Alte Ordnung, neue Welt Kanzlerin Merkel trifft beim G7-Gipfel 2018 auf verschränkte Arme. Präsident Xi schart beim Seidenstraßen-Gipfel 2017 Regierungschefs um sich . Formierte Gesellschaft Propagandaposter mit Rotarmisten, die die Mao-Bibel herzeigen und Überwachungskameras in Pekings Ditan Park . Glänzende Aussichten Die Skyline von Shanghai und traditionsbewusster Selfie-Optimismus auf einem Nachtmarkt in Wuhan .
- NS gpol : Domestic Politics | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations
- RE china: China | gfr: Germany | usa: United States | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe
- IPD Titel
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 WIRWOC0020201217egci00014

HD Sind wir dümmer als dieses Ding ohne Hirn?

BY Cordt Schnibben

WC 6,287 字

PD 2021年2月18日

SN Spiegel Plus

SC SPIPLU

VOL 0 2021

LA 德文

CY © 2021. SPIEGELnet GmbH

LP

Zwölf Monate – zwei Millionen Tote: Sars-CoV-2 zerfrisst die Substanz der menschlichen Gesellschaft. Es zwingt uns, anders zu leben, zu arbeiten, zu lernen, zu lieben, zu sterben. Elf Lektionen, damit wir eine Perspektive haben.

Da sind die Zahlen, die uns jeden Morgen sagen, wo auf der Welt das Virus wieder für neue Rekorde gesorgt hat und in welchen Krankenhäusern es Ärzte und Pflegerinnen verzweifeln lässt. Da ist der Tod, der zum Frühstück grüßt wie der Wetterbericht. Da sind Regierungsmaßnahmen, die immer weniger überzeugen. Da ist diese bleierne Zwischenzeit, die ängstigt, weil man nicht weiß, wann sie endet. Da ist die lauernde Schuld, die uns zu Handlangern des Virus macht. Und da sind diese Nachrichten, die uns zeigen, dass das Virus mehr bringt als Krankheit und Tod. Nachrichten, die noch vor zwei Jahren völlig undenkbar gewesen wären.

TD

Der Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU erklärt im Bundestag : »Wir sehen eins: Totalitäre, autoritäre Systeme kommen mit Mitteln, die wir nicht einsetzen wollen, besser mit dieser Pandemie zurecht als wir.«

Teile der französischen Weinproduktion des letzten Jahres werden in jenen Industriealkohol verwandelt , mit dem sich die Restaurantgäste dann in diesem Jahr die Hände desinfizieren sollen – wenn sie dürfen.

In Berlin machen gefälschte Tweets der Polizei die Runde , in denen von einem »Schussbefehl« der Bundesregierung gegen Corona-Demonstranten berichtet wird.

Die Fluglinie Quantas plant, auf Interkontinental-Flügen nur noch Passagiere zu befördern, die gegen Covid geimpft sind .

Die spanische Regierung will eine europaweit einsehbare Datei mit Impfverweigerern anlegen .

Der Chef der Impfstofffirma Biontech rechnet mit der »Rückkehr zur Normalität« zu Weihnachten – zu Weihnachten 2021.

Die Kanzlerin warnt im Bundestag vor einer dritten Corona -Welle im Frühjahr.

In Nürnberg verweigern Abiturientinnen – unterstützt vom Philologenverband – den Unterricht, sie wollen sich nicht entscheiden müssen zwischen Gesundheit und Bildung.

Die Mannschaft des FC Liverpool bekommt aus Angst vor der britischen Virusmutation keine Einreisegenehmigung zum Champions-League-Spiel gegen RB Leipzig.

Der Historiker Yuval Noah Harari befürchtet, dass die Pandemie sich später als der Beginn der totalen Überwachung der Menschheit erweisen kann.

Der Virologe Christian Drosten will mit seinem Team zukünftig das gefährliche Mers-Virus erforschen, die WHO warnt vor neuen, tödlicheren Pandemien, ausgelöst durch Viren aus dem Tierreich .

Elf Nachrichten, die zeigen, dass etwas passiert in der Welt, was unser Leben verändert wie nichts davor. Viren zwingen die Menschheit in einen Zweikampf, den wir in seiner ganzen Tragweite noch nicht verstehen und annehmen.

Wir starren seit Anfang letzten Jahres auf das Auf und Ab von Zahlen, debattieren über ihre Bedeutung, aber dem Drama hinter den Zahlen schenken wir zu wenig Beachtung. Die schlimmste Zahl: Über sieben

Milliarden Menschen sind noch nicht infiziert von Sars-CoV-2. Die schlimmste Erkenntnis hinter den Zahlen: Je demokratischer eine Gesellschaft, desto anfälliger scheint sie für das Virus. Kann es sein, dass Regierende in der Demokratie glauben, den Regierten wirksame Maßnahmen gegen das Virus erst zumuten zu können, wenn die Wirklichkeit beweist, dass sie zu spät kommen? Und brauchen die Regierten in der Demokratie erst die Eskalation der Bedrohung, um zu spät das zu befolgen, was ihnen die Eskalation erspart hätte?

Als Pandemiebürger wünscht man sich, staatstragender und unkritischer zu sein, man möchte den Regierenden zugestehen, sich zu irren in der Pandemie, Fehler zu machen, sich zu korrigieren. Aber inzwischen ist es zu viel, was man verzeihen soll. Das Virus infiziert unsere Demokratie.

#### 1. Wir machen es Sars-CoV-2 zu leicht

»Viren«, so sagte der Molekularbiologe und Nobelpreisträger Joshua Lederberg, »sind unsere einzigen und wahren Rivalen um die Herrschaft auf diesem Planeten«.

Deshalb ist es ganz einfach: Wir müssen es dem Virus so schwer wie möglich machen, wir müssen schlauer sein, aber ein Teil der Menschheit macht es dem Virus zu einfach. So einfach, dass man daran zweifeln muss, ob jeder Mensch wirklich mehr Hirn hat als diese Kette von Genmaterial in Form eines gewickelten Stranges Ribonukleinsäure, die nicht mal ein richtiges Lebewesen ist.

Die Macht dieses Virus speist sich nur aus der Dummheit unserer Spezies, es braucht unsere Nachlässigkeit, um sich zu vermehren, es braucht unsere Mobilität und die Kontakte zwischen uns. Wenn wir unsere Mobilität und unsere Kontakte auf das Nötigste beschränken, reduzieren wir seine Verbreitung maximal. Aber: Der Mensch ist ein soziales Wesen, er braucht Mobilität und Kontakte, um sich als Mensch zu fühlen.

In zwölf Monaten hat das Virus mit dem sperrigen Namen Sars-CoV-2 nachweislich über 100 Millionen Menschen infiziert, wahrscheinlich sind es in Wirklichkeit 400 Millionen, über zwei Millionen Erdbewohner haben das nicht überlebt. Das Virus hat nahezu alle Länder der Erde infiziert, nicht nur deren Bewohner. Es greift die Gesundheit von Millionen Menschen an, ja, vor allem aber zwingt es Milliarden Menschen, anders zu leben, zu arbeiten, zu wirtschaften, zu reisen, zu lernen, zu lieben, zu sterben. Es »nützt jede Schwäche« warnt der bayerische Ministerpräsident, als könne es lernen wie ein Velociraptor in »Jurassic Park«. Es mutiert, als wolle es uns vor immer neue Probleme stellen. Kein Ding, kein Ereignis, keine Bewegung seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Welt so verändert wie dieses winzige, etwa 100 Nanometer große Ding.

# 2. Wir streiten um Zahlen - wie lächerlich

Zahlen sollen die Politik der Regierenden begründen, sie sollen die Maßnahmen nachvollziehbar machen, sie sollen soziale Akzeptanz absichern. Es scheint beruhigend, wenn man dieses unsichtbare, gefährliche, allgegenwärtige Ding in eine Zahl verwandeln kann. Zahlen sind für uns wie Frontberichte. Infizierte, Getestete, Erkrankte, Tote, Genesende; Tote pro 100.000 Einwohner, Tote im Verhältnis zu Getesteten, Zuwachs der Infizierten am Tag. Der morgendliche Blick auf das RKI-Dashboard ist für manche das, was für Aktienbesitzer der Blick in die Aktiencharts ist. Gehts uns heute gut oder gabs wieder 'ne Schlappe?

Die Infiziertenzahlen zum Jahreswechsel waren hoch, jetzt sinken sie; sie zeigen allerdings, wie angreifbar Zahlen in der Pandemie sind. Schätzungsweise wird nur jeder fünfte Infizierte erfasst.

Die Bundesregierung glaubt, wenn sie einen Grenzwert (bei der »Inzidenz«) festlegt, könne sie das Virus in die Schranken weisen. Die Inzidenz ist jetzt das, was während der ersten Welle im Frühjahr der Verdopplungsfaktor und die Reproduktionszahl waren, die Zahl, die bestimmt, was Regierende den Regierten an Entbehrungen glauben, zumuten zu können. Fünfzig Infizierte pro hunderttausend Einwohner, im Durchschnitt von sieben Tagen gemessen, galten deshalb lange als die Schwelle zur Gefahrenzone, ab da müsse der Staat mit Lockdowns, Schulschließungen, Ausgangssperren, Alkoholverboten und anderen Maßnahmen die Ausbreitung des Virus besonders streng bekämpfen. Am Mittwoch senkten die Bundesregierung und die Ministerpräsidenten den Grenzwert überraschend auf 35 Infizierte.

35 Infizierte pro Woche, argumentiert die Bundesregierung, so viel könnten die Mitarbeiter:innen eines Gesundheitsamtes im Blick haben, also deren Kontaktpersonen ermitteln, in Quarantäne schicken und so die Infektionsketten verfolgen. Hätten die Ämter mehr Personal und wären sie besser miteinander vernetzt, könnte der Alarmwert bei hundert oder mehr Infizierten liegen.

Doch auch, weil die Gesundheitsämter zwölf Monate nach Beginn der Pandemie immer noch unterbesetzt und logistisch unterentwickelt sind, fordern Wissenschaftler:innen inzwischen viel niedrige Alarmwerte:

staatliche Maßnahmen sollen die Inzidenz auf 25, 10 oder gar 7 Infizierte pro hunderttausend Einwohner absenken, was wahrscheinlich nur mit einem harten Lockdown zu erreichen wäre.

Nein, argumentieren andere Virologen und Virologinnen, im Winter sei eine dauerhafte Inzidenz von 50 nur sehr schwer zu erreichen, höhere Inzidenzen seien kein Problem, wenn man durch Maßnahmen zum Schutz älterer Bürger verhindere, dass aus Infizierten Schwerkranke und Tote würden.

Die Zahl, auf der die gesamte Pandemiepolitik beruht, ist umstritten, willkürlich und Folge von langjährigen und aktuellen Versäumnissen.

Unbestritten ist die Zahl der über 60.000 Deutschen, die an oder mit Covid-19 gestorben sind, allein im Dezember sind so viele Infizierte gestorben wie in den elf Monaten vorher. Die Fallsterblichkeit in Deutschland war zeitweise höher als im Virusparadies USA.

Was die Zahlen und die Virologen:innen nach zwölf Monaten Pandemie erstaunlicherweise nicht schlüssig beantworten: Wo infizieren sich die Deutschen vor allem? Welche Rolle spielen Kinder und Jugendliche in den Infektionsketten? Welche Maßnahmen reduzieren die Zahl der Infizierten besonders effektiv?

#### 3. Die Erfolge in der ersten Welle verursachen das Versagen in der zweiten Welle

Erst China, dann Italien und Europa, dann die USA, Brasilien , Russland , Indien , jetzt gleichzeitig überall in Europa, Südamerika und den USA, das Virus zieht um die Welt mit der Berechenbarkeit eines Algorithmus. Überall dort, wo es ihm leicht gemacht wird, sorgt es für Rekordzahlen. In Deutschland wurde es dem Virus, nach anfänglicher Unterschätzung, zunächst viel schwerer gemacht als in vielen anderen Ländern, durch Abstand und Hygiene, durch das Commitment vieler Deutschen, später auch durch Masken.

Der Erfolg im Frühjahr ist die Hauptursache für den Misserfolg im deutschen Winter. Regierende und Regierte glaubten, mit dem Virus spielen zu können, im Juli verkündete der Kanzleramtsminister, man habe »Corona im Griff«. Erst mal in den Urlaub fahren, sagten sich die Regierten, auch in Risikogebiete, und hinterher mal überlegen, wie man durch Tests verhindert, das Virus wieder einzuschleppen. Das Präventionsparadox täuschte Regierte und Regierende: Die einen begannen, sich eine neue Normalität zu erträumen, die anderen hörten auf, all das auf den Weg zu bringen, was ein Leben ohne zweite Welle ermöglicht hätte.

In den Monaten zwischen der ersten und der zweiten Welle waren Zahlen der Grund dafür, dass wir glaubten, das Virus im Griff zu haben. Weil die Zahl der Corona-Kranken in den Krankenhäusern und auf den Intensivstationen (in Deutschland) zurückging, stieg die Gewissheit, Sars-CoV-2 sei ein letztendlich beherrschbares, vor allem durch mediale Abrüstung zu erledigendes Virus. Der Fehler, den der Gesundheitsminister im Januar machte, als er Sars-CoV-2 mit der saisonalen Grippe verglich, wurde zum Grundfehler vieler relativierender Pandemiebetrachtungen.

Die Zahlen nach der ersten Welle gingen zurück und mit ihnen die Vorsicht und die Vorsorge. Versäumt wurde, das Land auf die zweite Welle logistisch und kommunikativ vorzubereiten. Offenbar hofften die Verantwortlichen wie im Februar, schon irgendwie verschont zu werden und durch lokale Maßnahmen durchzukommen. Unterlassen wurde u. a.: die Gesundheitsämter personell und technisch so auszustatten, dass sie auch bei 100 und 150 Infizierten pro hunderttausend Einwohnern die Infektionsketten verfolgen können; bundesweit das Tragen von FFP 2-Masken verpflichtend zu machen; die Testkapazitäten des Landes so aufzustocken, dass sie nicht so schnell an Grenzen kommen; entschlossener einen Schnelltest zur Erkennung der Infektion zu entwickeln; die Bewohner:innen von Alten- und Pflegeheimen besser zu schützen; aus der erfolgreichen Pandemiepolitik in Ländern wie Finnland , Taiwan , Südkorea , Japan oder Vietnam zu lernen; die Corona-Warn-App so auszustatten, dass sie mehr dem Gesundheitsschutz als dem Datenschutz dient; die Schulen durch digitale Bildungskonzepte und realistische Hygienekonzepte besser auf die Pandemie im kühlen Herbst und Winter vorzubereiten.

Im Duell mit dem Virus sind Krisenmanagement und Krisenkommunikation die beiden Felder, auf denen der Mensch seine Überlegenheit beweisen muss. Um die Infiziertenzahlen und die Zahl der Sterbefälle niedrig zu halten, müssen Management und Kommunikation sich ergänzen; Treiber der zweiten Welle waren das Klima, die Mobilität zwischen Ländern mit geringer und hoher Inzidenz und die Zunahme von Kontakten innerhalb der Länder. Zudem halfen wachsende Desinformation und aktiver Widerstand gegen Kontrollmaßnahmen dem Virus.

#### 4. Das Virus zersetzt unsere Gesellschaft

Die Regierungen reagieren mit Lockdowns, Appellen und Strafen, die Regierten mit Abstand, Masken und Gehorsam. Bisher sind Regierende und Regierte dem Eindringling epidemiologisch begegnet, haben sich an den Zahlen der Infizierten orientiert, darauf gesetzt, sie zu senken, haben darauf gehofft, dass niedrige Zahlen eine schnelle Rückkehr zum alten Leben ermöglichen.

Die ökonomische und soziale Sprengkraft des Virus wird von den Regierenden immer noch unterschätzt. Zwar haben sie mit enormen ökonomischen Hilfsprogrammen reagiert, aber immer mehr Menschen dämmert, dass kein Staat der Welt sie schützen kann vor der sozialen Wucht des Virus. Es hat in Deutschland Hunderttausende den Job gekostet und bis zu sechs Millionen in Kurzarbeit geschickt; es hat monatelang Kindern und Schülern den Zugang zu Kindergärten und Schulen versperrt. Es verödet die Innenstädte, schließt Hotels, Bars, Klubs, es ruiniert Airlines und Kaufhäuser, es treibt Künstlerinnen und Künstler, Ladenbesitzerinnen und Köche in die Verzweiflung. Es trennt Großeltern von Enkelkindern. Es beeinflusst, wie wir Sport treiben, Kultur konsumieren, unsere Kinder bilden; es entscheidet über die Schließung von Universitäten, über unsere Urlaube, unser Familienleben. Es fördert Nationalismus, Rassismus, Antisemitismus, die soziale Spaltung.

Das Virus infiziert nicht nur menschliche Körper, sondern noch mehr die menschliche Gesellschaft und das gesellschaftliche Bewusstsein. Solange sich das Virus verbreitet, fahren die Menschen selbst ihre gesellschaftlichen, vor allem wirtschaftlichen Aktivitäten zurück. Sie konsumieren und produzieren weniger, weil sie sich vor Ansteckung fürchten. Das Virus muss eingedämmt werden, bevor die Wirtschaft sich erholen kann. Den Widerspruch zwischen Gesundheits- und Wirtschaftsinteressen, von dem Lockdowngegner ausgehen, gibt es in Wahrheit nicht. In Ländern wie China, Neuseeland, Japan, in denen das Virus konsequent unter Kontrolle gebracht wurde, fiel der Abschwung der Wirtschaftsleistung geringer aus als in Ländern wie Brasilien, Mexico, Großbritannien und den USA, die zunächst nur zögerliche Lockdowns verhängten.

In den großen Krisen der Menschheit wird die Familie normalerweise zur Schicksalsgemeinschaft. Sars-CoV-2 aber, und das beschreibt die tückische Angst, die es in der Generation der Älteren auslöst, zerstört neben Lungen dieses Urvertrauen in die Familie: Um das Virus zu bekämpfen, muss der Mensch die Familien zerlegen in die Gefährder und die Gefährdeten, und er muss sie vorher voneinander isolieren, er muss sie trennen in Menschen, die zusammen Weihnachten feiern können, und in Menschen, die das nicht riskieren sollten.

## 5. Wir müssen das Virus sozial bezwingen

Wer Sars-CoV-2 immer noch sieht wie ein harmloses Grippevirus, unterschätzt die soziale Sprengkraft der Pandemie, verkennt die grundlegende Veränderung der Gesellschaft durch das Virus. Alle großen Fragen des gesellschaftlichen Miteinanders stellen sich neu: Wie viel Macht hat der Staat in der Demokratie, wie viel Rechte haben Bürgerinnen und Bürger, wie wird die Freiheit des Einzelnen beschränkt durch den Schutz für die vielen, in welchem Maße darf sich der Staat verschulden zulasten folgender Generationen, wie werden die finanziellen Lasten der Krisenintervention sozial verteilt, wie viel Markt verträgt das Gesundheitssystem?

All das sind Fragen, die nicht irgendwann in der Zukunft entschieden werden können. Die Antworten müssen in den nächsten Wochen und Monaten gefunden werden, sie haben darüber entschieden, wer der nächste US-Präsident ist, und werden darüber entscheiden, wer der nächste Bundeskanzler wird, welche Rolle die Europäische Union zukünftig spielt, welchen Einfluss China hat, ob Diktatoren an Macht verlieren.

Das Virus entfacht einen inneren Bürgerkrieg: Der besorgte Bürger in uns kämpft mit dem sorglosen Bürger – wie sehr schützen, wie sehr öffnen? Wer sich diesen inneren Streit nicht eingesteht und nach außen entweder als Propagandist für den radikalen Shutdown oder für die rücksichtslose Rückkehr zur Normalität auftritt, belügt sich. Diesen inneren Meinungsstreit zwischen Angst und Zuversicht, zwischen Verlust und Anpassung, zwischen Sehnsucht und Einsicht – diesen Streit trägt fast jede und jeder aus. Dieser Streit ist mal ein ruhiger Dialog, mal ein wüstes Geschrei; in den sozialen Medien tobt er als Endlosschleife mit immer denselben Argumenten und Zahlen, die einerseits die Gefahren beschwören, andererseits die Harmlosigkeit belegen. Auf der Straße erleben wir in Deutschland Aufmärsche von Leuten, die mit ideologischen Schrotflinten auf alles Mögliche losgehen. In den USA wird der Bürgerkrieg zunehmend mit Fäusten und Waffen ausgetragen.

# 6. Wir brauchen die Zweifler, um das Virus zu bekämpfen

Es war nicht damit zu rechnen, dass die weitreichenden Eingriffe in das Privatleben der Deutschen ohne Widerspruch bleiben, allerdings überrascht die Querfront von Menschen ganz unterschiedlicher Weltanschauungen und Motive. Sie reicht von linksliberalen Wortführern bis zu rechtsradikalen Propagandisten, von Hippies bis zu Reichsbürgern, von Esoterikern bis zu Trump-Bewunderern, von Nazis bis zu Anarchisten.

Quantitativ ist die Lage klar: Je nach Umfrage hält der überwiegende Teil der Deutschen die Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Virus für gerechtfertigt oder sogar für zu schwach. Allerdings gibt es eine Wirklichkeit jenseits der Umfragezahlen: Die Zahlen über die Mobilität der Deutschen im Lockdown belegen, dass sich nicht immer alle an das halten, was sie in Umfragen befürworten.

Vor allem in acht gesellschaftlichen Gruppen rühren sich Zweifel, notfalls auch Widerstand – und der wird nicht immer so prominent vernommen, wie der der früheren Eiskunstläuferin Katarina Witt, die jüngst auf Facebook schrieb, sie sei keine »Corona-Verleugnerin« oder »Lockdown-Gegnerin«, dennoch hadere sie mit einigen politischen Entscheidungen, die in der Pandemie getroffen wurden.

Nicht mehr alle Eltern sind gewillt, als Betreuer und Lehrer ihrer Kinder zu fungieren; viele Einzelhändler, Gastwirte, Künstler, Selbstständige wollen, zweitens, nicht ohnmächtig im Virusprekariat enden; was sich, drittens, in nächtlichem Vandalismus in Innenstädten oder illegalen Raves in Parks austobt, ist das jugendliche Grundrecht auf Begegnung und Entfaltung; wer sich, viertens, nicht als Untertan versteht, wehrt sich antiautoritär gegen staatliche Bevormundung; als Fußballfan will man, fünftens, in Stadien das gleiche Recht in Anspruch nehmen, das Demonstranten auf der Straße eingeräumt wird; wer grundlegende epidemiologische Widersprüche im Agieren von Regierenden entdeckt, wird, sechstens, zum Zweifler an staatlichen Übergriffen; dann sind da noch, siebtens, die Verschwörungsanhänger und Impfgegner, die jeder Obrigkeit per se eine Hidden Agenda unterstellen, die es zu bekämpfen gilt; und achtens gesellen sich an deren Seite natürlich Rechtspopulisten, Nazis und andere Systemgegner, die Zweifel instrumentalisieren, um staatliche Autorität und gesellschaftlichen Fortschritt zu unterminieren.

Wer auf Corona-Demonstrationen in Amsterdam, Berlin, London oder Paris reagiert, indem er die Protestierenden zu nützlichen Idioten von neonazistischen Drahtziehern macht, erleichtert den Nazis und Rechtspopulisten die Arbeit.

# 7. Ein neues Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten

Jede funktionierende Demokratie muss stark genug sein, um Zweifel und Widerstand solcher Art auszuhalten; jede Demokratie in Zeiten der Pandemie ist allerdings schwach und angreifbar. Sie kann nur funktionieren und die Pandemie beherrschen, wenn sich die Regierten wie Komplizen der Regierenden verhalten: Durch ihr Verhalten entscheiden sie, ob die Maßnahmen der Regierenden zur Beherrschung des Virus führen. Staatliches Handeln muss deshalb im Gegenzug mehr sein als das Verfügen, Anordnen, Strafen. Mehr noch als sonst müssen Regierungen informieren, überzeugen, werben.

Erst die Pandemiekommunikation begründet den Erfolg von Pandemiemaßnahmen, darum sind Regierende in der Politikvermittlung nun ganz anders gefordert. Mit Begriffen wie »Jahrhundertherausforderung« versucht die Kanzlerin die Deutschen zu alarmieren, erklärt ihnen die Berechnung des R-Faktors und die Details der 15-Kilometer-Regelung, aber was sie in 15 Jahren rhetorisch vermissen ließ, holt auch das Virus nicht aus ihr heraus.

Kontraproduktiver ist allerdings die von ihr, dem Gesundheitsminister und den Ministerpräsidenten immer wieder benutzte Beschwichtigungssprache, die sich kurz darauf selbst widerlegt: Das Virus bedroht nur Asien , Masken nicht nötig, Lockdown nur bis Weihnachten, Schulen bleiben offen, Einzelhandel wird nie wieder zugemacht, Impfstoff reicht – alles rhetorische Platzpatronen. Es gelang der Bundesregierung und den Ministerpräsidenten nicht, eine Strategie zu entwickeln, die nicht darauf wartet, bis die Infiziertenzahlen so hoch sind, dass nur noch ein Lockdown hilft.

In der Pandemie muss sich ein neues Verhältnis zwischen Regierenden und Regierten herausbilden, eine kommunizierende Demokratie, eine redaktionelle Gesellschaft, in der sich die Regierten als überzeugte und überzeugende Staatsbürger verstehen, die zu Machthabern werden. Durch ihr Verhalten entscheiden sie, ob die staatlichen Maßnahmen zur Kontaktreduzierung Erfolg haben. Im Frühjahr klappte das Zusammenspiel zwischen Regierenden und Regierten, warum klappt es jetzt im Winter nur schleppend?

Zum einen schadet der Vertrauensverlust durch die Pandemiekommunikation, zum anderen zermürbt die Leute der Eindruck, notwendige Pandemiemaßnahmen würden zögernd und halbherzig angegangen. FFP2-Masken und medizinische Masken wurden erst nach 10 Monaten verpflichtend, Schnelltests hätten schon früher zum Schutz von Pflegeheimen eingesetzt werden können, die Gefahr durch Reiserückkehrer wurde im Sommer und Herbst erst nach ihrer Rückkehr zum Thema, die Quarantäne von Kontaktpersonen wird immer noch nicht konsequent überprüft.

Wenn jeder Einzelne den Eindruck hat, die Umsetzung staatlicher Maßnahmen unterliege der Willkür jedes Einzelnen, greifen sie immer weniger. Diese Sozialpsychologie der Pandemie zeigte sich besonders im November im Lockdown light. Seither nimmt die öffentliche Schuldzuweisung der Regierenden gegenüber den Regierten zu, seither sinken die Zustimmungswerte zur Pandemiepolitik, seither wächst gleichermaßen die Kritik an zu viel und zu wenig staatlicher Konsequenz. Von dieser Abwärtsspirale in der Komplizenschaft zwischen Regierten und Agierenden profitiert Sars-CoV-2, und wenn eine Strategie wie »NoCovid« Erfolg haben soll, muss man zurück zum Miteinander wie im Frühling.

In der Pandemie kann der demokratische Diskurs pandemieverschärfend und lockdownverlängernd wirken, weil schon die Erörterung von Lockerungen staatlicher Maßnahmen zu Verhaltensänderungen der Regierten führt. Spricht das gegen den Diskurs? Nein.

#### 8. Das Virus verändert den Journalismus

Journalismus in der Pandemie hat eine Doppelaufgabe: über das Virus, seine Gefahren, seine Schäden aufzuklären, das ist die eine; über die Maßnahmen gegen das Virus, die medizinische Versorgung, das staatliche Handeln und die Folgen für Gesellschaft und Wirtschaft zu berichten, ist die andere.

Während der ersten Welle wurden viele Medien zu Organen des constructive journalism, sie sahen ihre Aufgabe darin, den Deutschen einen Crashkurs in Virologie und Seuchenkunde zu bieten. Besonders die öffentlichen-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsender machten sich mit der guten Sache der Pandemieabwehr gemein, Talkshows wurden zu Virologenshows, Wissenschaftler:innen vertrieben Politiker:innen. Wissenschaftsjournalist:innen füllten auch die Zeitungen und Newssites.

Im Sommer wurden in den klassischen Medien die Stimmen lauter, die auf Lockerungen drängten. Es geht in der Pandemie um zwei Argumentationsketten: Wenn man das Virus für eine Bedrohung unserer Gesundheit, unserer Wirtschaft, unserer Gesellschaft hält, sollte man Abstand halten, Masken tragen und die Risikogruppen schützen. Wenn man das Virus für ein harmloses Ding hält, zu vernachlässigen wie das jährliche Grippevirus, sollte man Abstand halten, Masken tragen, die Risikogruppen schützen – um denen, die das Virus für eine ernste Gefahr halten, keine Argumente und Infiziertenzahlen zu liefern für Maßnahmen, die individuelle Freiheiten weiter einschränken. Es war noch nie so einfach, dasselbe zu tun, obwohl man anderer Meinung ist. Es war noch nie so einfach, vernünftig zu sein.

Es ringen aber in der Öffentlichkeit zwei Argumentationsketten miteinander: Weil die Regierenden mit ihren Maßnahmen zu drastisch reagiert haben, so läuft die Argumentation der Regierungskritiker, sind sie verantwortlich für die ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie; sie haben das Virus in seiner Gefährlichkeit überschätzt und deshalb die Schäden des Virus vergrößert, statt sie einzudämmen. Weil die meisten Regierungen es dem Virus in vielen Ländern so schwer wie möglich gemacht haben, halten die anderen Journalist:innen dagegen, haben wir nicht Millionen Tote und nicht weltweit 500 Millionen Infizierte mit all den Spätfolgen der Pandemie.

Demokratie in der Pandemie braucht den prüfenden Blick auf die Regierenden, braucht die öffentliche Kontrolle der massiven Grundrechtseinschränkungen; Demokratie in der Pandemie braucht allerdings auch die verlässliche Information, braucht die Auseinandersetzung mit Fake News, die Angst und Unsicherheit schüren.

Klassische Medien haben sich in der Pandemie eher als Verstärker der Wissenschaftler:innen (und der Regierenden) profiliert, in sozialen Medien wurde das gern als »Angstjournalismus« abgetan. Geholfen hat den sozialen Medien, dass klassische Medien Virolog:innen als Streithähne inszeniert haben, und dass einige Virolog:innen inzwischen Gefallen daran gefunden haben, sich inszenieren zu lassen.

Wer sich lang genug in den sozialen Medien von Studie zu Studie, von Video zu Video schwingt, kann sich mühelos verirren im Labyrinth der Desinformation. Wer allerdings auf den richtigen Kanälen unterwegs ist, kann sich gründlicher informieren als in den klassischen Medien.

Verallgemeinerung im Urteil über Medien ist immer angreifbar, und doch kann man festhalten, dass zwischen der ersten und der zweiten Welle viele Journalist:innen dem Trugschluss der Zahlen unterlagen: Alles im Griff, lockern, Pandemie vorbei. Aus dem Blick gerieten (wie den Regierenden) die Erfahrungen in Asien, der Schutz der Pflegeheime, die Ausweitung der Tests; bizarr war der pandemische Opportunismus derjenigen Journalist:innen, die im Sommer den Regierenden vorwarfen, zu zögerlich zu lockern, um ihnen im Winter vorzuhalten, sie hätten die Vorbereitung auf die zweite Welle verschlafen.

# 9. Wir haben die Wahl zwischen Virukratie oder Virokratie

Im Umgang mit der Pandemie haben sich zwei Staatsformen etabliert: Virukratie und Virokratie. In der Virokratie, also dort, wo die Regierungen das Virus medizinisch weitgehend unter Kontrolle bekommen haben, folgten sie dem Rat von Virologen, testeten viel, verordneten sozialen Abstand, kontrollierten die Reisenden, schickten Leute konsequent in Quarantäne. Das sind Länder wie Taiwan, Neuseeland, Vietnam . Finnland .

In den Virukratien – vor allem in Brasilien und den USA – wird es dem Virus zu leicht gemacht, wird zu wenig getestet und zu spät auf das Tragen von Masken gesetzt. Vor allem aber wurde der Rat von Virologen ignoriert und das Virus politisiert und ideologisiert – einen größeren Gefallen kann man ihm nicht tun. In den USA wurde selbst das Tragen von Masken zum Politikum, für Anhänger der Republikaner wurden Masken zu einem Symbol wie Hammer und Sichel.

Wer die Kurve der Infiziertenzahlen von Europa, den USA und Asien nebeneinanderlegt, sieht staunend, wie unterschiedlich die globalisierte Welt auf den Eindringling aus dem Universum der Viren reagiert. Die USA durchlebten drei Wellen, mit Peaks im April (täglich 97 Infizierte pro Million Einwohner), im Juli (täglich 202 Infizierte) und im Januar 2021 (täglich 750 Infizierte). In Asien bleiben die Infiziertenzahlen in

den zwölf Monaten der Pandemie konstant zwischen 2,5 täglich Infizierten pro Million Einwohner (April), 14 Infizierten (Juli) und 18 täglich Infizierten (Januar).

In Europa gab es in der ersten Welle Virukratien und Virokratien, vor und in der zweiten Welle wurde der Rat von Virologen allerdings beiseitegeschoben, das Virus triumphierte. Im April wurden durchschnittlich pro Tag pro Million Einwohner 40 Infizierte ermittelt, im Juli letzten Jahren 15 Infizierte, aber in diesem Januar zwischen 250 und 330 Infizierte pro Million Einwohner. In Deutschland waren die Zahlen der Infizierten niedriger als im Durchschnitt der europäischen Länder.

So gut Deutschland durch die erste Welle und den Sommer kam, so dramatisch einfach machte es das Land dem Virus im Herbst und Winter. Die Zahl der täglich an und mit Covid-19 Verstorbenen verdreifachte sich von 2,6 im April (pro Million Einwohner) auf täglich bis zu 10 Tote (pro Million Einwohner) im Januar. Zum Vergleich: In den USA stieg die tägliche Zahl der Toten (pro Million Einwohner) von 6,7 (April) auf 9,5 (Januar); im Januar starben täglich an oder mit Covid-19 in Europa 6,8 Infizierte, in der Welt 1,7 Infizierte, in Afrika 0,5, in Asien 0,25.

»Das Ding ist uns entglitten«, räumt die Kanzlerin inzwischen ein. Warum? Wie? Die Regierenden würden in ihrer Ratlosigkeit gern auf Virologen hören, aber sie wissen nicht mehr, auf welche.

In der Frühjahrswelle der Pandemie hatte sich so etwas wie Herdenmentalität etabliert. Die überforderte Regierung hörte auf den Rat der gesammelten Virologen. Und die Bürger hörten auf die Regierung. Die Bilder der Ohnmacht aus Italien hatten Regierung und Bürger so eingeschüchtert, dass man für einige Zeit das Gefühl hatte, eine wissenschaftsgläubige Regierung und ein regierungsgläubiges Volk würden dem Virus vorbildlich trotzen. Zudem bestätigte der schon fast unheimliche Gleichklang vieler Regierungen weltweit, dass ein Lockdown richtig sein musste.

Diese Dreieinigkeit zwischen Politik, Wissenschaft und Volk funktionierte, weil die Botschaften der Wissenschaft einheitlich und beängstigend genug waren. Als Wissenschaftler dann das taten, was Wissenschaftler nun mal machen müssen, neue Erkenntnisse zu suchen, sich zu widersprechen und sich zu korrigieren, verloren die Regierenden ihre Kronzeugen und zu viele Bürger das Vertrauen.

Inzwischen haben sich vier Virologenfraktionen etabliert, die entweder vehement eine Inzidenz von null, von 25, von 50 oder von über 100 als richtig propagieren. Und jede Virologenfraktion versteht es inzwischen, in Medien für die Politiker zu werben, die ihnen vertrauen. Und das bedeutet für die Regierten: Sie können sich aussuchen, wem sie misstrauen.

# 10. Das Virus spiegelt die Lücken unserer Intelligenz

Niemals zuvor war die Menge an Datenmaterial in den Anfängen einer Pandemie so schnell so groß. Und noch nie wurde so schnell ein Impfstoff entwickelt, der ein Virus im Kampf um die Herrschaft auf dem Planeten in die Schranken weist. Das Wissen über Sars-CoV-2, das in so kurzer Zeit weltumspannend zusammengetragen wurde, zeugt von der überlegenen Lernfähigkeit der menschlichen Spezies. Tausende Virologen, Epidemiologen und Ärzte aus über hundert Ländern tragen seit Monaten jeden Tag zusammen, was das Virus anrichtet und wie es bekämpft werden kann. Woche für Woche wächst das Wissen, schnell entwickelte Impfstoffe können in diesem Jahr helfen, die weitere Ausbreitung und Erkrankungen zu verlangsamen.

RNA-Impfstoffe wie die von Biontech und Moderna sind eine relativ neue Erfindung der Biotechnologie. Die grundsätzliche Funktionsweise basiert darauf, einen Teil des genetischen Bauplans des Virus in den Körper einzuschleusen. Körpereigene Zellen stellen daraufhin ein Virusprotein her. Das Immunsystem wird zur Bildung von Antikörpern gegen dieses Protein und damit gegen das Virus angeregt. Schlau!

Es ist ein Wettrennen gegen das Virus. Ein Impfstoff ist eine Art Hütchenspielertrick: Er gaukelt dem Körper etwas vor, was nicht da ist und lässt ihn glauben, er sei mit einem gefährlichen Erreger infiziert. Gelingt der Trick, bildet das Immunsystem Antikörper und T-Zellen zur Virenabwehr. Dadurch wird das sogenannte Immungedächtnis aufgebaut. Trifft der echte Erreger später tatsächlich auf den Menschen, kann sein spezifisches Immunsystem umgehend reagieren und die Erkrankung abwehren.

Der Impfstoff von Biontech enthält ausgewählte Gene des Virus in Form von mRNA. Diese sollen nach der Injektion im Körper die Bildung von ungefährlichen Virusproteinen hervorrufen, die dann wie bei einem konventionellen Impfstoff den Aufbau des Immunschutzes bewirken. Die RNA-Technik gilt in der Forschung als besonders interessant, weil sie eine schnelle Entwicklung von Impfstoffen und einen schnellen Aufbau von Produktionskapazitäten verspricht.

Es sieht so aus, als würde uns diesmal die Klugheit der Wissenschaftler retten : Die Impfstoffe können uns den medizinischen Schutz geben, den wir durch unser soziales Verhalten, durch Ignoranz, Dummheit und Egoismus nicht erreichen konnten.

Das Problem: Länder wie Deutschland werden länger brauchen, die Mittel zu verimpfen, als die Forscher brauchten, sie zu entwickeln. Was hierzulande und in der EU schieflief, ist inzwischen halbwegs bekannt, offenbar glaubten die Regierenden nicht so recht an das Erfindungstempo der wissenschaftlichen Intelligenz.

Auch in dieser Beziehung spiegelt Sars-CoV-2 die Lücken unserer Intelligenz und unserer Gesellschaft. Das beeindruckt uns so sehr, dass wir dem Ding ohne Hirn so etwas wie Intelligenz andichten. Je länger der »Rivale« (Lederberg) uns zusetzt, desto mehr vermenschlichen und mystifizieren wir das Virus, es wolle sich »rächen«, es nutze jede »menschliche Schwäche«, die jüngsten Mutationen seien der Beleg dafür, dass es »unsere Abwehrmaßnahmen« umgehen wolle – so reden Politiker über das Virus.

Die Nervosität, die es auslöst, führt Virologen dazu, untereinander schärfer zu werden: Christian Drosten bedauert, dass sich »der Ton zwischen den Wissenschaftlern polemisiert«. Seine Kollegin Melanie Brinkmann, wie er im Beraterkreis der Bundesregierung, kritisiert, dass »einige aus der Politik zuerst mal sehen wollen, ob es wirklich so schlimm kommt wie vorhergesagt«, aber »die Pandemie rast«, die britische Mutante B.1.1.7 sei wie ein »Raketenantrieb« für das Virus, es drohten »eine Tausender-Inzidenz« und »180.000 Tote« bei den unter 60-Jährigen bis zum Frühjahr 2021.

Brinkmann und Drosten gehören zu einem Kreis von Wissenschaftlern, die Europas Regierende auffordern, das Virus mit synchronisierten Maßnahmen endlich grenzüberschreitend zu bekämpfen, weil sich im bisherigen Verlauf gezeigt hat, dass Pendler und Reisende die Infektionszahlen immer wieder wechselseitig in die Höhe treiben. Besonders die britische Mutante B.1.1.7 des Virus macht sich gerade in Europa breit und verunsichert die Regierenden und Virologen der Länder, weil sie deutlich ansteckender ist als das bisherige Virus.

Schon mehr als zwanzig Prozent der Infektionen in Deutschland verursacht das mutierte Virus nach Angaben von Gesundheitsminister Spahn , es verdoppelt von Woche zu Woche seinen Anteil, 13 Bundesländer sind derzeit betroffen. Jedes Land befindet sich nun im Wettlauf zwischen englischer, südafrikanischer, brasilianischer Mutation und dem möglichst schnellen Impfschutz; umso ärgerlicher, dass die EU versäumt hat, Entwicklung, Produktion und Distribution der neuen Impfstoffe so zu synchronisieren, dass Europa schneller impfen kann.

# 11. Die Gesellschaft braucht eine größere Resilienz gegen Viren

Wir wissen, dass Viren die Erde länger bevölkern als wir, und dass sie uns brauchen wie Mietnomaden unvorsichtige Hausbesitzer brauchen. Dass wir es ihnen durch unsere Lebensweise leichter machen als noch vor fünfzig Jahren. Wir dringen in die Welt der Viren ein, nicht sie in unsere. In der Welt, in der wir leben, wird dieser Mietnomade nicht der letzte gewesen sein, der uns besucht.

Die Menschheit hat sich zwischen Sars-1 im Jahr 2002 und Sars-CoV-2 als unfähig erwiesen, sich auf Attacken von Viren aus dem Tierreich genügend vorzubereiten und sich vor Pandemien ausreichend zu schützen. Virologinnen und Epidemiologen weltweit ist seit Langem klar, dass Viren auf den Menschen überspringen und dass sie potenziell gefährlich sind. Auf rund 700.000 wird die Zahl der Säugetier- und Vogelviren geschätzt, die auf den Menschen überspringen könnten. 260 von ihnen ist es bereits gelungen – nicht nur Polio, Aids, Dengue, Masern, Ebola , Sars, Vogelgrippe H5N1 zeugen davon. Es gelingt den Experten und Expertinnen aber nicht, die Aufmerksamkeit zu erreichen, die sie bräuchten – wenn nicht gerade ein Virus über 2 Millionen Menschen tötet.

Warum versagt der Mensch dabei, sich zu schützen vor dem, was kommen wird? Dass die Regierenden der Welt Studien und Warnungen vor den Gefahren einer drohenden Pandemie über Jahre ignoriert haben, gehört zu den Dingen, die man nicht verzeihen kann. Wie in der Klimakrise und der Migrationskrise zeigen sich Politiker unfähig, offensichtlichen, grundlegenden Fehlentwicklungen und Risiken mit nachhaltigem Handeln zu begegnen.

Ein typischer Hollywood-Katastrophenfilm beginnt stets mit einem Experten, auf den niemand hört. Im richtigen Leben heißen diese Experten zum Beispiel Yi Fan und Kai Zhao – sie und weitere Kollegen haben noch im Frühjahr 2019 vor Coronaviren aus Fledermäusen gewarnt. Sie arbeiten beim Robert Koch-Institut oder der WHO, sie entwerfen Planspiele an der Johns-Hopkins-Universität. Sie alle haben detailliert gewarnt vor einer Pandemie und ihren Folgen. Jahr für Jahr.

Es gibt einen Promi unter den Mahnern. Er ist kein Arzt oder Geheimdienstchef, aber er ist superreich: Bill Gates . Der Microsoft-Gründer gilt als zweitreichster Mensch der Welt, er redet verständlich, macht Dinge begreifbar.

Die jüngste Gates-Warnung, kurz vor Ausbruch der tatsächlichen Pandemie, stammt aus dem Oktober 2019. Mit der Johns-Hopkins-Universität und dem Weltwirtschaftsforum hatte die Bill & Melinda Gates Stiftung »Event 201« durchgespielt: Ein fiktives Coronavirus bricht in Südamerika aus und zieht um die Welt. Ziel der Übung: die Einsatzbereitschaft von Behörden und privaten Organisationen im Falle einer

weltweiten Epidemie zu verbessern. Jetzt, angesichts der realen Pandemie, sagt Gates, er fühle sich schrecklich. Seine frühen Warnungen: verpufft, ungehört. Er hätte mit mehr Nachdruck reden sollen.

Und nun? Hat die Menschheit in rasender Geschwindigkeit versucht, in Laboren rund um den Erdball so schnell schlau zu werden, um das Schlimmste zu verhindern. Geglückt! Die Erfindung der Impfstoffe ist eine große Leistung der menschlichen Spezies und gleichzeitig eine Gefahr. Sie könnten dazu führen, dass die Menschheit wieder nachlässt darin, ihre Gesellschaften resistenter zu machen gegen Pandemien aus dem Tierreich.

Das Virus zu besiegen, das wird nur gelingen, wenn es unser Denken verändert: Über 7 Milliarden Menschen zu impfen, das verlangt von der Menschheit eine logistische und ethische Anstrengung jenseits von Egoismus und Nationalismus und setzt die Einsicht voraus, dass die Einwohner jedes Landes erst sicher sind vor dem Eindringling, wenn die Bewohner aller Länder sicher sind. Das Gezeter am Beginn der Impfkampagne lässt Böses erwarten.

Ein Corona-konformes Leben braucht eine Gesellschaft, die das Leben ebenso schützt wie die Gesellschaftlichkeit des Menschen, also das, was ihn zum Menschen macht. Der Mensch begegnet sich bei der Arbeit, im öffentlichen Raum, beim Einkaufen, im Verkehr, in Schule und Hochschule, beim Sport, in der Kultur im Restaurant und in der Wohnung – und überall wartet das Virus auf ihn. Ohne zu wissen, wo und wie das Virus besonders leicht von Mensch zu Mensch springen kann, haben wir unsere Gesellschaftlichkeit Stück für Stück aufgegeben. Zum Leidwesen der Millionen Arbeitnehmer:innen und ihrer Arbeitgeber:innen im deutschen Einzelhandel, in der Gastronomie und der Reisebranche. Wir brauchen zukünftig dieses Infektionswissen, um möglichst human und virenresistent zu leben.

Im Kampf gegen das Virus hilft, das zeigt der Verlauf der Pandemie in Asien, das Commitment der Regierten, die Einsicht, dass persönliche Freiheit entschlossen aufgegeben wird zugunsten einer schnellen Rückkehr zum normalen Leben. Dazu braucht es Bürger, die so informiert sind, dass sie sich in der Abwehr einer Pandemie solidarisch verhalten und so dem Virus keine Chance geben.

Besser, wir lernen aus dieser Pandemie und sehen sie als Generalprobe: Die Menschheit braucht genügend Schutz, Medikamente und Personal, sie braucht Gesundheitssysteme, die in kurzer Zeit mit Millionen Infizierten umgehen können. Sie braucht Politiker, die Warnungen und Studien von Wissenschaftlern in nachhaltiges Handeln transformieren.

Die Gesundheitsämter in Deutschland müssen personell und technisch so ausgerüstet werden, dass sie die Pandemiepläne umsetzen können; mit einem Bundesgesundheitsamt und nicht nur über 400 kommunalen Gesundheitsämtern. Tracking und Tracing durch eine funktionierende App, durch kontrollierte Quarantäne, ein Gesundheitswesen mit einer belastungsfähigen Intensivmedizin, ein Bildungssystem mit integriertem Digitalunterricht, einen Kulturbetrieb, der notfalls auch ohne Präsenzveranstaltungen überlebensfähig ist – all das steigert die Resilienz der Gesellschaft gegen Viren, die uns zukünftig heimsuchen.

Wie sagte der Nobelpreisträger und Molekularbiologe Joshua Lederberg? »Viren sind unsere einzigen und wahren Rivalen um die Herrschaft auf diesem Planeten«.

Anmerkung der Redaktion: In einer früheren Version des Artikels war von einem Inzidenzwert von 35 Infizierten je 100.000 Einwohner pro Tage die Rede. Die Inzidenz wird aber für die Woche angegeben. Wir haben den Fehler korrigiert.

dpa

picture alliance/dpa/Xinhua

imago images/Sämmer

2020 Getty Images

picture alliance/dpa/AFP-POOL

DER SPIEGEL

2020 Clara Margais

2018 Getty Images

picture alliance / SULUPRESS.DE

imago images/Future Image

# NDR/Wolfgang Borrs

Dashboard mit den täglichen Zahlen auf der Website des Robert Koch-Instituts (RKI)

Hendrik Streeck, Virologe an der Uniklinik Bonn

Microsoft-Gründer und Pandemiewarner Bill Gates. Seine frühen Warnungen: verpufft, ungehört. Er hätte mit mehr Nachdruck reden sollen.

Biontech-Gründer Uğur Şahin und Özlem Türeci: Es sieht so aus, als würde uns diesmal die Klugheit der Wissenschaftler retten

Graffiti mit dem ehemaligen US-Präsidenten Donald Trump, der Corona lange verharmlost und die Folgen vertuscht hat: In den USA wird der Bürgerkrieg zunehmend mit Fäusten und Waffen ausgetragen

Bundeskanzlerin Angela Merkel beim virtuellen Bürgerdialog: Kontraproduktiv ist die von ihr, dem Gesundheitsminister und den Ministerpräsidenten benutzte Beschwichtigungssprache

Virologe Drosten: beklagt den polemischen Ton unter Wissenschaftlern

Strand auf Mallorca im Sommer 2020: Erst mal in den Urlaub fahren, sagten sich die Regierten, auch in Risikogebiete, und hinterher mal überlegen

Sportlerin Katarina Witt: Hadern mit der Politik als Korrektiv, um Nazis die Arbeit nicht zu erleichtern

Anti-Corona-Maßnahmen-Demo der Bewegung »Querdenken 711« aus Stuttgart in Berlin am 29. August 2020

Grafik Pandemie Schnibben

Menschenandrang auf den Skipisten im polnischen Karpacz, einen Tag vor dem harten Lockdown am 27. Dezember 2020

Talksendung von Anne Will: Virologenshows, in denen Wissenschaftler:innen die Politiker:innen vertrieben

- NS gpol: Domestic Politics | gout: Outbreaks/Epidemics | gsars: Novel Coronaviruses | gcat: Political/General News | gcold: Respiratory Tract Diseases | ghea: Health | gmed: Medical Conditions | gpir: Politics/International Relations | gspox: Infectious Diseases
- RE gfr : Germany | usa : United States | dach : DACH Countries | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
- IPD Psychologie
- PUB Spiegel-Verlag Rudolph Augstein GmbH
- AN 文件 SPIPLU0020210218eh2i00005



HD Deutsche Angst; Das bequeme Weltgewissen

WC 1,718 字

PD 2021年5月16日

SN WELT online

SC WELTON

LA 德文

CY Copyright 2021 Axel Springer SE

LP

Atomkrieg, Waldsterben, Finanz- und Klimakrise, die Corona-Pandemie: Wohl nirgends wird der Weltuntergang leidenschaftlicher herbeigeredet als in Deutschland. Doch warum ist das so? Eine Spurensuche von Heidegger bis Fridays for Future.

Für das Jahr 1975 hatten die Zeugen Jehovas "das Ende des Systems der Dinge" vorausgesagt. In ihren Kongressreden, Broschüren und der monatlich erscheinenden Zeitschrift "Der Wachtturm" fand sich immer häufiger die Warnung "Es ist später, als du denkst".

TD

Zusätzlich wurde eine Zeittabelle veröffentlicht, die Adams Geburt auf das Jahr 4026 v. Chr. terminierte und das "Ende der Alten Welt" (oder die "Endschlacht von Harmagedon") auf 1975 festlegte, genauer noch: auf den Herbst.

Es starben dann der spanische Diktator Franco und sein System, sonst passierte eher wenig. Was die Endzeitsekte freilich nicht anfocht, sodass deren Mitglieder bis heute (wenn auch nicht im Lockdown) ihrem Lied "Von Haus zu Haus, von Tür zu Tür" folgen, um den Öffnenden mit wissendem Lächeln zu verkünden: "Das Ende ist nah."

Wenig spektakulär verlief auch der ausgefallene Weltuntergang vom 21. bis 23. Dezember 2012. Immerhin hatte es zuvor selbst innerhalb der Esoterikszene Streit darüber gegeben, ob ein Maya-Kalender aus dem 9. Jahrhundert tatsächlich auf so präzis apokalyptische Weise zu lesen sei.

Auch das von einigen Adventisten als Weltende erhoffte Jahr 2000 - der heidnische Papst besucht Israel, der wahre Gott lässt sich die falsche Heiligung des Sonntags nicht länger bieten und deshalb ... - ist ohne jeglichen kosmischen Eingriff geblieben.

Der Spott über den Furor solch religiöser Erwartungen, die sich vom permanenten Nicht-Eintreffen der eigenen Prophezeiungen kaum je verdrießen lassen, hat allerdings seit jeher selbst die Schlagseite des Bräsig-Selbstgerechten. Quasi ein banal und falsch paraphrasierter Sartre: Die die Hölle erwarten, das sind stets die anderen.

Doch ist das wirklich so? Hatte nicht jeder, der in den Siebzigerjahren im Westen etwas auf sich hielt, die denkbar verkürzt zitierten Untersuchungen des Club of Rome parat, nach denen mit den "Grenzen des Wachstums" auch bald das Ende der Menschheit kommen könnte? Wurde Rudolf Bahros Kokettieren mit einer "Öko-Diktatur", die als Ultima Ratio das Ende der Menschheit verhindern würde, nicht als "provokanter Debattenbeitrag" gelabelt?

Haben säkulare Wanderprediger vom Schlage eines Giorgio Agamben, Slavoj Zizek, Emmanuel Todd oder Michel Onfray, medien-affine Nachfolger der spätmittelalterlichen Eschatologen und des rabiaten Buß-Rhetorikers Savonarola, nicht in Folge der internationalen Finanzkrise 2008 sogleich den Untergang des Kapitalismus und des liberalen Westens verkündet?

Und wurde von jenen Herren (eine zünftige Apokalypse scheint übrigens eine ewige Männerfantasie zu sein) nicht flugs die gleiche Botschaft ausgesandt, sobald Anfang des vergangenen Jahres die Corona-Pandemie begonnen hatte? So offensichtlich wie simpel: keine Krise ohne dräuend kommentierende Gewinnler.

Wobei in Nachkriegsdeutschland, dem der Literaturkritiker Friedrich Sieburg bereits 1954 in seinem gleichnamigen Buch eine "Lust am Untergang" bescheinigt hatte, noch etwas hinzukommt. "Atomarer Holocaust", "le Waldsterben" und "German Angst", ganz zu schweigen von der geradezu pathologisch

exzessiven Verwendung der Vokabel "Chaos" in gefühlt jedem zweiten Nachrichtenbeitrag (Schneechaos, Hitzechaos, Flüchtlingschaos, Impfchaos etc. pp). Man muss kein Tiefenpsychologe sein, um die Gründe zu erahnen.

Vor zwei Jahren wagte der Historiker Frank Biess in seinem Buch "Republik der Angst" die Frage, ob das permanente Sich-Fürchten womöglich nicht auch damit zusammenhänge, dass ein kollektiv Unterbewusstes niemals damit fertig geworden sei, dass ein singuläres Menschheitsverbrechen ohne wirkliche Strafe geblieben ist.

Da ja nicht wenige der putzmunteren Bewohner der "Wir-sind-wieder-wer"-BRD (aber auch der "Bau-auf-Freie-Deutsche-Jugend-bau-auf"-DDR) einst Täter und Mitläufer bei einem ganz realen Untergang gewesen sind: der nahezu völligen Vernichtung des europäischen Judentums.

Folglich wurde dann ein eigener Opferstatus herbei deliriert, so etwa in jener in den Achtzigerjahren beliebten Formel von "Deutschland als potenziell erstem Opfer einer atomaren Auseinandersetzung". Die Konsequenz: ein moralistisch camouflierter Nihilismus à la "Lieber rot als tot".

Wobei die Rede vom Untergang, der jedes Mal angeblich just bevorsteht, geradezu zwangsläufig apolitisch ist. Um ihrem Konstrukt einer "Schicksalsgemeinschaft" Kohärenz verleihen, ist sie nämlich dazu verurteilt, zu homogenisieren und sich dabei keinen Deut um innere gesellschaftliche Brüche und sonstige Feindifferenzierung zu scheren.

Wie so etwas literarisch funktioniert (und um welchen Preis), zeigen etwa Christa Wolfs einst vielgelesene Bücher. Sind wir nicht alle Kassandra, auf die "jene da oben" nicht hören, stößt uns das Übel der Technikgläubigkeit nicht unterschiedslos alle in den Abgrund?

Was ihr, der bei allem Talent zur raunenden Suggestion doch gedanklich eher schlichten SED-Genossin, dabei vermutlich gar nicht klar war: Eine solcherart sich als Weltgewissen gerierende Attitüde entsprang deutscher Scholle, in durchaus irritierender Nachbarschaft zu Heideggers "Denker-Hütte".

Denn war Jahrzehnte zuvor nicht bereits dort äußerst elaboriert über moderne Technik als "Gestell" philosophiert worden, als eine Art metaphysisches Verhängnis - und all dies, um noch wortreicher schweigen zu können über die eigene intellektuelle Verstrickung und jenes Menschheitsverbrechen, das ja nicht etwa von "der" Technik, sondern von deutschen Parteigenossen und Ingenieuren ins Werk gesetzt worden war?

Im Vergleich dazu machte es Christa Wolfs Untergangsfantasie mehr als nur eine Nummer kleiner, das Prinzip blieb freilich das Gleiche: Eine bigotte Abstrahierung vom Politischen und konkreter Verantwortlichkeit, dafür auch hier ein quasi wilhelminisches "Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur Deutsche" (Opfer).

Die Kassandra im gleichnamigen Buch warnt und barmt, sinniert seitenlang über "männlichen Machbarkeitswahn", während der Schriftstellerin in den Gegenwartspassagen der fundamentale Unterschied zwischen westlichen Debattendemokratien und östlichen Parteidiktaturen, in denen Pazifisten, Kriegsdienstverweigerer und friedensbewegte Pfarrer entweder im Gefängnis landen oder in geheimdienstlichen "Operativ-Vorgängen" psychisch "zersetzt" werden, noch nicht einmal einen Nebensatz wert ist.

Nicht anders dann im 1987 veröffentlichten "Störfall": Die Reaktorkatastrophe von Tschernobyl erschien hier nicht etwa als Menetekel für ein ökonomisch und moralisch vollkommen marodes System institutionalisierter Geheimniskrämerei, ergo Lüge, sondern wiederum als ebenso vages wie umfassendes Symbol "unser aller Technikgläubigkeit".

Die Anklage, auch das wohl typisch für das Genre, irrlichtert zwischen Seelenschau und Weltverdammung - mit genügend Platz für alle möglichen tatsächlichen Täter und Potentaten, um unterzutauchen, unsichtbar zu werden im hochfahrend-folgenlosen "Wir alle"-Sermon.

Wer will, kann solches sogar noch bei den Fridays-for-Future-Demonstrationen nachwirken sehen, wo man inmitten der überaus gerechtfertigten Warnungen vor einem "Weiter so" oftmals erneut die entscheidende politische Klimadifferenz zwischen dem Westen und repressiven Staaten wie China oder Russland für vollkommen vernachlässigenswert hält: Alles Umweltschweine, oder?

Freilich gilt auch hier: Nichts wirklich Neues unter der Sonne. Schwelgte doch bereits die Apokalypse des Johannes, quasi die Matrix aller folgenden Untergangsvisionen, in einem geradezu wagnerianischen Rausch; Donner und Tiere und Könige und Posaunen und trunkene Huren, all das hektisch vorgetragen in einer Art rhetorischer Diarrhoe. Nur die bei alldem vielleicht nicht ganz unwesentliche Frage, weshalb denn die Welt mit derartigem Aplomb untergehen sollte, blieb unbeantwortet.

Wie präzis argumentierten dagegen die Propheten jener Bibelbücher, die von distinktionseifrigen Christen als "Altes Testament" bezeichnet werden! Von Jesaja über Jeremia bis Hosea oder Amos - wie furchtlos werden da Ross und Reiter genannt, die Gründe für den Niedergang von Stadt und Land aufgezählt: strukturelle Unterdrückung der Armen, seelische Kälte gegenüber den Witwen und Waisen, Herrschaft von Gier und Unrecht. Die Gottesferne - manifest geworden in der arroganten Vernachlässigung irdischer Gerechtigkeit.

Wenn man so will, hier sprachen und warnten die ersten kritischen Intellektuellen der Geschichte, furchtlos vor den Mächtigen - und Tausende von Jahren "vor uns" bereits sehr wohl in der Lage, das diffizile Geflecht von persönlicher Rechenschaftspflicht und den sogenannten Strukturen ohne jegliche Vernebelung klar zu analysieren.

Und sie haben - hier mag das Pathos einmal erlaubt sein - seither nicht zu knapp Nachfolger gefunden, die in ihrer schonungslosen Zeitkritik dann oftmals ein noch größeres Risiko eingegangen sind. Da die Antwort auf das Verwaschene und bei aller dräuenden Dramatik nicht selten skurril Possierliche der gängigen Untergangsszenarien doch nicht im selbstgefälligen Ohrensessel-Drehen eines "Et hätt noch emmer jot jejange" bestehen kann.

Da vor einem möglichen Untergang, der geschichtlich ohnehin kaum je so abrupt vonstatten geht, ein Niedergang erfolgt, dessen Verursacher Name und Adresse haben. In der Tat: von den französischen Aufklärern unter dem Ancien Régime bis zu den Dissidenten des Ostblocks die Traditionslinie eines mutigen, konkreten Benennens, das darüber hinaus auch mit dem Stilmittel der Ironie nicht fremdelte.

Nicht zu vergessen die luziden Warner innerhalb des demokratischen Westens, der in seiner Geschichte doch immer wieder die eigenen Werte zynisch verraten hat. Es waren Männer und Frauen, die empirische Fakten nicht zugunsten irgendeiner Gestimmtheit vernachlässigten, die sich häufig in Ökonomie und Militärwissenschaft ebenso auskannten wie in Soziologie und Moralphilosophie: Jeanne Hersch, Elisabeth Badinter, Richard Sennett, Jean-Francois Revel, Raymond Aron.

Letzerer, dessen Werk einst in Paris das ignorante Bonmot "Lieber mit Sartre irren, als mit Aron recht haben" provoziert hatte und der ob seiner Vertrautheit mit Fakten, Daten und nachprüfbaren Tendenzen das Etikett des trockenen Realisten nie losgeworden war, hatte 1977 ein ebenso penibel recherchiertes wie elegant geschriebenes Buch veröffentlicht: "Plädoyer für das dekadente Europa".

Den Untergangshoffnungen sowohl der marxistischen Linken wie auch der strunzreaktionären "Nouvelle droite" hielt er die Tatsachen einer sozial ausbalancierten und innovativen Marktwirtschaft entgegen - und beschrieb gleichzeitig die Gefahren, die sich aus selbstzufriedener Lässigkeit ergeben.

Sein antitotalitärer Schüler André Glucksmann setzte die Arbeit fort und warnte bis zu seinem Tod 2015 eindringlich vor jener in den Demokratien so verbreiteten Unsitte, sich vor just dem Falschen zu fürchten. Vergleichbare Skeptiker aber hatte es ja auch in der Bundesrepublik gegeben: Odo Marquard, Hermann Lübbe, Kurt Sontheimer, Ralf Dahrendorf, Ralph Giordano - nicht zu vergessen eine Ausnahme-Publizistin wie Sylke Tempel.

Die ließ nicht nur in "Phoenix"-Talkshows dank ihrer kristallinen Urteilsfähigkeit die Schönredner und Abwiegler ebenso auflaufen wie die Hysteriker und "Alles zu spät"-Schwadronierer. Nicht zuletzt angesichts der evidenten aktuellen Bedrohungen durch Rechtsextremismus und Islamismus, durch Putins Sabotage und den Aufstieg eines orwellesken China wünscht man sich solche Laser-Präzision bei der Gefahrenanalyse.

Denn auch wenn die neorechten Ritter\*innen von Schnellroda eine zutiefst rassistische Antimigrations-Schmonzette wie Jean Raspails 1973 erschienenen Roman "Das Heerlager der Heiligen" gerade wiederentdecken und hochjubeln als Chronik eines "Untergangs des christlichen Abendlandes" und gleichzeitig ein sich als linksliberal missverstehendes Justemilieu die konzisen emanzipatorischen Warnschriften einer Necla Kelek, Seyran Ates oder Caroline Fourest hochmütig ignoriert - die Wasserscheide zwischen infam ethnisierender Apokalyptik und wertegebundener Wachsamkeit ist ja noch immer klar erkennbar.

Der lustvoll-selbsthasserischen Phalanx derer, deren Geschäftsmodell seit Ewigkeiten die Ankündigung des sofortigen (oder bereits eingetretenen) Endes ist, hatte aber bereits kurz nach Mauerfall Joachim Fest ins Stammbuch geschrieben: "Unter den Gefährdungen freiheitlicher Systeme steht das Empfinden der Ohnmacht obenan, und dessen Wortführer waren seit je die sichersten Beförderer jenes Menetekels, das sie von allen Wänden lasen."

NS gsars: Novel Coronaviruses | gcat: Political/General News | gcold: Respiratory Tract Diseases | ghea: Health | gmed: Medical Conditions | gspox: Infectious Diseases

 $\mathsf{gfr}:\mathsf{Germany}\mid\mathsf{dach}:\mathsf{DACH}$  Countries  $\mid\mathsf{eecz}:\mathsf{European}$  Union Countries  $\mid\mathsf{eurz}:\mathsf{Europe}\mid\mathsf{weurz}:\mathsf{Western}$  Europe RE

Deutsche Angst IPD

Axel Springer Syndication GmbH PUB

文件 WELTON0020210516eh5g0008e ΑN

屆 Hundert Jahre Einsamkeit: Die KP Chinas probt ihren globalen Führungsanspruch GIGA Focus, 2021 年 7 月 1 日, 4850 字, Heike Holbig, (德文) Ihr hundertjähriges Jubiläum feiert die KPCh in einem angespannten internationalen Umfeld. Die weltweiten Folgen der Corona-Pandemie, aber auch die wachsenden geopolitischen Rivalitäten haben der Parteiführung Anlass zu einer offensiven ...

文件 GIGAD00020210813eh7100004



HD Auf der Suche nach dem neuen China-Kurs

WC 1,042 字

PD 2021年11月25日07:45下午

SN DW Deutsch

SC DEUDE

LA 德文

CY © 2021. Deutsche Welle.

LP

Die Parteispitzen von SPD, Grünen und FDP haben ihren Koalitionsvertrag vorgelegt. Ein zentrales Thema taucht erst am Ende auf: Das Verhältnis zu China. Ein Kurswechsel im Umgang mit Peking ist überfällig.

Wenn es nach dem geht, was die Protagonisten der sogenannten Ampel bisher angekündigt haben, dann wird es zu einem anderen Kurs gegenüber autoritären Staaten wie Russland oder China kommen. Das haben verschiedene Vertreter vor allem aus den Reihen der Grünen mehrfach unterstrichen.

TD

Aber wie will die neue Bundesregierung die in den 16 Jahren unter Angela Merkel gewachsene enge wirtschaftliche Zusammenarbeit mit China mit einer härteren Gangart gegenüber Peking in Einklang bringen? Wird es zu einer Abkehr vom wirtschaftspolitischen Pragmatismus der Merkel-Jahre kommen?

Welche Folgen eine offene Kritik an der Menschrechtslage in China haben kann, wissen australische Unternehmen nur zu gut. Spätestens, seit Peking wichtige Importgüter wie Kohle aus "Down Under" mit einem Importbann belegt hat.

Wenn Annalena Baerbock die nächste deutsche Außenministerin wird, steht ihr ein Balance-Akt bevor: Die Co-Vorsitzende der Grünen muss die Forderungen ihrer Partei nach einer härteren Linie gegenüber Russland und China in Menschenrechtsfragen mit der pragmatischen Haltung eines Bundeskanzlers Olaf Scholz in Einklang bringen. Und der dürfte eher keine Konfrontation mit Moskau oder Peking im Streit um die Ukraine oder Taiwan riskieren. Menschenrechtler gegen Wirtschaftsvertreter?

Prominente Politiker der Grünen, allen voran der von Peking mit einem Einreiseverbot belegte Europa-Abgeordnete Reinhard Bütikofer, haben immer wieder gefordert, dass Deutschland gegenüber China einen selbstbewussteren Ton anschlagen soll. Doch wie die von Annalena Baerbock (Artikelbild, 2. v. re.) im Wahlkampf geforderte "werteorientierte Außenpolitik" mit den wirtschaftlichen Interessen deutscher Exportunternehmen in China zusammengehen soll - das lässt sich im Koalitionsvertrag höchstens erahnen.

Dass die künftige Außenpolitik der Ampel erst auf Seite 143 von insgesamt 177 Seiten umrissen wird, legt nahe, dass sie bei den Verhandlungen der drei Parteien keine so herausragende Rolle gespielt hat, wie die Klima-, Sozial und Digitalisierungspolitik.

Der designierte Kanzler Olaf Scholz (Artikelbild, 2. v. li.) äußerte sich nach der Vorstellung des Koalitionsvertrages am Mittwoch (24.11.) auch nur auf Nachfrage zur künftigen Außenpolitik des Ampel-Bündnisses gegenüber der DW - mit einem Bekenntnis zu Europa und dem transatlantischen Schulterschluss mit den USA.

"Die Welt wird sich verändern, sie wird multipolar", erklärte Scholz. "Das heißt, es gibt viele starke Staaten und Mächte in der Welt, die Einfluss nehmen auf das künftige Geschehen. Nicht nur die USA und China, wie manche diskutieren, auch viele andere Nationen des aufsteigenden Asiens: Korea, Japan, Vietnam, Indonesien, Malaysia, Indien zum Beispiel. Starke Länder aus Afrika und aus dem Süden Amerikas werden ihre Stimme deutlich machen im Hinblick auf das künftige Weltgeschehen." Kurswechsel nötig

Was aber geschieht, wenn die Welt nicht multipolar wird, sondern von den zwei Polen USA und China so dominiert wird, dass Deutschland zwischen den beiden globalen Schwergewichten quasi eingeklemmt wird? Eine aktuelle Studie der Bertelsmann-Stiftung untersucht die Herausforderungen, die auf die

deutsche Wirtschaft zukommen. In dem Papier werden "Globalisierungsszenarien" entworfen, die es alle für die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft in sich haben. Bei allen fünf Zukunftsvarianten, die zusammen mit dem Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) entworfen wurden, wird der Gegenwind für Deutschland beim globalen Kräftemessen stärker.

Da wird eine Welt entworfen, in der eine ganz andere Variante von G2 herrscht. Und die hat rein gar nichts mit den Regeln für Geimpfte oder Genesene in der Coronakrise zu tun. Das G2-Szenario der Bertelsmann-Studie beschreibt eine Welt, in der die USA und China die Regeln weitgehend unter sich ausmachen. Weil die EU unfähig ist, mit einer Stimme außen- und wirtschaftspolitisch gegenüber Peking aufzutreten. Auch das Szenario "Welt in der Dauerkrise" lässt für die Exportnation Deutschland nichts Gutes erwarten.

Dass Deutschlands Interessen beim Szenario eines "Kalten Friedens", in dem die USA, Europa und **China** das Weltgeschehen maßgeblich bestimmen, noch relativ gut gewahrt werden können, spricht Bände.

Der Berliner China-Think Tank Merics hat vor einigen Wochen den aktuellen Stand der Dinge in Chinas Außen- und Wirtschaftspolitik zusammengefasst. In ihrer Untersuchung Course correction: China's shifting approach to economic globalization unterstreichen die Autoren die Entschlossenheit der Entscheidungsträger in Peking, immer stärker die Spielregeln der wirtschaftlichen Zusammenarbeiten mit seinen internationalen Partnern zu diktieren - mit erheblichen Auswirkungen für deutsche Unternehmen in China. Peking verstärkt die Festung China

Chinas veränderte Sicht der globalen wirtschaftlichen Integration bedeutet nach Einschätzung der Merics-Forscher, "dass ausländische Unternehmen in China Zugang zu einem Markt erhalten, der einer Festung gleicht, die derzeit noch verstärkt wird." Ausländische Unternehmen in China seien "de facto auf dem Weg", stärker zu einer chinesischen Unternehmung zu werden und nicht - wie bisher - als Bestandteil globaler Lieferketten in die Weltwirtschaft integriert zu werden. "Sie koppeln sich nicht von China ab, sondern entkoppeln vielmehr ihre China-Geschäfte von ihren globalen Geschäften", lautet die Analyse der Berliner China-Experten. Und das ist nur eine der zentralen Folgen der neuen chinesischen Wirtschaftsdoktrin, der Dual Circulation, der Zwei Kreisläufe. Deutschland und China als Schicksalsgemeinschaft

Am Beispiel der deutschen Auto- und Maschinenbauer wird deutlich, wie abhängig deutsches Wirtschaftswachstum von einer gut laufenden chinesischen Konjunktur ist. Werden im Reich der Mitte besonders viele deutsche Produkte gekauft, sorgt das in Deutschland für sprudelnde Gewinne und sichert den Wohlstand im Land.

"Hätten die Chinesen in den vergangenen Jahren nicht so viele Autos und Maschinen bei uns gekauft, wäre es unserer Wirtschaft nicht so gut gegangen. Es besteht eine Korrelation zwischen chinesischem und deutschem Wirtschaftswachstum. Eine unbequeme Wahrheit, aber eben eine Wahrheit. Wollen wir diese in der Nach-Merkel-Ära aufs Spiel setzen?" fragte vor kurzem der China-Kenner und Publizist Wolfgang Hirn in einem Gastbeitrag für die Berliner Zeitung. Schulterschluss mit Wertepartnern

Die Ampel-Parteien wollen - so steht es im Koalitionsvertrag - den Schulterschluss mit den USA und mit "Wertepartnern wie Australien, Japan, Neuseeland und Südkorea vorantreiben". Gemeinsame Werte wie Demokratie und Menschrechte sollen bei der künftigen Außenpolitik der Ampel damit stärker in den Vordergrund rücken.

"Wir wollen und müssen unsere Beziehungen mit China in den Dimensionen Partnerschaft, Wettbewerb und Systemrivalität gestalten. Auf der Grundlage der Menschenrechte und des geltenden internationalen Rechts suchen wir die Kooperation mit China, wo immer möglich", schreiben die Ampel-Partner weiter. Was aber kommt auf Deutschland und Europa zu, wenn Peking auf eine Kooperation nach den werteorientierten Spielregeln der Ampelparteien lieber verzichtet? Die Antwort auf diese Frage würde einen Koalitionsvertrag sprengen.

RF 59937423

NS gpol: Domestic Politics | gpir: Politics/International Relations | gcat: Political/General News

china: China | gfr: Germany | beijin: Beijing | usa: United States | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe

IPD Wirtschaft

PUB Deutsche Welle

SE Wirtschaft

HD Europapolitiker Manfred Weber über die europäische Außen- und Sicherheitspolitik sowie deren Auswirkungen auf den deutschen Außenhandel

BY Hannes Burger

WC 2,178 字

PD 2022年1月21日

SN Bayerische Staatszeitung

SC BAYES

PG 21

LA 德文

CY Copyright 2022 DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Verlag Bayerische Staatszeitung, München. Eine Dienstleistung der DIZ München GmbH

LP

Manfred Weber, CSU-Vizechef und Fraktionsvorsitzender der Europäischen Volkspartei im EU-Parlament, betrachtet eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU als zentrale Frage des Jahrzehnts. Er hält es für einen Fehler, dass der Bau der Erdgasleitung Nord Stream 2 unterstützt wurde. Viel mehr hätte man Flüssiggasterminals errichten sollen.

BSZ Herr Weber, aktuelle Vorgänge an der belarussischen wie an der russisch-ukrainischen Grenze zeigen, dass die wirtschaftlich so starke EU zwar vage mit "hohem Preis" drohen kann. Aber hat sie denn politisch einen Einfluss auf Lukaschenko oder beeindruckt sie Putin?

TD

manfred Weber Lukaschenko ist der letzte Diktator Europas, der seine eigenen Bürger brutal mit Polizeigewalt unterdrückt und Zehntausende Menschen ins Gefängnis steckt. Darum hat die gesamte EU stark reagiert und Sanktionen gegen das belarussische System verhängt. Die wirken, weil die Finanzen in diesem Staat stark unter Druck kommen. An der Außengrenze der EU müssen wir für europäisch gültige Ordnung sorgen.

BSZ Da musste Frau Merkel bei Präsident Putin um Hilfe bitten, mit Lukaschenko reden und sich dafür kritisieren lassen. Wo war die EU?

Weber Die EU darf sich von niemandem erpressen lassen! Das Gleiche wie für Erdogan an der türkisch-griechischen Grenze gilt für Belarus. Da handelt es sich ja nicht um eine Migrationskrise, sondern um eine Art hybriden Krieg. Putin und Lukaschenko wollen die Europäische Union spalten und destabilisieren.

BSZ Das Verhältnis der EU und Deutschlands zu unserem größten Nachbarn Russland ist noch schlechter und weder im Sinne der Wirtschaft noch der Bürger. Auch Bayerns Wirtschaft wünscht sich wieder gute Zusammenarbeit. Hat die EU außer Sanktionen keine anderen Instrumente?

Weber Dass das Verhältnis zu Russland im letzten Jahrzehnt eine fast tragische Entwicklung genommen hat, ist richtig. Die russischen Bürger sind europafreundlich und unsere beiden Völker an Partnerschaft interessiert. Gerade Deutschland hat ja in Russland als Wirtschaftspartner einen sehr hohen Stellenwert. Umso schlimmer ist es vor diesem Hintergrund, dass es uns politisch nicht gelungen ist, diese in den letzten Jahrzehnten wieder zu schaffen. Es steht außer Frage: Russland ist in der Nachbarschaft für die Europäische Union der größte und wichtigste Partner, um gemeinsam die Zukunft unseres Kontinents zu gestalten.

BSZ Warum bemüht sich dann niemand in Deutschland oder der EU aktiver umd kreativer um diese Partnerschaft? Wo bleibt eine Offensive mit neuen Partner-Perspektiven?

Weber Das Problem liegt darin, dass wir es dort mit einem politischen System zu tun haben, das nach dem alten Reflex von Diktatoren den Feind im Äußeren sucht - in der Ukraine oder "im Westen". Nur, damit man im Inneren das Volk hinter sich scharen, Solidarität fordern und das oligarchische System stabilisieren kann.

BSZ Russland bedroht gerade militärisch die Ukraine und fordert zu hohe Sicherheitsgarantien von der NATO. Wie wäre es als Gegenvorschlag, mit einer entmilitarisierten Zone von circa 50 Kilometern beiderseits deren Grenze um die Situation zu entspannen? Sehen Sie andere Vorschläge?

Weber In erster Linie wäre es ja an der russischen Führung, Garantien für die Souveränität der Ukraine oder der baltischen Staaten auszusprechen. Die Krim ist gegen das Völkerrecht durch Putin annektiert worden. Im Donbass unterstützt er aktiv den Krieg gegen die Ukraine. Es ist richtig: Über die künftige Sicherheitsordnung in Europa muss gesprochen werden! Aber nur, wenn die Europäer und die betroffenen Staaten mit am Tisch sitzen. Die bisherigen Vorschläge aus Moskau sind jedenfalls auch nicht sehr kooperativ.

BSZ Wann planen Sie, einmal selbst Kontakte zu Russland aufzunehmen? CSU-Chef Söder interessiert sich im Gegensatz zu seinen Vorgängern Strauß, Waigel und Stoiber nur wenig für Außenpolitik. Wäre das nicht ein wichtiges Thema für den CSU-Vize und EVP-Fraktionschef Weber?

Weber An der Außenpolitik bleiben wir gemeinsam dran. Die ist für eine Partei wie die CSU von großer Bedeutung, weil wir uns nicht nur auf Bayern konzentrieren dürfen. Ich werde weiterhin versuchen, in der EVP und als Leiter der Internationalen Kommission der CSU einen Gesprächsdraht nach Russland offen-zuhalten, wie ich es bisher schon gemacht habe. Es ist immens wichtig, im Dialog zu bleiben.

BSZ Aber was soll die Nachbarvölker wieder zusammenbringen? Nur abwarten und auf Systemwechsel hof-fen?

Weber Da gibt es für mich zwei klare Positionen. Erstens dürfen wir uns nicht zerstreiten, nicht auseinanderdividieren und erpressen lassen; zudem müssen wir mit Sanktionen rea-gieren, wenn Völkerrecht gebrochen wird wie bei der Krim. Zweitens gilt auch: Man muss miteinander reden: also Dialog!

BSZ Alle reden von Dialog. Wer kann den führen und wo? Diplomatie besteht aus Geben und Nehmen. Wie kommt man zu Lösungen, bei der niemand das Gesicht verliert? Gibt es Kontakte und Dialoge der EVP mit Russlands Parlament?

Weber Es gibt sicher viele Kontakte und Gespräche, die nicht so laut und auffällig ablaufen, dass sie in den Medien wahrgenommen werden. Aber wahrscheinlich ist es auch notwendig, über neue Formate des Dialogs nachzudenken. Wir müssen wieder kreativer sein, denn wir haben doch sogar in der Zeit des Kalten Krieges immer neue Gesprächsformate gefunden. Aber es darf nicht auf Kosten der Grundprinzipien und Menschenrechte gehen. Wenn in Belarus oder Russland Zehntausende von Menschen wegsperrt werden, weil sie für die Demokratie auf die Straße gehen, dann kann doch Europa nicht einfach so tun, als sei nichts passiert! Da muss Europa auch entschlossen reagieren.

BSZ Wer ist hier Europa? Da gehen die Interessen weit auseinander. Über die betriebsfertige Gas-Pipeline Nord Stream 2 wird seit Langem gestritten, aber von allen doch im Eigeninteresse - egal ob Europa oder USA?

Weber Bereits als die SPD-geführte Bundesregierung Schröder-Fischer den Vertrag zum Bau geschlossen hat, war klar: Es ist ein Fehler! Wir begeben uns in verstärkte Abhängigkeit von Putin.

BSZ Wir sind doch bereits von Russland abhängig, nicht nur bei Gas. Kommt denn Europa ohne Russland international voran - etwa im Iran, in Syrien oder in Libyen?

Weber Darum habe ich ja gesagt: verstärkte Abhängigkeit! Wenn wir an allen großen Häfen Europas mit dem gleichen Geld Flüssiggasterminals mit mehr Kapazität gebaut hätten, dann könnten wir es beispielsweise in Kolumbien, Saudi-Arabien, Amerika oder Russland kaufen und hätten die Unabhängigkeit Europas gestärkt. Deshalb war es damals falsch, den Bau von Nord Stream 2 zu unterstützen, weil es unsere Abhängigkeit von der russischen Führung noch erhöht.

BSZ Ist die gegenseitige Abhängigkeit nicht auch eine gemeinsame Gesprächsbasis?

Weber Das stimmt, wir haben beide daran Interesse: Wir brauchen das Gas, Russland das Geld. Das Projekt ist fertig und wir müssen jetzt konstruktiv damit umgehen! Ich bin zuversichtlich, dass wir trotz aktueller Spannungen zu mehr Zusammenarbeit mit Russland zurückkommen.

BSZ Auch "America first" ist zurück! Die USA fordern "weniger Gas aus Russland!", kaufen aber selbst Öl dort. Von Europa fordern sie, die Abhängigkeit von China zu verringern, bauen aber ihren Handel mit China aus. Wo soll die deutsche Wirtschaft denn vor lauter Sanktionen noch ihr Geschäft betreiben?

Weber Unsere Wirtschaft hat im letzten Jahrzehnt sehr stark von der Globalisierung und vom Geschäft mit China profitiert. Aber wenn das weiter zunimmt, werden wir in zehn Jahren von China abhängig sein. Darum müssen wir jetzt darauf achten, wie wir diese Abhängigkeit von einem autoritären Regime reduzieren können. Dafür brauchen wir in Europa als Schwerpunkt in den Zwanzigerjahren des Jahrhunderts eine einheitliche Außen- und Sicherheitspolitik und mehr Effizienz bei der militärischen Zusammenarbeit.

## BSZ Wie soll das aussehen?

Weber Dazu gehört: die Einstimmigkeit im Europäischen Rat abschaffen und eigene militärische Kapazitäten der EU aufbauen. Das muss keine riesige Armee sein, aber um einen Flughafen wie in Kabul mit einer Eingreiftruppe zu sichern, muss die EU künftig schon in der Lage sein.

BSZ Einige Staats- und Regierungschefs im Europäischen Rat scheren sich wenig um EU-Parlament, Kom-mission und Europäischen Gerichtshof. Uneinigkeit aus nationalem Egoismus hat aber zur Folge, dass der wirtschaftliche Riese Europa als außenpolitischer Zwerg global nicht ernst genommen wird. Wo bleiben die Reformen, über die wir hier schon vor zwei Jahren geredet haben?

Weber Ich verstehe die Ungeduld, gerade bei der außenpolitischen Schwäche der EU. Aber wir brauchen einen langen Atem. In der langen Geschichte Europas ist es erstmals gelungen, in einer Union gemeinsame Regeln zu finden. Die haben dazu geführt, dass wir heute eine gemeinsame Währung, einen gemeinsamen Wirtschafts- und freizügigen Schengenraum haben, in dem Menschen im Normalfall ohne Kontrollen reisen dürfen. Darum können wir stolz sein auf diese EU.

BSZ Die hat Geburtsfehler: Pflicht zur Einstimmigkeit im Europäischen Rat statt Mehrheitsentscheidung, das Parlament hat kein Initiativrecht, keine Möglichkeit, Mitglieder auszuschließen, die europäisches Recht missachten, alle gleiches Stimmrecht. Wer soll das ändern?

Weber Die Strukturen der EU sind sicher nicht perfekt. Aber sie sind nicht durch Revolution oder Gewalt von außen entstanden, sondern mit freiem Willen der Mitglieder in oft mühsam erreichten Kompromissen. In der Wirtschaftspolitik haben wir den gemeinsamen Binnenmarkt geschaffen, arbeiten in Umweltfragen und der Klimapolitik zusammen, mit der Polizei bei der Inneren Sicherheit oder in der Gesundheitspolitik bei gemeinsamer Beschaffung von Impfstoffen und dem europäischen Covid-Pass auf dem Handy, der europaweit Reisefreiheit gewährleistet. Wo Europa mit Mehrheit entscheidet, funktioniert es in der Regel.

BSZ Aber nicht "gemeinsam stark" gegenüber den Großmächten in der Weltpolitik.

Weber In der Außenpolitik, ist die EU vom Zwang zur Einstimmigkeit blockiert. Die Bürger zweifeln an Europa. Sie erwarten zu Recht, dass Europa auch nach außen funktioniert - etwa wo es um Amerika, **China** und Russland geht. Die Einstimmigkeit im Europäischen Rat muss weg!

BSZ Was alles "sein muss", sagen Sie schon lange. Wie soll die Einstimmigkeit wegkommen, wenn alle Mitglieder gleiches Stimmrecht haben und viele, wie etwa die Visegrád-Staaten Polen, Ungarn, Slowakei und Tschechien wohl sicher nicht auf ihr Vetorecht verzichten?

Weber Ein Europa mit fast 450 Millionen Menschen in 27 Staaten zusammenzuhalten, ist immer das Bohren dicker Bretter; ja, das ist mühsam. Aber die europäische Außen- und Sicherheitspolitik ist auch für mich die zentrale Frage dieses Jahrzehnts in der EU. Erstens hängt davon die Exportwirtschaft weitgehend ab. Zweitens ist nach den Afghanistan-Erfahrungen klar: Europa muss endlich mit einer Stimme sprechen und handlungsfähig sein.

BSZ Schon wieder ein Muss! Wie soll es denn nun gehen?

Weber Da hoffe ich auf die Konferenz "Für die Zukunft Europas", die gerade läuft. Mit Unterstützung der neuen Bundesregierung in Berlin und mit Präsident Macron in Paris sollten wir in diesem Frühjahr aus der Debatte heraus und zu einigen Grundsatzentscheidungen kommen.

BSZ Aber die EU tut sich doch schon schwer, sich bei ihren Mitgliedern durchzusetzen, weil man keines ausschließen kann, das europäisches Recht ignoriert. Siehe Polen und Ungarn bei Justiz, Presse, Migranten!

Weber Zu Urteilen des Europäischen Gerichtshofs über die Unabhängigkeit der Gerichte und die Freiheit der Presse gibt es nur eine Ansage: Die müssen respektiert werden! Das ist die Grundlage unserer Gemein-schaft. Da gibt es in der Politik nichts mehr zu diskutieren, sondern nur noch umsetzen. Aber die EU ist eben nicht nur eine Werte-, sondern auch eine Schicksalsgemeinschaft, in der man sich in schwierigen Zeiten auch einmal eine Weile gegenseitig ertragen muss. Wir werden politische Probleme nicht nur juristisch vor Gericht lösen, sondern auch in politischen Gesprächen geduldig miteinander reden müssen.

BSZ Ist denn immer noch nicht genug geredet worden?

Weber Ich glaube nicht, dass so zutiefst überzeugte proeuropäische Völker es zulassen, einen Spalt zwi-schen nationaler und europäischer Identität hineinzutreiben, was Orban gerade versucht.

BSZ Die Bürger haben doch Orbans Partei Fidesz und ebenso die PiS in Polen mit großer Mehrheit gewählt!

Weber Aber am Ende des Tages werden die Bürger in Polen und Ungarn nicht nur über die Entwicklung ihrer Wirtschaft entscheiden müssen, sondern auch, in welchem Land sie denn leben wollen: Es sind ihre Gerichte und Medien! Es gibt doch auch ermutigende Signale - wie etwa die Abwahl der Regierung von Andrej Babiš in der Tschechischen Republik.

BSZ Hat die EU dort Korruption beim Umgang mit Fördergeld abschaffen können?

Weber Nein. Aber meine Kollegin Monika Hohlmeier zum Beispiel hat dabei mitgewirkt, dass die Bürger in Tschechien über die korrupten Verhältnisse informiert wurden - und die haben ein Urteil gefällt. Jetzt kommen dort auch Christdemokraten in die Regierung und damit die Hoffnung, dass Korruption aufhört und ständiges EU-Bashing nachlässt. Also, es passiert schon etwas.

BSZ Kann denn die EU die Finanzmittel kürzen, wenn Staaten die Gerichtsurteile in der EU nicht einhalten?

Weber Das müssen wir wohl. Zumindest für die Hilfen zum Wiederaufbau der Wirtschaft gibt es für Polen und Ungarn noch kein grünes Licht. Aber ich will sie damit auch nicht in eine Situation treiben, in der es heißt: Willst Du Geld oder Deine nationale Ehre? Solche Debatten möchte ich nicht in der EU. Geld ist ja nicht das einzige Mittel, das wir haben. Wir müssen eben weiter miteinander reden.

BSZ Glauben Sie wirklich, reden hilft der EU weiter?

Weber Ja. So wie die Bürger in Tschechien Mut gezeigt haben, so müssen auch Ungarn und Polen darüber nachdenken, in welche Richtung sie bei der nächsten Wahl ihr Land bringen wollen! Den Dauerstreit mit der EU werden die sicher nicht wollen. Für die gehört Polen und Ungarn mit Europa zusammen. Man darf nichts beschönigen und strittigen Punkten nicht ausweichen. Doch es läuft auch vieles in der EU geräuschlos im Konsens - auch mit Polen und Ungarn - was nicht in der Zeitung steht. Wir haben vieles erreicht, das uns in der globalisierten Welt stark macht.

Interview: Hannes Burger

- CO eparlm : European Parliament | euruno : European Union | nsttwa : Nord Stream 2 AG
- IN i1 : Energy | i1300006 : Pipeline Transportation | ifosfl : Fossil Fuels | imidstr : Oil/Natural Gas Midstream Operations
- NS gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | e51 : Trade/External Payments | nitv : Interviews | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter
- RE russ: Russia | eurz: Europe | ussrz: CIS Countries | gfr: Germany | ukrn: Ukraine | eecz: European Union Countries | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | eeurz: Central/Eastern Europe | weurz: Western Europe
- PUB Süddeutsche Zeitung GmbH
- AN 文件 BAYES00020220125ei1l00011

# DIE

SE Feuilleton

HD SINN & VERSTAND Die philosophische Seite; Und was denkt China?

BY Daniel Leese, Shi Ming

WC 2,002 字

PD 2022年4月13日

SN DIE ZEIT

SC DIEZEI

PG 53

VOI 16/2022

LA 德文

CY Copyright 2022 Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co

LΡ

Die Weltordnung ist aus den Fugen. Aber diese Wahrnehmung beschränkt sich nicht auf Europa. Viel zu wenig ist darüber bekannt, wie Chinas Intellektuelle auf diese Welt blicken. Das muss sich ändern VON DANIEL LEESE UND SHI MING

TD

Je länger der Krieg in der Ukraine Europa erschüttert, desto unabweisbarer wird die Frage, was chinesische Eliten über die gegenwärtige und die zukünftige Weltordnung denken. Man mag überrascht von einem Protestbrief einiger chinesischer Historiker gegen den Krieg gelesen oder vom Ratschlag des Shanghaier Politikwissenschaftlers Hu Wei gehört haben, der der Parteiführung öffentlich empfahl, sich rechtzeitig von Putin loszusagen, um nicht in das Visier westlicher Sanktionen zu geraten. Insgesamt ist unser Wissen über Chinas Debatten indes begrenzt: Wer in Deutschland kennt etwa die Namen Yan Xuetong oder Qin Yaqing? Wer hat von Shi Yinhong oder Jia Qingguo gehört? Die Liste der – fast ausschließlich männlichen – Stimmen aus Universitäten und Denkfabriken, die in China Gewicht haben, aber in Europa unbekannt sind. ist lang.

Das hat Gründe, die wenig schmeichelhaft sind: Natürlich ist das politische System Chinas von einer notorischen Undurchsichtigkeit gekennzeichnet, die es auch professionellen **China**-Beobachtern schwer macht, konkreten Einfluss abzuschätzen. Aber das Interesse an chinesischen Weltentwürfen war in Deutschland lange Zeit allzu begrenzt. Solange die wirtschaftlichen Beziehungen vorteilhaft verliefen, bestand scheinbar wenig Notwendigkeit, sich in innerchinesische Debatten zu vertiefen.

Mittlerweile aber ist China zu wichtig geworden, als dass wir uns den Luxus intellektueller Ignoranz leisten könnten. Mehr noch: Trotz der weitgehenden medialen Gleichschaltung unter Parteichef Xi Jinping werden weiterhin vielschichtige Debatten in China geführt. Diese unterliegen einem paradoxen Anspruch: So fordert die Partei zunehmend politische Linientreue ein, beklagt sich aber zugleich über die mangelnde internationale »Diskurshoheit« der Sozial- und Geisteswissenschaften. Die chinesische Wissenschaft muss daher in einem schwer kalkulierbaren politischen Raum lavieren, der bisweilen einem Minenfeld gleicht.

Was dem eigenen Überleben dienlich sein könnte, wird aufgesogen

Zwei weitere Aspekte verdienen Beachtung: Zum einen haben wir es mit erheblichen Asymmetrien des Wissens zu tun. Westliche Werke werden seit rund 150 Jahren in großem Umfang ins Chinesische übersetzt und rezipiert. Heute wird man von Francis Fukuyama und John Mearsheimer bis hin zu aktuellen deutschen Sachbuchtiteln in gut sortierten Pekinger Buchläden leicht fündig. Der umgekehrte Weg bleibt bislang die Ausnahme. Dies macht es schwer, Einzelstimmen in einen intellektuellen Kontext einzubetten und zu bewerten.

Und zweitens ist man stets der Versuchung ausgesetzt, in chinesischer Theoriebildung das ganz Andere zu suchen. Dabei hat die umfangreiche Rezeption westlichen Gedankenguts längst zu einer »hybriden Modernisierung« Chinas geführt, wie es der Philosoph und Sinologe Fabian Heubel ausdrückt, auch wenn die aktuelle Führung nicht müde wird, die »chinesische Prägung« wissenschaftlicher und politischer Ansätze zu beschwören.

Mit dem Einblick in das chinesische Denken über die Welt, den wir hier geben wollen, bewegen wir uns mithin in einem Spannungsfeld: Es öffnet sich zwischen der Anverwandlung bestehender Theorien, meist westlichen Ursprungs, sowie Versuchen, als originär chinesisch bezeichnete Weltentwürfe zu erstellen.

Was denkt also China? Im Jahr 2006 erschien in der chinesischen Zeitschrift »Weltwirtschaft und -politik« ein Aufsatz des Politikwissenschaftlers Qin Yaqing, heute Präsident der Universität für Außenpolitik, an der Chinas diplomatischer Nachwuchs ausgebildet wird. Der Aufsatz skizzierte die Notwendigkeit, eine genuin chinesische Theorie internationaler Beziehungen zu entwickeln. Bis dato habe man sich weitgehend mit der Rezeption westlicher Theorien zufriedengegeben. In Anbetracht der wachsenden Bedeutung Chinas sei dies kein hinnehmbarer Zustand mehr. Als Grund verwies Qin auf einen Identitätskonflikt, der Chinas Beschäftigung mit der Welt seit 150 Jahren kennzeichne: Muss das eigene kulturelle Erbe aufgegeben werden, um sich in die moderne Weltgesellschaft zu integrieren, oder kann es für eine aktive Neugestaltung der Weltordnung nutzbar gemacht werden?

Vor dieser Frage hatten Chinas Intellektuelle bereits im späten 19. Jahrhundert gestanden. Angesichts zahlreicher militärischer Niederlagen, denen demütigende Verträge mit den Siegermächten folgten, erschien der Untergang von Staat und Kultur stets als reale Möglichkeit. Auch deshalb wurde alles aufgesogen, was dem eigenen Überleben dienlich sein könnte.

Sozialdarwinistisch inspirierte Denker wie der bedeutende Übersetzer Yan Fu sannen um 1900 darüber nach, wie die Rezeption westlicher Wissensbestände **China** davor bewahren könne, »dass der Staat untergeht und unsere Rasse ausradiert wird«. Der Begründer des Journalismus in **China** Liang Qichao sah in der Schaffung eines Nationalbewusstseins ein probates Mittel, sich in der kapitalistischen Weltordnung zu behaupten. Gestützt auf buddhistische und daoistische Texte, übte Zhang Binglin Kritik an universalistischen Prinzipien, derweil der Exzentriker Kang Youwei eine zukünftige Weltordnung der »großen Eintracht« entwarf, in der die Grenzen zwischen Nationen, Rassen oder Geschlechtern verschwinden würden.

Kommunistische Revolutionäre wie Mao Zedong schließlich rezipierten Grundlagen des marxistisch-leninistischen Weltbilds, jedoch stets unter dem machtpolitischen Vorbehalt, eine »chinesische Prägung« hinzuzufügen. Hier säte Mao bereits den Keim des Zwists mit Moskau in den 1960er-Jahren.

Die heutigen Debatten um Chinas Rolle in der Welt bauen in vielfältiger Hinsicht auf diesem Erbe auf. Jenseits der engen Grenzen der Politikwissenschaft lässt sich eine grobe Unterscheidung der wichtigsten Denkströmungen in Realisten, Institutionalisten, Neo-Maoisten und Utopisten treffen. In jeder von ihnen spiegelt sich der Gegensatz von einer anverwandelnden Rezeption fremden Gedankenguts und der Suche nach eigenen Ansätzen aufs Neue.

Die meisten Ansätze tendieren heute zu einem starken Nationalismus sowie dazu, die Welt primär selbstbezüglich zu denken. Sie wird als Raum dargestellt, in dem **China** überleben muss, verlorenen Stolz wiederfindet, Harmonie herstellt, oder aber als Ort, der eines Tages von **China** dominiert werden muss: »Make **China** great again«.

Die Vertreter geopolitisch-realistischen Denkens stehen in gewisser Kontinuität zu den vormaligen Sozialdarwinisten und stellen gegenwärtig den Mainstream der chinesischen außenpolitischen Forschung dar. Einer der bekanntesten Vertreter ist der an der Tsinghua-Universität in Peking lehrende Yan Xuetong. Mit Verweis auf den klassischen Philosophen Xunzi betont seine Theorie des »moralischen Realismus« die Rolle politischer Führung als entscheidende Variable für den Aufstieg und Fall von Staaten. So unterscheidet er zwischen drei Herrschaftstypen: Tyrannei, Hegemonie und »humaner Autorität«, die auch als »königlicher Weg« bezeichnet wird. Letzterer Typus verkörpere die moralisch vorbildliche Herrschaft, die auch China anstreben solle, um einen Führungsanspruch für die Welt zu erwerben. Die aktuelle Dekade beschreibt Yan als Phase eines »brüchigen Friedens«, die in eine bipolare Welt mit China und dem Hegemon USA als Ordnungsmächten münden werde.

Andere Realisten pochen hingegen auf klassische hard power, wie Zhang Wenmu von der Beihang-Universität in Peking. Zhang plädiert für den massiven Ausbau der maritimen Machtbasis Chinas, etwa durch neue Kriegsschiffe und die Kontrolle geostrategisch wichtiger Häfen wie Gwadar in Pakistan.

Realisten und Institutionalisten gehen von ähnlichen Voraussetzungen aus, indem sie die Welt als anarchischen Ort der zweckrationalen Interessendurchsetzung betrachten. Sie teilen auch die Ansicht, dass die zunehmende materielle Dominanz Chinas den Königsweg des eigenen Aufstiegs darstellt. Unterschiede gibt es in der Frage, ob die hieraus abzuleitende Macht möglichst lange und effektiv versteckt oder aber selbstbewusst auf dem internationalen Parkett präsentiert werden soll. Unter der Regierung von Xi Jinping ist heute eine klare Tendenz zu letzterer Position erkennbar.

Die prominenteste Stimme der Institutionalisten in China ist der erwähnte Qin Yaqing. Bekanntheit erlangte er dadurch, die klassischen Theorien durch eine »chinesische Prägung« erweitert zu haben, konkret durch einen »soft institutionalism«: Informelle Regeln (guanxi im Chinesischen) und insbesondere bi- und multilateraler Austausch zwischen den Entwicklungsländern könnten neben normbasierten Ansätzen einen wichtigen Beitrag hin zu einer »relationalen Theorie« der Weltpolitik leisten, in der große und kleine Staaten harmonisch miteinander kooperierten. Die Selbstdarstellung als Entwicklungsland ist in China noch immer Teil der außenpolitischen Strategie. Bei Bedarf wird jedoch aufgezeigt, dass harmonische Kooperation durchaus hierarchisch gedacht werden kann.

Chinas Institutionalisten waren vor allem zur Regierungszeit Jiang Zemins in den 1990er-Jahren einflussreich. Im Kontext der Vorbereitung von Chinas WTO-Beitritt etwa beschrieb Shen Jiru von der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, dass Chinas machtpolitischer Aufstieg im 21. Jahrhundert nicht in einem neuen Supermachtkonflikt enden müsse. Vielmehr könne gleichberechtigte Kooperation dazu beitragen, die USA von ihrem Thron »herunterzubitten«.

Dieser Gedanke ist inzwischen einer Desillusionierung gewichen: Die Option, dass andere Staaten China freiwillig größeren Raum in der bestehenden Ordnung einzuräumen gewillt sind, wird zunehmend pessimistisch beurteilt. Entsprechend überlegen einige Theoretiker wie Li Wei, Direktor des Zentrums für Wirtschaftsdiplomatie an der Volksuniversität Peking, inwiefern Länder wie Griechenland (nicht zuletzt aufgrund seiner prinzipiellen Offenheit für chinesische Investoren) als »Hebelstaaten« dienen könnten, um Chinas ökonomischen Einfluss in Europa zu stärken. Denn eine direkte Einflussnahme in Kerneuropa wird seit einigen Jahren als zunehmend schwierig eingeschätzt. Andere Vertreter dieser Strömung wie Shi Yinhong von der Volksuniversität mahnen hingegen, sich nicht nur auf antagonistische Bedrohungsszenarios zu versteifen.

Ihm pflichtete jüngst Jia Qingguo von der Peking-Universität bei. In der Zeitschrift »Internationale Sicherheitsstudien« warnte er, dass die aktuelle Tendenz einer »Versicherheitlichung« sämtlicher zwischenstaatlicher Beziehungen, inklusive ökonomischer Lieferketten, für alle Seiten nur negative Folgen haben könne. Unter den Institutionalisten finden sich auch die stärksten Befürworter des internationalen Klimaschutzes, wobei etwa Shi Yinhong davor warnte, dass Klimapolitik nicht zu einem neuen Vorwand für westlichen Handelsprotektionismus gegenüber den Entwicklungsländern werden dürfe.

Gibt es eine universalistische Ordnung, die nicht durch Kampf geprägt ist?

Die Institutionalisten sind die Hauptgegner einer intellektuellen Strömung, die man vage als »neo-maoistisch« bezeichnen kann. Zu ihren bekanntesten Vertretern zählen etwa Zhang Hongliang von der Nationalitätenhochschule in Peking oder hochrangige Militärs wie Dai Xu. Beide sind glühende Verehrer Mao Zedongs und Stalins, die in Blogs und Artikeln wider den US-amerikanischen Imperialismus anschreiben. Ihre innenpolitischen Vorwürfe gelten in erster Linie einer neoliberalen Unterwanderung Chinas, die Teil einer Strategie der USA zur Schwächung zukünftiger Konkurrenten sei, wie es zuvor schon in Russland geschehen sei.

Die Verknüpfung von sozialistischer Nostalgie, antiamerikanischen Ressentiments und Verschwörungstheorien hat in den letzten zwei Jahrzehnten eine äußerst machtvolle Mischung ergeben. In akademischen Kreisen sind diese Ansichten bislang in der Minderheit. Am ehesten finden sie sich als Versuche, systematisch aus Fehlern der Sowjetunion zu lernen und den chinesischen Sozialismus im globalen Systemvergleich zu stärken, so etwa beim Pekinger Politikwissenschaftler Fang Ning. Die absolute Ausnahme sind überzeugte Marxisten wie der Philosophieprofessor Xu Changfu aus Guangzhou. Er fordert, der Globalisierung des Kapitals eine Globalisierung des Rechts auf Arbeitsmigration entgegenzusetzen, um so die Hoffnung auf eine gerechtere Welt zu bewahren.

Als »Utopisten« schließlich bezeichnen wir eine intellektuelle Strömung, welche durch Systemdenker gebildet wird, die versuchen, alternative Weltordnungen zu entwerfen. Am bekanntesten ist auch in Deutschland der Pekinger Philosoph Zhao Tingyang, der seit 2005 für eine Neubelebung des klassischen Tianxia-Konzepts eintritt: Tianxia (auf Deutsch: »alles unter dem Himmel«) steht bei Zhao für eine universalistische Ordnung, die nicht von Kampf, sondern von friedlicher Koexistenz geprägt ist. Unter Rückgriff auf neokonfuzianische Vorstellungen beschreibt er einen Kreislauf, in dem diese Ordnung nacheinander in Familie, Staat und Tianxia hergestellt wird, ohne allerdings zu erläutern, wie dieser Zustand konkret erreicht werden kann.

Weniger bekannt ist der Versuch des Shanghaier Politikprofessors Ren Xiao, einen Zustand »symbiotischen Friedens« zu erreichen. Seine Gongsheng-Theorie, die vom chinesischen Begriff für Symbiose abgeleitet ist, setzt dem westlichen Menschenrechts-Universalismus einen eigenen Entwurf entgegen: Enge zwischenstaatliche Beziehungsnetzwerke sollen als Garanten für Stabilität wirken, und die jeweiligen kulturellen Traditionen sollen gewahrt werden. Beide schließen an ältere utopische Weltentwürfe an und sind doch den zeitgenössischen politischen Rahmenbedingungen verpflichtet: Für

die Vision einer »harmonischen Gesellschaft«, später einer »harmonischen Weltordnung«, die maßgeblich vom einflussreichen Politikberater Zheng Bijian unter der Ägide Hu Jintaos zu Beginn des 21. Jahrhunderts entworfen wurde, lieferte Zhao einen möglichen Überbau. Derweil unterfüttert Ren Xiao das politische Konzept der globalen »Schicksalsgemeinschaft der Menschheit«, das von Xi Jinping zu internationaler Prominenz gebracht wurde.

Und wenn man schließlich vor diesem Hintergrund noch einmal nach dem chinesischen Blick auf Russland fragt? Aktuell dominieren in der gelenkten Öffentlichkeit die offensiven Realisten, aber andere Stimmen sind nicht gänzlich verschwunden. So verwies jüngst die Pekinger Osteuropa-Historikerin Jin Yan auf psychologische Motive, um den Umschwung vom Gefühl der Erniedrigung der 1990er-Jahre zum »Imperialsyndrom« der russischen Gegenwart zu erläutern. Die kritische chinesische Leserschaft wird hier durchaus Parallelen zur eigenen Geschichte gesehen haben. Das lesende Publikum im Westen hat also einiges nachzuholen – und das zu einer Zeit, da China sich zunehmend nach innen wendet.

- RF PMG49285387-ZEI20220413-ZEI-2022-16-15186288
- NS gpol: Domestic Politics | gcat: Political/General News | gpir: Politics/International Relations
- RE china: China | beijin: Beijing | gfr: Germany | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | weurz: Western Europe
- IPD Feuilleton
- PUB Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG
- AN 文件 DIEZEI0020220413ei4d0001n

SE Wirtschaft

HD Weltwirtschaft; Das China-Dilemma der deutschen Wirtschaft

BY Essay von Thomas Fromm

WC 1,543 字

PD 2022年4月22日

SN Süddeutsche Zeitung Online

SC SUDZEIT

PG 999

LA 德文

CY Copyright 2022 sueddeutsche.de

LP

Deutsche Konzerne haben sich in eine gefährliche Abhängigkeit von **China** begeben. Das ging bislang einigermaßen gut, aber Russlands Angriff auf die Ukraine hat gezeigt: Die Unternehmen brauchen dringend alternative Märkte.

Im vergangenen November feierte der Autozulieferer Webasto aus Stockdorf bei München ein großes Jubiläum, es ging um 20 Jahre Engagement in China. Zwei Jahrzehnte zwischen Peking und Wuhan, elf Werke insgesamt, und eine durchaus stolze Bilanz, denn China ist für das Unternehmen inzwischen der wichtigste Markt weltweit und steht für 40 Prozent des Gesamtumsatzes. Und so lobte Webasto-Chef Holger Engelmann zum Jubiläum: "Ohne unser Wachstum in China stünde die Webasto-Gruppe heute nicht da, wo sie steht."

TD

Nicht da stehen, wo man heute steht - das gilt auch für all jene Autobauer, für die Webasto in chinesischen Fabriken Panoramadächer baut und mit denen die Bayern einst in die Volksrepublik aufgebrochen waren, um möglichst nah dran zu sein. Volkswagen, Daimler, BMW und andere, die 30, 40 und mehr Prozent ihres Geschäfts in China machen. Manager wie der frühere Audi-Chef Rupert Stadler sprachen von China immer gerne auch als ihrem "zweiten Heimatmarkt", was natürlich einen sehr speziellen Heimatbegriff implizierte. Heimat, das ist da, wo es sich am meisten lohnt. Da, wo die Gewinne sprudeln.

Es kann nicht sein, was nicht sein darf

Diese Definition von Heimat hatte lange Zeit sehr gut funktioniert. Investieren, Markt aufrollen, verkaufen, verdienen. Allerdings spricht einiges dafür, dass diese Ära nun allmählich zu Ende gehen könnte und sich die Unternehmen auf die Suche nach einer neuen Heimat begeben müssen. Denn ob China auch in den nächsten Jahren noch für Milliarden in den Unternehmensbilanzen deutscher Großkonzerne sorgen wird, ist fraglich. Viele wollen das noch nicht wahrhaben. Es kann doch nicht sein, was nicht sein darf. Erst recht nicht, wenn es um ein Drittel des Gesamtgeschäfts geht.

Russlands Krieg gegen die Ukraine zeigt, wie schnell es gehen kann, wie sich alte Gewissheiten innerhalb weniger Tage in nichts auflösen. Wenn Lieferketten reißen, dringend benötigte Rohstoffe ausfallen und Unternehmen ihren Handel mit Russland einstellen und ihre dortigen Fabriken dichtmachen müssen. Und wie es sich anfühlt, wenn eine allzu kommode und gerade wohl auch deshalb mit großem Engagement verfolgte Energiestrategie, die jahrelang auf günstiges russisches Gas setzte, von heute auf morgen pulverisiert wird.

Der Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die Manager in ihren Vorstandsetagen kalt erwischt. Nun sollten sie darauf gefasst sein, dass die Probleme, die sie gerade als Folge der russischen Aggression erleben, nur die Ouvertüre zu einem weitaus größeren Drama sein könnten. Die viel größere Frage lautet: Was passiert eigentlich, sollte irgendwann China als großer Markt ausfallen?

Politik oder Geschäft? Das ist das Dilemma

Es ist für ein Unternehmen wie Volkswagen zu verschmerzen, wenn es seine Produktion im russischen Kaluga wegen der Invasion in der Ukraine stoppt. Was wäre aber, nur mal rein theoretisch, im Falle einer chinesischen Taiwan-Invasion? Gehen? Bleiben? Ignorieren? Das Dilemma lautet dann: Politik oder Geschäft. Würden sich deutsche Manager dann der geopolitischen Doktrin Pekings anschließen, die Taiwan als festen Bestandteil des chinesischen Territoriums definiert? Würden sie Kritik üben, laut oder

leise, und damit einen nicht unmaßgeblichen Teil ihres weltweiten Geschäfts aufs Spiel setzen? Und was bedeutet es, wenn ein hochrangiger chinesischer Diplomat in diesen Tagen sagt, man wolle seine "strategischen Bindungen zu Russland stärken"?

Keine Kritik am Krieg, keine an den Massakern unter Zivilisten, an Bomben und Granaten. Stattdessen: strategische Kooperation. Was fängt man als Manager, dessen Unternehmen von China lebt, mit so etwas an? Es wäre höchste Zeit, sich über einige Szenarien Gedanken zu machen - und über einen Plan B nachzudenken.

Für Globalisierer alter Schule wird die Luft dünn

Bei der Energieversorgung von Russland abhängig, bei Handel und Industrieproduktion von China: Manager, die noch bis vor Kurzem glaubten, dass Politik sie nichts angehen muss, solange das Geschäft läuft, stehen nun vor einer Zeitenwende. Wenn die Welt in neue geopolitische Blöcke zerfällt, wenn sich autoritäre Staaten und Demokratien gegenüberstehen, dann wird die Luft für Globalisierer alter Schule allmählich dünn. Über Energiesparen zu diskutieren und über Tempolimits, mal ein bisschen am Heizungsthermostat drehen in der Hoffnung, hiermit gleich auch mal die Gasabhängigkeit von Russland ein bisschen zurückzudrehen - das alles wird beim China-Dilemma nicht mehr reichen.

Dabei hatten sich alle so schön eingerichtet in ihrer Welt, in der es lange Zeit alles zu geben schien, nur keine Probleme. Eine ideale Welt mit offenen Märkten, perfekten Lieferketten, Just-in-time- Produktion und einer globalen Arbeitsteilung. Eine Welt ohne Bomben, Panzer und Kriegsverbrechen, zumindest nicht in Europa. Schon vor 30 Jahren hatte der US-Politikwissenschaftler Francis Fukuyama das "Ende der Geschichte" postuliert, aus seiner Sicht hatte sich das Ordnungsmodell liberaler Demokratien gegen Totalitarismus und Planwirtschaft durchgesetzt. Was also konnte hier noch schiefgehen? Dass ein Land wie China nicht immer nach denselben Regeln spielte - geschenkt. Jedes Land sei eben anders, kulturell, historisch und überhaupt, sagten Manager dann. Was als Beschreibung der Welt natürlich grundsätzlich nie ganz falsch ist.

Daimler könnte eines Tages chinesisch werden

Und so wurde nicht nur fleißig mit Autos gehandelt, sondern auch mit Aktienanteilen. Beispiel Daimler: Ein Drittel seiner Autos verkauft der Hersteller heute in **China**, der chinesische Staatskonzern BAIC sowie der Milliardär und Unternehmer Li Shufu, Besitzer des Autoherstellers Geely, sind schon länger Großaktionäre der Schwaben. Sie kontrollieren ein Fünftel des Unternehmens. In normalen Zeiten mag das niemanden groß beunruhigt haben. Und nun? Auch Volkswagen ist traditionell sehr stark in **China**.

Was war in den vergangenen Jahren sonst noch so los in der Volksrepublik? Berichte über die Unterdrückung Hunderttausender Uiguren in der Region Xinjiang, Massenproteste gegen den Einfluss Pekings in Hongkong, die Frage nach der Zukunft Taiwans. Aber hey, man war ja nicht da, um Politik zu machen. Und wer Handel treibt, schießt immerhin nicht. Meistens zumindest nicht. Und vielleicht, wer weiß, würde man sich ja mit der Zeit auch ähnlicher.

"Wandel durch Handel", das war mal eine schöne Idee

Der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) schrieb bereits 2021 in einem Positionspapier: "Nüchtern betrachtet stößt die Idee des 'Wandel durch Handel' aktuell an ihre Grenzen." Man könnte dies, auf **China** bezogen, durchaus auch so übersetzen: Auch wenn Umsätze und Gewinne auf dem Milliardenmarkt für Traumrenditen deutscher Konzerne gesorgt haben - eine lupenreine Demokratie ist das Land unter Xi **Jinping** dadurch nicht zwangsläufig geworden. **China** sei nicht nur "wirtschaftlich, sondern auch politisch zu einem Systemkonkurrenten liberaler Gesellschaften aufgestiegen", hält der BDI fest.

Nun geht nicht es nicht darum, sich aus **China** zurückzuziehen. Aber: Hat die Industrie eine Strategie, mit der sie ihre jahrzehntealte **China**-Strategie ersetzen könnte, wenn es sein muss, auch kurzfristig? Just in diesen Tagen, in denen Pekings radikal-restriktive Null-Covid-Strategie mit ihren extremen Lockdowns in Shanghai und Abriegelungen zu Brüchen in den internationalen Lieferketten führt, wird deutlich: Es kann sehr schnell gehen, eine Volkswirtschaft auszubremsen und Transport- und Logistikketten zu blockieren.

Anfang 2019 sagte VW-Chef Herbert Diess, was auf dem Spiel steht. Die Zukunft des Konzerns werde sich "auf dem chinesischen Markt entscheiden". Volkswagen und die Volksrepublik - eine Schicksalsgemeinschaft. Der Markt war ihm damals so wichtig, dass er ihn gleich auch zur Chefsache machte. Das Narrativ, wie so oft: Das Geld aus China sichert auch die Jobs in Wolfsburg, in Stuttgart, in München, überall. Und was, wenn nicht?

Die Suche nach Alternativen

Die China-Abhängigkeit beginnt schon in der Produktion. "46 Prozent aller Unternehmen des Verarbeitenden Gewerbes geben an, aus China bedeutsame Vorleistungen zu beziehen", sagt Lisandra Flach, die Leiterin des Ifo-Zentrums für Außenwirtschaft. "Von diesen Unternehmen plant fast jedes zweite, diese Importe aus China in Zukunft zu verringern." Die Autorin plädiert unter anderem für eine "zügige Ratifizierung des Handelsabkommens mit den Mercosur-Staaten und für die Modernisierung des Handelsabkommens mit Mexiko für Deutschland". Europäische Unternehmen sollten "schnell einen verbesserten Marktzugang" auch zu anderen Ländern bekommen "und somit die Zahl der Bezugsquellen vergrößern".

Die Gefahren sind groß, besonders für die Elektromobilität, jenes Riesenzukunftsprojekt der Autoindustrie. Ausgerechnet jetzt, an der Schwelle zum Elektroautozeitalter, ist China nicht nur als Absatzmarkt wichtig, sondern gerade auch als Lieferant von Rohstoffen wie seltenen Erden nur schwer zu ersetzen. Jene Hightech-Weltmacht, ohne die in der Welt so gut wie nichts mehr geht, wird gerade, wenn man so will, noch mehr Heimat.

China wird auch gebraucht für Windräder, Solarzellen oder Halbleiter. Es geht um kritische Rohstoffe, zum Beispiel um Phosphat. Ein großer Teil des in der Europäischen Union verbrauchten Phosphats kommt aus China, 19 von 30 Rohstoffen, die von der EU als kritisch eingestuft werden, stammen ebenfalls vom Hauptlieferanten und Rohstoffmonopolisten. Und Taiwan? Ist übrigens auch der Sitz des nach Intel und Samsung drittgrößten Chip-Herstellers der Welt, TSMC. Ohne Halbleiter von TSMC geht in Ingolstadt, Stuttgart oder München kaum etwas, so gesehen sind diese Chips ein hochpolitisches Gut.

Die Frage, wie man es künftig mit kostbaren Materialien wie Kobalt, Silizium, Gallium, Mangan, Nickel oder Lithium hält, treibt nun auch den Multimilliardär Elon Musk um. "Der Preis für Lithium ist auf einem verrückten Level angekommen", twitterte der Tesla-Chef neulich. Nun überlege er, sich selbst um den Rohstoff zu kümmern. Tesla müsse vielleicht sogar "direkt in den Abbau und die Raffinierung" einsteigen, "wenn sich die Kosten" nicht verbesserten. In Lithium investieren? Sich unabhängiger machen? Sicherlich keine schlechte Idee. Auf jeden Fall besser als Musks Plan, für mehr als 46 Milliarden Dollar den Kurznachrichtendienst Twitter zu kaufen.

SZ

CO wbsto: Webasto SE

IN i35101 : Passenger Cars | i351 : Motor Vehicles | iaut : Automotive | i353 : Motor Vehicle Parts

NS ccat : Corporate/Industrial News

RE china: China | russ: Russia | ussrz: CIS Countries | bavar: Free State of Bavaria | gfr: Germany | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eeurz: Central/Eastern Europe | eurz: Europe | weurz: Western Europe

PUB Süddeutsche Zeitung GmbH

AN 文件 SUDZEIT020220423ei4m0001b

HD Lidl sendet live: Discounter testet Shopping-TV; TV

WC 1,911 字

PD 2022年6月13日06:00下午

SN Leipziger Volkszeitung Online

SC LEIPZO

LA 德文

CY Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG

LP

Gibt es Kaffee, Müsli und Gummistiefel bald im Lidl-Teleshop? Der Discounter hat eine erste Shopping-Liveshow gesendet. Auch Zalando, Otto, Tchibo und dm experimentieren mit eigenen Live-Shopping-Formaten. Das Prinzip ist in China bereits ein Milliardenmarkt. Kann ausgerechnet analoges Fernsehen den Einzelhandel retten?

TD

"Herzlich willkommen bei Lidl TV, ich melde mich live aus dem Mittelgang der Gemüseabteilung, wo heute Roma-Tomaten die Stars des Tages sind, das Pfund für 1,29 Euro! Und da kommen auch schon die ersten Kunden, ganz vorne Renate Bergmann mit ihrem Hackenporsche, gefolgt von zwei Schülern, was machen die denn hier um 10.30 Uhr? Müssten die nicht...? Aber zurück zu den Topangeboten hier bei Lidl! Wir warten gespannt auf die Ankunft einer Palette mit Parkside-Akku-Rasenmähern für 79 Euro das Stück – und da ist das Ding! Das hat es noch nie gegeben! 32-Liter-Fangbox, 3650 Umdrehungen pro Minute! Jetzt aber schnell rüber zum Dulani Rindersaftschinken, 100 Gramm für 1,11 Euro, kommen Sie, ich nehme sie mit..."

Ein ganz normaler Vormittag bei Lidl TV? Nicht ganz. Noch plant das Unternehmen keine Live-Reportage aus dem Discountermarkt. Ins Fernsehgeschäft aber ist der Konzern bereits eingestiegen – mit einer ersten, 22-minütigen Live-Shoppingsendung vom Neckarufer. Weitere sollen folgen. Lidl wird damit zum TV-Anbieter in eigener Sache: "Ob spannende Live Shopping Events, Kochshows im Livestream oder digitale Weinproben – wir bringen jetzt Entertainment in deinen Alltag", heißt das in der Sprache des Telemarketings. Der Aldi-Konkurrent verspricht "spannende Insights" und "tolle Markenerlebnisse".

Und der Discounter ist nicht der einzige deutsche Konzern, der mit eigenen Live-Verkaufsshows experimentiert. Der Versandkonzern Otto, die Drogeriekette dm, Zalando, Weltbild, Douglas – sie alle sammeln derzeit Erfahrungen mit hauseigenen, moderierten Livesendungen. Großes Vorbild ist China, wo das Marktforschungsinstitut Coresight Researchd das Marktvolumen für Live-Shopping-Shows auf bis zu 300 Milliarden US-Dollar im Jahr schätzt. Das Livestream-Netzwerk Taobao des Versandgiganten Alibaba (doppelt so groß wie Amazon) hatte 2019 bereits rund 400 Millionen Zuschauer in mehr als 60.000 Livestream-Shows.

# Klicken Sie, um das Bild zu sehen.

Livesendungen auf der eigenen Webseite: Lidl experimentiert mit Shopping-Events.

Tausende Influencer – in China "Wanghong" oder "KOLs" genannt (Key Opinion Leader) – streamen live ihr Leben und dokumentieren stundenlang, welche Marken sie beim Essen, Ausgehen, Ankleiden oder Pflegen nutzen (und wo sie zu haben sind). Die Produkte sind jeweils nur einen Mausklick entfernt. Das füllt nicht nur ihre Accounts mit Online-Trinkgeld-Tokens in Form von Blümchen-Emojis, das spülte vor allem den angeschlossenen Markenhäusern 2019 umgerechnet 28 Milliarden US-Dollar in die Kassen. Diese Summe verdoppelt sich derzeit jedes Jahr.

Es ist die Fortsetzung der mittelalterlichen Marktschreierei mit den Mitteln des Smartphones. Hierzulande ist der Markt für Live-Shopping jenseits der Home-Shopping-Sender noch ein zartes Pflänzchen – aber der Einzelhandel setzt große Hoffnungen auf das Modell. Der Versandkonzern Otto hat nach der Erstsendung im November 2021 bereits viermal live gesendet (Beispiel: "Das Garden Glow Up – Eigenes Gemüsebeet, schicke Grill-Oase oder gemütliches Outdoor-Wohnzimmer? Jenny und Sabrina zeigen, wie dein Garten zum besonderen Wohlfühlort wird"). 32.000 Menschen sahen im Schnitt sechs Minuten zu. Immerhin. Man sei von dem Format "generell überzeugt", teilte das Unternehmen gegenüber dem eCommerce-Fachmagazin neuhandel.de mit. Mehr noch: Live-Shopping habe das Potenzial, "das Einkaufsverhalten zu revolutionieren – auch in Deutschland".

Amazon eröffnet erstes Ladengeschäft für Mode

# Die Shopping-Queen: Wo Elizabeth II. einkauft

# Darauf müssen Sie beim Brillenkauf achten

Die "Revolution" bei Lidl freilich startet recht bescheiden am Neckarufer in Heilbronn. Für "Lidl Live" standen dort "die Christiane" aus der Lidl-Personalentwicklung und "der Christoph" aus dem Lidl-Einkauf im Efeu (Nachnamen sind beim Verkaufsfernsehen unwichtig). Hinter ihnen hingen in einem rustikal gemeinten Holzregal Neoprenanzüge und Strandbekleidung. "Schön, dass ihr heute da seid bei unserem ersten Live-Shopping-Event", sagte die Christiane. "Wir sind hier am wunderschönen Neckar am Inselhotel in Heilbronn." Man werde jetzt im Livestream einige Lidl-Waren präsentieren – "und wenn ihr das Gefühl habt: Das will ich unbedingt haben – dann packt euch das Produkt direkt in den Warenkorb".

# Klicken Sie, um das Bild zu sehen.

"Schön, dass ihr heute da seid": Lidl-Mitarbeiter "Christoph" (I.) und "Christiane" in der firmeneigenen Verkaufsshow "Lidl Live".

"Ich trage meine Mistral-Beach-Short mit klassischem Surferbund und Gesäßtasche", erklärte dann der Christoph. "Mega eigentlich!", fand die Christiane und zeigt auf ihre eigene Blümchenshorts. "Und ich bin ja ganz auch begeistert von den Farben. Wunderschön! Eine superflotte Shorts, ein Hingucker!" Kunden konnten im Chat Fragen stellen und per Klick gleich bestellen. Am Ende, nach 22 Minuten dieser etwas hüftsteifen, smartphonefreundlich hochkant ausgestrahlten Verkaufsshow lautete ihr Fazit wenig überraschend: "Ich finde, es hat supersuper viel Spaß gemacht".

Was unterscheidet nun Live-Shopping vom klassischen Shopping-TV? Äußerlich wenig. Überzuckerte Moderation, offensive Positivität, scheinbar attraktive Preise, künstlicher Verknappungsdruck, gehobene Marktschreierei, Verführung zum Impulskauf – die Instrumente des Insistierens gleichen sich. Neu ist nur, dass Marken sich eben nicht auf die Plattformen der großen 24-Stunden-Kanäle wie QVC, HSE24 oder 1-2-3.tv begeben, sondern quasi mit Bordmitteln selbst das Beste aus zwei Welten kombinieren: die vermeintliche Authentizität der Influencerszene mit der trickreichen Darbietung aus dem Shoppingfernsehen.

# Klicken Sie, um das Bild zu sehen.

Die Bibi Claßen der Generation Ü-60: Der Sender HSE24 mit Moderatorin Judith Williams (I.) zählt zu den Marktführern im deutschen Teleshopping.

Denn hier wie dort geht es vor allem um Community-Building. Verkaufsfernsehen funktioniert am besten, wenn Käufer und Verkäufer zu einer shoppenden Schicksalsgemeinschaft verschmelzen, die geplagt von den kollektiven Zipperlein endlich das vermeintlich rettende Produkt entdecken, ob Hautcreme oder Massageroller. Denn was ist Judith Williams anderes als die Bibi Claßen der Generation Ü-60? Es sei wohl, schrieb einst die Stiftung Warentest, "die seltsame Faszination dieser Fernsehgemeinschaft von Kunden und Moderatoren, die Stammkäufer an ihren Teleshop bindet".

Ware überteuert und minderwertig? Shopping-TV funktioniert trotzdem

Lidl schickt deshalb auch nicht Profimoderatoren, sondern eigene Mitarbeiter vor die Kamera. Ebenso tat es Tchibo mit "Tchibo Live", wo die Lidl-Digitalmanagerin Ines von Jagemann zuvor beschäftigt war. Tchibo hat inzwischen eine Besinnungspause beim Shopping-Fernsehen eingelegt. Überall sonst aber steigt das Interesse. "Die vergangenen Monate haben gezeigt, dass das Format von unseren Kunden sehr gut angenommen wird", meldete die Otto-Tochtermarke Mirapodo im Magazin neuhandeln.de. Deshalb werde es weiterhin zwei- bis dreimal pro Woche eine neue Liveshow geben.

Optisches Vorbild ist natürlich das Shopping-TV. Dass dort angebotene Ware in Tests regelmäßig als überteuert und qualitativ minderwertig entlarvt wird – geschenkt. Keine echten Schnäppchen? Es funktioniert trotzdem. Und das, obwohl lineares Fernsehen doch als sterbenskrank und gestrig galt. Ausgerechnet der Einzelhandel setzt immer stärker auf die gemeinschaftsstiftende Kraft der Liveevents.

Lieferprobleme und Schließungen: "Russen-Aldi" Mere im freien Fall

Kleines Dorf in Schleswig-Holstein soll 24-Stunden-Supermarkt bekommen – unter einer Bedingung

Umfrage zeigt: Steigende Preise sorgen bei vielen Verbrauchern für große Sorgen

Der Markt wächst sogar: QVC allein verkaufte im Jahr 2020 über den eigenen Sender weltweit 239 Millionen Produkte – fünf Jahre zuvor waren es "nur" 169 Millionen. Dass ungefähr die Hälfte dieser Produkte Leggins mit Leopardenmuster waren, ist nur ein bösartiges Gerücht. Corona hat den Trend befeuert – denn wer seine Ware nicht direkt im Laden anpreisen kann, sucht sich seine Wege (wenn er

denn überhaupt noch über eigene Läden oder gar Fachverkäufer verfügt). Knapp fünf Milliarden Euro Umsatz machte die Teleshopping-Branche im Vor-Corona-Jahr 2019 in Europa, zwei Drittel davon in Deutschland und Großbritannien. Die treuesten Kunden sind Frauen jenseits der 50. Hier bestätigt die Statistik das Klischee.

Macht in Zukunft also jede große Marke ihr eigenes Ding? Kommt nach dem "Rewe Radio" auch das Rewe-Fernsehen? Und lässt sich, was in **China** auf riesigen Plattformen wie Taobao, Tmall, WeChat, Jingdong, Mogujie (Mogu) oder YY millionenfach funktioniert, überhaupt auf hiesige Märkte übertragen? Die Bereitschaft vor allem jüngerer Kundschaft jedenfalls, sich eher von Influencern durch den Shoppingdschungel leiten zu lassen als von gestandenen Verkäuferinnen von wechselnder Zutraulichkeit im Laden, scheint zu wachsen. Umgekehrt ist der technische Aufwand, eine Liveschalte auf der eigenen Webseite zu veranstalten, extrem gesunken.

Brauchen Konzerne einen eigenen TV-Sender?

Ganz neu ist die Idee der kollektiven Schnäppchenjagd als Liveevent natürlich nicht. Putzigerweise aber bekommt die alte Idee in eCommerce-Boomzeiten neuen Aufwind. Schon am 14. Dezember 1987 war der Teleshoppingkanal Eureka TV auf dem jungen deutschen Privatfernsehmarkt auf Sendung gegangen (aus dem dann am 1. Januar 1989 ProSieben wurde). Initiatoren waren damals der Versandhändler Quelle und der Reiseveranstalter Tjaereborg – beide sind heute pleite beziehungsweise nur noch als leere Markenhülle existent.

Sat.1 öffnete als erstes ein werktägliches Shopping-TV-Fenster namens "Sat.1 Tele-Shop", gefolgt von RTLplus mit der "Tele-Boutique" und dem Tele-5-Vorgänger musicbox mit dem "Tele-Bazar" 1988. Erst Mitte der Neunziger kamen die eigenständigen TV-Shoppingsender hinzu. Den Auftakt machte in Deutschland Home Order Television (H.O.T., heute HSE24) im Jahr 1995, ein Joint-Venture zwischen Quelle und dem ProSiebenSat.1-Konzern – ausgestrahlt zunächst nur im Nürnberger Kabelnetz. Es folgten QVC (seit 1996), Channel 21, der frühere "RTL-Shop" (seit 2001), dazu 1-2-3.tv (seit 2004), Juwelo TV (seit 2006), meinTVshop (seit 2008) und Pearl.tv (2012).

45 Jahre nach der Erfindung des Teleshoppings also zündet das Verkaufsfernsehen als "Live-Shopping" eine neue Stufe. Gehört in Zukunft für große Konzerne ein eigener "Marken-TV-Sender" dazu? Die Kraft des Liveerlebnisses erweist sich auch im Marketing als unschlagbar. Apple oder Samsung präsentieren ihre Neuheiten wie viele andere Marken längst in eigenen Live-Events, denen eine clever orchestrierte Mythenbildung vorausgeht. Große Fußballclubs produzieren ihre eigenen Sportsendungen für vereinseigene Portale. Politiker vermarkten sich selbst über mehr oder minder professionell gepflegte Instagram-Accounts, kurze Liveschalten inklusive. Brand Channels wie Volkswagen TV freilich sind bisher noch eher ins Konzerninnere gerichtete Werbetools ohne Massenwirkung nach außen. Doch warum sollten Adidas TV, IKEA24, Microsoft Live oder Lidl Live nicht eines Tages Entertainmentmarken mit angeschlossenem Homeshopping werden können?

Das Teleshopping kommt aus dem Radio

Pioniere wie Pearl.tv machen es vor: Selbst Jahrzehnte nach der Geburtsphase der großen Shoppingsender lässt sich noch ein neues Nischenangebot etablieren. Auch wenn man dafür zu allen Tricks greifen muss. Bei Peral.tv setzt man unverhohlen auf die Attraktivität seiner Moderatorinnen: Zu sehen sind laut Selbstauskunft Diana Naborskaia, "die liebenswerte Glücksfee", die "als Engel schon so mancher Weihnachtssendung ganz besonderen Glanz verliehen" habe, außerdem Monika Jasmin Wulf, "unser beliebter und wunderschöner Engel", oder auch Merve Niemann, die "bildhübsche 20-Jährige aus Peine".

Die Ursprünge des Teleshoppings freilich liegen gar nicht im Fernsehen, sondern im Radio: 1977 wollte ein Händler im lokalen Radiosender WWQT-AM 1470 in Clearwater (Florida) werben – konnte den Werbeplatz aber nicht bezahlen. Man einigte sich auf eine Begleichung durch Sachwerte. Der Sender erhielt statt Cash 112 olivgrüne, elektrische Dosenöffner der Marke Rival. Lowell Paxson, verantwortlicher Manager, ersann dann eine clevere Methode, um die Lieferung zu Geld zu machen: Er wies Moderator Bob Circosta an, die Dosenöffner für 9,95 Dollar pro Stück über den Radiosender zu verkaufen. Der Vorrat war innerhalb einer Stunde ausverkauft.

Circosta und Paxson wurden hellhörig. Und gründeten eine Firma. Heute hat das Home Shopping Network 4400 Mitarbeiter, setzt mehr als zwei Milliarden Dollar im Jahr um und ist in 140 Millionen Haushalten zu empfangen. Und das nur wegen der simplen Idee, einfach zwei der liebsten Dinge zu kombinieren, die Amerikaner tun: Shopping und Fernsehen.

Laden Sie sich jetzt hier kostenfrei unsere neue RND-App für Android und iOS herunter

Von Imre Grimm/RND

# Lesen Sie hier mehr...

Klicken Sie, um das Bild zu sehen.

Lidl testet Shopping-TV.

- CO Isack : Lidl Stiftung & Co. KG | otvers : OTTO GmbH & Co KG | tchibg : TCHIBO GmbH | Idlsz : Schwarz Beteiligungs GmbH | tfrk : Maxingvest AG
- i6411 : Supermarkets/Grocery Stores | iretail : Retail | i641 : Food Retailing | idollar : Discount Stores | i64 : Retail/Wholesale | i654 : Specialty Retailing | i656 : Mixed Retailing | i41 : Food/Beverages | ibevrge : Beverages/Drinks | icnp : Consumer Goods | icoffee : Coffee Products | inonal : Non-alcoholic Beverages/Drinks
- NS gtvrad : Television/Radio | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gent : Arts/Entertainment
- RE gfr : Germany | china : China | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | chinaz : Greater China | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | weurz : Western Europe
- IPD Wirtschaft
- PUB Leipziger Verlags- und Druckereigesellschaft mbH & Co. KG
- AN 文件 LEIPZO0020220613ei6d00dnq

SE Deutschland

HD Tauchsieder; Zieht Euch warm an!

By Schnaas, Dieter

WC 1,861 字

PD 2022年6月26日

SN WirtschaftsWoche Online

SC WIRONL

LA 德文

CY Copyright 2022 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

Bundeskanzler Olaf Scholz deutet an, doch noch als Staatsmann reüssieren zu wollen. Nur für ein paar schöne Gipfeltage? Das wäre bitter. Auf die Deutschen kommen schwere Jahre zu.

Doch, doch, die Rede war gut. Vielleicht sogar besser als die am 27. Februar. Damals, drei Tage nach der Überfall Russlands auf die Ukraine, hat Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zeitenwende diagnostiziert: "Die Welt danach ist nicht mehr dieselbe wie die Welt davor." Am vergangenen Mittwoch endlich proklamierte er sie auch: "Die Zeitenwende war nie nur eine Zustandsbeschreibung. Aus ihr ergibt sich ein Handlungsauftrag."

TD

Vier lange Monate hat Olaf Scholz das Wort von der "Zeitenwende" im Mund geführt, um sie den Deutschen möglichst zu ersparen. Jetzt endlich deutet er an, sie den Deutschen auch zumuten zu wollen, zumuten zu müssen – weit über die 100 Milliarden Ertüchtigungseuro für die Bundeswehr hinaus.

Redet da ein Bundeskanzler, der vielleicht doch noch das Zeug hat, in der vielleicht heikelsten Lage des Kontinents seit "Luftbrücke", "Berlin-Krise" und "Nato-Doppelbeschluss" zum Staatsmann von Format zu reifen? Oder nur einer, der gleich nach den schönen Gipfelbildern wieder halbwegs Normalität simulieren und etwa Tankrabatte durchwinken wird?

Das wäre bitter. Denn auf die Deutschen und die Europäer kommen drei, vielleicht fünf, wahrscheinlich zehn sehr schwere Jahre zu. Und zwar ganz gleich, ob Putin uns noch zwingen wird, "jeden Quadratmeter des Bündnisgebietes" zu verteidigen (Scholz) oder nicht. Putin greift Europa nicht nur militärisch, sondern auch wirtschaftlich und ideologisch an. Er kappt die Gaszufuhr. Er will uns im Winter frieren sehen. Er treibt Keile in die EU. Er will Unruhe stiften. Er will unsere Gesellschaften zerstören.

Und seine Chancen stehen nicht schlecht. Weil die USA wegen ihrer supermächtigen Interventionspolitik in weiten Teilen der Welt übler beleumundet sind als Russland und China und die von Trumpisten angezettelten Kulturkämpfe im Land selbst die Demokratie und den sozialen Frieden aushöhlen. Weil speziell das Geldsystem in Europa verfault, die Währung verweichlicht und die Europäische Zentralbank (EZB) die nächste Euro-Krise nur zum Preis einer kontraintuitiven (und auf Dauer auch kontraproduktiven) Zinspolitik wird verhindern können. Weil Gas und Öl knapp werden und Strom und Wärme sehr kostbar, weil zugleich Lieferkettenprobleme, Sanktionen und Corona die Preise treiben, weil eine Rezession daher sehr wahrscheinlich ist und die Inflation große Löcher in unsere Portemonnaies reißt – und vor allem, wenn der Kanzler in dieser Lage weiter merkelt und werkelt wie bisher und mit dem ein oder anderen Entlastungspaket so tut, als würden sich die Dinge schon irgendwie wieder zurecht ruckeln.

Nichts wird sich zurecht ruckeln. Und Olaf Scholz hat vier lange Monate verloren, weil er die welthistorische Dimension des russischen Angriffskriegs und Neoimperialismus nicht verstand. Beispiel Gasembargo. Die inzwischen fast schon regierungsamtliche Schadenfreude darüber, dass angeblich leichtsinnige Modell-Ökonomen heute nichts mehr von verkraftbaren Effekten eines sofortigen Lieferstopps wissen wollten, ist vor allem unverschämt: Niemand bestreitet, dass die Gasspeicher heute nicht zu 60 Prozent gefüllt wären. Allerdings ging es in den Szenarien der Wissenschaftler vor allem darum, der Politik Handlungsoptionen gegen einen (seit einem Jahr schon drohend am Gashahn drehenden!) Diktator und der Industrie Substitutionsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die entscheidende (rhetorische) Frage lautet daher: Haben Politik und Industrie inzwischen wirklich alles getan, um gegenüber Putin vor die Lage zu kommen und auf den Fall der Fälle vorbereitet zu sein – oder haben sie im stillen, lobbyistischen Einvernehmen vielleicht doch eher vier Monate darauf verzichtet, mit

Hochdruck alle Einspar- und Ersatzpotenziale zu erschließen? Die Signale der Politik: Tankrabatt statt Tempolimit. Energiegeld für alle statt Sparanreize. Business as usual.

Vier lange Monate hat Olaf Scholz so getan, als seien die Zeiten vielleicht doch noch nicht vorbei, in denen Deutschland den militärischen Selbstschutz an die USA delegieren konnte, um als moralische Supermacht zu reüssieren – als würde Deutschland noch zwei, drei Jahre lang üppige Friedensdividenden in Form von billigem Russlandgas einstreichen und sich zur Steigerung seines Wohlstands China an den Hals werfen können mit der Selbstbetrugsformel vom "Wandel durch Handel". Jetzt endlich sagt Scholz: "Wir werden über die Rolle von Demokratien sprechen bei der Verteidigung offener, resilienter Gesellschaften und der Durchsetzung von Menschenrechten."

Vier lange Monate hat Scholz an der neuen welthistorischen Lage vorbei gezögert und gezaudert – als politisches Irrlicht vom Dienst, peinlich oszillierend zwischen der gratispazifistisch-russophilen Doppeltradition seiner Partei und der nachhaltigen Pflege eines Zerrbilds deutscher Staatsräson ("Nie wieder Krieg"), zwischen kruder Geschichtsblindheit (der Kolossalblödsinn der "Wilhelm-Zwo"- und "Schlafwandler"-Analogien) und flagranter nationalwirtschaftlicher Selbstgefälligkeit ("Nordstream 2"). Jetzt endlich sagt er: Der Westen muss einig sein und "standhaft Kurs halten… mit unseren Sanktionen (und) Waffenlieferungen".

Lesen Sie auch: E.On-CEO Birnbaum erzählt im Podcast, warum Fracking in Deutschland kein Tabu mehr sein darf, das Netz ohne massiven Ausbau bald überlastet sein wird – und wie stark der Gaspreis explodieren wird.

Vier lange Monate hat Scholz sich von Russlands Potentat Wladimir Putin vorführen und einschüchtern lassen, weil er wieder und wieder nicht wahrhaben wollte, dass dieses Russland finster entschlossen ist, der Feind des Westens und des Friedens in Europa zu sein, des Rechtsstaats und der Demokratie, der Selbstbestimmung der Völker und der individuellen Freiheit – obwohl Putin Berlin und Hamburg, Leverkusen und Ludwigshafen mit dem Atomtod drohte und seine politischen Knallchargen, voran Putins Primäruntertan Dmitri Medwedew, täglich neue Zynismuslevels erreichten und Verhetzungslimits überschritten. Jetzt endlich sagt Scholz (mit Bezug auf die Nato-Russlandakte), eine Partnerschaft "mit Putins aggressivem imperialistischen Russland" sei "auf absehbare Zeit unvorstellbar".

Vier lange Monate schließlich hat Scholz sich offenbar schlecht beraten lassen von erfahrenen Beamten, die sich für ihre routinierte Metiersicherheit bewundern und so sehr von der Reichweite ihrer Gesprächskunst und der Belastbarkeit ihrer Kreml-Kontakte und überhaupt von der kommunikativen Vernunft überzeugt sind, dass die Stabilität ihres Diplomaten-Weltbilds nicht mal mehr durch eine undiplomatisch gewordene Welt zu erschüttern ist. Jetzt endlich sagt Scholz: "Ich werde sie nicht vergessen: die frischen Gräber, die zerbombten Wohnungen, die zerstörten Brücken, die von Schüssen durchsiebten Autos. Sie sprechen eine eindeutige Sprache."

# Die vier zentralen Kriegsszenarien

Jetzt müsste nur noch Olaf Scholz sie sprechen – und zwar regelmäßig. Sonst wird er die Bürger dieses Landes in den nächsten Jahren verlieren. So düster sind die militärischen Szenarien und so hoch hängen die politischen Trauben, so gewaltig sind die gesellschaftlichen Aufgaben und so unauflösbar die ökonomischen Dilemmata, dass alle Zuversicht mit Blick auf die nächsten Jahre ruchlos erscheint. Die Deutschen müssen sich darauf gefasst machen, sich dauernd bedroht zu fühlen und dass ihre zentralen Projekte in weiten Teilen der Welt zurückgewiesen werden (Demokratie, Liberalität, Rechtsstaatlichkeit, Menschenrechte), dass dem Land die Kapazitäten fehlen, um etwa seine Klima- und Verkehrsziele zu erreichen – und dass erhebliche Wohlstandsverluste sehr wahrscheinlich sind. Und sie brauchen dafür einen Kanzler, der nicht nur nachsorgender Wundarzt sein will, sondern sich auch als politischer Präventiv- und Reformmediziner versteht. Die vier zentralen politischen Krisenszenarien im Überblick (von den wirtschaftlichen ein anderes Mal):

- 1. Russland wird den Krieg gegen die Ukraine nicht mehr verlieren. Dafür ist es zu spät. Die Ukraine wird ihr Land mit Mühe verteidigen, aber nicht den Donbass, schon gar nicht die Krim zurückerobern können, auch nicht mit neuen Waffen aus dem Westen. Wahrscheinlich ist, dass Russland Luhansk erobert und weite Teile von Donezk, dann einen Waffenstillstand anbietet, um sich militärisch zu erholen und neue Kräfte zu sammeln, seine Wirtschaftsbeziehungen neu zu ordnen und ein Netz von internationalen Bündnispartnern zu spinnen. Die Konfrontationslinie zwischen Russland und EU-Europa verläuft dann mitten durch das Spannungsgebiet eines Beitrittskandidaten. Eine stabile Befriedung des Konflikts ist fürs Erste unmöglich. Ein militärischer Konflikt zwischen Russland und Europa auf dem Boden der Ukraine ist jederzeit denkbar.
- 2. Die Nato als US-geführtes Bündnis wird ihre Glaubwürdigkeit in der Welt nur mit dem Paradox einer "zu allem entschlossenen Defensivität" zurückerobern so wie es ihr in Osteuropa seit dem Fall der Mauer gelungen ist. Das Narrativ einer expansiven, erobernden, drohenden Nato kann nurmehr in

geschlossenen Meinungsdiktaturen wie Russland und China verfangen und wird hierzulande nur noch nachgebetet von Menschen, die es mit der Freiheit und der Selbstbestimmung von Menschen und Staaten nicht so genau nehmen.

Aber es wird noch lange dauern, den antiamerikanischen (und antikolonialen) Whataboutism in Russland und China, aber auch in Indien und vielen anderen Ländern Asiens, in Afrika und im Nahen Osten abzubauen: Die Amerikaner und Europäer haben doch in der Vergangenheit auch..." Dieser Whataboutism ist die abstoßende, selbstblinde Kehrseite teils berechtigter Kritik an moralischer Doppelbödigkeit (Irak) und akzidentiellen militärischen Interventionen (Syrien, Afghanistan), aber auch an der Dominanz asymmetrisch verteilter Gewinne im globalen Kapitalismus und einer First-World-orientierten Problembewirtschaftung (vulgo: Klimazölle statt Coronaimpfstoffe und Armutsbekämpfung). Und "der Westen" hat hier sehr viel Überzeugungsarbeit zu leisten – vor allem mit Blick auf die vielen "blockfreien" Länder (Indien, Pakistan, Indonesien, Brasilien, Südafrika, Nigeria etc.), die mit Sicherheit versuchen werden, die konfrontative Weltlage schaukelpolitisch für sich auszunutzen, um situativ und kühl das Beste für sich rauszuholen: dezidiert an keiner Seite.

3. Die USA stehen in einem ideologischen Krieg mit sich selbst. Liberale Waffengesetze und ein vorvorgestriges Abtreibungsrecht, Wahlreformen zum Nachteil der Demokratie und anhaltende Versuche zur Delegitimation des Wahlergebnisses, schließlich eine GOP-Partei, die in weiten Teilen nicht mehr auf dem Boden der Verfassung stehen will – die Demokratie ist schwer beschädigt in den USA und die Republik steht auf dem Spiel dort – nach wie vor.

Und Donald Trump ist der Elefant im Raum nicht nur der amerikanischen Innenpolitik, sondern auch der Geopolitik. Lanciert die Republikanische Partei in zweieinhalb Jahren Trump oder einen Trumpisten ins Weiße Haus – und Europa ist bis dahin noch nicht fähig zu seiner Selbstverteidigung, dürfte Putin das als Einladung verstehen, abermals den Verteidigungswillen der Nato in Europa zu testen, abermals Fakten zu schaffen – um anschließend über die Köpfe Europas hinweg mit Trump großmächtige "Deals" zu verhandeln. Es wäre eine Einladung an China, Taiwan zu erobern. Der Triumph einer Politik der Einflusszonen. Ein Purzelbaum zurück ins 19. Jahrhundert – nur diesmal ohne Europa. Eine neue Welt.

4. EU-Europa muss sich daher jetzt doppelt militärisch absichern, und zwar schnell, im Rahmen der Nato und im Rahmen der EU, sonst stehen seine Macht, seine Unabhängigkeit, sein Wohlstand – seine schiere Existenz zur Disposition. Und EU-Europa muss wirtschaftlich als "einladende Einheit" auftreten, als normativ angereichertes Mustermodell für eine künftige Welt im Interesse aller Menschen, auch der des "globalen Südens".

Lesen Sie auch: Die neue Weltunordnung

Das meint keine Abkehr von einer wertorientierten Außenpolitik, schon gar keine falsche Anbiederung im Sinne einer Relativierung der Staatsräson wie jetzt im Falle Deutschlands gegenüber den Machern der documenta. Sondern das meint im Gegenteil: die Akzentuierung und Sichtbarkeit einer wertorientierten Außenpolitik, meint einen Gegenentwurf zur chinazentrierten "Schicksalsgemeinschaft der Menschheit" (Chinas Präsident Xi Jinping), der sich auf Klima- und Naturschutz-, Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen erstreckt – und seinen Ausgangspunkt hat in dem elementaren Verständnis von Freiheit, nicht in der Macht eines anderen zu stehen.

Eine solche Politik kann glaubhaft versichern, Ziele aus guten Gründen zu verfolgen, Menschenrechte aus Überzeugung zu protegieren, funktionierende Institutionen (Rechtsstaat, Korruptionsfreiheit) aus Erfahrung zu fördern: weil sie dem Wohlstand und dem Wohlergehen der Menschen förderlich sind. Ja, sie könnte den Menschen des "globalen Südens" womöglich auch glaubhaft eine provokante Frage stellen: Wohin zöge es Studenten, Wissenschaftler und Migranten in Zukunft, wenn Europa, die USA, Kanada und Australien ihre Werte und ihren Wohlstand nicht mehr verteidigen könnten?

Lesen Sie auch: Geschäftsmodell des Exportweltmeisters - kann der Bundeskanzler Härte und Handel?

- ART Der Kanzler am Gipfelkreuz. Foto: Getty Images
- co nato: North Atlantic Treaty Organization
- NS gpol : Domestic Politics | gpir : Politics/International Relations | gdip : International Relations | gvexe : Executive Branch | gcat : Political/General News | gvbod : Government Bodies
- russ: Russia | gfr: Germany | china: China | ukrn: Ukraine | usa: United States | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: Eastern Asia | eecz: European Union Countries | eeurz: Central/Eastern Europe | eurz: Europe | namz: North America | ussrz: CIS Countries | weurz: Western Europe
- IPD Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 WIRONL0020220626ei6q00004



SE INTERVIEW

HD ZUR PERSON; "Wir sind Kriegsziel"; EVP-Chef Weber über Putins Großmacht-Pläne, Versäumnisse im Kanzleramt und kommende Zumutungen für die Deutschen

WC 1,864 字

PD 2022年7月3日

SN Der Tagesspiegel

SC TAGSS

PG 3

LA 德文

CY Copyright 2022. Verlag Der Tagesspiegel GmbH. All rights reserved. For further information see

LΡ

Herr Weber, auch CDU/CSU haben lange auf Wladimir Putin als Partner gesetzt. Jetzt wird Gas als Waffe eingesetzt. Wie hoch wird der Preis, den speziell Deutschland dafür zahlen muss?

Wir müssen mit einem schwierigen Winter rechnen. Mit der Entschlossenheit, mit der Putin auftritt, ist davon auszugehen, dass er die Lieferungen drosselt oder stoppt. Und deswegen müssen wir uns darauf jetzt vorbereiten. Für Deutschland bedeutet das, dass wir alle Energieformen, die wir haben, nutzen. Das heißt auch Kernenergie. Schauen Sie sich in Europa um: Die Niederländer bauen zum Beispiel zwei neue Kernkraftwerke. Ganz Europa macht das, was Deutschland bisher verweigert.

TD

Aber die Grünen pochen darauf, dass Isar 2, Neckarwestheim 2 und Emsland als letzte Anlagen Ende 2022 abgeschaltet werden ...

Es ist für mich schlicht nicht nachvollziehbar, warum die Kohlekraftwerke in dieser Situation gut sind und die Kernkraft schlecht ist. Wir sind in einer Notlage, in der jeder Energieträger gebraucht wird. Deswegen müssen wir jetzt Ideologien überwinden und pragmatische Lösungen finden. Ich bin bestimmt kein Kernkraft-Fanatiker, aber fast ganz Europa sieht die Kernkraft als wesentlichen Teil für die Zukunft.

Ganz akut ist aber vor allem der Gasmangel, der vor allem für das Heizen Probleme mit sich bringt, da helfen auch keine Kernkraftwerke. Fürchten Sie nicht, dass im nächsten Winter das Motto gelten wird: Rette sich, wer kann? Dass sich also in der EU jeder zunächst selbst versorgen will?

Europa braucht unbedingt Entscheidungen zu einer verbindlichen Energie-Solidarität. Ich möchte kein Durcheinander mehr erleben wie in der Pandemie, wo jeder die Grenzen dichtgemacht, sich selbst mit Masken versorgt hat, als Europa gescheitert ist. Sprich, wir brauchen verbindliche Mechanismen, wie wir solidarisch mit dem Gas umgehen, das in den Speichern ist, damit nicht jeder nur auf sich selbst schaut. Im Herbst, wenn es wirklich ernst wird, müssen diese Mechanismen funktionieren.

Das Flüssiggas landet bisher mangels eigener Terminals in Belgien und den Niederlanden an – fürchten Sie, dass diese Länder das Gas nicht mehr abgeben, wenn die Lage sich verschärft?

Es sollte noch im Juli einen EU-Sondergipfel geben, um verbindliche Maßnahmen für eine gerechte Gasverteilung zu beschließen. Die EU muss endlich lernen, sich auf die Krise vorzubereiten und nicht nur auf die Krise dann, wenn sie da ist, mit Hektik und mit Problemen zu reagieren – wie es in der Pandemie geschehen ist. Endlich muss Europa lernen, vorausschauend zu arbeiten. Und deswegen wäre Führung der Staats- und Regierungschefs dringend geboten.

Aber was konkret wäre notwendig, um kalte Wohnzimmer und eine zusammenbrechende Industrieproduktion zu vermeiden?

Wir brauchen einen verbindlichen Mechanismus, dass die europäischen Gasspeicher gemeinsam bewirtschaftet werden. Nicht, dass der, der Glück hat, weil die Gasleitungen ein bisschen näher sind, volle Gasspeicher hat, der Profiteur ist und der andere dann Energieknappheit erleben wird im Herbst. Gas, das in Europa ankommt, muss gerecht verteilt werden. Auch das Flüssiggas. Es gibt aber noch weitere Facetten.

## Welche?

Wann schaffen wir es endlich, eine Einkaufsgemeinschaft zu werden? Es ergibt doch keinen Sinn, dass Robert Habeck, der französische Energieminister, der österreichische Energieminister, dass die alle nach Katar fliegen und Verträge abschließen. Die Preise für die Verbraucher würden reduziert, wenn die EU gemeinsam einkauft. Wir müssen auch darüber hinausdenken. Warum finanziert die EU nicht gemeinsam große Fotovoltaikprojekte im Süden Europas, statt dass jeder auch im sonnenärmeren Norden Anlagen errichtet? Das hätte auch positive wirtschaftliche Effekte für den Süden, der aufholen muss, wenn wir da eine gemeinsame Energiepolitik machen.

Das ist aber mit den EU-Verträgen nicht so einfach zu machen.

Ja, der jetzige Lissabon-Vertrag gibt beim Energiebereich nur begrenzte Kompetenzen. Auch bei der Pandemie war das so, trotzdem hat die EU gemeinsam Impfstoffe beschafft. Aber die Lage zeigt: Wir brauchen jetzt die Kraft, die Architektur Europas anzupassen. Wir sind nicht vorbereitet auf die Stürme der Zeit, in denen wir leben. Deshalb ist ein Verfassungskonvent notwendig; eine Erneuerung der Europäischen Union, damit wir uns vorbereiten auf das nächste Jahrzehnt. Europa ist eine Schicksalsgemeinschaft, und die Europäer haben es in vielen Bereichen geschafft, voranzukommen. Trotz aller Krisen: Wir leben heute im besten Europa, das wir je hatten.

In Sachen Gasversorgung sind wir aber in Putins Falle getappt. Die langjährige Kanzlerin Angela Merkel will Nord Stream 2 dennoch nicht als Fehler bezeichnen ...

Es war ein Fehler, Nord Stream 2 zu bauen. Der Bau wurde ja nach der Krim-Annexion gemacht. Und die Krim war der eigentliche Tabubruch. Erstmals wurden Landgrenzen auf europäischem Boden nach dem Zweiten Weltkrieg mit Waffengewalt, mit militärischen Mitteln verschoben. Ich habe das wie manch andere immer wieder thematisiert. Es gab viele, gerade außerhalb Deutschlands, die gewarnt haben. Es war eine Fehleinschätzung, die Energieabhängigkeit von Russland so massiv zu erhöhen. Da sollten wir uns auch ehrlich machen, damit man solche Fehler nicht wiederholt, etwa im Umgang mit China.

2019 erklärten Sie, dass Sie im Fall Ihrer Wahl zum Kommissionschef Nord Stream 2 stoppen würden. War es deutsche Arroganz, die entsprechenden Warnungen der Osteuropäer und der USA zu ignorieren?

Im Rückblick ist man natürlich immer schlauer. Wer damals auf die Vernunft der russischen Führung gesetzt hat, handelte nicht böswillig. Aber wir leben heute in einem neuen Europa. Die mittel- und osteuropäischen Staats- und Regierungschefs, von denen es viele in den Reihen der EVP gibt, sind seinerzeit in Berlin und Paris zu wenig gehört worden. Mit diesem Krieg ändert sich auch die Machtarchitektur der EU. Die Mittel- und Osteuropäer werden künftig mit mehr Selbstbewusstsein auftreten. Das tut Europa gut.

Die Osteuropäer sind auch die Treiber bei den Waffenlieferungen. Kann das gut gehen, Frieden schaffen mit Waffen?

Frieden bekommen wir nur aus einer Position der Stärke heraus. Ich bin sicher, dass der Ansatz Appeasement nicht funktioniert, das ist vor dem Zweiten Weltkrieg und in anderen historischen Situationen kläglich gescheitert. Deswegen ist Stärke, Geschlossenheit und Entschiedenheit erforderlich. Mit diesem Putin-Russland kann es heute keinen Dialog geben. Selbst bei einem Waffenstillstand kann Europa mit diesen Kriegsverbrechern kein business as usual betreiben. Notfalls müssen wir noch mehr einsetzen, als wir bisher tun.

Viele Bürger, gerade in Ostdeutschland, sehen das als brandgefährlich an, wollen keine weiteren Waffenlieferungen ...

Deutschland und die EU sind nicht Kriegspartei. Aber wir sind Kriegsziel, das sollten sich alle bewusst machen. Putin will eine Eurasische Union von Lissabon bis Wladiwostok. Und Putin tut bisher, was er sagt. Ab wann wir Kriegspartei wären, definiert Putin selbst. Er hasst unsere Art zu leben. Es ist ihm zuwider. Die Freiheit, die Demokratie, der Rechtsstaat. Um nichts weniger als das geht es, und das muss man mit aller Klarheit beschreiben.

Sie waren gerade auch beim G7-Gipfel in Elmau und reden viel mit Kollegen in Brüssel. Wie wird Bundeskanzler Olaf Scholz gesehen?

Die Bundesregierung wird leider wahrgenommen als Bremsklotz. Wenn heute die Ukraine fallen würde, dann würden welt- und europaweit viele sagen, Deutschland trägt große Mitverantwortung, weil die Regierung zu lange gezögert hat. Und jetzt sind sie erst bei ein paar Panzerhaubitzen angelangt. Die Leute im Umfeld des Kanzlers, wie sein außenpolitischer Berater, sagen, wir müssen uns jetzt über die Beziehungen zu Russland nach dem Krieg Gedanken machen. Ich nenne das Appeasement, was da von

manchen im Kanzleramt gemacht wird. Ich bin fest überzeugt, dass es nur einen Weg gibt, nämlich Entschlossenheit und Stärke. Und deswegen muss die Regierung deutlich mehr Unterstützung und Waffen an die Ukraine geben. Wir müssen uns sogar mittelfristig darauf einrichten, dass das eine Art Kriegswirtschaft werden könnte, dass die Rüstungsproduktion in Europa ausgeweitet und kontinuierlich weiter aufgebaut werden muss. Die Ukraine braucht dringend weitere Finanzhilfen – und einen großen Wiederaufbauplan.

Warum werfen Sie Scholz Appeasement vor? Eine Mehrheit der Bürger unterstützt den abwägenden Kurs des Kanzlers ...

Die Bundesregierung war bei den Waffenlieferungen sehr zögerlich, bei den Swift-Sanktionen war Deutschland das letzte Land in der Europäischen Union. Wir sind in einer historischen Phase. Die jetzige Wahrnehmung von Berliner Politik ist, dass es zu wenig deutsche Führung in Europa im positiven Sinn gibt. Das, was Angela Merkel geschafft hat, die stille, ruhige Art, das fehlt. Es braucht diesen Pfeiler, der zusammenführt, der im Rat Ergebnisse möglich macht. Jetzt wird zum Glück einiges neu akzentuiert, neu priorisiert. Aber das entstandene Bild ist kaum zu kitten.

Was ärgert Sie da besonders?

Olaf Scholz hat uns Deutschen erklärt, dass wir Putins Drohung vor einem Atomkrieg ernst nehmen müssen. Das ist das Bestätigen von russischer Propaganda für mich. Wenn wir auf diese Falle reinfallen, dass wir aus vorauseilender Angst zurückhaltender werden in der Ukraine-Unterstützung, weil mit nuklearer Gefahr gedroht wird. Das ist doch genau das, was Putin sich wünscht: Verunsicherung, Angst und Spaltung. Aber in dieser Krisenzeit ist es notwendig, voranzugehen, Orientierung zu geben. Und das vermisse ich übrigens auch beim französischen Präsidenten Emmanuel Macron.

Wie würden Sie den bisherigen Eindruck auf EU-Ebene von Kanzler Scholz zusammenfassen?

Es herrscht der Eindruck, dass die Führungsmacht Deutschland nicht ausreichend vorhanden ist. Sollten wir in dieser Situation scheitern, wäre es ein historisches Versagen.

Sollte Deutschland die Ukraine mit Marder-Schützenpanzern und Kampfpanzern vom Typ Leopard 2 unterstützen?

Ich bin der Meinung, dass wir die Ukraine in Abstimmung mit den Nato-Partnern da unterstützen sollten, wo sie den Bedarf hat – also auch bei schweren Waffen.

In der Folge des Ukraine-Krieges steht Europa und Deutschland möglicherweise ein heißer Herbst bevor, wenn Nachzahlungen bei den Energierechnungen fällig werden.

Für die Schwächsten in der Gesellschaft brauchen wir dauerhafte Maßnahmen, um der Inflation etwas entgegenzusetzen. Strohfeuer wie beim Neun-Euro-Ticket sind zu wenig. Allerdings würde die Politik lügen, wenn wir jetzt den Menschen sagen, es würde sich nichts verändern. Durch den Krieg und das Zerreißen der weltweiten Lieferketten, die bis nach **China** reichen, verändert sich die Welt fundamental. Das deutsche Geschäftsmodell, das zum Teil auf günstiger Energie und Absatzmärkten in **China** basiert, kommt gerade an sein Ende. Deswegen wird sich auch das Leben hierzulande verändern.

Wir werden ärmer.

Deutschland ist stabil, robust und hat gute Chancen, den Wohlstand zu sichern, aber es wird sich viel verändern müssen. Der Staat kann dabei nicht alles mit Schulden lösen. Stattdessen muss Europa in der Lage sein, sein kreatives Potenzial mit hervorragend ausgebildeten Menschen in Nord und Süd sowie einer hervorragenden Infrastruktur zu nutzen.

Wie lange wird es dauern, bis die Sanktionen in Russland ihre volle Wirkung entfalten? Und wie lange muss auch die Bevölkerung in Deutschland noch durchhalten?

Mittel- und langfristig wird die russische Volkswirtschaft einen enormen Schaden davontragen. Es wird so lange Sanktionen geben müssen, wie russische Soldaten auf ukrainischem Territorium stehen. Wir dürfen nicht den Eindruck erwecken, dass bei einem Waffenstillstand die Sanktionen wieder aufgehoben werden. Das würde das System Putins stärken. Er würde die Atempause nutzen, um dann noch stärker zuzuschlagen.

Das Interview führten Stephan-Andreas Casdorff, Georg Ismar und Albrecht Meier. PARTEIEN-CHEF

Manfred Weber hat vor einem Monat die Nachfolge des polnischen Ex-Regierungschefs

Donald Tusk als Vorsitzender der Europäischen Volkspartei (EVP) angetreten, eines Zusammenschlusses christdemokratischer und konservativer Parteien in Europa.

# **SANKTIONEN**

Der CSU-Politiker teilt das Ziel der Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen, den russischen Angriffskrieg mit harten EU-Sanktionen zu beantworten. Dieser Kurs widerstrebt vor allem dem ungarischen Regierungschef Viktor Orbán – bis zum vergangenen Jahr selbst Mitglied der EVP.

#### **EUROPAWAHL**

Der 49-Jährige sieht vor der Europawahl 2024 seine Aufgabe darin, das EVP-Parteienbündnis wieder zur stärksten Kraft zu machen.

- IN i1610109 : Nuclear Power Generation | i1 : Energy | i16 : Electricity/Gas Utilities | i16101 : Electric Power Generation | ieutil : Electric Utilities | iutil : Utilities
- NS gpol: Domestic Politics | nitv: Interviews | npeo: People Profiles | ccat: Corporate/Industrial News | gcat: Political/General News | gpir: Politics/International Relations | ncat: Content Types | nfact: Factiva Filters | nfcpex: C&E Executive News Filter
- RE gfr : Germany | eurz : Europe | russ : Russia | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | eecz : European Union Countries | eeurz : Central/Eastern Europe | ussrz : CIS Countries | weurz : Western Europe
- IPD INTERVIEW
- PUB Verlag der Tagesspiegel GmbH
- AN 文件 TAGSS00020220702ei730000h

SE Ausland

HD Wirtschaftshistoriker Adam Tooze; Er ist der Krisenerklärer Europas und sagt: "Deutschland sollte jetzt nicht als Erstes plump Solidarität einfordern"

WC 2,151 字

PD 2022年7月27日

SN Stern Online

SC STERONL

CY Copyright 2022. Gruner+Jahr AG & Co KG

LP

Eine neue Eurokrise kann sich Europa nicht leisten, sagt Adam Tooze. Der Wirtschaftshistoriker ist einer der bekanntesten Krisenerklärer in den USA und Europa. Notfalls müsse Deutschland auch für Italiens Schulden einstehen, sagt er.

Herr Tooze, Sie waren vor einigen Wochen nach langer Zeit wieder in Europa. Als Brite, der in New York lebt: Wie waren Ihre Eindrücke, was hat sich verändert? Mein erster Eindrück in Berlin war, dass sich sehr wenig verändert hat. Alles war wie immer, und ich habe mich prompt mit Corona angesteckt – zum ersten Mal übrigens.

TD

Das tut uns leid! Und abgesehen davon? Wenn man aus der Perspektive der USA auf Europa schaut, dann hat man immer wieder den Eindruck, dass in Europa wirklich an Problemen gearbeitet wird – sei es an der Klimakrise oder an der Auseinandersetzung mit Russland. Es geht bei Ihnen viel mehr um die Sache, anders als etwa in Großbritannien oder hier in den USA, wo die Politik schon wieder paralysiert ist.

Haben Sie den Eindruck, dass Europa heute verwundbarer ist als 2008 oder 2010? Nein, weniger. Europa hat sich ein Instrumentarium zugelegt, mit dem es auf Krisen reagieren kann. Nehmen Sie nur die jüngste Ankündigung der Europäischen Zentralbank, im Notfall Anleihen der Eurostaaten zu kaufen, um einen Zerfall der Eurozone zu verhindern. Natürlich sind solche Instrumente immer noch umstritten, gerade in Deutschland. Aber man sieht, dass sich die europäische Geld-und Finanzpolitik weiterentwickelt. Ganz ähnlich war es 2020 in der Corona-Krise, als die EU den großen Wiederaufbaufonds aufgelegt hat. Das ist europäischer Fortschritt.

Ihre Zuversicht freut uns, aber in Italien ist gerade Regierungschef Mario Draghi zurückgetreten. Bei den anstehenden Neuwahlen könnten Postfaschisten zusammen mit Ultrarechten an die Macht kommen, die offen die Nähe zu Wladimir Putin suchen. Glauben Sie, dass Europa mit so einer Entwicklung fertig würde? Italien könnte sich tatsächlich zur nächsten großen Krise für Europa entwickeln, denn dort ballen sich die Probleme. Aber auch das ist zu meistern, wenn man bereit ist, die richtigen Instrumente zu ergreifen. Das muss keine Tragödie werden.

Würden Sie zustimmen, dass Draghis Regierung die erste in Westeuropa ist, die als Folge des Krieges gescheitert ist? Unbedingt! Es ist die erste Regierungskrise, die direkt auf den Krieg zurückzuführen ist. Allerdings auch befeuert durch die speziellen Bedingungen in Italien.

Drohen solche Entwicklungen nicht auch in anderen Staaten Europas, in Frankreich etwa, wo es auch sehr starke Rechtspopulisten gibt? Diese Sorge halte ich für überzogen. Frankreichs Präsident Emmanuel Macron ist weniger verwundbar als das Doppelgespann aus Draghi und dem italienischen Staatspräsidenten Sergio Mattarella. Natürlich gibt es noch Ungarn, aber Ungarn ist ein ganz anderes Spiel. In Deutschland etwa, das viel mehr im Zentrum der Energiekrise steht, ist die Lage stabil. Nein, Italien ist wirklich ein Spezialfall.

Italien Römische Tragödie: Populisten sind auf dem Vormarsch. Warum Europa verliert und Putin profitiert Vor 19 Stunden

Das macht eine Krise dort aber nicht weniger gefährlich. Richtig ist, dass die Krise dort auf ganz vielen Ebenen stattfindet. Politisch etwa, wenn man sich anschaut, wie groß die Nato-Skepsis und der Widerstand gegen Waffenlieferungen an die Ukraine sind. Und wirtschaftlich und finanziell mit der hohen Inflation bei gleichzeitig einem Schuldenstand von 150 Prozent und mehr der jährlichen Wirtschaftsleistung. Es hatte einen Grund, warum fast ein Drittel des EU-Wiederaufbaufonds nach der

Corona-Pandemie, alles in allem mehr als 190 Milliarden Euro, nach Italien gehen sollte. Und Draghi war der Mann, der das Ganze wuppen sollte. All das löst sich gerade vor unseren Augen auf.

Wie gefährlich kann das für die EU und die Eurozone werden? Diese Frage lässt sich nicht objektiv beantworten – also etwa, indem man sich den Schuldenstand anschaut. Die Antwort hängt vielmehr von dem institutionellen Rahmen ab, den sich die EU und die Eurozone geben. Und damit von der Bereitschaft der anderen Eurostaaten. Italien auch durch diese Krise zu stützen.

Sie meinen, die anderen Eurostaaten sollten wieder die Rechnung übernehmen, wenn sich Italien an den Märkten kein Geld mehr leihen kann, weil es sich in politische Abenteuer flüchtet? Die erste Antwort ist, glaube ich, uns allen klar: Eine existenzielle Krise in Italien darf es nicht geben. Die Frage ist nur, wie lange wir brauchen und wie viele Schmerzen wir uns gegenseitig zufügen werden, bis wir diese Realität akzeptieren. Es ist eine Frage des Realismus, wir müssen die Realität anerkennen.

Aus deutscher Perspektive heißt das: Wir sollten notfalls Italien rauskaufen? Was heißt rauskaufen. Die EZB sollte wie eine gewöhnliche Zentralbank handeln und den Schuldenmarkt ihrer Mitgliedsländer managen. Mit dem Euro hat man sich in eine Schicksalsgemeinschaft begeben. Da gibt es kein Zurück. Das Allerletzte, was Deutschland im Moment braucht, ist eine fulminante Krise im Süden Europas. Die "Kosten", die Deutschland durch das Einstehen für italienische Schulden hat, sind doch nur buchhalterisch. Dagegen steht aber die existenzielle Sicherheit des europäischen Systems. Da gibt es wirklich keine Wahl.

Das sehen die meisten Deutschen sehr entschieden anders. Ich sage nicht, dass das angenehm ist. Und natürlich wäre es aus deutscher Sicht schöner, wenn Italien wie ein Haufen neuer Bundesländer wäre oder wie Österreich. Aber das ist einfach nicht die Realität.

Mehr als 2700 Milliarden Euro italienische Staatsschulden würden auch die deutsche Wirtschaftskraft überfordern. Es geht doch gar nicht nur um die Deutschen. Frankreich müsste ja ebenso einstehen, Spanien, Irland, alle entsprechend ihrer Bevölkerung und ihrem Bruttoinlandsprodukt. In anderen Ländern, in Frankreich zum Beispiel, wird das gar nicht so heiß diskutiert. Ich frage mich, warum das speziell in Deutschland immer so ein großes Thema ist.

Na ja, vielleicht auch, weil die Leute hier keine Lust haben, über die Euro-Gemeinschaft künftig die Politik einer Postfaschistin zu finanzieren. Dass es jetzt unappetitlich wird in der italienischen Politik, ist klar. Aber man muss sich doch fragen, warum diese Parteien in Italien Auftrieb bekommen und ob eine Solidaritätsverweigerung seitens der EU in irgendeiner Weise hilft. Auf finanzielle Disziplin zu setzen, um Italiens Postfaschisten zu maßregeln, wäre fatal. Wenn es einem um liberale Werte geht, dann brauchen Sie eine umfassende Pflege auf allen Seiten.

Hinter der italienischen Regierungskrise steht ja noch eine andere Frage: Schafft es Putin, die EU und die Eurozone zu spalten? Absolut, Europa erlebt eine sehr angespannte Situation. Der Druck durch die Energiekosten ist gewaltig, und ob Europa diesem Druck standhält, hängt davon ab, inwiefern es gemeinsame Lösungen hinbekommt. Im Grunde ist diese Situation nur europäisch zu meistern oder zumindest besser zu meistern als im Alleingang.

Aber ist dieses "mehr Europa" nicht die Standardantwort, die gerade die Populisten so beflügelt? Mag sein, deswegen muss man konstruktiv dagegenarbeiten. Ich mache es ganz konkret: Der Vorschlag der EU-Kommission, alle Mitgliedstaaten sollten jetzt ihren Gasverbrauch pauschal um 15 Prozent senken, ist in meinen Augen politisch ungeheuer dumm. In dieser Situation müssen doch die Kommission und besonders die Deutschen als Erstes demütig Vergangenheitsbewältigung betreiben und anerkennen, welche Wunden die von Deutschland betriebene Sparpolitik in der Eurokrise vor zehn Jahren in Ländern wie Griechenland, Italien, Spanien und Portugal hinterlassen hat. Statt jetzt als Erstes in plumper Weise pauschal Solidarität einzufordern.

Aber diese Vergangenheitsbewältigung löst nicht unser Energieproblem mit Russland. Nein, aber sie schafft die Grundlage für die Lösung. Hinzu kommen muss, dass man das wirtschaftliche Potenzial und die unterschiedliche Betroffenheit durch die Gaskrise berücksichtigt. Es kann doch nicht sein, dass Spanien, das kein russisches Gas verbraucht, aber eine viel höhere Arbeitslosigkeit hat als Deutschland, jetzt seine Industrie und Wirtschaft herunterfahren soll, damit in Deutschland die Fabriken laufen. Aber natürlich ist es so, dass ein Abschalten der deutschen Wirtschaft erhebliche Auswirkungen auf den Rest Europas hätte. Deutschland muss deshalb einen Deal anbieten: Quid pro quo – ihr gebt mir was, dafür gebe ich etwas mehr aus einem anderen Topf.

Also sollte Deutschland in dieser Situation von sich aus anbieten zu verzichten? Als Realist muss ich sehen, was ich in der spanischen, portugiesischen oder italienischen Politik lostrete, wenn ich als Deutscher angesichts des Zusammenbruchs einer missratenen Energiepolitik als Erstes Solidarität einfordere. Das ist doch genau die Steilvorlage für alle Populisten, die Deutschland gerade nicht will. Es

geht um ein Paket für ganz Europa – und da kann Deutschland nicht als Erstes sagen: Wir haben einen Anspruch darauf, die höchste Beschäftigung in Europa zu behalten. In der Eurokrise hat Deutschland auch nicht gesagt, wir tun alles, um die Beschäftigung in Griechenland, Italien und Spanien hochzuhalten – sondern da hat Deutschland dafür gesorgt, dass diese Länder durch sehr harte Anpassungsprogramme gehen mussten.

Die Position der Populisten von links wie rechts klingt da tatsächlich verlockend: Ein Europa ohne Russland ist eh unrealistisch, also wozu machen wir uns den Stress und kappen alle Verbindungen? Für mich ist diese Haltung absolut unverantwortlich! Wollen wir uns wirklich, nach diesem völlig irrationalen und brutalen Angriff auf die Ukraine, weiter abhängig machen von Putins Regime oder jedem anderen ähnlicher Bauart, das nach Putin kommen mag? Wir wissen jetzt, dass Russland ein unberechenbarer und aggressiver Nachbar ist, und sollten uns entsprechend aufstellen. Ich glaube auch nicht, dass es unrealistisch ist für Europa, seine Abhängigkeit vom russischen Öl und Gas dramatisch zu verringern. Mag sein, dass Gas künftig in Europa teurer ist. Aber Ersatz wird man finden.

Aber wie kann denn Europa in dieser Situation gewinnen? Durch mehr Integration, ganz einfach. Die ganze Debatte, die wir jetzt sehen, ist doch der Beginn einer gemeinsamen europäischen Energiepolitik. Das erfordert riesige Investitionen in Trassen und Pipelines, um das Gas künftig aus Spanien und Portugal nach Norden zu schaffen. Das ist eine Arbeitsbeschaffungsmaßnahme auch für die deutsche Industrie. Ich habe es eingangs schon gesagt: Auch die jüngsten Beschlüsse der Europäischen Zentralbank stärken die europäische Fiskal- und Geldpolitik. Und wir brauchen eine europäische Armee.

Über die wir seit Jahrzehnten reden. Aber wenn nicht jetzt, wann dann? Europa sollte keinen einzigen Cent zusätzlich für seine Verteidigung zahlen. Alle Mitgliedstaaten der EU zusammen geben mehr als 200 Milliarden Euro für ihre Verteidigung aus, das müsste eigentlich die dritt- oder viertmächtigste Armee der Welt ergeben. Dass Deutschland nun 100 Milliarden extra bereitstellt, ist in gewisser Weise ein Armutszeugnis. Es ist das Eingeständnis, dass Europa auch in Zukunft so schlecht und dumm mit seinem Geld wirtschaften will wie in der Vergangenheit. Wenn, dann sollte Russland vor Europa Angst haben, nicht umgekehrt. Es ist eine Absurdität, dass Russland mit einem Budget von 50 bis 70 Milliarden Dollar eine Bedrohung für Europa darstellt.

Lassen Sie uns noch mal auf den Krieg in der Ukraine kommen: Der Westen schickt Geld und Waffen, aber je länger die Kämpfe dauern, desto mehr stellt sich die Frage, ob das reicht, um der Ukraine zum Erfolg zu verhelfen. Es kommt darauf an, was Sie mit Erfolg meinen.

Richtig, das ist auch eine gute Frage. Den Amerikanern geht es mit ihren Hilfen vor allem um geopolitische Ziele: Das ist die Abnutzung der russischen Macht und der russischen Arme. Natürlich wollen sie auch nicht, dass die Ukraine verliert – aber darüber hinaus ist es fraglich, ob die Amerikaner wirklich eine Friedensvision haben.

Auch nicht für Europa? Wenn Sie damit so etwas wie eine Zukunftsvision für Europa oder für ein friedliches Zusammenleben auf diesem Kontinent meinen, muss ich Sie enttäuschen. All das ist nicht mehr ein Hauptanliegen der amerikanischen Politik. Wie gesagt: Wir sollten Realisten sein.

Was sind denn dann die strategischen Ziele der USA? Langfristig geht es den USA vor allem um China. Die Chance, jetzt die Russen als mächtigen Partner Chinas schwächen zu können, haben sie zwar nicht gesucht, aber sie nutzen sie.

# Interview

USA und China Henry Kissinger warnt vor neuem Kalten Krieg mit China – "...müssten aufpassen, nicht unsere Zivilisation zu zerstören" 28.06.2022

Aber geht es den USA nicht auch darum, die Russen so weit zu schwächen, dass sie nicht in ein paar Jahren einen neuen Krieg, etwa im Baltikum, anfangen? Genau, aber das ist nicht zu verwechseln mit einem Friedensplan oder einem wirklichen Ordnungsentwurf für Europa. Natürlich wird das Allerletzte, was die Russen jetzt machen werden, ein weiterer Angriffskrieg sein, noch dazu auf ein Nato-Land. Aber Krieg als Mittel der Politik ist nach wie vor eine Option in Washington, auch in Europa, da sollten wir uns nichts vormachen.

Wenn Europa von den USA schon jetzt wenig zu erwarten hat, was gilt denn dann nach den Präsidentschaftswahlen 2024? Steht Europa dann ganz allein da? Nicht ganz allein, denn die USA haben ein gewisses Interesse an Europa. Aber über die ureigensten Interessen der Amerikaner hinaus sollte man von den USA derzeit nicht viel erwarten. Die Klimapolitik der Biden-Regierung, zum Beispiel, ist tot. Nein, ich fürchte, Europa muss seine Dinge allein regeln und dafür die eigenen Interessen definieren. Und das gilt nicht erst ab 2024, sondern ab sofort mit den bevorstehenden Wahlen zum US-Kongress. Wir hatten jetzt eine kurze Zeit der Normalität, aber die Krise der amerikanischen Demokratie, die 2020 entbrannte, flammt nun wieder auf.

Der Wirtschaftshistoriker Adam Tooze ist einer der bekanntesten Krisenerklärer in den USA und Europa. Seine Bücher "Crashed" über die Folgen der Finanzkrise und "Shutdown" über die Auswirkungen der Corona-Pandemie waren auch in Deutschland Bestseller

- NS gvexe : Executive Branch | gpol : Domestic Politics | e52 : Euro Zone/Currency | ecat : Economic News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations | gvbod : Government Bodies
- RE italy: Italy | gfr: Germany | eurz: Europe | usa: United States | eecz: European Union Countries | dach: DACH Countries | medz: Mediterranean | namz: North America | weurz: Western Europe
- IPD Ausland
- PUB Gruner+Jahr GmbH
- AN 文件 STERONL020221027ei7g00068

# <u>Volksstimme</u>

SE Deutschland & Welt

HD Konflikt zwischen China und Taiwan; "Kotau vor China nutzt Taiwan nichts"

WC 1,044 字

PD 2022年9月2日

SN Volksstimme.de

SC VOLKDE

LA 德文

CY Copyright 2022. Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH

LP

Die westliche Welt hätte viel zu verlieren, würde er Taiwan aufgeben und **China** überlassen . Das sagt Jhy-Wey Shieh, der das Land als Repräsentant in Berlin vertritt. Der Botschafter-Rang ist Shieh allerdings verwehrt, da Deutschland Taiwan nicht diplomatisch anerkannt hat. Mit ihm sprach Steffen Honig.

TD

Volksstimme: Die Furcht vor einem Krieg um Taiwan wegen des Besuchs der US-Politikerin Nancy Pelosi im August war enorm. Zur Eskalation kam es nicht. Ist die Gefahr einer chinesischen Invasion gebannt oder erleben wir eine trügerische Ruhe? Jhy-Wey Shieh: Es ist den Chinesen mit ihren Manövern nicht gelungen, eine Zuspitzung wie in der sogenannten Taiwan-Krise von 1996 zu erreichen. Dabei war die Bedrohung diesmal wesentlich größer. Mehrere Raketen schlugen direkt im Seegebiet von Taiwan ein. Die Taiwaner, die seit Jahrzehnten an das Säbelrasseln von China gewöhnt sind, haben das insgesamt eher gelassen aufgenommen. Aber die Verantwortungsträger - von unserer Präsidentin bis hin zu jedem Armeekommandeur - haben sich keine Ruhe gegönnt. Zumal sich seit der Invasion Russlands in der Ukraine die Wahrscheinlichkeit eines Angriffs auch auf Taiwan erhöht hat. In den letzten Jahren ist es nicht mehr die Frage, ob China angreift, sondern wann. Was hätte Ihr Land militärisch entgegenzuhalten?Wir haben in den letzten Jahren gezwungenermaßen die Streitkräfte massiv aufgerüstet. Auf der gesamten Insel ist eine Vielzahl von Raketen eigener Produktion sowie von US-Systemen stationiert. Bei einem Bombardement würden wir keinen Augenblick zögern, Raketenangriffe zu erwidern. Die US-Regierung will Taiwan weitere 60 Schiffsabwehr-Raketen und 100 Luft-Luft-Raketen liefern. Ist das nicht Öl ins Feuer?Für uns steht klipp und klar fest: Wir haben hier keinen demokratischen Staat vor uns. Die Volksrepublik China ist eine Diktatur, die 1989 auf dem Tiananmen-Platz auf das eigene Volk schießen ließ. Ein Kotau vor China nutzt Taiwan nichts. Eine deutsche Redewendung heißt: Gibt man dem Teufel den kleinen Finger, greift er sich die ganze Hand, den Körper und frisst am Ende die Seele auf. Hier gießt man nicht Öl ins Feuer, sondern gießt Wasser darauf, um das Feuer zu löschen.

Glauben Sie, dass die USA trotz ihrer Beteuerungen wegen Taiwan einen Krieg mit der Volksrepublik China riskieren?Im Fall eines chinesischen Angriffs würden die Amerikaner nicht kommen. Warum? Weil sie bereits da sind. Die Amerikaner sind seit mehr als 50 Jahren dort stationiert. Nicht nur wegen Taiwan, auch wegen Japan und anderer Anrainerstaaten. Die Amerikaner würden für Taiwan handeln und auch für ihre eigenen Staatsinteressen. Weil wir eine Schicksalsgemeinschaft sind. Moralische Unterstützung und militärische Präsenz garantieren den Frieden. Würde China Taiwan mit seiner wichtigen geostrategischen Position kontrollieren, wären alle Exportnationen von den USA, Japan und Australien bis hin zu den EU-Staaten erpressbar. Mit welchen Folgen?Sie erinnern sich sicher an die Blockade des Suezkanals durch ein querliegendes Containerschiff im Vorjahr. Viele Staaten erlitten dadurch Verluste von Millionen US-Dollar täglich. Außerhalb des Protokolls muss ich mich da entschuldigen: Die Container waren aus Taiwan. Aber der Kapitän war kein Taiwaner! Jedenfalls ist die Taiwanstraße zwischen China und Taiwan ein Suezkanal mal 100! Das aber, was früher als "Wandel durch Handel" bezeichnet wurde, hat im Falle Chinas nicht funktioniert.

Taiwan ist längst mit im Boot.

Wie stellt sich der Westen, wie stellt sich Deutschland darauf ein? Jeder dritte Euro, den Deutsche, Franzosen, Briten oder Amerikaner durch den Handel verdienen, stammt aus Geschäften mit den Anrainerstaaten dieses Gewässers. Die Indopazifik-Leitlinie der deutschen Bundesregierung von 2020 führte zur Entsendung der Bundesmarine-Fregatte "Bayern" nicht in den Atlantik, sondern in den Indopazifik. Und in diesem August haben sich deutsche Eurofighter an der Operation "Rapid Peace" mit

Staaten der Region beteiligt. In Taiwan werden die Werte und Interessen Deutschlands also genauso verteidigt wie derzeit in der Ukraine. Der Begriff "indopazifische strategische Allianz" ist entstanden aus Chinas militärischer Präsenz und Arroganz, die sämtliche Anrainerstaaten wachgerüttelt hat. Taiwan ist hier längst mit im Boot. Es ist kein Duell zwischen den USA und China oder Taiwan und China. Hier geht es um eine Mannschaft wie beim Fußball, in der alle Spieler zählen. Und Taiwan ist hier der Torwart. Verlören die demokratischen Staaten Taiwan im Team, ginge die Kontrolle über das Südchinesische und das Japanische Meer verloren China ist Taiwans wichtigster Handelspartner, umgekehrt steht Taiwan für China auf Platz fünf. Wie verträgt sich das auf Dauer mit den Spannungen?Die Beziehungen zwischen Taiwan und China haben sich nach dem Tiananmen-Massaker 1989 entwickelt. China wurde daraufhin vom Westen sanktioniert. Ich weiß nicht, ob es ein Glück oder ein Unglück war - es haben sich dadurch gegenseitig die Türen geöffnet. Viele taiwanische Unternehmer haben in China investiert. Sie haben dort produziert und großen Gewinn gemacht. Die Chinesen haben damals nicht ihr wahres Gesicht gezeigt. weil sie uns brauchten. Heutzutage profitieren beide Seiten von den Wirtschaftsbeziehungen. Wir Taiwaner haben unsere Werte nicht verraten, weil wir Geschäfte mit China machen. Wir haben die Hongkonger unterstützt, von denen viele nach Taiwan gekommen sind, wir haben Tibetern und Uiguren geholfen oder sie wenigstens unterstützt sowie auch chinesischen Dissidenten. Wir sagen den Chinesen: Taiwan ist der letzte Leuchtturm auch für China! Da die wirtschaftliche Abhängigkeit eine bilaterale ist, können die Chinesen keinen großen Druck ausüben. Taiwan ist der größte Halbleiterproduzent der Welt. Ohne unsere Chips läuft in China gar nichts.

Xi wäre noch schlimmer als Mao.

Chinas KP-Generalsekretär Xi **Jinping** will sich beim Parteitag im November für weitere fünf Jahre im Amt bestätigen lassen. Er ist zudem Staatspräsident. Wird er zum neuen Mao?Nein – er wäre noch schlimmer. Mao hat zwar Millionen seiner Landsleute auf dem Gewissen. Aber er war nicht der Lage, freiheitlichen Ländern zu drohen. Dazu war die Wirtschaft zu schwach. Xi **Jinping** spielt eine andere Rolle: Er ist ambitionierter und verfügt über ein hochgerüstetes Militär. Was wird er tun?

Wenn er gewählt wird – und daran gibt es keinen Zweifel – wird er den chinesischen Traum verwirklichen. Das heißt, die Rolle des Reiches der Mitte wiedererlangen – durch Erpressung der Anrainerstaaten und darüber hinaus auch den Westen. Xi **Jinping** wird mit wirtschaftlicher und militärischer Macht die Welt in Unruhe versetzen. Dazu kommt die Ideologie: Die Vorstellung vom alten chinesischen Reich, dass im 19. Jahrhundert zu Boden gedrückt und ausgeplündert wurde. Das wollen sie jetzt mit Zinsen zurückholen. Und sie glauben ganz fest, dass sie das Recht haben.

- NS gpir : Politics/International Relations | gvio : Military Action | gdip : International Relations | gcat : Political/General News | gcns : National/Public Security | grisk : Risk News
- RE taiwan : Taiwan | china : China | gfr : Germany | usa : United States | berlin : Berlin | chinaz : Greater China | apacz : Asia Pacific | asiaz : Asia | bric : BRICS Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz : Developing Economies | easiaz : Eastern Asia | eecz : European Union Countries | eurz : Europe | namz : North America | weurz : Western Europe
- IPD Deutschland & Welt
- PUB Mitteldeutsche Verlags- und Druckhaus GmbH
- AN 文件 VOLKDE0020220902ei92000mn

SE Sonstiges

HD Union soll sich mehr den Schwachen zuwenden CSU-Neujahrsempfang in Weißenstadt

WC 713 字

PD 2023年1月16日

SN Frankenpost

SC FRANKSUE

PG 7

LA 德文

CY ©2023

LP

Einen Wirtschaftsraum der Demokratien schaffen: CSU-Europapolitiker Manfred Weber wirbt für neue Ernsthaftigkeit in der Politik und ein starkes CSU-Ergebnis in Bayern

Mit einer politischen Grundsatzrede begeisterte der CSU-Europapolitiker Manfred Weber am Freitag beim Neujahrsempfang der CSU Weißenstadt die zahlreichen Besucher. Dabei forderte er, einen "Wirtschaftsraum der Demokratien" zu schaffen und warb für eine neue Ernsthaftigkeit in der Politik.

TD

"Politik ist wieder sehr ernst geworden. In den 2010er Jahren waren wir alle der Meinung: es geht uns gut und es geht immer so weiter. Nach der politischen Wende von 1989 war der kriegerische Überfall Russlands auf die Ukraine am 24. Februar 2022 eine echte Zeitenwende. Wir haben Zeiten erlebt, wo Grenzen abgebaut wurden und Europa zusammengewachsen ist. Es gab Verträge und Pakte, auch mit Russland. Dabei war der imperiale Ansatz in der Politik bei Putin immer klar", so der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei/EVP und Fraktionsvorsitzende der EVP im Europäischen Parlament, der zudem CSU-Parteivize in Bayern ist.

Zum Angriffskrieg Putins auf die Ukraine betonte Weber: "Wir sind nicht Kriegspartei, aber Kriegsziel. Putin träumt von einer Eurasischen Union von Wladiwostok bis Lissabon, die von Moskau aus regiert wird. Viele in Russland leben hier in einer Parallelwelt. Die Frage, wer in der Ukraine gewinnt, wird auch weltpolitische Auswirkungen haben. Das betrifft uns alle und unseren Lebensstil."

Auch im Blick auf Asien und **China** sieht Weber große Probleme. "**China** hat unsere Produkte immer gekauft und entwickelt sich zu einer immer schlimmeren Diktatur. Präsident Xi **Jinping** hat angekündigt, dass **China** völlig unabhängig werden will und nichts mehr aus dem Ausland kaufen will. Wenn wir jetzt keine günstige Energie mehr haben und Absatzmärkte in **China** wegfallen, dann wird das für uns sehr schwierig. Wir müssen mit den demokratischen Ländern wie Kanada, Brasilien und Australien einen Wirtschaftsraum der Demokratien schaffen."

Auch die soziale Frage und die geistig-kulturelle Identität Europas treiben Weber um. "Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft neu denken. Die Hauptprofiteure der Wirtschaft waren bisher immer die Starken. Wir müssen daher die Soziale Marktwirtschaft stärken und den Schwachen mehr helfen, die abgehängt zu werden drohen. Nicht umsonst haben wir auf der Ebene der EU die Übergewinnsteuer im Parlament beschlossen für Profiteure der Preissteigerungen im Bereich der Energie und der Spritpreise, die von der Krise profitieren. Der Übergewinn wird besteuert, das bringt den EU-Staaten 160 Milliarden Euro."

Grundsätzlich fordert er eine Rückbesinnung auf die geistige Identität und die Werte Europas. "Das Christentum ist prägend für unsere europäische Identität. Viele fordern, dass sich das Christentum aus dem öffentlichen Leben zurückziehen soll. Das heißt dann aber auch, dass wir Weihnachts- und Osterferien und die christlichen Feiertage abschaffen, die alle gerne wahrnehmen. Wir haben Europa oft sehr funktional gedacht und betrachtet. Dabei stellt Europa nur noch sieben Prozent der Weltbevölkerung und wird immer mehr eine Schicksalsgemeinschaft. Es muss uns wieder gelingen, eine europäische Lebensweise zu prägen. Dazu zählen die Gleichberechtigung von Mann und Frau, aber auch die Absage an die Todesstrafe." Europa habe der Welt viele wichtige Themen mitgegeben. "Die Europäer haben das Klima zum Thema für die Welt gemacht, nicht die USA, China oder Russland. Und die Europäer leben heute friedlich zusammen und tragen ihren Streit demokratisch im Europäischen Parlament aus. Auch das ist ein europäisches Modell für die Welt", so der CSU-Europapolitiker.

Als CSU-Parteivize brach Manfred Weber eine Lanze für eine erfolgreiche CSU bei der Landtagswahl am 8. Oktober. "Wir sind zwar als CSU nicht perfekt, haben aber Bayern gut gestaltet. Die CSU kann eine

sehr gute Bilanz vorweisen und hat ein gutes Programm, gerade im sozialen Bereich und zur Wiederbelebung dörflicher Strukturen. Wichtig ist, dass die CSU ein starkes Ergebnis bekommt. Die Durchsetzungsfähigkeit bayerischer Politik für heimische Interessen in Brüssel hängt auch von der starken Unterstützung für die CSU ab."

Nach der mit viel Beifall bedachten Grundsatzrede erhielt Weber vom Weißenstädter CSU-Ortsvorsitzenden Christian Schill einen Präsentkorb mit vielen heimischen Spezialitäten überreicht. Der CSU-Kreisvorsitzende und Landtagsabgeordnete Martin Schöffel dankte Weber für seine Rede und hielt fest: "Der Chef der größten europäischen Partei hat uns die Flughöhe der Kontinente dargestellt. Wichtig ist, dass wir auch auf der EU-Ebene das Prinzip der Subsidiarität eisern verteidigen. Vor allem weil die entscheidenden Fragen für die Zukunft heute auf der EU-Ebene gestellt werden."

- NS gpol: Domestic Politics | gcat: Political/General News | gpir: Politics/International Relations
- Bavar : Free State of Bavaria | russ : Russia | gfr : Germany | eecz : European Union Countries | asiaz :

  Asia | bric : BRICS Countries | dach : DACH Countries | devgcoz : Emerging Market Countries | dvpcoz :

  Developing Economies | eeurz : Central/Eastern Europe | eurz : Europe | ussrz : CIS Countries | weurz :

  Western Europe
- PUB Frankenpost Verlag GmbH
- AN 文件 FRANKSUE20230116ej1g0000k

SE Wirtschaft

HD Holger Magel, langjähriger China-Kenner und emeritierter Professor der TU München, über den Umgang Deutschlands mit der Volksrepublik

WC 2,103 字

PD 2023年1月20日

SN Bayerische Staatszeitung

SC BAYES

PG 17

LA 德文

CY Copyright 2023 DIZdigital: Alle Rechte vorbehalten - Verlag Bayerische Staatszeitung, München. Eine Dienstleistung der DIZ München GmbH

LΡ

EU und Nato rücken enger zusammen und sehen Russland sowie China als Bedrohung. Vor diesem Hintergrund sucht Deutschland einen neuen Umgang mit der Volksrepublik. Der langjährige China-Kenner Holger Magel, emeritierter Professor der TU München und früherer Chef der Ländlichen Entwicklung hat die Volksrepublik in den letzten 35 Jahren regelmäßig besucht und dort gelehrt, beraten, evaluiert sowie vor Ort gearbeitet.

TD

BSZ Herr Magel, was halten Sie davon, wenn jetzt Wirtschaftsfachleute fordern, Deutschlands Abhängigkeit von China zu reduzieren und andere Regionen mehr in den Fokus des wirtschaftlichen Austauschs zu nehmen? HOLGER MAGEL Dem stimme ich zu. China macht ja nichts unüberlegt. Es verfügt über von Staatschef XI Jinping verkündete verführerische Philosophien wie "Renaissance der chinesischen Nation" oder Tian Xia, was bedeutet "Alles unter dem Himmel" und eine globale Schicksalsgemeinschaft meint - unausgesprochen unter zentraler Mitgestaltung Chinas. Gerade für Entwicklungsländer höchst attraktive Begriffe wie Ökozivilisation sowie Wiederbelebung der ländlichen Gebiete mit Beseitigung der Armut und angemessenem Wohlstand für alle et cetera sowie ein langfristiges Gedächtnis und strategisches Denken - wie das Megaprojekt Neue Seidenstraße zeigt - bringen eindeutig die Volksrepublik zurück auf den Weg zur globalen Führungsmacht, die sie ja schon mal war, und die die internationalen Regeln bestimmen will. Das haben viele Europäer vergessen.

BSZ Aber gerade die Neue Seidenstraße wurde in Deutschland als große und völkerverbindende Chance angesehen. Man denke nur an die extra installierten Güterzugverbindungen von Peking über die Mongolei und Russland nach Duisburg und Nürnberg. MAGEL Die bisherigen Erfahrungen mit der Seidenstraße zeigen, dass die davon angelockten und erschlossenen Länder in fatale Abhängigkeiten zu China geraten können. Globale Schicksalsgemeinschaft à la chinesische Machart! Kambodscha ist längst in chinesischer Hand wie auch zunehmend Laos und viele andere vor allem zentralasiatische und afrikanische Länder. Mit Sorge blicke ich auch auf Serbien, das doch in die EU will! Ich empfehle hierzu die Lektüre des Buches Die Neuen Seidenstrassen des renommierten Oxfordprofessors Peter Frankopan. Wer die daraus jetzt schon entstandenen Abhängigkeiten im Hinblick auf den künftig möglichen Umgang eines technologisch und wirtschaftlich erstarkten Chinas mit den ausländischen (auch bayerischen) Investoren im eigenen Land nicht sehen will, begeht meines Erachtens einen schweren Fehler. Die SZ spricht schon vom unheimlichen Partner in Fernost. Wenn China dazu in der Lage ist, wird es meines Erachtens ohne Zögern das Feld zu Hause allein übernehmen. Dazu dienen die enormen Anstrengungen in der Wissenschaft und die Modernisierung beziehungsweise Digitalisierung der Wirtschaft und der Infrastruktur. Xi <mark>Jinping</mark> hat erst kürzlich die berühmtesten Wissenschaftler seines Landes zu olympischen Höchstleistungen aufgerufen!

BSZ Was raten Sie deutschen Unternehmen? MAGEL Deutsche Firmen brauchen eine Rückfallstrategie. Das bedeutet, wie es nun auch Hubert Aiwanger predigt, weg von zu großer Monostruktur und Abhängigkeit. Entkopplung und regionale Diversifizierung zum Beispiel mit Hinwendung zu bisher vernachlässigten Ländern und Kontinenten wie Afrika, Indien, Südamerika und Zentralasien sind nötig, um dort Märkte zu erschließen und alternative Lieferketten aufzubauen. Aber auch dort ist man in Konkurrenz zu China. Gerade in Afrika hat ja China aus verschiedensten Gründen längst mehr Freunde gewonnen als Europa. Ich bin nicht sicher, ob die sogenannte werteorientierte Entwicklungszusammenarbeitspolitik von Svenja Schulze die afrikanischen Staatschefs zum sofortigen Seitenwechsel verlocken wird. Jedenfalls wird das ein schwieriger Neuanfang für deutsche bisher allein auf China versessene Unternehmen.

BSZ Hat der deutsche Michel wie immer zu lange geschlafen? MAGEL Naja, dass Deutschland so lange gebraucht hat, um **China** auch als systemischen Rivalen und Wettbewerber - von Bedrohung rede ich, abgesehen vom erneut hochgefährlichen Verhalten beim Corona-Management, noch nicht - zu sehen, darüber wundere ich mich schon. Wer etwas globales Interesse aufbringt, konnte das voraussehen. Meine afrikanischen und südostasiatischen Masterstudenten an der TUM haben mir schon früh vom chinesischen Zugriff auf Ihre Länder und ihr Land (Land Grabbing) et cetera berichtet. Das Problem sind wohl einige Wirtschaftsvertreter, die in **China** arbeiten und da manches zu rosig gesehen haben. Außerdem waren sie ja gesichert durch die Bürgschaften der Bundesregierung. Da will man manche Zeichen nicht wahrnehmen oder wahrhaben.

#### BSZ Das heißt?

MAGEL Viele Ausländer agieren in **China** eher isoliert in einer Blase - fern vom chinesischen Alltag einerseits und dem großen Politik- und Parteigeschehen andererseits. Ein Verständnis für die Chinesen und deren nationalen Traum von Wiedergewinnung einstiger Größe und Tilgung der durch die Europäer erlittenen Schmach im 19. Jahrhundert kommt so nicht auf. Wer in der deutschen Wirtschaft, geschweige denn wer von den in **China** arbeitenden deutschen Ingenieuren beschäftigt sich wirklich intensiv mit den aktuellen chinesischen Philosophien und Dokumenten der Parteitage oder einflussreichen chinesischen Akademien und Parteihochschulen, die den ideologischen Hintergrund des wachsenden Hegemonieanspruchs bilden? Sie müssten eigentlich nur die Hanns-Seidel-Stiftung (HSS) befragen, die als eine der zu wenigen **China**-Kompetenzzentren in Deutschland eine Menge davon versteht. Ich glaube, dass man zu oft darauf verzichtet hat herauszubekommen, wie die Chinesen wirklich ticken.

BSZ Aber Sie wissen, wie sie ticken? MAGEL Wissen ist mir zu hoch gegriffen, aber zumindest habe ich eine Ahnung oder ein Gefühl bekommen bei der jahrzehntelangen Zusammenarbeit in Workshops, in denen wir Leitbilder entwickelt oder über Flächensparen beim Wege- und Siedlungsbau diskutiert oder - ganz heißes Thema - offen über das Schleifen von Dörfern geredet haben, wo dann plötzlich aus dem Innersten der Chinesen Angst und Skepsis gegen die amtlich verfügte Beseitigung der bisherigen Heimat deutlich wurden. In solchen Momenten war ich den Menschen sehr nahe. Die Spannweite meiner diesbezüglichen Erfahrungen ist recht groß: sie reicht von der Dorfebene und Zusammenarbeit mit einfachen Bauern, Schulkindern, Lehrern und Handwerkern über Bürgermeister, Parteisekretäre unterschiedlicher Ebenen, Planer, Unternehmer, Dorf-, Stadt- und Ministerialbeamte, Akademie- und Universitätsprofessoren sowie deren Dekane, Studenten und Doktoranden in China und an der TUM, Journalisten bis hin zu Vizeministern und Gouverneuren.

BSZ Wie oft und wie lange waren Sie in China? MAGEL Das erste Mal war ich 1987 in Peking im Hauptamt für Geodäsie als Dozent zu Vorlesungen über Flurbereinigung und Dorferneuerung. Nach wohl mehr als 30 Arbeitseinsätzen war ich zuletzt 2019 dort - vor Ausbruch von Corona - zu den 30-Jahre-Jubiläumsfeiern der aus unserer Zusammenarbeit resultierenden zwei "Kinder": des bayerisch-chinesischen Pilotprojekts Dorf- und Landentwicklung Nan Zhang Lou (NZL) und seines Zwillings, der landwirtschaftlichen Berufsschule Pingdu, beide in der bayerischen Partnerprovinz Shandong gelegen und von Anbeginn von der bayerischen Staatsregierung gewollt und von der HSS getragen und gemanagt. Beide Jubiläen waren mit internationalen Konferenzen mit Referenten und Teilnehmern aus der "Region", also Japan, Philippinen, Nord- und Südkorea, Myanmar, Thailand, Kambodscha, Laos und Vietnam verbunden - beide Male war ich wie schon in den Jahren zuvor sowie bei den ebenfalls von uns völlig neu eingeführten akademischen Summer Schools mit der Renmin Universität Peking Konferenzdirektor und Keynote-Redner.

BSZ Wie sehen uns die Chinesen? Sind wir gar nur nützliche Narren für sie auf dem Weg zur Macht? MAGEL Das hängt wohl vom Gegenüber ab. Im akademischen Bereich sehe ich schon noch Respekt. In den ideologisch dauerbeeinflußten Beamten- und Funktionärskadern ist dies - allerdings noch verdeckt - möglicherweise nicht mehr so positiv. Mich irritiert jedenfalls sehr, wenn nun Äußerungen fallen wie der Westen sei dekadent, seine Zukunft sei vorbei, die allein den autokratisch straff geführten und deshalb ökonomisch und technologisch so effizienten Regimen wie China gehöre. Unübersehbar geriert sich China laut Andreas Reckwitz zunehmend als Gegenspieler des schwachen Westens!

BSZ Ist der Westen wirklich so schwach? MAGEL Leider tragen wir ja selbst zu dieser Meinungsbildung bei. Wir liefern **China** für sein riesiges Land ein Zugsystem, das dort mit höchster Pünktlichkeit und überdies Komfort betrieben wird. Andererseits bekommt man in **China** natürlich mit, dass wir es in Deutschland nicht schaffen, das gleiche Zugsystem pünktlich zu betreiben. Und dass wir ewig brauchen, um Neubauten zu realisieren, wie man am Berliner Flughafen, an Stuttgart 21 und nun an der zweiten Münchner Stammstrecke sieht. Und dass unsere Demokratie von einer überbordenden Bürokratie gelähmt wird. Für **China** erscheint folglich Autokratie als attraktiver und effizienter.

BSZ Doch diese Autokratie bedeutet totale Überwachung. MAGEL Das stört uns, aber nicht die Chinesen. Für sie sind Familie und Wohlstand wichtiger. Lesen Sie zum Beispiel Andre Malrauxs Gespräche mit Mao und Tschou Enlai. Dort schon wird erklärt, dass der Chinese anders denkt als wir im Westen.

BSZ Was sehen Sie bei deutschen Unternehmen noch kritisch, wenn Sie sich in China engagieren? MAGEL Dass bis heute nicht klar kommuniziert wird, ob sie neben den vermeldeten Rekordzahlen zum Beispiel in der Autoproduktion in China erwirtschaftete Gewinne überhaupt mit nach Deutschland nehmen können, um in der Heimat Arbeitsplätze zu sichern. Da gibt es unterschiedliche Aussagen seitens des Mercator Institute for China Studies (MERICS) aus Berlin und seitens der Unternehmen. Offensichtlich ist das eine wenig transparente Angelegenheit. Die Beispiele sind laut Chinaexperten von MERICS selten, wo einem deutschen Unternehmen das gelungen ist.

BSZ Sprich, das China-Engagement der deutschen Wirtschaft lohnt sich nur, weil dort billiger produziert werden kann. MAGEL Ja, aber dieser Vorteil des überdies riesigen Marktes schwindet. Denn Chinas Lohnniveau steigt. Das ist logisch, weil sich ja immer mehr Wohlstand in der Volksrepublik ausbreitet. Und da kommt wieder das chinesische Ziel ins Spiel, die Abhängigkeiten vom Ausland zu verringern. Sie wollen ihren gigantischen Markt und Binnenkonsum mit über 1,4 Milliarden Verbrauchern letztlich selbst beherrschen. China ist mittel-, zumindest langfristig für uns kein Goldesel mehr.

BSZ Also raus aus China? MAGEL Nein, dann geben wir ja viele gewachsene Netzwerke und Mitgestaltungsmöglichkeiten auf. Wir dürfen nicht vergessen, dass wir - jetzt nehme ich wieder mein Fachgebiet - China ja auch beeinflussen in Sachen nachhaltige ländliche Entwicklung, Umweltschutz, Ökologie oder ganzheitliche partizipative Planungskultur, was wieder Auswirkung auf die Nachbarregionen hat. Wenn China den ländlichen Raum stärkt und mehr tut für Klima- und Umweltschutz, profitiert die ganze Welt davon. Da stimmt der Satz von der globalen Schicksalsgemeinschaft!

#### BSZ Das bedeutet?

MAGEL Wir müssen weiter vor Ort agieren und lehren. Ich plädiere im Fall der deutschen, stark chinaabhängigen Unternehmen, die Einseitigkeit und Ausschließlichkeit zu reduzieren. Ich kann von außen nicht nachvollziehen, warum große Unternehmen wie BASF sogar noch weiter expandieren wollen. Was machen die denn, wenn aus der ziemlich eindeutigen Nato-EU-Feststellung, China sei eine Bedrohung, wirklich Ernsteres folgt?! Es genügt ja schon ein besorgter Aktionär zu sein, um mir eine Diversifizierungs- oder gar Exitstrategie zu überlegen. Dann ergibt sich automatisch der Druck für alle Verantwortlichen, zum Beispiel Freihandelsabkommen mit dem allerdings auch nicht einfachen Indien oder mit den USA und Südamerika zu schließen und dabei natürlich Umweltstandards und allgemein akzeptierte und nicht allein eurozentrierte Standards einzuhalten.

BSZ Und wie sieht die deutsch-chinesische Zukunft aus? MAGEL Deutschland und China müssen im Dialog bleiben - alles andere wäre absoluter Unsinn. Sie müssen auf vielen Feldern weiterhin zusammenarbeiten bis hin zu globalen, vor allem Umweltthemen. Wobei ich mir mehr deutsch-chinesische Zusammenarbeit in unserem "Schicksalskontinent" Afrika wünsche, wie es Ex-Bundesentwicklungsminister Gerd Müller von der CSU im Sinn hatte. Er wollte die hochangesehene duale Berufsbildung in Pingdu auch in Afrika anwenden.

#### BSZ Was hätte das gebracht?

MAGEL Dieser Kontinent steht vor riesengroßen Herausforderungen. Das ist auch der Grund, warum sich meine TUM nun voll auf Afrika konzentriert. Den Menschen dort muss eine bessere Zukunft vor Ort ermöglicht werden. Die Flucht nach Europa kann keine Option sein. Doch dazu sollte auch die deutsche Entwicklungspolitik mehr in Richtung ganzheitliche und vernetzte Entwicklungen anstelle zu vieler oft unkoordinierter Einzelprojekte gelenkt werden. Und sie und viele andere Akteure sollten versuchen mit den Chinesen zusammenarbeiten - in unserem Interesse. Denn wir sind von der Migration betroffen, nicht China.

## BSZ Was machen die Chinesen in Afrika besser?

MAGEL Die Chinesen haben eine robuste Vorgangsweise. Sie bauen in Afrika ohne große Demokratiediskussionen heiß begehrte und dringend nötige Infrastruktur mit ihren eigenen Leuten auf und lassen sich das durch Rohstoffe und Landnutzung bezahlen. Daneben bieten sie großzügigst Kredite, die politisch virtuos gehandhabt werden. Das wird oft kritisiert, vor allem bei uns, aber es festigt dennoch den Einfluss Chinas. Niemand in Afrika spricht von der Kolonialisierung durch China, aber die europäische Kolonialisierung ist immer noch ein Thema - auch die die afrikanische Landwirtschaft benachteiligende europäische Agrarpolitik.

BSZ Zurück zum Thema Zukunft: Wie soll Deutschland mit China umgehen?

MAGEL Wir müssen wieder mehr auf eigene Sicherheitsinteressen, gerade in der Forschung und bei Patenten achten - und manche Blauäugigkeit oder gar Naivität ablegen. Nach Bekanntwerden unangenehmer Vorfälle titelte die Deutsche Universitätszeitung, die über 100-jährige deutsch-chinesische Zusammenarbeit auf akademischem Gebiet habe ihre Unschuld verloren. Aber das macht meines Erachtens gar nichts. Ich muss halt künftig noch genauer wissen, mit wem ich zusammenarbeite und was

ich gerne teilen oder weitergeben kann zum Wohle der Menschen in **China** oder gar der ganzen Welt. Oder was ich fürs eigene Geschäft eher für mich behalte. Allianz-Chef Oliver Bäte hat es kürzlich so formuliert: "Noch viel stärker darauf achten, dass unser Know-how nicht abgesaugt wird". Dann kann ich weiterhin mit mir im Reinen mit **China** kooperieren.

Interview: Ralph Schweinfurth

- CO nato: North Atlantic Treaty Organization
- NS nitv : Interviews | gcat : Political/General News | ncat : Content Types | nfact : Factiva Filters | nfcpex : C&E Executive News Filter
- china: China | gfr: Germany | russ: Russia | africaz: Africa | bavar: Free State of Bavaria | apacz: Asia | Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: East Asia | eecz: European Union Countries | eeurz: Central/Eastern Europe | eurz: Europe | ussrz: CIS Countries | weurz: Western Europe
- PUB Süddeutsche Zeitung GmbH
- AN 文件 BAYES00020230120ej1k0000u

# Neue Zürcher Zeitung

SE Pro Global

HD Der Motor stottert; Deutschland und Frankreich finden keine Antwort auf die europäische

Sicherheitskrise. Berlin und Paris sind derzeit zu sehr gefangen in ihren nationalen Prioritäten, um die EU gemeinsam in der neuen geopolitischen Landschaft neu zu positionieren. Von Ulrich

Speck

WC 1,164 字

PD 2023年1月30日

SN Neue Zürcher Zeitung

SC NEUZZ I A 德文

CY Copyright 2023. Besuchen Sie die Website der führenden Schweizer Internationalen

Tageszeitung unter

LP

Das deutsch-französische Treffen in Paris am 22. Januar zum 60. Jahrestag des Élyséevertrags, mit dem 1963 Adenauer und de Gaulle die «Erbfeindschaft» offiziell für beendet erklärten, besass alle klassischen Elemente der deutsch-französischen Lyrik: Feierlichkeiten in der Sorbonne und im Élyséepalast, Reden des französischen Präsidenten und des deutschen Kanzlers vor etwa 300 deutschen und französischen Abgeordneten, Treffen beider Kabinette, gemeinsame Erklärung.

Und doch mochte die rechte Stimmung nicht aufkommen. Die über Jahrzehnte gepflegten Rituale der Freundschaft überdecken nur mühsam die Realität, dass es Frankreich und Deutschland immer schwerer fällt, politisch auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen. Und ein Signal des Aufbruchs, der den «Motor» der EU wieder angeworfen hätte, ging von diesem Treffen gewiss nicht aus.

TD

Woran liegt das? Dass der «hyperaktive» Macron und der «introvertierte» Scholz ein Kommunikationsproblem haben, ist offensichtlich. Macron spricht zu viel, Scholz fast gar nicht, heisst es. Aber solche Hindernisse in der persönlichen Chemie hatten die Amtsvorgänger ebenfalls zu überwinden – und taten dies auch, weil es das Arbeiten am gemeinsamen Projekt der europäischen Einigung erzwang.

Offenbar liegt das Problem tiefer. Das Gefühl beider Seiten, in einer Schicksalsgemeinschaft auf Gedeih und Verderb eng aneinandergekettet zu sein, scheint geringer geworden. Und die Frustrationen auf beiden Seiten wachsen. Von Paris aus ist die Gleichrangigkeit mit Deutschland bedroht. Deutschland wird wirtschaftlich immer stärker und droht immer mehr Europa zu dominieren.

Verstärkt wird diese französische Sorge durch deutsche Alleingänge. Deutschland bezieht Frankreich oft nicht im Voraus in seine Pläne ein, wie im Fall des 200-Milliarden-Euro-Pakets, das den Schock der hohen Energiepreise für Deutschland abfedern sollte. Scholz ist alleine nach China gereist statt gemeinsam mit dem französischen Präsidenten, entgegen dem Wunsch aus Paris.

Die deutsche Seite dagegen ist frustriert über Macrons als selbstherrlich empfundenen Alleingänge und Störmanöver. Macrons Plan für eine Europäische Politische Gemeinschaft vom Mai 2022 wurde mit Berlin offenbar nicht wirklich abgestimmt. Im Oktober torpedierte Macron dann die Pläne Berlins, gemeinsam mit Spanien eine Gaspipeline über die Pyrenäen zu bauen. Anfang Januar verärgerte Macron Scholz, als er unabgesprochen vorpreschte mit der Verkündung, leichte Panzer an die Ukraine zu liefern.

Hinzu kommen Kontroversen über den Umgang mit Amerikas grossem Programm zur Förderung grüner Energien («Inflation Reduction Act»), dem Macron gerne einen protektionistisch angelegten «Buy European Act» entgegensetzen will. Scholz hingegen will die Wogen mit Verhandlungen glätten.

Der gemeinsame Nenner zwischen Deutschland und Frankreich schrumpft derzeit eher. Beide haben unterschiedliche geopolitische Visionen. Macron setzt nach wie vor auf eine europäische «Souveränität», die Kritiker als durchsichtige Instrumentalisierung der EU für französische Machtambitionen sehen. Im Augenblick liegt der Fokus der französischen EU-Strategie auf Wirtschaft und Technologie. Doch die Ambitionen im Sicherheitsbereich hat Paris keineswegs aufgegeben, eher aufgeschoben. Macron bleibt in Lauerstellung für den Fall, dass sich die derzeitige transatlantische Harmonie wieder in eine konfliktreichere Beziehung verwandelt.

Für Deutschland hingegen hat der russische Angriffskrieg sehr deutlich gemacht, dass ohne die USA sicherheitspolitisch gar nichts geht. Die äusserst enge Ankopplung der Entscheide des Kanzlers an die Entscheide des US-Präsidenten bei Waffenlieferungen machen das deutlich. Der Satz des derzeitigen Bundespräsidenten und damaligen Aussenministers Steinmeier von 2013 vom transatlantischen Bündnis als «Rückgrat unserer Sicherheit» gilt für Deutschland wieder sehr deutlich.

Die Schlüsselbeziehung für beide, Deutschland wie Frankreich, ist derzeit die Beziehung zu Washington. In bilateralen Kanälen zwischen Washington und Paris einerseits, Washington und Berlin andererseits wird ausgehandelt, was beide zu tun bereit sind, um die Ukraine zu unterstützen, und wo die Grenzen liegen. Im Ernstfall der Konfrontation mit einem aggressiven Russland setzen beide auf die USA als Europas Schutz- und Leitmacht. Auch wenn Washington wieder, wie im Kalten Krieg oder bei den Balkan-Kriegen, die Regie in Sachen europäischer Sicherheit übernommen hat, dürfte dies kein neuer Dauerzustand sein. Zum einen, weil der Krieg in der Ukraine nicht ewig weitergehen wird, zum anderen, weil auch das Engagement der USA endlich ist. Im November 2024 wird ein neuer Präsident gewählt, der das amerikanische Engagement wieder einmal auf den Prüfstand stellen könnte.

Deshalb stellt sich die Frage, ob sich Deutschland und Frankreich als traditioneller «Motor» Europas gemeinsam neu aufstellen wollen, um sicherheits- und geopolitisch eine zentrale Rolle zu spielen, oder ob sie sich darauf beschränken, im EU-Rahmen den gemeinsamen Markt zu verwalten, ergänzt durch das eine oder andere gemeinsame Projekt im Bereich Rüstung oder Technologie.

Einige Elemente einer künftigen europäischen Sicherheitsordnung zeichnen sich bereits ab: Sicherheit wird bis auf weiteres in Bezug auf Russland definiert werden müssen und wird nur gemeinsam mit der globalen Macht USA zu gewährleisten sein. Zugleich verlagert sich die geopolitische Dynamik weg vom klassischen Gravitationszentrum zwischen Paris, Brüssel und Berlin in Richtung Osten. Polen wird eine grössere Rolle spielen, womöglich als Führungsmacht der Region. Der gesamte Gürtel von Ländern von Skandinavien bis zur Türkei wird als Sicherheitsriegel gegen ein expansives, weiterhin bedrohliches Russland ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Auch Grossbritannien wird eine wichtige Rolle spielen: durch militärische Unterstützung und als ein Anwalt der östlichen Sicherheit in Washington.

Deutschland und Frankreich als traditionelle Schwergewichte Europas müssen sich in dieser neuen geopolitischen Landschaft neu positionieren. Um nicht sicherheitspolitisch an den Rand zu geraten, um bestenfalls wieder als Motor, als Führungsmächte fungieren zu können, müssten Paris und Berlin zunächst das neue Paradigma – Sicherheit mit den USA gegen Russland – als Grundlage ihrer strategischen Neuorientierung akzeptieren. Gemeinsam könnten sie auf dieser Grundlage eine neue europäische Agenda entwickeln, die die unterschiedlichen Interessen und Vorstellungen in vielen Bereichen zusammenführt – von Sicherheit über Energie und Klima bis hin zur Herausforderung durch China.

Beide, Deutschland und Frankreich, müssten dafür aber erst viel Ballast über Bord werfen. Frankreich müsste seine Vorbehalte gegen die enge Verbindung Europas mit den USA ebenso aufgeben wie die Hoffnung auf einen Deal mit Russland. Deutschland seinerseits müsste seine Hoffnung auf eine baldige Rückkehr in eine Partnerschaft mit Russland aufgeben, sich unzweideutig hinter seine östlichen Nachbarn stellen und seine Aufgabe darin sehen, die USA in Europa sicherheitspolitisch engagiert zu halten. Zugleich müsste in Berlin und Paris ein neuer Geist der bilateralen Kooperation Einzug halten, der die derzeitige schlechte Laune hinter sich lässt und in der Arbeit an einem Zukunftsprogramm an den europapolitischen Optimismus der frühen Jahre anschliesst.

Die Alternative zu einer solchen Neupositionierung ist eine verringerte Relevanz Frankreichs und Deutschlands in Europa, womöglich ein Rückzug in den jeweiligen nationalen Schmollwinkel. Und eine mögliche sicherheitspolitische Fragmentierung in Europa würde auf Dauer auch den gemeinsamen Markt, den Kern der EU, bedrohen. Ob die Entscheidungsträger in Berlin und Paris solche längerfristigen Chancen und Risiken der Zeitenwende in Europa bereits umfassend durchdacht haben, ist unklar.

Vom Pariser Treffen jedenfalls ging kein geopolitisches Signal für Europa aus. Der Fokus lag auf der Vergangenheit und auf der Beschwörung der bilateralen Beziehung. In beiden Hauptstädten muss man sich jedoch fragen, ob man zu den Gestaltern der neuen Geopolitik gehören oder von den Gestaltungsansprüchen anderer getrieben werden will.

Frustration auf beiden Seiten

Geist der Kooperation



CO euruno : European Union

NS gpol: Domestic Politics | gdip: International Relations | nimage: Images | gcat: Political/General

News | gpir : Politics/International Relations | ncat : Content Types

RE gfr : Germany | paris : Paris | fra : France | berlin : Berlin | eecz : European Union Countries | eurz

: Europe | usa : United States | dach : DACH Countries | ilefra : Ile-de-France | medz :

Mediterranean Countries | namz : North America | weurz : Western Europe

IPD Pro Global

PUB Neue Zuercher Zeitung

AN 文件 NEUZZ00020230130ej1u0000w

SE Deutschland

HD Tauchsieder; Der Zorn der Wölfe

BY Schnaas, Dieter

WC 2,342 字

PD 2023年2月5日

SN WirtschaftsWoche Online

SC WIRONL

LA 德文

CY Copyright 2023 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

China lässt Spionageballons aufsteigen und beschuldigt die USA, den Ukraine-Krieg angezettelt zu haben. Ist Peking überhaupt noch an einer Entspannung der Lage interessiert? Ein Blick zurück zeigt: wahrscheinlich nicht.

Im Jahr 2004, Angela Merkel schickte sich in Deutschland gerade an, ihren Einzug ins Kanzleramt vorzubereiten, feierte der Schriftsteller Jiang Rong im fernen **China** einen spektakulären Verkaufserfolg. Sein Bestseller hieß "Wolf's Totem", und als es vier Jahre später unter dem Titel "Der Zorn der Wölfe" auf Deutsch erschien, stand der vielfach raubkopierte Roman in rund 20 Millionen chinesischen Buchregalen. An der fürchterlich langatmigen Abenteuergeschichte, ein auf rund 650 Seiten ausgewalzter Mix aus Jack-London-Apologetik, jägerlateinischem Stärkepathos und wildromantischem Steppenkitsch im 20-Uhr-15-Fernsehstil, konnte es eigentlich nicht liegen. Woran aber dann?

TD

Nun, das Verlagswesen Chinas war damals gehalten, den "Nationalgeist" der Bevölkerung zu stärken. Die britische Schriftstellerin Joanne K. Rowling und der US-amerikanische Time-Warner-Konzern hatten die weltweite Suprematie kultureller "Soft Power" westlicher Provenienz mit ihren "Harry Potter"-Romanen und -Filmen gerade noch einmal eindrucksvoll bekräftigt – ein Höhepunkt transatlantischer Blockbuster-Diplomatie in China, der letzte unbelastete, popkulturelle Triumphzug Anglo-Amerikas durch die Buchläden und Kinos in Peking und Shanghai.

Der damalige Staatschef Jiang Zemin ermahnte die Kulturschaffenden deshalb schon im November 2002, an der Pflege eines "Nationalgeistes" mitzuwirken, "mehr Werke fürs Volk" zu schaffen – und alle "dekadente Kultur entschieden (zu) boykottieren". **China** stehe mit anderen Nationen im Wettbewerb "hinsichtlich der umfassenden Landesstärke", und dem Kulturbetrieb falle die patriotische Aufgabe zu, den chinesischen Menschen zu "gestalten" und zu "wappnen" mit "erhabenen Auffassungen".

Jiang rief sein Land auch zu einer Gegenoffensive in "Public-Diplomacy" auf: Es gelte, den Blick "auf die Frontlinie der kulturellen Entwicklung in der Welt" zu richten und die "Anziehungs- und Wirkungskraft der sozialistischen Kultur chinesischer Prägung" zu stärken. Und er versprach sich davon eine Stärkung der Volksseele: "Der Nationalgeist ist die geistige Stütze für die Existenz und Entwicklung einer Nation", so Jiang, seine "Pflege und Weiterentwicklung… angesichts der weltweiten Wechselwirkung der verschiedenen Ideologien und Kulturen… eine äußerst wichtige Aufgabe".

Es ist die Geburtsstunde der chinesischen Wolfsdiplomatie – wenn auch damals noch im Pelz des Pandabären. China fängt 2004 damit an, "die Kultur als Teil der weichen Macht unseres Landes" systematisch einzusetzen (so Jiangs Nachfolger Hu Jintao im Jahr 2005) und die Welt mit (inzwischen rund 500) Konfuzius-Instituten zu überziehen: Es geht zunächst darum, ein betont freundliches (Selbst-)Bild Chinas in die Welt zu tragen, die Menschen rund um den Globus bekannt zu machen mit den Kulturschätzen und Denktraditionen einer mächtig aufstrebenden Nation, das sich als "Reich der Mitte" begreift, genauer: als Inhaber des himmlischen Mandats ("tianxia"), andere Nationen in seinen Bann zu ziehen und die "Schicksalsgemeinschaft der Menschheit" hierarchisch zu bergen.

Insofern ist "Der Zorn der Wölfe" damals vor allem das Produkt einer kadersozialistischen Kulturoffensive, der Versuch der Kommunistischen Partei, einen "Soft Power"-Konter gegen den Westen zu fahren, angezettelt von einem bekannten Verlagshaus und erfolgreich begleitet von Marketingexperten, die Lizenzen von "Wolf's Totem" in 20 Länder verkaufen. Kein chinesischer Roman war weltweit je erfolgreicher.

Aber es gibt noch eine andere Version der Geschichte. Eine, die viel erzählt über die Ambiguität, zu der die Kader in Peking damals noch fähig waren und mit der man als westlicher Beobachter auf das autokratische China vor knapp 20 Jahren noch blicken musste, um es zu verstehen – und über die totalitäre Wende, die Generalsekretär Xi Jinping dem Land seit zehn Jahren aufzwingt. Eine Geschichte über den Wolf im Pandakostüm.

Wegbereiter der "Wolfsdiplomatie"

Hinter dem Pseudonym "Jiang Rong" verbirgt sich Lu Jiamin, ein ehemaliger Professor für Wirtschaftspolitik, ein Regimekritiker seit den 1970er-Jahren, ein Aktivist der Demonstrationen auf dem Tian'anmen-Platz 1989. Lu hat seine Identität zwei Jahre lang nicht preisgegeben. Er war sich sicher: Hätten die Kader ihn, den Autor, beizeiten gekannt – das Buch wäre nicht veröffentlicht worden und das Regime hätte ihn, einmal mehr, spüren lassen, dass er sich zu weit aus dem Fenster gelehnt habe. 18 Monate saß Lu damals, nach den Studentenprotesten auf dem Platz des Himmlischen Friedens, im Gefängnis.

Einmal in der Welt aber und außerordentlich erfolgreich, gönnt die Kommunistische Partei Chinas dem Buch seinen Erfolg und dem Regimegegner seinen Aufstieg zum Millionär. Und nicht nur das. Sie beutet die krude Geschichte auch doppelt aus, nämlich einerseits zur Hebung des "Nationalgeistes", andererseits zu pandadiplomatischen Zwecken – und deutet "Wolf's Totem" heute drittens um in einen literarischen Wegbereiter der "Wolfsdiplomatie" – in einen Mustertext für die offensive, aggressive Unverblümtheit, mit der chinesische Diplomaten seit einigen Jahren weltweit westliche Regierungen kritisieren und diffamieren. Für Lu muss es eine Qual sein. Kann man einen missliebigen Autor schlimmer strafen als mit ideologischer Appropriation?

Worum also geht es in "Der Zorn der Wölfe"? Nun, Lu erzählt, angelehnt an seine eigene Biografie, von einem jungen Mann aus Peking, der während der Kulturrevolution in der Inneren Mongolei lebt und arbeitet und dort gegen Maos "Große Sprung nach vorn"-Ambitionen das Ethos der Steppe und das Ideal eines einfachen Lebens in Einklang mit der Natur lieben lernt. Die Mao-Kritik des Erzählers ist dabei mitunter ziemlich explizit: "Diese Idioten in der Zentrale klauen den Wölfen ihre Vorräte – wenn ich Leitwolf wäre, würde ich auch auf Rache sinnen und ihre Schweine und Hühner töten."

Kritik an Han-Chinesen - und Aufruf zum Aufstand

Das ist die erste Ebene der Kritik unter der Oberfläche der Jägergeschichten. Aber Lu hat das Buch zweitens immer auch als Parabel verstanden: Er denunziert die träge Sesshaftigkeit der Han-Chinesen, die keinen Sinn mehr entwickeln können für ihre zweite, nomadische Mongolennatur – und stellt sie als geduldige, willenlose Schafherde bloß, die sich irgendwelchen Leithammeln unterwerfen, statt die Zügel selbst in die Hand zu nehmen und ihre Zukunft selbstbestimmt zu gestalten – so wie Wölfe es tun würden. Das ist die zweite Ebene der Kritik: ein Aufruf zum Aufstand.

Man kann die Geschichte aber eben auch bloß als Abenteuerroman lesen, der eine öde Jagdgeschichte an die nächste reiht – und mit profanem Öko-Pantheismus die Herzen der Welt gewinnen, mit gut verkäuflicher Grasland-Folklore, 2015 verfilmt von Jean-Jaques Annaud, dem Meister des romantisch verklärten Hochebenen-Epos ("Sieben Jahre in Tibet"): ein Panorama unendlicher Weiten, wilder Pferde und grüner Grenzenlosigkeit; ein chinesischer Wildostfilm, eine Hymne auf den Mythos Steppe. Ein Exportgut chinesischer Public Diplomacy.

Man darf nicht vergessen, dass China vor fünf Jahren noch aller Welt vor allem freundlich erscheinen wollte. Als Xi Jinping im Sommer 2017 zu ihrer "großen Freude" Angela Merkel besuchte, brachte er noch zwei Riesenpandas für den Berliner Zoo mit, die die Kanzlerin vor klickenden Kameras lächelnd zu "Sonderbotschaftern unserer beiden Länder" erklärte. Heute wirkt das Freundschaftszeichen wie eine blasse Erinnerung an eine untergegangene Welt. Was Merkel damals als Pandadiplomatie willkommen hieß, würde Scholz heute als schwerer diplomatischer Fehltritt vorgeworfen. Scholz und Xi mit Kuscheltier – undenkbar.

China hat sich gegen die USA und den Westen gewendet

China hat sich inzwischen entschieden gegen die USA und den Westen gewendet. Hat vor ziemlich genau einem Jahr, am 4. Februar 2022, den USA, der EU und der Nato offiziell den ideologischen Krieg erklärt – und Putins Russland zu seinem Premiumpartner: Die Freundschaft zwischen beiden Ländern sei schier "grenzenlos" und allen bisherigen Bündnissen "überlegen", heißt es in der Erklärung der beiden autokratischen Ententemächte, und weiter: Man teile die Auffassung, "dass bestimmte Staaten, militärische und politische Bündnisse und Koalitionen versuchen, sich direkt oder indirekt einseitige militärische Vorteile zum Nachteil der Sicherheit anderer zu verschaffen" und "die geopolitische Rivalität zu verschärfen, Antagonismus und Konfrontation zu schüren und die internationale Sicherheitsordnung und die globale strategische Stabilität ernsthaft zu untergraben".

Anders gesagt: Die Schuldfrage beim Blick auf die Grundübel der Welt ist aus Sicht Chinas und Russlands immer schon vorneweg geklärt. Man kann sich daher nur wundern, dass eine Erklärung wie die von Außenamtssprecherin Mao Ning ("Die USA sind es, die die Ukraine-Krise ausgelöst haben") überhaupt noch Verwunderung auslöst. Ist die Lüge erst einmal zur Wahrheit erklärt, sind immer China und Russland Opfer von "Machtpolitik" und "Einschüchterung" – und wahlweise auch von "Gräueltaten der Nazi-Aggressoren, militaristischen Invasoren und ihrer Komplizen", die danach trachten, "die Ehre der Siegerländer zu beschmutzen".

Den "Wolfskriegern" fällt dabei die Aufgabe zu, die neue Staatsräson Xis mit aggressiver Propaganda zu unterstützen, die globale Ordnung als Herrschaftsinstrument des Westens zu diffamieren und seine "Politik der doppelten Standards" als "Praxis der Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten" zu geißeln. Sie verdanken ihren Namen einem primitiven Actionfilm nach bewährtem Hollywood-Muster, in dem ausländische Angreifer von einer chinesischen Spezialeinheit ("Wolf Warrior") bekämpft und mit ganz viel vaterländischem Mut besiegt werden: Die Fortsetzung 2017 war der kommerziell erfolgreichste Film des Landes bisher.

#### Chinas Täter-Opfer-Umkehr

Entsprechend sind in der politischen Welt ranghohe Offizielle im Außenministerium auf Twitter damit beschäftigt, die Empörung westlicher Staaten über Russlands Überfall auf die Ukraine mit ihrer Duldung vergangener US-Kriege – etwa im Irak – zurückzuweisen. Und Diplomaten damit, die Regierungen ihrer Gastländer verächtlich zu machen, im Einklang mit den Staatsmedien, die US-Politiker inzwischen recht routiniert als "Feinde der Menschheit" oder "Superschleuder politischer Viren" bezeichnen. Und China bedient sich dabei besonders gern des Mittels des Täter-Opfer-Umkehr, auch um Verschwörungsideologen aller Länder gegen die Sache der Demokratie zu mobilisieren: Was, wenn die USA das Coronavirus China untergejubelt hätten, um seinen Aufstieg zur Weltmacht zu stoppen? Und was, wenn nicht China die territoriale Integrität Taiwans in Frage stellte, sondern die USA die territoriale Integrität Chinas mit dem ranghohen Besuch Nancy Pelosis in Taipeh: "China muss sich auf jedes mögliche Szenario vorbereiten", so damals Außenamtssprecherin Hua Chunying.

Dabei belässt es Xis **China** seit gut fünf Jahren längst nicht mehr bei Worten, lässt vielmehr seine militärischen, ökonomischen, politischen und kulturellen Muskeln spielen – und testet lustvoll seine physischen Grenzen aus, im Südchinesischen Meer, im Himalaya und in Hongkong. Es besetzt und militarisiert Inseln, rückt in neutrale Pufferzonen vor, annulliert völkerrechtliche Verträge – und macht sich schwerer kultureller Genozide im eigenen Land schuldig.

Es drängt afrikanische und asiatische Staaten in die Schuldknechtschaft (Sri Lanka) und drangsaliert Demokratien, die sich seinem Willen widersetzen (Australien, Norwegen, Litauen), es schafft internationale Parallelstrukturen, die planvoll den "Washington Consensus" unterlaufen und eröffnet entgegen aller Versprechen Militärstützpunkte in Dschibuti, es gibt zu Protokoll, die Abhängigkeit der Welt von der chinesischen Wirtschaft zu maximieren und die ökonomische Abhängigkeit Chinas von der Welt zu minimieren – und gibt mit Xi "kein Versprechen" mehr ab, bei der "Wiedervereinigung" mit Taiwan "auf die Anwendung von Gewalt zu verzichten".

### Der Rudelführer weiß es am besten?

Und was ist mit Lu Jiamin alias Jiang Rong? Liest man "Der Zorn der Wölfe" vor dem Hintergrund der chinesischen Politik der vergangenen fünf Jahre – in Gedanken an die "unverbrüchliche Freundschaft" zu Kriegsverbrecher Putin, an permanente militärische Grenzüberschreitungen in der Straße von Taiwan oder auch an einen Spionageballon über dem US-Bundesstaat Montana, dann liest man es unweigerlich auch als sozialdarwinistische Feier einer rassisch begründeten Stärke, Überlegenheit und Mitleidlosigkeit – und es mag einem eiskalt den Rücken runterlaufen: "In den Adern jedes Einzelnen floss das Blut von Generationen jagender und mordender Wölfe, sie hatten Weisheit, Brutalität und Freiheitsliebe mit der Muttermilch aufgenommen…" und: "Keine Sorge, der Rudelführer weiß genau, um was es geht."

Vor ein paar Wochen noch schien es, als pfiffe Rudelführer Xi Jinping seine diplomatischen Wolfskrieger fürs Erste zurück, als bemühe er sich um einen moderateren Ton, als sei er an einer Entspannung der aus dem Ruder laufenden Beziehungen zu den USA interessiert. Der ehemalige US-Botschafter Qin Gang avancierte zum neuen Außenminister, und Chinas ehemaliger Chefwolfskrieger im Amt, Zhao Lijian, wurde Anfang Januar 2023 degradiert – kurz nachdem seine Frau in den Sozialen Medien publik gemacht hatte, ihr Mann sei an Covid erkrankt und könne sich keine Medikamente besorgen.

Doch inzwischen ist die Beziehung zwischen China und den USA nicht mehr kalt – sondern so frostig wie nie seitdem keine andere Beziehung bedeutsamer ist für die Erhaltung des Weltfriedens. Man spricht kaum mehr miteinander, geschweige denn vertrauensvoll – und fast täglich übereinander, mit drohendem Zeigefinger und im Ton der Schuldzuweisung.

### Entkopplung von China

US-Außenminister Antony Blinken hat seinen Peking-Besuch wegen des Spionageballons vorläufig abgesagt. China bezichtigt die USA, den Krieg Russlands gegen die Ukraine angezettelt zu haben. US-Generäle machen ihr "Gefühl" publik, dass die USA "im Jahr 2025 kämpfen werden", um Taiwan gegen China beizustehen. Entsprechend bauen die USA Militärstützpunkte im Süden Japans und im Norden der Philippinen aus, die Taiwan besonders nahe liegen – und US-Präsident Joe Biden versucht China mit jeder weiteren Woche ein wenig mehr technologisch zu entkoppeln, zu isolieren – zu schwächen.

Besonders besorgniserregend ist allerdings der Erfolg der Propagandamaschinen in China und Russland. Das Narrativ der aggressiven USA und ihrer europäischen Handlanger ist in beiden Ländern inzwischen so etabliert und verbreitet, dass weite Teile der Bevölkerungen tatsächlich glauben, der imperialistische Westen bringe (mal wieder) seine Raketen und Panzer in Stellung, um aufstrebende Mächte klein zu halten, sie zu knebeln und zu knechten: eine Schuldumkehr, die die historische Kolonial- und Supermachtschuld Europas und der USA schamlos ausbeutet – und in vielen Ländern verfängt, wovon sich Kanzler Olaf Scholz vergangene Woche etwa in Brasilien überzeugen konnte.

Besorgniserregend deshalb, weil hier nicht nur orwellsche "Ministerien der Wahrheit" auf Basis der Lüge Kriege vorbereiten und anzetteln, sondern auch, weil hier "die Geschichte" als agonaler Befreiungskampf vor-geschrieben wird und "gerechte Kriege" im Hinblick im Tempus einer vollendeten Zukunft wieder denkbar werden: Wenn 1,4 Milliarden Chinesen davon überzeugt sind, sie müssten Taiwan gegen die USA verteidigen so wie 130 Millionen Russen davon überzeugt sind, sie befreiten gerade die Ukraine von Nazi-Kollaborateuren, bevor diese mit deutschen Panzern auf Moskau zurollen – dann wird diese "Wahrheit" im Jahr 2030 so oder so in Chinas und Russlands Geschichtsbücher eingegangen, mithin mindestens so "wahr" sein wie "die Geschichte" westlicher Historiker.

Das ist das eigentliche Ziel der "Wolfsdiplomaten" Chinas: den "Nationalgeist" stärken, den Selbsthass vieler Menschen im Westen mit Desinformation ausbeuten, die Demokratie zersetzen, die "internationale Rechtsordnung" abschaffen, Landnahmen durch präemptive Schuldumkehr als "bellum iustum" zu rechtfertigen – und der historischen Wahrheit über künftige Konflikte durch Propagandakriege gegen die eigene Bevölkerung vorab den Boden entziehen.

All das ist wirklich fürchterlich. Und schlimmer noch: ganz wirklich zum Fürchten.

Lesen Sie auch: Putins alte Diktatur - und Xis moderne Tyrannei

ART Foto: Illustration: Marcel Reyle

NS gbook : Books | gent : Arts/Entertainment | gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News

RE china: China | beijin: Beijing | gfr: Germany | usa: United States | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market: Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: East Asia | eecz: European Union Countries | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe

IPD Politik

PUB Handelsblatt GmbH

AN 文件 WIRONL0020230205ej2500002

SE Ausland

HD Tauchsieder; Kalte Kriegswirtschaft? Darum geht es jetzt

BY Schnaas, Dieter

wc. 2,645 字

PD 2023年2月19日

SN WirtschaftsWoche Online

SC WIRONL

LA 德文

CY Copyright 2023 Handelsblatt GmbH. Alle Rechte vorbehalten. Zum Erwerb weitergehender Rechte wenden Sie sich bitte an nutzungsrechte@vhb.de

LP

China hofiert die Mullahs, droht Taiwan zu erobern – und Europas Energiewende zu sabotieren. Russland blutet die Ukraine aus – und schrumpft die Arsenale der Nato. Und wir? Wurschteln uns durch. Eine Kolumne.

"Rohstoff-Wirtschaft! Ein abstraktes, bildloses Wort", hebt der deutsche Top-Manager an, und doch auch "ein Begriff von großer Schwerkraft": Die moderne Warenwelt, der Wohlstand der Nationen, der Reichtum speziell Deutschlands – all das basiere auf der Zufuhr und der Verarbeitung von Grundstoffen. Alle Wirtschaft sei heute "unauflöslich verquickt", weshalb alle Wirtschaftspolitik in Zeiten elementarer Krisen "die Frage der Deckung" vorrangig adressieren und lösen müsse: "Nie wieder kann und darf es geschehen, dass wir wirtschaftlich unzulänglich vorbereitet" sind, dass ein Konflikt oder Krieg uns überrascht.

TD

Das große Problem, so führt der in Berlin bestens vernetzte Manager im Kreise von Vertrauten und Mitstreitern aus: Die Deutschen verstünden den Ernst der Lage nicht. Sie spürten noch keinen Mangel und kaum Einschränkungen, seien im Prinzip noch immer "der Ansicht, dass die Rohstoffversorgung ganz von selbst geht". Doch davon könne schon längst keine Rede mehr sein. Im Gegenteil. Die Globalisierung sei prekär geworden, der Traum vom ungestörten Warenfluss ausgeträumt. Es komme jetzt darauf an, ein "neues wirtschaftliches Leben" zu organisieren. Und präzise zu bestimmen, "auf wieviel Monate das Land mit unentbehrlichen Stoffen versorgt" sei.

Es gehe jetzt darum, "höchste Tatkraft und Schaffenslust" seitens der Industrie zu entfesseln, um Produktionslücken zu schließen – und "gewaltige Lager" vorzuhalten, um im Falle abreißender Lieferketten gut vorbereitet zu sein. Die Politik müsse verlässliche "Verständigungen" und Partnerschaften mit dem "neutralen Ausland" schließen und auf der Basis einer laufend anzupassenden Rohstoff-Strategie handeln – und natürlich auch eine Art Dashboard für Informationen in Echtzeit vorhalten: "Wir müssen nicht nur dauernd wissen, was wir an Unentbehrlichem im Lande haben, sondern wir müssen auch dauernd dafür sorgen, dass wir so viel im Land haben, wie wir brauchen."

Mehr als hundert Jahre ist das nun her. Und der deutsche Top-Industrielle, der hier spricht, heißt Walter Rathenau. Deutschland hat gerade den Ersten Weltkrieg vom Zaun gebrochen, um sich einen "Platz an der Sonne" (Bernhard Bülow) zu sichern. Und Rathenau, später Außenminister der Weimarer Republik, ist damals "Präsident der AEG", bekannt als Kartellist, Lobbyist in eigener Sache und erster Rüstungsmanager des Landes, ein Sammler von rund 80 Aufsichtsratsmandaten, eng vertraut mit Kriegsminister Erich von Falkenhayn – und von dessen Gnaden betraut mit der Leitung der "Kriegsrohstoffabteilung", einer Behörde, die auf Initiative Rathenaus im ersten Kriegsmonat (August 1914) gegründet wurde, um die Beschaffung und Verteilung kritischer Ressourcen zu organisieren.

Kein Vergleich also. Mehr als hundert Jahre her. Muss uns das heute noch interessieren? Nun, immerhin liest sich schon der Titel von Rathenaus Vortrag in der "Deutschen Gesellschaft 1914" am 20. Dezember 1915, wie die Überschrift einer Beschlussvorlage des Berliner Wirtschaftsministeriums anno 2023: "Die Organisation der Rohstoffversorgung".

Geschichte wiederholt sich nicht, schon klar. Man kann sie nicht lernen wie Lateinvokabeln, schon gar nicht "aus ihr" lernen. Historiker markieren im vergleichenden Rückblick daher allenfalls Ähnlichkeiten – und weisen vor allem entlang der Unterschiede zwischen geschichtlichen und gegenwärtigen Ereignissen "Analogien mittlerer Reichweite" (Jörn Leonhardt) auf. Sie unternehmen maximal den bescheidenden Versuch, das Neue, Präzedenzlose vor dem Hintergrund einer allgemeinen "Grammatik der Geschichte",

das Einmalige in seinen Wiederholungsstrukturen aufscheinen zu lassen (Reinhart Koselleck). Das ist alles. Aber das ist schon viel.

Und so muss uns heute etwa die strategische Klarsicht irritieren, mit der Rathenau das damalige (geografische) Kardinalproblem Deutschlands erfasst und sofortpolitisch adressiert: "Ja, wir grenzen an drei Meere, wir mit unseren Verbündeten, aber was sind sie?", was sind Nordsee, Ostsee, Mittelmeer, fragt Rathenau und antwortet sich selbst: leicht abzuriegelnde "Binnenseen". Und so muss uns im geschichtlichen Rückblick die strategische Paralyse irritieren, mit der die Regierenden in Berlin heute auf eine abermals "historische", diesmal geopolitische Weltlage (nicht) reagieren – und die heutigen (militärischen und wirtschaftlichen) Kardinalprobleme Deutschlands wenn nicht ignorieren, so doch durch Tatenarmut marginalisieren.

Wie kann das sein? China und Russland haben sich bekanntlich am 4. Februar 2022 gegen den Westen verschworen mit dem Ziel, die "internationalen Beziehungen in eine neue Ära eintreten" zu lassen. Und Russland versucht seit dem 24. Februar 2022 (mit dem Segen Chinas) eine Nation in Europa auszulöschen. Die beiden Bündnispartner verbreiten seither recht erfolgreich die Erzählung, die USA, die Nato und EU-Europa seien die eigentlichen Aggressoren, und das nicht nur mit Blick auf den Krieg in der Ukraine: Aggressoren, die im Dienste ihrer globalen Hegemonialansprüche und partikularen Wohlstandsinteressen rücksichtslos ihre Einflussgebiete und Interventionsspielräume erweitern.

Beim Eintreten des Westens für Menschenrechte, Demokratie, Rechtssicherheit und Meinungsfreiheit, so das Peking-Moskau-Narrativ, handele es sich daher in Wahrheit nur um eine Maskerade bislang dominanter Mächte: Die USA und Europa seien am "mutual benefit" der Nationen nicht interessiert, ächteten andere Staatsformen, Kulturkreise und Religionen – und suchten ambitionierte Schwellenländer mit alternativen Entwicklungspfaden klein zu halten – zum Schaden der "Schicksalsgemeinschaft der Menschheit" (Xi).

Lesen Sie auch: "Die EU sollte mit den USA Klartext sprechen"

Es ist eine böswillige Lüge, die Wladimir Putin, Xi Jinping und die Mullahs in Iran inzwischen nicht nur teilen, sondern auch eng aneinanderbindet. Eine Lüge, die in vielen Autokratien und Demokratien der Welt zirkuliert. Eine Lüge, die viele Milliarden Menschen – in China, Russland und der arabischen Welt, aber auch in Asien und Südamerika und Afrika – bejahen. Eine Lüge, die eine weltpolitische Tatsache ist. Mit der der Westen zu rechnen hat. Er hat es mit zwei vormals autokratischen, inzwischen totalitären Mächten zu tun, die nicht mehr an Kooperation interessiert sind, sondern die offene Konfrontation suchen: zwei machtvolle politische Akteure, die die antikolonialen und antiamerikanischen Affekte des "Globalen Südens" rücksichtslos ausbeuten und schon seit einigen Jahren in Worten und Taten nicht mehr verhehlen, die internationale Rechtsordnung zerstören zu wollen.

Welche Lehren ziehen wir aus dem Befund?

Und – welche Lehren ziehen wir aus dem Befund? Es ist analytisch unscharf und daher irreführend mit Blick auf Geschichte und Gegenwart, wenn manche Historiker jetzt schreiben, Putin sei ein "Faschist" (Timothy Snyder) und wolle "gefürchtet werden wie Hitler und Stalin" (Antony Beevor) – oder wenn viele Medien jetzt ausrufen Xi sei "der neue Mao". Andererseits wäre es geschichtsblind, wenn man heute in Rekurs auf die 1930er-Jahre in Deutschland und der Sowjetunion oder die 1950er-Jahre in China die Wirkmacht despotischer Willensbekundungen, die zerstörerische Kraft "höherer Ideen" und die vernunftsprengende Kraft weltbildnerischer Mystifikationen unterschätzte – oder gar ignorierte, dass aus der politischen "Indienstnahme der 'tiefen Geschichte', von Bildern und Erzählungen, die manipulative Verknüpfung von Interesse und Mythos, Kalkül und Emotion" eine "handlungsleitende Realität" entstehen kann (Jörn Leonhard), die unserem "Rational" und unserer Vorstellungskraft nach 1945 Hohn spricht.

Die beiden Alleinherrscher Putin und Xi haben sich fraglos eingesponnen in Einkreisungsängste und Feindbilder, russifizierte Zarenreichsfantasien und nationalstolz-revanchistischen Kultur- und Geschichtskitsch. Sie haben kein Problem damit, ihren Bevölkerungen Feindbilder anzutrainieren, sie zu indoktrinieren, sie mit übler Propaganda gegen den Westen aufzuwiegeln. Und einer von ihnen hat erwiesenermaßen auch kein Problem mehr damit, seine Landsleute im Dienste verheiligter Macht(erhaltungs)interessen in den massenhaften Schein-Helden-Tod zu schicken.

Und der andere? Arbeitet auf Basis der chinesischen Nichteinmischungsdoktrin vorerst noch mit Deutschland und Frankreich so gut wie Putin und den Mullahs zusammen – aber schon lange nicht mehr unterschiedslos: Während der ehemalige Außenminister Wang Yi die USA auf der Münchner Sicherheitskonferenz scharf verurteilt für den Abschuss eines chinesischen Ballons vor der Küste von South Carolina, rollte Xi Jinping Irans Chef-Theokrat Ebrahim Raisi mal wieder den roten Teppich aus, um ihm seine Unterstützung bei der Verachtung iranischer Frauen und der Unterdrückung des eigenen Volkes zu versichern.

Kurzum: China weist den USA und seinen Nato-Partnern die Schuld am Krieg Russlands gegen die Ukraine zu, verleibt sich Hongkong ein, droht Taiwan zu erobern und torpediert Europas Energiewende neuerdings mit einem Exportstopp von Technologien für Solaranlagen – während Russland die Ukraine ausblutet und die Arsenale der Nato auf den Schlachtfeldern im Donbass schrumpft, Länder wie Indien und Brasilien charmiert und Südafrika für gemeinsame Marinemanöver gewinnt. So ist die Lage. Und Berlin? Will es immer noch nicht gerne wahrhaben. Wurschtelt sich weiter irgendwie durch. Hat bis heute seine "Rohstoffstrategie" nicht aktualisiert und noch keine kohärente China-Politik entwickelt, lässt seine Sanktionspolitik gegen Russland schleifen und hat noch keine einzige Munitionsfabrik aufgebaut.

"Nie wieder kann und darf es geschehen, dass wir unzulänglich vorbereitet sind", so Rathenau 1915. Die Wahrheit anno 2023, punkt ein Jahr nach der "Zeitenwende": Deutschland ist nicht nur unzulänglich vorbereitet. Sondern maximal anfällig. Allseitig leicht verwundbar.

André Wüstner, der Chef des Bundeswehrverbandes, und Wolfgang Ischinger, ehemals Staatssekretär im Außenamt, US-Botschafter und Chef der Münchner Sicherheitskonferenz, mahnen daher inzwischen den Aufbau einer "Kriegswirtschaft" in Deutschland an – ein abstruser Gedanke, insofern er auf die historische "Kriegswirtschaft" der Alliierten und erst recht der Deutschen und Japaner (Zwangsarbeit!) im Zweiten Weltkrieg anspielt. Das Vereinigte Königreich zum Beispiel liquidierte seinen gesamten überseeischen Kapitalbesitz, um damals Hitler und seine Verbündeten zu besiegen; die steil nach oben gefahrene Kriegsproduktion dort zehrte in den Jahren 1939 bis 1943 auf Kosten vieler Konsumgüter die Hälfte (!) des Bruttoinlandsproduktes auf. Die Sowjetunion evakuierte in den ersten drei Monaten (!) nach "Barbarossa" fast ihre gesamte Maschinenbauindustrie, demontierte 1523 grenznahe Fabriken, um sie im Ural und im Wolgagebiet, in Westsibirien oder Mittelasien wieder aufzubauen. Die USA wiederum verfünfzigfachten (!) in vier Jahren sowohl die Produktion von Panzern – von 346 (1940) auf 17.565 (1944) – als auch von Flugzeugen – von 2141 (1940) auf 96.318 (1944) – und unterstützten die Rote Armee unter anderem mit 400.000 Lastwagen.

Von solchen Mengen, Anstrengungen und Sonderkonjunkturen ist heute nicht einmal ansatzweise die Rede – und der Gebrauch des Wortes "Kriegswirtschaft" daher nicht ratsam. Wohl aber wird es höchste Zeit für eine Art deutsche und europäische "Sicherheitswirtschaft", die sehr zügig unsere Verteidigungsfähigkeit erhöht, unsere Rohstoffversorgung sichert und unser Sanktionsregime verschärft.

"Der Krieg in der Ukraine erschöpft die Vorräte der Verbündeten", warnt Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg ein Jahr nach dem Überfall Russlands auf die Ukraine – als ob das angesichts des Zerstörungswillens Putins vor allem in den vergangenen fünf Wintermonaten noch eine Überraschung wäre. Europa und Deutschland haben einmal mehr wertvolle Zeit verloren, ihre Produktion nicht rechtzeitig und schon gar nicht entschlossen hochgefahren, die Bestellung neuer Geschosse verzögert, sich mit der Industrie nicht verbindlich abgestimmt – und es am Willen zum schleunigen Aufbau einer "Sicherheitswirtschaft" fehlen lassen. Dass einige europäische Partner inzwischen sogar zögern, versprochene Panzer an die Ukraine zu liefern, verheißt nichts Gutes: Offenbar greift inzwischen auch außerhalb Deutschlands die Sorge um sich, im Bündnisfall nurmehr bedingt abwehrbereit zu sein.

## Das fünffache Problem

Boris Pistorius immerhin hat verstanden, so scheint es – und schickt sich an, den routinierten Friedensbetrieb zu stören. Der neue Verteidigungsminister spricht sich dafür aus, das Zwei-Prozent-Ziel der Nato für Verteidigungsausgaben als Untergrenze zu definieren, mahnt also eine Ausweitung seines Budgets um mindestens 20 Milliarden Euro jährlich an. Und er scheint entschlossen, das ärgerliche Schwarze-Peter-Spiel zwischen Politik und Industrie beenden zu wollen, indem er sie zur vorvertraglichen Produktion ermuntert.

Übrigens ganz nach dem Muster Walter Rathenaus: "Der Bau einer größeren Anzahl von Fabriken wurde vereinbart", so Rathenau 1915, und die Manager "gingen auf die Bedingung ein, dass die Fabriken unter Dach sein mussten, bevor ich in der Lage war, ihnen den Vertrag...genehmigt zuzuschicken." Bei Pistorius klingt das heute so: "Wir brauchen mehr Rüstungsindustrie in Deutschland, auch konzertiert in Europa...Wir müssen da durch Anschubfinanzierung und Abnahmegarantien zusammenkommen, weil es die Sicherheit unseres Landes erfordert."

Das fünffache Problem: Pistorius steht in der SPD noch immer ziemlich allein auf weitem Flur. Die Kanzlerpartei und die Grünen wollen den Deutschen die "Zeitenwende" sozialpolitisch möglichst vollständig ersparen. Die Ampel hat in ihrem ersten Regierungsjahr daher viele Milliarden teils sinnlos verplempert. Die Union hat zuvor ein langes Jahrzehnt lang die Niedrigzinsphase ungenutzt verstreichen lassen, um Deutschlands digitale und analoge Infrastruktur zu ertüchtigen. Und Finanzminister Christian Lindner meint nach anderthalb Jahrzehnten europäischer Krisenhilfen (Banken, Corona, Energie) ausgerechnet jetzt auf der Schuldenbremse stehen zu sollen – also gleichsam am Beginn einer schnellen, sicherheitswirtschaftlichen Investitionsoffensive zugunsten des Militärs und der Energiewende.

Denn das wäre der zweite Aspekt der "Sicherheitswirtschaft": Die "Organisation der Rohstoffversorgung". Der ehemalige Bundespräsident Horst Köhler hat bereits vor gut zwölf Jahren angemahnt, "dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandelsorientierung und…Außenhandelsabhängigkeit…wissen muss, dass…im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege". Damals für viele ein Skandal, eine "extreme Position". Heute fast schon eine Plattitüde, immerhin. Das ist das eine.

Das andere: Wenn Chinas Generalsekretär Xi Jinping zu Protokoll gibt, die "Wiedervereinigung mit Taiwan" erzwingen zu wollen, "auch mit militärischen Mitteln", und wenn er außerdem zu Protokoll gibt, die Abhängigkeit Chinas vom Ausland reduzieren zu wollen, die Abhängigkeit des Auslands von China hingegen zu vergrößern ("Strategie der zwei Wirtschaftskreisläufe") – dann ist die jüngste Entwicklung der Handelsbilanz zwischen China und Deutschland nichts weniger als ein Alarmzeichen: Während das Volumen der Exporte nach China seit 2019 nur um 11,2 Prozent zulegte, schossen deutsche Importe aus China um 73,6 Prozent nach oben. Allein im vergangenen Jahr vergrößerte sich das Handelsbilanzdefizit (also der Importüberschuss) dadurch von 39,4 Milliarden Euro (2021) auf 84,3 Milliarden. "Da bewegt sich etwas in die völlig falsche Richtung", findet IW-Ökonom Jürgen Matthes. Recht hat er.

Denn China kann Deutschland, anders als Russland, den Stecker ziehen. Die Liste der Studien ist inzwischen lang – und sie alle sind sich einig, dass die Abhängigkeit Deutschlands von China im Bereich der Seltenen Erden (und ihrer Verarbeitung) sehr groß ist. Von 46 Rohstoffen, die Analysten von Ernst & Young als strategisch relevant für Deutschland eingestuft haben, müssen etwa 39 importiert werden – nicht alle aus China, aber ein erheblicher Teil und manche fast ausschließlich. Verwundbar sei Deutschland aber auch bei bestimmten Produktgruppen, ergänzt das Kieler Institut für Weltwirtschaft: So stammten 2021 rund 80 Prozent aller nach Deutschland eingeführten Notebooks aus China. Aber auch bei Computereinheiten und LEDs (60 Prozent) sowie Atemschutzmasken und Schmerzmitteln (teils 90 Prozent) ist die Abhängigkeit groß.

Und bei Maschinen zur Herstellung wichtiger Komponenten für die Photovoltaik. China hat bereits im Dezember 2022 Ausfuhrbeschränkungen beschlossen. Das Land hält 80 Prozent der globalen Produktionskapazitäten für Solarenergie vor, in absoluten Zahlen: 300 Gigawatt – und damit 40 Mal (!) so viel wie ganz (!) Europa. Anders gesagt: China kann die Energiewende Europas sabotieren. Und die von Deutschland ganz besonders: Ausgerechnet die Nation, die noch vor 15, 20 Jahren die Marktführer der Branche stellte und die sich heute mit dem Parallelausstieg aus Gas, Öl, Kohle und Atom besonders ehrgeizig unter Wohlstandsstress setzt – ausgerechnet diese Nation beschickt heute gerade mal ein Prozent des Weltmarktes. Das ist absurd. Eine sicherheitswirtschaftliche Groteske. Man kann nur hoffen, dass der fordernde Brandbrief der 24 deutschen Hersteller, "jetzt schnell in eigene Produktionskapazitäten (zu) investieren", Gehör findet.

Achtung Planwirtschaft? Was für ein Unsinn. Deutschland hat sich gesetzlich verpflichtet, seine Klimaziele zu erreichen, hat beschlossen, seinen Strom- und Energiebedarf künftig aus erneuerbaren Quellen zu schöpfen – und diese Ziele werden getragen von weiten Teilen der Bevölkerung: Das ist der "Ordnungsrahmen" für die "freie Wirtschaft". Hinzu kommt jetzt allerdings, dass dieser Ordnungsrahmen schweren, sicherheitswirtschaftlichen Belastungsproben standhalten muss, mithin politisch gestützt werden muss: Das ist die Herkulesaufgabe, vor der Deutschland steht. Und sie ist nicht mit dem Mindset von Hayek oder Keynes zu lösen, sondern erfordert eine ganz eigene, tentative, iterative, zugleich entschlossene Antwort, konkret: eine temporäre Entfesselung der staatlichen und marktlichen Kräfte in Europa, zu Rathenaus Zeit hätte man wohl noch gesagt: eine nationale Kraftanstrengung.

Was das konkret bedeutet? Die Energieagentur Dena hat soeben ein paar interessante Vorschläge zur "Organisation der Rohstoffversorgung" anno 2023 vorgelegt: Staatliche Abnahmegarantien für deutsche und europäische Produzenten von Solar- und Windenergie, um für die Privatwirtschaft einen möglichst weiten Planungshorizont aufzuspannen, den Einkauf von Komponenten und die Produktion von Anlagen zu beschleunigen; ein Industriestrompreis, um Investitionen im Land zu halten; vereinfachte Förderrichtlinien nach dem Vorbild des US-amerikanischen "Inflation Reduction Act"; die Berücksichtigung von qualitativen Kriterien bei Ausschreibungen, damit nicht etwa die gepäppelte chinesische Solarindustrie ihre Marktanteile in Europa noch ausweiten kann. Die Zeit drängt. Der Druck steigt. Denn in historischen Weltlagen schreiben die Regierenden tatsächlich Geschichte: So – oder so.

Lesen Sie auch: Die Zeitenwende - eine Abrechnung

ART Foto: dpa Picture-Alliance

CO nato: North Atlantic Treaty Organization

IN isolar : Solar Energy | i1 : Energy | i16 : Electricity/Gas Utilities | i16101 : Electric Power Generation | i163 : Renewable Energy Generation | ieutil : Electric Utilities | iutil : Utilities

- NS gpol : Domestic Politics | ccat : Corporate/Industrial News | gcat : Political/General News | gpir : Politics/International Relations
- RE gfr: Germany | berlin: Berlin | china: China | eecz: European Union Countries | taiwan: Taiwan | usa: United States | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: East Asia | eurz: Europe | namz: North America | weurz: Western Europe
- IPD Politik
- PUB Handelsblatt GmbH
- AN 文件 WIRONL0020230219ej2j00004

HD Gastbeitrag von Gabor Steingart; Unglaublich, aber wahr: Deutschland nicht 51. US-Bundesstaat

BY Gabor Steingart

WC 876 字

PD 2023年3月10日08:33上午

SN Focus Online

SC FOCUSO

LA 德文

CY Copyright 2023. BurdaForward GmbH, FOCUS Online

LP

Es klingt wie eine Selbstverständlichkeit und ist für die meisten Politiker dennoch eine unerhörte Provokation. Europa ist nicht der 51. Bundesstaat der USA. Das muss EU-Kommissions-Präsidentin von der Leyen dem US-Präsidenten bei ihrem Besuch an diesem Freitag im Weißen Haus klar machen.

Es ist Zeit, die transatlantische Beziehung aus ihrer nostalgischen Verklärung zu befreien und als eine politische Partnerschaft zu betrachten, die auch durch Interessenunterschiede geprägt wird. Die Banalisierung und Fiktionalisierung dieser Partnerschaft verstellt den Blick auf das, was von Ursula von der Leyen bei ihrem Washington-Besuch heute erwartet werden muss: Selbstbewusstsein. Wohlstandssicherung. Realpolitik.

TD

Die Europäische Union kann ihrer Geografie und Nachbarschaft zu Russland nicht entkommen

Putins Russland ist für die Europäer nicht nur Aggressor, sondern immer auch Nachbar. Das bedeutet: Es geht um die militärische Unterstützung der Ukraine mit klarem Kriegsziel, der Zurückdrängung russischer Expansionsgelüste.

Allerdings – und das unterscheidet die europäischen Interessen von den amerikanischen – darf daraus kein neuerlicher Russland-Feldzug werden. Ziel ist nicht, die "große Schlacht zwischen Demokratie und Autokratie" zu gewinnen, wie Joe Biden es zu Beginn des Krieges formulierte, sondern genau diese Eskalation zu verhindern. Russen und Europäer bilden – trotz alledem – eine Schicksalsgemeinschaft. Die Europäische Union kann ihrer Geografie nicht entkommen.

Für USA ist China ein Systemrivale, für Deutschland ein wichtiger Handelspartner

China ist für die USA ein Systemrivale und für die europäische Wirtschaft immer auch ein wichtiger Kunde. Deutschland exportierte im Dezember 2022 etwa das gleiche Volumen wie die USA nach China. Allerdings ist die amerikanische Volkswirtschaft mehr als fünfmal so groß wie die Deutsche.

Den Amerikanern geht es beim "Decoupling" vor allem darum, den Steigflug der chinesischen Volkswirtschaft zu bremsen, um Macht und Wohlstand in den eigenen Reihen zu halten. In Deutschland hingegen könnten insbesondere die Chemieindustrie, der Maschinenbau und die Automobilhersteller ihre stolzen Bilanzzahlen und ihre hohen Ausschüttungen an die Investoren nicht gewährleisten, wenn das Chinageschäft erodiert.

Google, Facebook und Netflix sind für europäische Werbewirtschaft eine Bedrohung

Google, Facebook und Netflix sind für die deutschen Nutzer eine Bereicherung, aber für die hiesige Medienindustrie und die europäische Werbewirtschaft zugleich eine Bedrohung. Das Geschäftsmodell vieler Tech-Konzerne basiert darauf, möglichst viele Nutzerdaten zu sammeln, um personalisierte Werbung auszuspielen.

Alphabet, Meta und Amazon sind – in dieser Reihenfolge – die drei größten Anbieter für Digitalwerbung: In den USA vereinten sie 2020 rund 90 Prozent des gesamten Online-Werbemarktes auf sich. Auch weltweit sind die Konzerne führend mit einem Werbemarktanteil von kombiniert fast 44 Prozent.

Netflix, die weltgrößte Streaming-Plattform, hat Bertelsmann als größten europäischen Free-TV-Sender und größten Streaming-Anbieter der alten Welt deklassiert. Im dritten Quartal 2022 verzeichnete RTL+ rund 4,8 Millionen zahlende Abonnenten. Netflix dagegen über 220 Millionen. Die kulturelle Dominanz der Amerikaner – auf der Linken ist von Kulturimperialismus die Rede – ist nicht im Interesse einer vielfältigen europäischen Kultur.

Inflation Reduction Act ist eine Kampfansage an die EU

Der Wohlstand des eigenen Staatenbundes muss für die EU-Kommissionspräsidentin an erster Stelle stehen. Wenn Joe Biden sagt, "wir sorgen dafür, dass die Lieferkette für Amerika in Amerika beginnt", dann ist das eine Kampfansage an die EU, die sich im Weißen Haus vernehmbar zur Wehr setzen muss.

Inflation Reduction Act ist der Tarnname für das größte industrielle Abwerbeangebot, das je eine Nation einem anderen Wirtschaftsraum unterbreitet hat. Mit Anreizprämien in der Größenordnung von 370 Milliarden US-Dollar, das entspricht dem dreifachen Jahresgewinn aller DAX 40 Unternehmen, sollen europäische Industrie-Unternehmen zur Produktionsverlagerung in die USA bewegt werden.

Beispielsweise die Komponenten eines Elektroautos müssen ab 2023 zur Hälfte in Nordamerika hergestellt oder zusammengebaut werden. Dieser Anteil steigt bis 2029 auf 100 Prozent. Ab 2024 dürfen sie zudem nicht mehr aus Russland, **China** oder einer anderen "foreign entity of concern" kommen. Damit bedeutet America First eindeutig: Europe Second. **China** Last.

Jedes LNG-Schiff aus den USA fährt satte Gewinne ein

Anderes Thema, selbe Mechanik: Die Vereinigten Staaten nutzen die europäische Energiekrise aus, um sich ökonomisch Vorteile zu verschaffen. Nach Angaben von "Business Insider" konnte zumindest im August 2022 jedes US-amerikanische LNG-Schiff, das nach Europa fährt, rund 200 Millionen US-Dollar an Gewinn einfahren. Insgesamt wurde der Energiehunger der Europäer nur mit kräftigen Preisaufschlägen seitens der Amerikaner gestillt. Zwischen Februar und September 2022 hatte sich der Exportpreis für LNG aus den USA nahezu verdoppelt.

Platz für die EU auf der Weltbühne

Die Reputation der Amerikaner ist in weiten Teilen der Welt schwer beschädigt. Der chinesische Staatsund Parteichef Xi Jinping sagte auf dem Volkskongress in dieser Woche: "Die westlichen Länder,
angeführt von den USA, verfolgen eine umfassende Eindämmung, Einkreisung und Unterdrückung
Chinas." Die USA kann sich mittlerweile der rückläufigen Zustimmung vieler Länder des globalen Südens
und auch der Skepsis der Inder sicher sein. Viele warten darauf, dass Europa eine eigenständige, eine
vermittelnde Rolle auf der Weltbühne spielt.

Fazit: Es gibt handfeste Gründe für Ursula von der Leyen, das zu tun, was Olaf Scholz beim jüngsten USA-Besuch versäumt hat: Eigene europäische Interessen zu artikulieren. Sie sollte den USA nicht die Freundschaft kündigen, nur das reklamieren, was George Bush Senior einst Angela Merkel freiwillig angeboten hatte: To become a true partner in leadership. Zur Person

#### Surftipps:

- \* Atlantik-Brücke Mitglieder und Ziele des Vereins
- \* EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen: Familie, Vermögen, Kinder und Kritik
- CO onInfr : Meta Platforms Inc.
- IN iadv : Advertising/Marketing/Public Relations | i838 : Advertising Services | ibcs : Business/Consumer Services | imark : Marketing Services | iint : Online Service Providers | imed : Media/Entertainment | isocial : Social Media Platforms/Tools | itech : Technology
- NS gpir : Politics/International Relations | gpol : Domestic Politics | gcat : Political/General News
- usa: United States | gfr: Germany | eurz: Europe | china: China | eecz: European Union Countries | ukrn: Ukraine | apacz: Asia Pacific | asiaz: Asia | bric: BRICS Countries | chinaz: Greater China | dach: DACH Countries | devgcoz: Emerging Market Countries | dvpcoz: Developing Economies | easiaz: East Asia | eeurz: Central/Eastern Europe | namz: North America | weurz: Western Europe
- IPD Europa
- PUB BurdaForward GmbH
- AN 文件 FOCUSO0020230310ej3a0007i

#### 搜索摘要

文字	Schicksalsgemeinschaft and (atleast2 china or jinping)
日期	01/01/2020 至 13/03/2023
资讯来源	所有资讯来源

作者	所有作者
公司	所有公司
新闻主题	所有新闻主题
行业	所有行业
地区	所有地区
语言	所有语言
搜索结果已找到	151
时间戳记	2023 年 3 月 13 日 3:51 下午